

Tätigkeitsbericht 2020/2021



Tätigkeitsbericht 2020/2021

2. Halbjahr 2020 / 1. Halbjahr 2021

Dieser Bericht über die Entwicklung und Tätigkeit des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin, schließt an den anlässlich der ordentlichen Mitgliederversammlung am 9. Dezember 2020 schriftlich vorgelegten und mündlich ergänzten Tätigkeitsbericht 2019/2020 an. Er umfasst – soweit sich aus folgenden Ausführungen nichts anderes ergibt – den Berichtszeitraum 2. Halbjahr 2020 und 1. Halbjahr 2021.

Tätigkeitsbericht 2020/2021

	Seite		Seite		
Vorwort		3	Forschungscluster Digitalisierung	42	
Digitale Transformation zum Jubiläumsjahr	4	3.1	Call for Proposals „Hybride Urbanität“	43	
Forschung		3.2	Clusterprojekt: Digitale Transformationen im Quartier	43	
Der vhw-Forschungsbereich	10	3.3	Smarte Systemarchitektur für kommunales E-Government	44	
1	Forschungscluster Lokale Demokratie	11	3.4	Lokale Öffentlichkeiten im digitalen Wandel	45
1.1	Digital-Kongress Lokale Demokratie	12	3.5	Bürger*innen als Freunde – Potenzial von sozialen Medien für die öffentliche Verwaltung	47
1.2	Das Städteprojekt – Universitätsstadt Marburg	14	3.6	Stadtmachen auf digitalen Plattformen – 5 Erfolgsfaktoren	49
1.3	Projektfamilie „Akteurs-hybride Stadtentwicklung“	16	4	Forschungscluster Wohnen in der Stadtentwicklung	51
1.4	Die Stadtmacher Akademie	19	4.1	Wohnungspolitik und Wohnungsmarkt – Wohnen in Zeiten von Corona	51
1.5	Pilotphase Kleinstadtakademie	22	4.2	Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik im Fokus politischer und (fach-)öffentlicher Debatten	53
1.6	Soziale Benachteiligung und politische Partizipation – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung	23	4.3	Anforderungen an eine soziale Wohnungspolitik aus einer lokalen Perspektive	55
1.7	Wohnungsunternehmen und Stadtteilmütterprojekte	24	4.4	Wachstumsschmerzen – Aktuelle Strategien zum Umgang mit einem dynamischen Städtewachstum	57
1.8	Karlsruhe: Kooperative Sport- und Bewegungslandschaften	25	4.5	Wohnprojekte im Quartier	58
2	Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt	27	4.6	Eigenheime der 1950er bis 1970er Jahre – Ergebnisse einer Befragung der älteren Eigentümerinnen und Eigentümer	59
2.1	Städte und Quartiere resilient gestalten	28	5	Wissenschaftskommunikation	62
2.2	Nachbarschaften entwickeln – Begegnung schaffen	32			
2.3	Migration und Integration: Standpunkte einnehmen – Teilhabe fördern	35			
2.4	Integriertes Handeln in Stadt und Quartier	38			

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit

	Seite
6 Transferformate	66
6.1 Veranstaltungen	66
6.2 Zeitschrift „Forum Wohnen Stadtentwicklung“	71
6.3 Weitere Publikationen & Formate	74
6.4 Vorträge und Veröffentlichungen, Kooperationen	80
6.5 Pressearbeit	84
7 Fachliteratur Fortbildung	85

Fortbildung

8 Die Entwicklung der vhw-Fortbildung	88
8.1 Übersicht zur Entwicklung der vhw-Fortbildung in Zahlen	89
8.2 Fortbildungsthemen im Überblick	90
8.3 Fortbildung: Aus den Bundesländern	116
8.4 Leuchtturmveranstaltung und -initiative	124
8.5 Marketing-Aktivitäten im Fortbildungsbereich	126

Organisation

9 Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation	132
9.1 Rechtliche Verhältnisse	132
9.2 Ehrenmitgliedschaften	132
9.3 Organe des Verbandes	133

9.3.1 Die Mitgliederversammlung (§§ 7-9 der Satzung)	133
9.3.2 Das Kuratorium (§ 10 der Satzung)	133
9.3.3 Der Verbandsrat (§ 11 der Satzung)	136
9.3.4 Der Vorstand (§ 12 der Satzung)	137
9.3.5 Der Rechnungsprüfungsausschuss (§ 6 Abs. 3 der Satzung)	138
9.4 Verbandsstruktur	138
9.4.1 Bundesgeschäftsstelle/Hauptgeschäftsstelle	138
9.4.2 Geschäftsstellen	139
9.5 Mitgliederbewegung	139
9.6 vhw-Dienstleistung GmbH	140
9.7 vhw Stiftung	140

Anhang

vhw-Jahresabschluss 2020	143
Anschriften der vhw-Geschäftsstellen	148

Vorwort

Digitale Transformation zum Jubiläumsjahr

Im Jahr 2021 begeht der Verband seinen 75. Geburtstag – ein Grund zum Feiern! Leider ist dafür gerade in diesem Jahr wenig Zeit, denn im durch die Pandemie beschleunigten Strukturwandel ist mehr Startup-Mentalität als ausgiebiges Amüsement angesagt. Im vhw-Team 2020/2021 ist vor allem kreative und mutige Innovation gefragt.

Gleichwohl sind wir stolz auf unsere Geschichte, die in der Not der unmittelbaren Nachkriegszeit begann. Diesen Anfangsimpuls hat der vhw gemeinsam mit vielen Institutionen und Organisationen, die während dieser Zeit gegründet wurden. Bundesländer, Parteien, Zeitungen, Radiosender, Forschungs- und Kultureinrichtungen gehören dazu und erinnern sich derzeit an ihre Anfänge 1946 mit den schwierigen Nachkriegsbedingungen und natürlich auch an die Entwicklung durch die Jahrzehnte im Wandel von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Die Historie zeigt den vhw mit zwei ganz unterschiedlichen Ausrichtungen. Zunächst war er ab 1946 der engagierte Verband zur Überwindung der Wohnungsnot und der Stärkung des Wohneigentums. Dann, ab Mitte der späten 1990er Jahre, erfolgte die schrittweise Transformation zum Idealverband, der sich in den Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung für die Leistungsfähigkeit der Kommunen, eine vielfältige Bürgergesellschaft und die Stärkung der lokalen Demokratie einsetzt. Die Jahre der Findung und Neuorientierung mündeten in eine neue Satzung von 2010. Seither ist die neue Struktur mit den zwei starken Säulen Fortbildung und Forschung immer selbstverständlicher geworden.

Vor zehn Jahren, im Jahr 2011, nahmen erstmals über 40.000 Teilnehmer an den Fortbildungsveranstaltungen des vhw teil, fünf Jahre später waren es schon

über 50.000. Alles war auf einem kontinuierlich stabilen und erfolgreichen Weg, der auch eine Grundlage für den Ausbau und das Reifen der vhw Forschung legte. Dann kam das Covid-19-Virus in die Welt und Mitte März 2020 der erste Lockdown, der von einem Tag zum anderen zur Absage aller Präsenz-Veranstaltungen führte. Mittlerweile sind drei Corona-Wellen über das Land gegangen, in denen Restriktionen den Alltag bestimmten. Ungeachtet mancher Modifikationen ist eines geblieben: Fortbildungs-Präsenzveranstaltungen waren und sind entweder unmöglich oder nur mit starken Einschränkungen durchführbar. Mehr noch: Die Fortbildungsinteressierten verändern ihre Prioritäten.

Der vhw hat darauf äußerst agil agiert und seit dem Frühjahr 2020 sein Webinar-Geschäft aufgebaut. Was zunächst von vielen als Not- und Übergangslösung eingestuft wurde, hat sich mittlerweile etabliert. Die technischen Möglichkeiten gewähren einen reibungslosen Ablauf, und die Kundinnen und Kunden schätzen aus vielfältigen Gründen das neue Format. Deswegen dürfte viel Realismus in der zuweilen zu hörenden Formel stecken: „Webinare sind die neue Normalität, Präsenzveranstaltungen die ergänzende Ausnahme.“ Webinare, so ist die Einsicht des Jahres 2021, sind aus dem Fortbildungsgeschäft nicht mehr wegzudenken.

Immer deutlicher wird: Wir machen gerade einen fundamentalen Strukturwandel durch, der tiefgreifende Anpassungen und Innovationen erfordert. Die Wirtschaftsgeschichte ist voll von Produkt- und Prozess- und Anwendungsinnovationen, die Märkte fundamental erschüttern und neue Geschäftsmodelle nach vorn bringen. Nicht nur Startups basieren auf der Kraft der „kreativen Zerstörung“, die – wie vom Ökonom Joseph Schumpeter bereits Anfang der 1940er Jahre formuliert – neue Möglichkeiten schafft. Als etablierte Institution muss man ein Stück weit wieder zum Startup werden, um die neuen Möglichkeiten zu nutzen und sich auf sie einzustellen. Zügig, sehr zügig – denn Zögern kann fatale Folgen haben. Folglich hat der vhw

seit dem Beginn der Corona-Pandemie sehr flexibel und agil gehandelt, zunächst im Sinne eines Krisenmanagements, dann mehr und mehr in der Etablierung neuer zukunftsfähiger Strukturen.

Den vorläufigen Erfolg der zurückliegenden, extrem dynamischen Phase stellt dieser Tätigkeitsbericht 2020/2021 dar. Natürlich gehört dazu eine ausführliche Darstellung der vhw Fortbildung (Kap. 8) mit dem pandemiebedingten Einbruch und dem systematischen Neuaufbau. Beeindruckend sind sowohl das Tempo der Ausweitung der neuen Formate als auch die Beibehaltung der Breite des thematischen Angebots. Die vhw Forschung (Kap. 2 bis 5) hat im Corona-Jahr viele angeschobene Projekte aus den Vorjahren ins Ziel gebracht und die Ergebnisse publiziert. Gleichzeitig wurden Aktivitäten der Eigenforschung verstärkt und auch Drittmittelprojekte angegangen. Die umfangreichen Arbeiten des vhw, die ihren Niederschlag in der Verbandszeitschrift FWS, den vielfältigen Publikationen sowie Vorträgen von vhw-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern finden, sind im Kapitel Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit dargestellt (Kap. 7).

Digitalisierung als breite Herausforderung

Das von der Gesellschaft für Deutsche Sprache jährlich gekürte Wort des Jahres lautete 2020 „Corona-Pandemie“. Verständlich, denn die Pandemie war das Ereignis schlechthin. Wenn man jedoch mit dem Abstand von einigen Jahren auf die Pandemiejahre schauen wird, dann wird vermutlich eine weitere Veränderung ebenso sehr betont werden: Die Digitalisierung der Kommunikation. Wer kannte im Frühjahr 2020 schon Zoom, Teams, Webex oder wonder.me? Wer hatte vorher bereits regelmäßig damit gearbeitet? Obwohl seit langem über digitale Kommunikation und verteilte Gruppenarbeit gesprochen wird, sperrte sich die Arbeitswelt gegen die Neuerung. Als jedoch im Lockdown die Präsenzkontakte minimiert wurden, entwickelte sich die digitale Kommunikation mit Hilfe der passenden Software zum Rettungsanker. Nicht

nur im Büro, sondern oft genug auch privat. Natürlich gab es zunächst auch technische Holprigkeiten, mangelnde Erfahrung und auch grundlegende Skepsis. Das ist vorbei: Für sehr viele ist eine neue Alltags- und Arbeitsroutine entstanden, die nicht mehr wegzudenken ist. Es gehört einfach zu den besonderen Begabungen des Menschen, sich auf neue Situationen rasch einzustellen und sie nach kurzer Zeit für selbstverständlich zu halten.

Der digitale Kommunikationsschub lenkt unseren Blick auch wieder stärker auf die kontinuierliche Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft, die auch der vhw seit einigen Jahren mit seinem Forschungscluster „Digitalisierung“ im Blick hat. Es zeigt sich, dass sich digitale und analoge Strukturen mehr und mehr durchdringen. Es scheint immer weniger sinnvoll, digitale und analoge Welt als Gegensätze zu sehen, sondern vielmehr an ein Verschmelzen und Durchdringen zu denken (die Fachwelt spricht von einem „immersiven Zusammenwirken“ oder von „Hybridität“). Corona wirkte hier als Katalysator und machte die Städte einmal mehr zu wichtigen Experimentalräumen, in denen in digital-analogen Öffentlichkeiten der lokale Alltag in all seinen Facetten von Stadtentwicklung neu austariert wird.

Beispielhaft dafür steht der Begriff „Smart City“, der immer umfassender verstanden wird und damit längst auch das Ineinanderfließen von digitaler und analoger Lebenswelt abbildet. So ist unter „Smart City“ heute mehr zu verstehen als datenbasierte Vernetzung zur Effizienzsteigerung und auch mehr als ein umkämpfter Markt, der durch die Aktivitäten von zahlreichen Anbietern aufgebaut wird. Längst geht es nicht nur um technische Neuerungen und viel Geld, sondern auch um die Deutungsmacht für die Stadtentwicklung der Zukunft. Die Digitalisierung geht Hand in Hand mit dem gesellschaftlichen Wandel. Das Labor und die Bühne für diese Prozesse bieten die Städte mit ihren komplexen Infrastrukturen, kreativen Akteuren und experimentell genutzten Sozialräumen.

Vorwort

In den Kommunen steht Digitalisierung ganz oben auf der Tagesordnung, wie das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik immer wieder zeigt. Digitalisierung wird als eine Chance gesehen, besseren Service zu bieten, schwergängige Verwaltungsstrukturen und die Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern geschmeidiger zu gestalten und Prozesse effizient und kostengünstig zu organisieren. Gleichzeitig bestehen Hoffnungen auf breitere Partizipation durch Digitalisierung oder auf eine gut zugängliche Stadtverwaltung durch Plattformen, Social Media oder digitalisierte Ämter.

Hier eine gestaltende Rolle einzunehmen und nicht den Anschluss zu verpassen, ist der Wunsch vieler Kommunen. Gleichzeitig werden jedoch Bedrohungen und Überforderungen wahrgenommen, wenn globale, kapitalstarke High-Tech-Konzerne und agile Start-ups auf einem hochspezialisierten technologischen Feld mit einem enormen Innovationstempo auf ressourcenschwache Kommunen treffen, die in ihrer Verwaltungslogik arbeiten (müssen) und komplexe stadtesellschaftliche und -politische Ziele auf einer demokratischen Basis erreichen wollen.

Lösungen aushandeln – Leitplanken setzen

Es stellt sich die Frage, ob und wie diese Interessen, Chancen und Risiken sich im Rahmen unseres politisch-demokratischen Systems aushandeln lassen, ohne den Digitalisierungsprozess auszubremsen. Trotz aller unternehmerischer Energien, deren Wert unbestritten ist, sind wir gut beraten, technologische Möglichkeiten verantwortungsvoll und kooperativ zu entwickeln. Die Frage sollte nicht allein sein: Wie könnte man Technologien Gewinn bringend einsetzen? Sondern auch: Was benötigen wir für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung und wo können uns neue Technologien dabei unterstützen?

Lösungen müssen ausgehandelt und Leitplanken gesetzt werden. Als Orientierungsrahmen eignen sich die zentralen Diskurse der Stadtentwicklungspolitik,

die durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung unter Einbeziehung aller Stakeholder begleitet werden (z. B. Smart City-Charta, Memorandum Urbane Resilienz, Neue Leipzig-Charta der EU). In einer sozialen, gerechten und produktiven Stadtentwicklung – inklusive einer intelligenten Digitalisierung – liegt demnach die Zukunft.

Besonders interessant erscheint uns die „Neue Leipzig-Charta“ mit ihrem Untertitel „Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl“. Sie wurde Ende 2020 durch die in Europa für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister als gemeinsamer Orientierungsrahmen für die europäische Stadtentwicklungspolitik verabschiedet. Die neue Charta, die in einem mehr als zwei Jahre langen Dialogprozess entwickelt wurde, knüpft an die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ an, die 2007 ebenfalls im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erarbeitet wurde.

Mit dem Update werden grundlegende Dimensionen der alten Charta fortgeführt und weitere Schwerpunkte neu gesetzt, die in der vergangenen Dekade an Relevanz zugenommen haben. Dazu zählen Themen wie der Klimawandel, Umweltgerechtigkeit oder der soziale Zusammenhalt. Als strategischer Rahmen hebt sie fünf handlungsbestimmende Grundprinzipien hervor: Künftige Stadtentwicklung sollte sich in Europa demnach stärker am Gemeinwohl orientieren, mit integrierten Ansätzen arbeiten, konsequent Beteiligung und Koproduktion einbringen sowie einen Mehrebenen-Ansatz und einen ortsbezogenen Ansatz verfolgen. Diese Prinzipien werden auf eine nachhaltige Stadtentwicklung („gerecht“, „grün“, „produktiv“) projiziert und an Quartier, Kommune oder weiteren funktional zusammenhängenden Räumen orientiert. Als zentrale Handlungsfelder werden die Bodenpolitik und die digitale Transformation besonders herausgestellt. Noch stärker als das Vorgängerdokument verweist die Neue Leipzig-Charta auf eine zukünftige

Transformation, auf deren Basis die Städte anpassungsfähiger und robuster werden können.

Die Lektüre der Neuen Leipzig-Charta zeigt, wie richtig der vhw sich schon seit Jahren aufstellt und sich sowohl in seiner Fortbildung als auch in der Forschung mit den aktuellen Bedarfen und Diskursen der nationalen und internationalen Stadtentwicklung befasst.

75 Jahre vhw – Blick zurück, Blick nach vorn

Zum Schluss sei der Blick noch einmal auf das Jubiläumsjahr des vhw gerichtet. Bei allen Anforderungen, die durch Pandemie, Digitalisierung und Strukturwandel an uns gestellt werden, muss trotzdem etwas Zeit zum Innehalten und Zurückblicken bleiben. Aus dem Wissen um die Anfänge in schwieriger Zeit und erfolgreiche Veränderungen erwachsen auch Mut und Kraft für die Gegenwart.

So haben wir neben allen Tagesherausforderungen eine kleine Festschrift „2021 – 75 Jahre vhw“ erarbeitet, die interessante Einblicke in die Historie des Verbandes gibt und viele vhw-ler und vhw-Begleiterinnen und -Begleiter zu Wort kommen lässt. Im Oktober zum Verbandstag 2021 soll die Broschüre erscheinen.

Wir wünschen viel Freude beim Stöbern und Lesen.



Dr. Peter Kurz
Verbandsratsvorsitzender



Prof. Dr. Jürgen Aring
Vorstand

Der vhw-Forschungsbereich

Selten war das Umfeld für Forschung so anspruchsvoll wie im vergangenen Berichtsjahr: Die Corona-Lage brachte einen permanenten Ausnahmezustand mit sich, und für die vielen drängenden Fragen fehlten oft Präzedenzfälle, auf die man hätte zurückgreifen können. Dieses schwierige Setting ist nicht nur herausfordernd, sondern in gleichem Maße inhaltlich spannend. Denn nicht nur der immer mehr spürbare Klimawandel sowie die langanhaltende Pandemie machen Stadtentwicklung komplexer denn je, sondern auch der soziale, ökonomische und technologische Wandel, der sich parallel dazu sehr dynamisch entwickelt. Die Krise bringt es mit sich, dass Ungleichgewichte und Dysfunktionalitäten offengelegt und Handlungsbedarfe, aber auch Potenziale überdeutlich sichtbar werden. In einer solchen beschleunigten, krisenhaften Phase sind sachliche Reflexion und fundiertes Wissen ein wertvolles Gut. Der vhw-Forschungsbereich, der es sich als unabhängiger, transformativer Wissenschaftsakteur zum Ziel ge-

macht hat, durch Grundlagenforschung und Transfer Orientierungswissen zu generieren, ist deshalb auch in dieser Zeit voller Ungewissheiten gut aufgestellt und als Partner gefragt. Mit seinen vier flexiblen Forschungsclustern – lokale Demokratie, urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt, Digitalisierung und Wohnen – forscht der vhw als gemeinnütziger wissenschaftlicher Think tank mit einem guten Draht zur Praxis nah an den aktuellen Fragestellungen der Stadt- und Quartiersentwicklung.

Aufgrund der pandemiebedingt unsicheren ökonomischen Lage und der nicht absehbaren Entwicklungen im Frühjahr/Sommer 2020 wurde die Arbeitsweise der vhw-Forschung im Berichtsjahr neu justiert. Die Ausschreibung neuer Vergabeprojekte wurde gestoppt, allein noch laufende, „Prä-Corona“-Projekte wurden wie vereinbart weitergeführt. Frei gewordene Planstellen wurden zunächst nicht neu besetzt. Die plötzlichen, unerwarteten Limitationen führten gleichzeitig zu neuen Innovationen und Experimentiergeist: So öffnete sich der Forschungsbereich im Hinblick auf die eigene Anwerbung von Drittmitteln. Ziel war es, in für den vhw interessanten Konsortien mitzuwirken oder

in thematischen Umfeldern zu arbeiten, die dem Verband inhaltlich nutzen bzw. ganz spezifische vhw-Kompetenzen erfordern. Dies ist mit kleineren und größeren Projekten erfreulich schnell und gut gelungen und führte wiederum zu einem zeitlich befristeten personellen Zuwachs in der Abteilung. Darüber hinaus wurde die Eigenforschung im vhw verstärkt, indem sogenannte „Clusterprojekte“ initiiert wurden, die sich an den vhw-Forschungsclustern orientieren und hier einen eigenen konzeptionellen oder empiri-

Lokale Demokratie

Demokratische Deliberation, Partizipative kommunale Praxis, Kommunikation und Stadtentwicklung, Akteurs- und Governanceforschung, Intermediäre

Urbaner Wandel & gesellschaftl. Zusammenhalt

Quartier und Nachbarschaft, Soziale und nachhaltige Stadtentwicklung, Migration und Integration, Soziale Milieus

Wohnen in der Stadtentwicklung

Wohnungspolitik und Instrumente, Akteure, Markt und Handlungsweisen, Objekt-, Quartiers- und Siedlungstypen

Digitalisierung

Stadt und Social Media, Smart Cities

Forschungscluster Lokale Demokratie

schen Beitrag leisten sollten. Diese erfolgreich verlaufenden, innovativen Eigenprojekte, die inhaltlich auch an die Erfahrungen der Corona-Pandemie anknüpfen, werden nach der Berichtslegung ihren Abschluss finden und gegebenenfalls mit daraus abzuleitenden Folgeprojekten weitergeführt. Während die bereits aktiven Vergabeprojekte fortgeführt und peu à peu über die Ziellinie gebracht wurden, konnte parallel dazu die Wissenschaftskommunikation konsequent ausgebaut und verstärkt werden. Damit blieb die vhw-Forschung über den gesamten Berichtszeitraum hinweg trotz der Corona-bedingten Einschränkungen sichtbar und präsent. Angesichts der Unsicherheiten der Pandemie soll auch das kommende Jahr flexibel und ohne unnötige Vorfestlegungen gestaltet werden. Die „Learnings from Corona“ werden einen Schwerpunkt bilden. Aber auch die weiteren zentralen Fragen unserer Zeit, die möglicherweise wieder mehr in den Vordergrund rücken werden, stehen auf der vhw-Agenda.

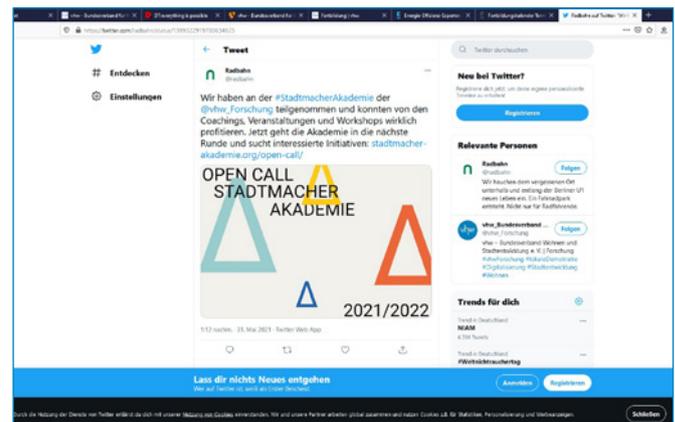
feld der lokalen Demokratie zuletzt verstärkt zum Gegenstand seiner wissenschaftlichen Arbeit gemacht.

Zum Arbeitsprogramm im Forschungscluster Lokale Demokratie gehören:

- Projekte zur lokalen Demokratie in Prozessen der räumlich-strukturellen sowie politischen Peripherisierung; darunter ein Projekt zur Beteiligung marginalisierter Sozialgruppen und das ExWoSt-Projekt Pilotphase Kleinstadt-Akademie (Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung) – Lokale Demokratie gestalten;



- Projekte mit Beiträgen zum Thema der koproduktiven, hybriden Stadtentwicklung, darunter Projekte zur „Zukunft der Verwaltung – Verwaltung der Zukunft“ sowie zur Rolle der Kommunalpolitik in Stadtentwicklungsprozessen, und nicht zuletzt



1 Forschungscluster Lokale Demokratie

Der dynamische gesellschaftliche Wandel hat zuletzt viele demokratische Selbstverständlichkeiten infrage gestellt und neue Gefährdungen aufgeworfen. Konstatiert werden postdemokratische klassenstrukturelle Verwerfungen, Resonanzverluste zwischen Bürgern und Politik, Bedeutungsverluste demokratischer Institutionen, interkulturelle Vermittlungsbedarfe gegenüber demokratischen Werten, populistische Angriffe gegen die offene Gesellschaft und die Verrohung der Kultur und Kommunikation in den neuen Medien. Einhergehend haben sich neue politische und soziale Bewegungen herausgebildet, die den Fokus der Diskurse oft von der politischen Mitte hin zu den Rändern verschoben haben. Der vhw hat diese demokratischen Herausforderungen für das Handlungs-

- Projekte, die sich der Stärkung bürgerschaftlicher Planungsakteure sowie der Analyse und Typisierung neuer Governance-Arrangements zuwenden, so z. B. die „Stadtmacher Akademie“ (Screenshot Tweet zum Call, S. 11) oder das Projekt „Lokale Politik und Beteiligung“.

Für die inhaltliche Weiterentwicklung des Forschungsclusters sind zudem mehrere Projekte aus anderen Clustern relevant, die durch inhaltliche Querbezüge wichtige Beiträge zum Cluster „Lokale Demokratie“ erbracht haben. Dazu gehören zum Beispiel das Projekt „Lokale Öffentlichkeit im digitalen Wandel“ aus



dem Cluster „Digitalisierung“ (Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung), die Projekte zur Bedeutung von Gemeinwesenarbeit und sozialer Arbeit für die Lokale Demokratie aus dem Cluster „Urbane Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ oder aber das Projekt „Wachstumsschmerzen“ zur integrierten Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung bei großen Wohnungsbauvorhaben aus dem Cluster „Wohnen in der Stadtentwicklung“.

Weiterhin verankert bleiben im Arbeitsprogramm des Forschungsclusters auch die Innovations- und Transferprojekte zur Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung im Rahmen der vhw-Städtearbeit. Im Berichtszeitraum wurden dazu z.B. Projekte in Essen, Herrenberg, Marburg (Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung), Karlsruhe, Hamburg und Rostock durchgeführt, bei denen mit den teilnehmenden Städten gemeinsam Wege einer nachhaltigen, integrierten Stadtentwicklung besprochen und in diesem Zusammenhang Fragen des gesellschaftlichen Zusammen-



halts, der Integration sowie der Inklusion aller Milieus bei Bürgerbeteiligung und Engagement aufgegriffen werden. Hierzu wird in Kapitel 1.2 exemplarisch das jüngste vhw-Projekt in der Stadt Marburg vorgestellt.

Nach einer Phase der Stagnation aufgrund der Pandemie und der einhergehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens, stand das Berichtsjahr 2020/2021 im Zeichen der Fortsetzung und des erfolgreichen Abschlusses der laufenden Forschungsprojekte. Auch der 2020 abgesagte „Kongress Lokale Demokratie“ konnte im Juni 2021 erfolgreich als „Digital-Kongress Lokale Demokratie“ durchgeführt werden, wie im folgenden Abschnitt näher ausgeführt wird.

1.1 Digital-Kongress Lokale Demokratie

Am 8. Juni fand in der Berliner Urania der vom vhw veranstaltete Digital-Kongress statt. Unter dem Motto „Stadt gemeinsam gestalten“ wurde er in enger Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund durchgeführt. Die ursprünglich für 2020 vorgesehene Veranstaltung musste aufgrund der Corona-Pandemie um mehr als ein Jahr verschoben und zuletzt aufgrund behördlicher Auflagen zum Digital-Kongress ohne Live-Publikum umgerüstet werden. Die rund vierstündige Veranstaltung, fachkundig moderiert von Nadia Zaboura, wurde in Folge als Livestream auf dem Youtube-Kanal der Berliner Urania und auf der Website des vhw öf-

Forschungscluster Lokale Demokratie

fentlich übertragen. Insgesamt haben ca. 250 Personen ganz oder zeitweise auf den Übertragungsplattformen am Kongress teilgenommen.

Der rote Faden

Die Begrüßung und Einführung in das Kongressthema wurde von Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und Vorsitzender des vhw-Verbandsrats in einer Live-Zuschaltung vorgenommen. Im Grußwort, welches aus technischen Gründen nachgereicht wurde, sprach Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und Präsident des Deutschen Städtetages, über die aktuellen Herausforderungen der Demokratie in den Kommunen.



Video-Grußwort von Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages

In seinem Grußwort sprach er über die gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich der Demokratie heute stellen.

Der rote Faden, um den sich der Kongressverlauf ranken sollte, wurde unter dem Titel „Warum wächst die Unzufriedenheit mit der Demokratie“ im Vortrag von Prof. Dr. Michael Zürn vom Wissenschaftszentrum Berlin ausgelegt. Angesprochen wurden darin unter anderem die Resonanzprobleme zwischen Politik und Bürgerschaft, die populistischen Strömungen in der Politik, die wachsende soziale Ungleichheit in der Gesellschaft sowie die resultierenden Auswirkungen auf kommunaler Ebene, z. B. die frustrierte Abwendung

vieler Bürgerinnen und Bürger von der Kommunalpolitik und demokratischen Mitwirkung.

Mit einem unterhaltsamen Zwischenruf über einhergehende Tendenzen der sprachlichen und kommunikativen Verwahrlosung in der Gesellschaft provozierte der Kabarettist Till Reiners das online zugeschaltete Publikum mit einem Perspektivwechsel, der auch zum Nachdenken anregte.

Wie begegnet die vhw-Forschung demokratischen Herausforderungen?

In der nachfolgenden Podiumsdiskussion wurden mithilfe ausgewählter Beiträge aus der vhw-Forschungslandschaft die eingangs aufgeworfenen Fragen zum Zusammenhalt, zur Stärkung der Demokratie und zum gemeinsamen Gestalten von Stadt mit Blick auf Ansätze zur Lösung oder Überwindung der konstatierten Herausforderungen konstruktiv gewendet. Zugleich wurden damit auch die thematischen Schwerpunkte der Workshops vorgestellt, die vom 9. bis 11. Juni in vier Online-Meetings verfolgt werden sollten. In ihren Redebeiträgen näherten sich die Diskutanten darin den Themen aus verschiedenen Perspektiven. Thilo Lang sprach über Chancen für die Lokale Demokratie im Kontext anhaltender Peripherisierungsprozesse, Olaf Schnur über die Rolle von Quartieren und Nachbarschaften für die Lokale Demokratie. Monika Dehmel widmete sich dem konstruktiven Zusammenwirken von Kommunalpolitik und Bürgern und Laura Bruns befasste sich mit Aspekten einer gemeinsamen, zivilgesellschaftlich initiierten Stadtentwicklung.

Abgerundet wurde der Kongress mit einem Festvortrag von Bundespräsident a.D. Joachim Gauck zum Thema „Lokale Demokratie – Heimstatt gelebter Verantwortung“. In seiner Rede betonte er die einzigartige Bedeutung, die Städten, Gemeinden und Landkreisen für eine funktionierende Demokratie zukommt, widmete sich den demokratischen Herausforderungen und endete mit einem eindrücklichen Appell an seine Zuhörer: „Weil wir aber aus Erfahrung wissen, dass

unsere Demokratie sich bewährt hat, weil sie sich zum Besseren verändert hat und verändern wird, bleibt ein immerwährender Auftrag aller Demokraten das, was schon vor Jahrzehnten Willy Brandt anmahnte: mehr Demokratie wagen – im Streben der Unterschiedlichen nach dem Gemeinsamen.“

Zum Ausklang setzte sich der Bundespräsident a. D. mit Prof.in Dr.in Elke Pahl-Weber und Prof. Dr. Jürgen Aring zu einem Gespräch in lockerer Atmosphäre (Bild, Foto: Michael O´Ryan) zusammen und beantwortete deren abschließende Fragen.



Vier Vertiefungsworkshops

Die angezeigten Vertiefungsworkshops wurden in den Folgetagen online durchgeführt. Mit Dr.in Anna Becker, Dr. Thomas Kuder und Dr. Olaf Schnur wurden drei Workshops von vhw-Wissenschaftlerin und -Wissenschaftlern moderiert. Die Mitgestaltung und Moderation des vierten Workshops wurde im Zuge der Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund von deren Beigeordnetem, Uwe Lübking, wahrgenommen. In den Workshops wurde der „rote Faden“ des Kongresses anhand der Themen digitaler Wandel der Öffentlichkeit, inklusive Beteiligung in Stadt und Land, koproductive, gemeinsame Stadt-

entwicklung und Kohärenz in Quartier und Nachbarschaft weiter vertieft.

An den Workshops haben jeweils rund 80 Personen teilgenommen. Rund 20 Referierende – fast ausschließlich wissenschaftliche Gutachterinnen und Auftragnehmer aus der vhw-Forschungslandschaft – haben dort ihre vom vhw initiierten und mit einem Volumen von ca. 1,4 Mio. Euro. finanzierten Studien präsentiert und öffentlich zur Diskussion gestellt.

Alle Rede-, Diskussions- und Festbeiträge des Kongresses wurden als Videoaufzeichnung auf der Webseite [www.vhw.de](https://www.vhw.de/termine/veranstaltungsberichte/digital-kongress-lokale-demokratie-2021/) online zur Verfügung gestellt und können dort eingesehen werden. Link: <https://www.vhw.de/termine/veranstaltungsberichte/digital-kongress-lokale-demokratie-2021/>

1.2 Das Städteprojekt – Universitätsstadt Marburg

Ein weiteres Kooperationsprojekt in der Städtearbeit des vhw wurde Anfang 2021 mit der hessischen Universitätsstadt Marburg eingeleitet. Das Projekt ist Teil der Forschungsarbeit des Verbandes auf kommunaler Ebene, um Kontextbedingungen für eine Stärkung der lokalen Demokratie und der sozialen Kohäsion durch breite Teilhabe der vielfältiger gewordenen Bevölkerung sowie Koproduktion der intermediären Akteure in den Bereichen Bildung, Arbeit, Soziales, Beteiligung, Kultur und Wohnen zu untersuchen und zu bewerten. Zu den Grundvoraussetzungen zählt eine verbesserte Transparenz der pluralen Stadtgesellschaft und der spezifischen Kontextbedingungen.

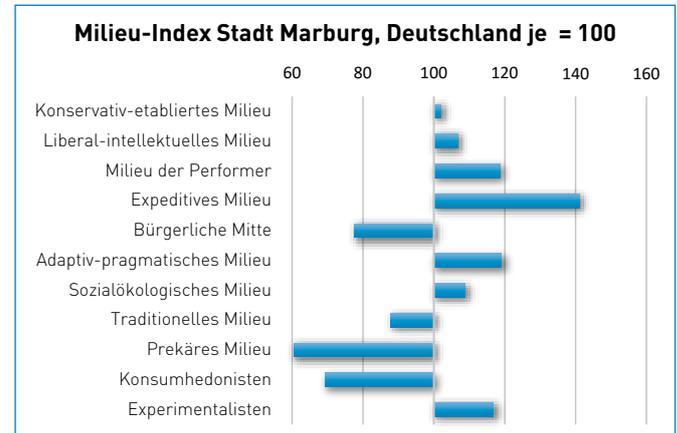


Abb. 1: Rathaus der Stadt Marburg

Foto: vhw

Ziel des neuen Projekts ist die Erweiterung und Stärkung der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe und Partizipation in Marburg unter ergänzender Nutzung der Milieuforschung. Für den vhw ist diese Kooperation ein weiterer Baustein für ein übergreifendes Verständnis zur Verbesserung der lokalen Teilhabe in der lokalen Demokratie, zur Koproduktion und zur Ermittlung der Zusammenhänge von Vielfalt, Mischung und Fluktuation unter den speziellen strukturellen Kontextbedingungen einer Universitätsstadt. Daher sind Teile der Auswertung komparativ angelegt und beziehen andere Universitätsstädte mittlerer Größe wie Gießen und Tübingen ebenso mit ein wie die benachbarten Kreise und Kommunen Marburgs. Darüber hinaus werden neue übergreifende Erkenntnisse zu den Mechanismen von Segregation und die Effekte von Fluktuation angestrebt.

Zudem wird der Frage nachgegangen, ob es in Marburg angesichts eines begrenzten Bebauungspotenzials und einer verstärkten Wohnungsnachfrage in den besonders attraktiven Ortsteilen Voraussetzungen für die Einführung von „Milieuschutzsatzungen“ nach §172 Abs. 1, Nr. 2 BauGB gibt.



Als größere Mittelstadt wird Marburg weiterhin, trotz sichtbarer Auswirkungen der Pandemie, geprägt von einem hohen Anteil von Studierenden – im Wintersemester 2020/2021 23.500 Personen – einerseits und einem sozial schwächeren bis prekären Bevölkerungsteil mit teilträumlichen Konzentrationstendenzen auf der anderen Seite. Dies wird auch durch die Milieustrukturanalyse (Grafik) bestätigt.

Das Vorgehen im Projekt umfasst eine erweiterte Datenanalyse, Einzel- und Gruppengespräche mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen wie etwa Sozialträgern, Wohnungsunternehmen, Studierendenwerk oder Jobcenter sowie Ortsbegehungen und die Teilnahme an lokalen Beiratssitzungen. Als räumliche Auswertungsebene stehen die 33 statistischen Bezirke im Mittelpunkt; punktuell werden auch tiefergegliederte Räume einbezogen. Herangezogen wurden auch – kleinräumliche – Daten auf Basis von Sonderauswertungen, etwa im Hinblick auf Sozialtransfers, Kaufkraft oder Angebotsmieten und -preise oder Informationen zu früheren Beteiligungsverfahren.

Im Mai 2021 wurde eine erste Zwischenbilanz vorgestellt und mit Stadtvertretern diskutiert. Dabei ging es unter anderem um Milieustrukturen, Bevölkerungsbewegungen, Arbeitsmarkt oder die Entwicklung des

Wohnungsbestands, jeweils auch im Binnen- und Außenvergleich. Die Ergebnisse bestätigen das Erfordernis erweiterter Einstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt für benachteiligte Gruppen oder zu mehr Teilhabe im sozialen Bereich – trotz einer Vielzahl bestehender Maßnahmen und Initiativen. Gesamtstädtisch sind gewisse Defizite in der Struktur des Wohnungsbestands oder bei zukunftsfähigen Arbeitsplätzen festzustellen. Ähnlich wie viele Großstädte und Regiopole verliert Marburg aktuell sowohl bei Studierenden als auch unter eigentumsorientierten Bürgerinnen und Bürgern.

Angesichts hoher Angebotsmieten und mittlerer Kaufkraft der Bewohner wurden zudem potenzielle Verdrängungseffekte, insbesondere in der Innenstadt und der Altstadt, sichtbar. Zu einer belastbaren Bewertung für die Erlassung von Erhaltungssatzungen müssen allerdings weitere Informationen herangezogen werden – eine grundsätzliche Schwäche vieler Milieuschutz-Gutachten¹.

Parallel sollte auch die ansteigende räumliche Konzentration sozial schwächerer oder prekärer Bevölkerungsgruppen stärker in den Fokus der kommunalen Arbeit rücken. Dazu erscheint eine erweiterte Zusammenarbeit und Abstimmung der relevanten Akteure sinnvoll, etwa um mehr dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten für Zugewanderte zu schaffen. Die Möglichkeiten und Herausforderungen einer verstärkten Koproduktion von Wohnungswirtschaft, Sozialträgern, Kommune und sonstigen Akteuren soll im weiteren Projektverlauf näher untersucht werden. Entsprechendes gilt für das Teilhabeangebot auf gesamtstädtischer und teilräumlicher Ebene, in das im Sinne des deliberativen und inklusiven Ansatzes des Verbandes weitere Bevölkerungsgruppen einbezogen werden müssen. Der Projektabschluss ist für den Herbst 2021 vorgesehen.

¹ vgl. Empirica-Institut: *Aussagekräftige Kriterien zum Erlass sozialer Erhaltungssatzungen*. Berlin 2020



Abb. 2: Stadtbezirk Oberer Richtsberg, Siedlungsbau seit den 1960er Jahren Foto: vhw

Insgesamt erweitert der vhw mit diesem Projekt seine Vor-Ort-Arbeit zur Stärkung von Teilhabe und Koproduktion unter Berücksichtigung verschiedener Kontextbedingungen.

1.3 Projektfamilie „Akteurs-hybride Stadtentwicklung“

Die wachsende Bedeutung von Teilhabeverfahren in vielen Städten bringt zwangsläufig für das Zusammenspiel von Kommunalpolitik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Bürgerschaft signifikante Verwerfungen mit sich.

So hat sich nach und nach eine emanzipierte, oft „eigensinnige“ Bürgerschaft herausgebildet, die ihre Geschicke immer nachdrücklicher selbst in die Hand nehmen möchte. Dass eine solche Entwicklung gesellschaftlich erwünscht ist, zeigt nicht zuletzt die Neue Leipzig-Charta 2020, die dazu aufruft, gemeinsame Gestaltungsprozesse für eine koproduktive Stadtentwicklung sowie neue Teilhabeformen zu unterstützen.

Forschungscluster Lokale Demokratie

Viele Städte integrieren in Folge die Anforderungen der Zivilgesellschaft und Bürgerschaft an eine gleichberechtigte Mitbestimmung in ihre repräsentativen Strukturen, indem z.B. der Stadtrat den Empfehlungen folgt, die in einer qualifizierten Bürgerbeteiligung erarbeitet wurden, oder indem auch Stadtentwicklungsprojekte „von unten“ kommunale Unterstützung erhalten. Immer dann, wenn unterschiedliche Perspektiven, z. B. zwischen Stadträten und einer zivilgesellschaftlichen Initiative, aufeinanderprallen, kann es aber auch zu ernsthaften Konflikten bzw. zu einer informellen Legitimationskonkurrenz (Schuppert) darüber kommen, wer denn letztlich allein die kommunalen Entscheidungen zu treffen – und eben auch zu verantworten hat.

wahlen widerspiegeln mag. Es gilt also festzuhalten, dass sich im Zuge einer starken „Akteurs-hybriden Stadtentwicklung“ die politischen Kräfteverhältnisse in der lokalen Demokratie zu wandeln beginnen. Das wirft neue Forschungsfragen auf, zu den Sichtweisen der Akteure, dem politischen Kräftespiel oder zur Weiterentwicklung lokaler Demokratie.

Dies hat die vhw-Forschung dazu veranlasst, sich in mehreren Projekten eingehend mit „Akteurs-hybrider Stadtentwicklung“, den differenzierten Perspektiven der Akteure sowie dem Wandel im politischen Zusammenwirken zu befassen und Empfehlungen zur Feinjustierung und Weiterentwicklung der lokalen Demokratie abzuleiten.

Lokale Politik und Beteiligung

Die Studie „Lokale Politik und Beteiligung (LOB) – Neue Wege des Stadtmachens und die Rolle Lokaler Politik“ beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit neue Formen des Stadtmachens die Rollen der Akteure in Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Intermediären und Wirtschaft verändern. Durchgeführt wurde sie von Prof. Dr. Agnes Förster und ihrem Team von der RWTH Aachen. Der Projektbericht wird in der vhw-Schriftenreihe erscheinen.

Wo die Studie ansetzt: In der klassischen Planungstheorie ist die Politik der Besteller der Stadtentwicklungsplanung und die Verwaltung setzt um. Ganz so einfach stellt sich die Praxis jedoch nicht dar. Die Prozesse von Planung und Umsetzung waren immer schon komplexer und von vielfältigen formellen und informellen Governance-Prozessen der Ideenfindung, Abwägung und Aushandlung gerahmt. Die Autorinnen und Autoren gehen dem grundlegend nach und leisten dabei Pionierarbeit, insbesondere in Bezug auf den Zusammenhang von Planungskreislauf, Governance und Stadtmachen auf lokaler Ebene.

Sie operationalisieren den Begriff des Stadtmachens im Kontext der Governance-Perspektive als „absichts-



(Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung zu einem der Ergebnisse als werkSTADT Nr. 53)

Zudem hat es heute, einhergehend mit dem Aufstieg der partizipativen und deliberativen Demokratie, den Anschein, dass kommunalpolitische Parteien, Ortsgruppen und Engagierte – und somit laut Verfassung die Zuständigen für die politische Willensbildung – an Bedeutung und Gestaltungskraft verlieren, was sich auch in geringen Wahlbeteiligungen bei Kommunal-

volle Gestaltung von Stadt“, was letztlich kompatibel zu der Idee der im Rahmen der Neuen Leipzig-Charta 2020 postulierten Koproduktion verortet werden kann und anschlussfähig zu der vom vhw angestoßenen Debatte über die Intermediären in der Stadtentwicklung ist. Was also verändert sich in den Prozessen der Stadtentwicklung und im Rahmen der Stadtplanung, wenn neben klassischen Akteuren zunehmend weitere Akteure „mitmachen“?

Die Studie trägt dazu bei, erste Sichtungen zu den Rollenklärungen der vielfältigen Akteure des Stadtmachens zu liefern. Im Ergebnis legt die vorliegende Studie nahe, dass das Stadtmachen zu einer zunehmenden Konvergenz der unterschiedlichen Akteursrollen führt. Und sie zeigt: Das Stadtmachen macht lokale Politik zu einem spannenden Handlungsfeld mit vielen neuen Gestaltungsmöglichkeiten – jenseits der mitunter als „aus der Zeit gefallen“ wahrgenommenen politischen Gremien und Verfahren auf kommunaler Ebene.

Kommunalpolitik im Wandel

Bereits 2018 hat der Verein „Politik zum Anfassen“ in einer Vorstudie das Beziehungsgefüge zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik in der integrierten Stadtentwicklung unter die Lupe genommen. Dazu wurden Interviews mit Kommunalpolitikern und Führungskräften aus der Verwaltung in drei deutschen Städten (Darmstadt, Haldensleben und Isernhagen) ausgewertet. Beispielhaft konnte darin das große Engagement von Kommunalpolitikern aufgezeigt, aber auch das bipolare Spannungsverhältnis und die Legitimationskonkurrenz zwischen Kommunalpolitik und Bürgerschaft herausgestellt sowie auf die Kommunikationslücken zwischen diesen Akteuren hingewiesen werden.

NEUE STUDIE BEAUFTRAGT: „POLITIK ZUM ANFASSEN“ UNTERSUCHT ZUSAMMENWIRKEN VON KOMMUNALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

PROJEKTLEITUNG

Dr. Thomas Kuder
Tel.: 030 296472-470
E-Mail: tkuder@vhw.de

Februar 2020



© Fiedels Felicia

Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. hat den gemeinnützigen Verein „Politik zum Anfassen“ aus Hannover mit der Erarbeitung einer empirischen Untersuchung zur Rolle ehrenamtlicher, nicht mit kommunalen Ämtern ausgestatteter Kommunalpolitiker beauftragt. Untersucht und mit Interviews, Zielen und Folgesequenzen dokumentiert wird dabei insbesondere die Einbindung in konkrete Planungs- und Entscheidungsprozesse zur Stadtentwicklung und die dabei erlangte Selbstwirksamkeit der Lokalpolitiker.

Die Untersuchung knüpft an drei große Wohnungsbauprojekte in Hamburg, Frankfurt und Leipzig an, die in einem Gutachten von Prof. Altröck und seinem Team der Universität Kassel zum Thema „Wachstumsschmerzen“ wohnungspolitisch und stadtplanerisch aufgearbeitet wurden und nunmehr anhand von rund zwanzig Interviews mit Vertretern verschiedener Parteien um eine kommunalpolitische Untersuchung erweitert werden.

Einen Schritt weiter geht nun die 2019 beauftragte Folgestudie [Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung], in der für ausgewählte Wohnungsbauprojekte in den Großstädten Hamburg, Frankfurt und Leipzig die aktuellen Kooperations- und Kommunikationsbeziehungen zwischen Bürgern und parteipolitisch Engagierten, Repräsentanten sowie Führungskräften in der Verwaltung in den Fokus gerückt wurden. Die Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaustrategien dieser Vorhaben waren zuvor im Projekt „Wachstumsschmerzen“ von Prof. Uwe Altröck untersucht worden, an dieser Stelle konnte die Studie synergiebildend ansetzen und die differenzierten Perspektiven der Akteure sowie deren Kooperations- und Kommunikationsbeziehungen herausarbeiten. Dabei wurden Konfliktpotenziale im Zusammenspiel der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte untersucht und darauf bezogene Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung einer koproduktiven Stadtentwicklung sowie des politischen Zusammenwirkens formuliert. Die Ergebnisse wurden in der vhw-Schriftenreihe Nr. 26 „Das kommunalpolitische Planetensystem?“ (Publikationstitel) digital veröffentlicht. Das digitale Format erlaubt die Verlinkung mit aufgezeichneten Ausschnitten aus den Originalinterviews, die im Text angesteuert und auf Youtube angeschaut werden können.

vhw SCHRIFTENREIHE | 26

POLITIK ZUM ANFASSEN E. V.

Das kommunalpolitische Planetensystem?

ZUSAMMENSPIEL ZWISCHEN BÜRGERINNEN, BÜRGERN UND DER KOMMUNALPOLITIK IN STADTENTWICKLUNGSPROZESSEN



vhw Forschung

Nachhaltige Stadtentwicklung durch nachhaltige Verwaltungsentwicklung – Die (Kommunal-)Verwaltung der Zukunft

Für das Projekt „Nachhaltige Stadtentwicklung durch nachhaltige Verwaltungsentwicklung“ konnte im Jahr 2018 Prof. Dr. Jürgen Kegelmann von der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und sein interdisziplinäres Forschungsteam gewonnen werden. Das Projekt befasste sich im Kern mit der Analyse von Reformprojekten und Reformprozessen in der öffentlichen Verwaltung ausgewählter Städte. Untersucht wurden in den Städten Mannheim, Burgwedel und Filderstadt die jeweiligen Verwaltungsstrukturen und -prozesse sowie die besonderen Bausteine, mit denen in den beteiligten Städten ein für zukunftsfähig erachtetes Management für die integrierte, nachhaltige Stadtentwicklung erarbeitet wurde. Ziel des Projekts war es, ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept für ein nachhaltiges Stadtentwicklungsmanagement in der Verwaltung zu erarbeiten, welches den heutigen Anforderungen an die wachsende Komplexität von Zukunftsaufgaben, der Akteurs- und Perspektivenvielfalt sowie den zunehmenden Beteiligungserwartungen der städtischen Gesellschaft gerecht zu werden vermag. Weitere Ziele bestanden darin, gemeinsam mit den Städten die konzeptionelle Übertragbarkeit zu prüfen, Realisierungsbedingungen aufzuzeigen sowie begleitende Maßnahmenpakete – z. B. zur Fortbildung und zu einem Changemanagement – vorzuschlagen. Das umfassende Kompendium zur Zukunft der Verwaltung, insbesondere in der Stadtentwicklung, wird im Rahmen der vhw-Schriftenreihe veröffentlicht.

erwiesen, die gemeinsam ständig über das Stadtmachen dazulernen.

Reflexion

Uns war es wichtig festzuhalten, worum genau es beim Stadtmachen eigentlich geht. Das Label hat in den letzten Jahren sozusagen die „Charts der Stadtplanung“ erstürmt. Mit Bezügen zu einem Urban Design, das den Menschen zum Maß der Stadtplanung macht, wie es etwa Jan Gehl in seinem Werk „Städte für Menschen“ postuliert, und in Anlehnung an Ideale einer egalitären und gegenüber Experimenten offenen Stadtentwicklung, wie sie etwa Richard Sennett mit dem Leitbild der „offenen Stadt“ artikuliert hat, hat sich das Stadtmachen mittlerweile als Schlagwort einer nachhaltigen, modernen und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung etabliert. Allerdings wird das Label der Stadtmacherinnen und Stadtmacher von unterschiedlichsten Akteuren wechselseitig beansprucht. Teilweise wird sogar die Gesamtheit aller, die sich mit Stadtentwicklung beschäftigen bzw. zu dieser beitragen können, unter diesem Label versammelt – wie etwa im Kontext der digitalen Fachkonferenz zur Neuen Leipzig-Charta vom 2. Dezember 2020.

Die vhw werkSTADT-Ausgaben Nr. 51 und 52 beschäftigen sich daher mit der Frage, wovon eigentlich die Rede ist, wenn es um Stadtmacherinnen und Stadtmacher geht. Festzuhalten bleibt schließlich: Im Vergleich zu den unter den Begriffen der „Bürgerbeteiligung“ oder des „zivilgesellschaftlichen Engagements“ bekannten Partizipationsansätzen der Stadtentwicklung ist das Handeln von Stadtmacherinnen und Stadtmachern deutlich autonomer, praxis- und umsetzungsorientierter zu bewerten. Es zielt nicht nur auf eine konsultative Planung oder eine kooperative Zusammenarbeit an in einzelnen Projektphasen hoheitlicher Stadtentwicklung, sondern auf eine „kollaborative“ Stadtentwicklung entlang vertikaler wie auch horizontaler Kooperationsstrukturen („bottom up“, „top-down“ und „cross-over“), die unter Einbringungen eigener Kompetenzen und

1.4 Die Stadtmacher Akademie

Nach einem erfolgreichen ersten Jahrgang 2019/2020 hat sich die Stadtmacher Akademie als Plattform für alle, die Stadt zukunftsorientiert und kreativ gestalten wollen, weiterentwickelt. Dabei hat sie sich als steter Lernprozess für alle Beteiligten

Ressourcen initiiert, begleitet und durchgeführt wurde und bei der sich im Ergebnis ein Stück Stadt sicht- und wahrnehmbar verändert“ (ebd.).

Debatte

Die Stadtmacher Akademie ist nicht nur ein Fortbildungsangebot, sondern auch ein Ort, um Impulse für die fachliche Auseinandersetzung mit dem Stadtmachen zu setzen. Im Oktober 2020 hatten wir die Möglichkeit, im Rahmen der Living the City-Ausstellung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik auf dem alten Flughafen Tempelhof in Berlin ein Stadtmacher-Jam zu Genossenschaften und kooperativer Governance durchzuführen.

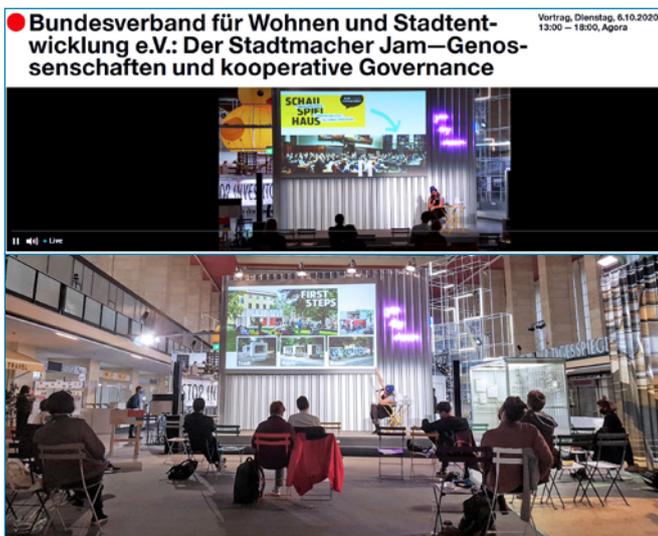


Abb. 3 und 4: Im Stream und vor Ort in Tempelhof, Berlin

Der Ansatz des Genossenschaftsmodells ist anschlussfähig an die grundlegenden Eckpfeiler des Stadtmachens: „Do it Yourself“ und „Do it Together“. Er steht für kooperative Prinzipien, demokratische Kontrolle und Mitbestimmung durch die Genossenschaftsmitglieder und eine gemeinsam getragene Eigentumsstruktur.

Das Format des Stadtmacher-Jams dient als Plattform dazu, gemeinsam Wissen zu produzieren und zu teilen. Verschiedene Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen sprechen über ihre ganz konkreten Herangehensweisen aus der alltäglichen Projektarbeit. Dadurch entsteht ein Gesamtbild aktueller Strömungen. Miteinander und voneinander lernen steht hier im Fokus.

Der Jam bot vier Blickwinkel auf die Genossenschaft:

- die Genossenschaft als Betriebsmodell für ein Kreativzentrum (Alte Mu, Kiel),
- die Genossenschaft als zivilgesellschaftliches Zukunftsmodell von Kulturarbeit (Kulturquartier Schauspielhaus, Erfurt),
- die Genossenschaft als rechtlicher Rahmen für eine Agentur (Wigwam e.G., Berlin) und
- einen konzeptionellen Impuls zur solidarischen Landwirtschaft als Modell einer gemeinschaftsgetragenen Versorgungsökonomie (CSX Netzwerk, München).

Die Ergebnisse des Jams sind als Booklet veröffentlicht. Es steht unter: www.stadtmacher-akademie.org zum Download zur Verfügung.

Arena im Rahmen des NSP-Kongress

Die Stadtmacher Akademie wurde darüber hinaus eingeladen, am 4. Mai 2021 eine Session zu ihrem Ansatz auf dem 14. Kongress für Nationale Stadtentwicklungspolitik beizutragen. Gemeinsam mit Gästen aus dem Stadtmacher-Kontext diskutierten Sebastian Beck und Moderator Konrad Braun, openBerlin e.V. und stadttatstrand, die Frage, ob Stadtmachen lernbar sei und blickten gleichzeitig auf den zweiten Jahrgang der Akademie mit den Schwerpunktthemen Bodenpolitik und gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung.

Als Impulsgebende aus der Stadtmacher Akademie tauschten sich die Gäste Amei von Hülsen-Poensgen

Forschungscluster Lokale Demokratie

von den Interkulturanstalten Westend e.V., Matthias Heskamp vom Reallabor Radbahn und Frederike Günther von der Plattform e.V. über ihre Erfahrungen im



Stadtmachen aus (Foto). Als weiteren Impuls gab Frederike Günther von Plattform e.V. Einblicke in die, auch für die Stadtmacher Akademie zentrale Methode der Kollegialen Beratung.

An einem Stadtmacher-Talk zum zukünftigen Schwerpunktthema gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung beteiligten sich am Ende der Übertragung Magnus Hengge vom LokalBau Berlin und Martina Doehler-Behzadi, Geschäftsführerin der IBA Thüringen GmbH.

Aufgrund der Corona-Beschränkungen wurde die Gäste-Anzahl vor Ort auf ein Minimum beschränkt. Die Veranstaltung wurde online aus dem Hörsaal der Ulme 35 des Interkulturanstalten Westend e.V. übertragen, Fredrike Günther und Martina Doehler-Behzadi wurden live dazu geschaltet. Die Ulme 35 war als Projekt Teil des letzten Stadtmacher Akademie-Jahgangs. Sie ist ein Begegnungszentrum für Geflüchtete und Nachbarn und besitzt Werkstätten sowie Atelier-Räumlichkeiten.

Perspektiven

Wir haben uns dazu entschieden, in diesem Herbst gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern die Potenziale des Stadtmachens bei den Themen [#Zugang zu Boden](#) und [#Gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung](#) auszuloten, bevor wir mit genau diesen Themen mit einem neuen Jahrgang der Akademie in die nächste Runde gehen:

- Wie steht es momentan um das Stadt-anders-Machen beim zentralen Zukunftsthema der Bodenfrage?
- Welche Entwicklungspfade zeichnen sich ab?
- Und was sind dabei momentan die großen Herausforderungen?
- Wie steht es um die Wechselbeziehungen zwischen Bodenfrage und Projekten einer gemeinwohlorientierten Immobilienentwicklung?
- Welche Szenarien zeichnen sich ab?
- Und wie steht es dabei um die Unterstützungsnetzwerke des Stadt-anders-Machens?



Aktuell haben wir eine Kooperationsanfrage veröffentlicht (Screenshot Slider auf www.vhw.de), mit der wir Kommunen, Stiftungen und Entrepreneur:innen als Projektpartnerinnen und -partner für die Stadtmacher Akademie 2022 suchen: Im Rahmen einer Kooperationspartnerschaft zur gemeinsamen Gestaltung des Angebots der Akademie oder im Rahmen einer Förderpartnerschaft, die Stipendien für Stadtmacher-Projekte zur Verfügung stellt und Stadtmacherinnen und Stadtmachern damit die kostenfreie Teilnahme an der Akademie ermöglicht.

Der nächste Jahrgang der Stadtmacher Akademie ist für Frühjahr 2022 geplant. Die Schwerpunktthemen des kommenden Jahrgangs werden Konzepte zur gemeinwohlorientierten Nutzung urbaner Flächen (Zugang zu Boden) und eine gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung (GI-Stadt) sein. Die Bodenfrage ist ein zentrales Zukunftsthema der Stadtentwicklung. Das „Bündnis Bodenwende“ – unterstützt

vom vhw – setzt sich für eine neue Bodenpolitik ein. Die Bodenfrage ist unserer Ansicht nach direkt verknüpft mit der Frage, wie diese Räume und Flächen in Wert gesetzt werden können und welche Rolle eine gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung dabei spielen kann. Aktuell stellt sich hier auch die Frage nach Lernmomenten, neuen Herausforderungen und Perspektiven für die Zeit „nach“ der Corona-Pandemie (Post-Corona). Interessierte Initiativen können sich bereits jetzt für den neuen Jahrgang der Stadtmacher registrieren. Unter: www.stadtmacher-akademie.org haben wir einen entsprechenden Open Call initiiert.

1.5 Pilotphase Kleinstadtakademie

Seit März 2021 bildet der vhw zusammen mit den Städten Eilenburg und Wurzen (Sachsen), Osterburg (Sachsen-Anhalt), Großräschen (Brandenburg) und Bad Berleburg (Nordrhein-Westfalen) das Modellvorhaben „Lokale Demokratie gestalten – Beteiligungspraxis zur Stadtentwicklung in Kleinstädten“. Gemeinsam suchen die Partner nach neuen Wegen der Bürgerbeteiligung und Kooperation im Rahmen der Kleinstadtentwicklung. Der vhw übernimmt im Modellverbund die Aufgabe der wissenschaftlichen

Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Das zweijährige Modellvorhaben befasst sich mit den Möglichkeiten der Förderung, Weiterentwicklung und Verstetigung von Beteiligungsinstrumenten sowie Engagement- und Beteiligungsstrukturen in der Stadtentwicklung. Damit werden unterschiedliche Herausforderungen in den Projektkommunen adressiert, die im Kontext gesamtstädtischer Entwicklungsprozesse behandelt werden sollen:

- Erstens die Beobachtung der teilnehmenden Kleinstädte, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen mit herkömmlichen Instrumenten kaum noch erreicht werden. Dies birgt die Gefahr von Vertrauens- und Legitimationsverlusten gegenüber der Kommunalpolitik und Verwaltung, einhergehend mit einer enttäuschten Abkehr von demokratischen Grundwerten und Selbstverständnissen.
- Zweitens wird von den beteiligten Kommunen in unterschiedlicher Weise die Notwendigkeit gesehen, die Teilräume der Kernstädte aber auch umliegende Ortsteile und deren Bewohnerinnen und Bewohner in ihrer Selbstwirksamkeit, aktiven Mitgestaltung und Teilhabe an Stadtentwicklungsprozessen zu stärken und damit den Zusammenhalt in den Kommunen zu fördern.

Im Modellvorhaben hat die Bestandsaufnahme begonnen. Dabei werden zunächst die Erfahrungen der jeweiligen Kommunen mit Beteiligungsprozessen untersucht. Darauf aufbauend sollen, entlang spezifischer lokaler Entwicklungsthemen, neue Ansätze und Instrumente entwickelt und erprobt werden, die Teilhabe, Zusammenhalt und Gemeinsinn fördern, das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung stärken sowie die Zusammenarbeit zwischen den Kernstädten und Ortsteilen verbessern.

PILOTPHASE KLEINSTADTAKADEMIE MIT VHW-BETEILIGUNG GESTARTET!

März 2021



Im Rahmen einer digitalen Auftaktveranstaltung startete das Modellvorhaben „Lokale Demokratie gestalten – Beteiligungspraxis zur Stadtentwicklung in Kleinstädten“. Das Vorhaben ist Teil des Forschungsfeldes „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Die fünf Städte Eilenburg und Wurzen (Sachsen), Osterburg (Sachsen-Anhalt), Großräschen (Brandenburg) und Bad Berleburg (Nordrhein-Westfalen) bilden einen Kleinstadtverbund, der sich mit den Möglichkeiten der Förderung, Weiterentwicklung und Verstetigung kommunaler Beteiligungsinstrumente sowie Engagement- und Beteiligungsstrukturen in der Kleinstadtentwicklung befasst. Die Partnerkommunen des Projektes werden dabei vom vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung u. V. wissenschaftlich begleitet.

Ansatz, Vorgehensweise und Ziel

In dem Modellvorhaben mit einer Laufzeit bis März 2023 wird nach neuen Lösungen gesucht, wie verschiedene gesellschaftliche Gruppen besser in Stadtentwicklungsprozesse einbezogen und wie Mitwirkungsprozesse in den unterschiedlichen Teilräumen der Kommunen gestärkt werden können. Während der Projektlaufzeit ist, u. a. im Rahmen von Transferwerkstätten, ein innovativer Austausch zwischen den Kommunen vorgesehen, um von den gegenseitigen Erfahrungen zu lernen. Zudem sollen übertragbare Ergebnisse für die Weiterverwendung in weiteren Kleinstädten zur Verfügung gestellt werden.

Zum Projekt „Pilotphase Kleinstadtakademie“

Deutschland ist mit über 2100 Kleinstädten ein Land der Kleinstädte. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) setzen sich im Rahmen der Initiative „Kleinstädte in Deutschland“ und mit der Kleinstadtakademie für eine Stärkung der praxisorientierten Forschungen und dem Erkenntnisgewinn durch einen interdisziplinären Akteurskreis zur Entwicklung von Handlungsansatzpunkten und -optionen für und von Kleinstädten ein.

[Zum Projekt](#)

Begleitforschung (Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung). Das Modellvorhaben ist Teil der Pilotphase Kleinstadtakademie im Forschungsfeld „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“ des

Bei den Schwerpunktthemen wird eine breite Spanne unterschiedlicher Handlungsfelder im Projekt deutlich. Angefangen beim Leitbildprozess in Eilenburg, über die Neuaufstellung einer Gestaltungssatzung in Osterburg, die Entwicklung eines Innenstadt-Areals in Bad Berleburg, die Förderung von Identität und Zusammenhalt in Großräschen bis zur Förderung von Selbstbestimmung und Mitgestaltung der dörflichen Ortsteile in Wurzen. Allen Ansätzen ist gemein, dass sie herkömmliche Pfade formeller und informeller Teilnehmungspraxis verlassen, die Bedürfnisse unterschiedlicher Bürgerinnen und Bürger sowie Akteure ergründen und in ihrer Breite einbeziehen sowie Verständigungsprozesse anstoßen wollen. Themen wie die Gestaltungssatzung in Osterburg oder das Erbe des Strukturwandels in Großräschen sowie das Verhältnis von vormalig eingemeindeten Ortsteilen und deren Selbstwirksamkeit zur Kernstadt deuten dabei besondere Herausforderungen an. Zudem wollen alle Kommunen Prozesse der Jugendbeteiligung fördern. Auch hier wird ein breites Spektrum an möglichen Vorgehensweisen deutlich. Die Städte haben dabei bereits ganz unterschiedliche Erfahrungen gesammelt, die bis zum Aufbau parlamentarischer Teilnehmungsprozesse reichen. Auf diesen Erfahrungen soll im Projekt aufgebaut werden. Ziel ist es, voneinander zu lernen und neue Strategien im Umgang mit Jugendbeteiligung zu entwickeln.

Während der Projektlaufzeit ist – u. a. im Rahmen von Transferwerkstätten – ein intensiver Austausch zwischen den Kommunen vorgesehen. Die erste Transferwerkstatt fand in digitaler Form im Juni 2021 statt.

Die kommunalen Kontexte und Herausforderungen der Stadtentwicklung werfen Fragen nach einer funktionierenden Einbindung von Zivilgesellschaft und Bürgerschaft auf, die mit eigenen Mitteln schwer zu bewältigen sind. Es gilt an dieser Stelle gemeinsam neue, innovative Kooperationsformen zu entwickeln und anzustoßen. Die Teilnahme am ExWoSt-Programm bietet dabei die Möglichkeit, diesen Zielen und den

damit verbunden konkreten kommunalen Entwicklungsvorhaben mehr Gewicht und Aufmerksamkeit zu verleihen. Vor dem Hintergrund eingeschränkter häuslicher Spielräume für experimentelle Prozesse, die sich in Zukunft noch zu verschärfen drohen, bietet sich im Rahmen des bundesweiten Pilotvorhabens zudem die Möglichkeit, Lösungsansätze direkt zu erproben und auch für die weiteren Kleinstädte in Deutschland Handlungsmöglichkeiten sowie -empfehlungen abzuleiten.

1.6 Soziale Benachteiligung und politische Partizipation – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung

Soziale Benachteiligung betrifft heute einen wachsenden Teil der Bevölkerung. Sie äußert sich u. a. in Langzeiterwerbslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen, Erfahrungen des Abstiegs und in mangelnden Aufstiegschancen. Benachteiligungserfahrungen finden entlang der Achsen Klasse, Ethnizität, Geschlecht und körperlicher- bzw. geistiger Faktoren statt. Benachteiligte Gruppen haben weniger als andere Bevölkerungsteile Zugang zu unterschiedlichen Formen der politischen Teilhabe.

Gerade die lokale Demokratie birgt durch niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten, einen geringen Teilnahmeaufwand, räumliche Nähe und die unmittelbare Sichtbarkeit des politischen Outputs, eigentlich die Chance gerade benachteiligte Gruppen stärker in Aushandlungsprozesse einzubeziehen. In den letzten beiden Jahrzehnten haben insbesondere vor dem Hintergrund der „partizipativen Revolution“ sowie des „deliberative turn“ niedrigschwellige Formate Einzug in die Teilnehmungspraxis auf Quartiersebene gehalten. Allerdings zeigen immer wieder Evaluationen und auch die Teilnehmungspraxis des vhw, dass sich benachteiligte Gruppen dort nur sehr bedingt einbringen.

Das Forschungsprojekt untersuchte im Zeitraum 2019 bis 2020 empirisch explizit diejenigen, die in ihrer Biografie Marginalisierungserfahrungen gemacht haben und die dennoch politisch aktiv sind.

Zentrale Fragen waren:

- Welche Strukturen ermöglichen oder behindern die politische Partizipation Marginalisierter?
- Welche Rolle spielen diese Aktiven innerhalb der Gruppen, Organisationen und Strukturen?
- Welche Motivationen, Ressourcen, biografischen Hintergründe, Politikverständnisse bewegen die Aktiven?
- Welche Rolle spielen soziale Netzwerke und der sozial-räumliche Kontext vor Ort?



Die Ergebnisse der Studie sind in der vhw-Schriftenreihe Nr. 22 unter dem Titel „Neue Beteiligung und alte Ungleichheit? Partizipation marginalisierter Menschen“ erschienen (Publikationstitel).

Das Projekt wurde im Rahmen eines digitalen Workshops im Januar 2021 erfolgreich beendet. Neben dem vhw und den Auftragnehmenden Prof. Dr. Norbert Kersting, Jan Kassner und Linda

Melissa Rùthers von der WWU-Münster nahmen Expertinnen und Experten aus Praxis und Wissenschaft aus dem gesamten Bundesgebiet daran teil. Hierbei wurde deutlich, dass etwa durch quitierte Bürgerjurs sowie Community-Organizing solche Gruppen besser erreicht werden können. Zudem kann auch bürger-schaftliches Engagement Netzwerke schaffen, die das Fundament einer politisch aktiven Alltagskultur im Quartier legen.

1.7 Wohnungsunternehmen und Stadtteilmütterprojekte

Ausloten einer Praxis zur interkulturellen Kohäsion

Soziale Themen sind in der Stadtentwicklung nicht zuletzt durch diverse Förderprogramme und -richtlinien fester Bestandteil der Quartiersentwicklung. Dabei treten vermehrt private wie öffentliche Wohnungsunternehmen als Akteure auf diesem Feld in Erscheinung. Sie unterstützen Einrichtungen, Initiativen und Projekte, um Kohäsion und den Zusammenhalt in Quartieren zu verbessern und um für qualitativ hochwertige Wohnverhältnisse zu sorgen. Dabei hat das Themengebiet Migration durch die verstärkte Zuwanderung des vergangenen Jahrzehnts zusätzliche Aufmerksamkeit erhalten. Besonders die Teilhabe von Migrantinnen ist hier nach wie vor eine große Herausforderung.

Als niedrigschwelliges Instrument zur Integrationsförderung dieser Gruppe haben sich Stadtteilmütterprojekte als besonders erfolgreich erwiesen. Insbesondere in benachteiligten Sozialräumen gelingt es ihnen, auch mit schwer erreichbaren und zurückgezogen lebenden Frauen in Austausch zu kommen. Langfristig können Stadtteilmütterprojekte migrantischen Frauen den Zugang zu Bildungsangeboten, zum Arbeitsleben sowie zur Stadtgesellschaft zu ermöglichen.

Das Forschungsprojekt untersucht modellhaft und exemplarisch die Schnittstellen zwischen der sozialen Quartiersentwicklung von Wohnungsunternehmen und den Stadtteilmütterprojekten. Zentrale Fragen dabei sind:

- Was kennzeichnet die Arbeits- und Wirkungsweisen von Stadtteilmütterprojekten?
- Was kennzeichnet die soziale Quartiersentwicklung von Wohnungsunternehmen?
- Was können Formen und Inhalte einer gemeinsamen Praxis sein?



In einem ersten Schritt wurden diese Fragen im Rahmen von Akteurs-Interviews näher erörtert und potenzielle Themen und Verfahrensweisen der Kooperation eruiert. Diese Ergebnisse wurden in der vhw-werkSTADT Nr. 47 (Publikationstitel) publiziert.

In einer Dialogphase sollen nun im Rahmen von drei Workshops Kooperationspotenziale weiter eingegrenzt werden und – soweit dies von den Beteiligten gewünscht ist – erste konkrete Schritte für eine Zusammenarbeit umrissen werden. Projektpartner dabei ist das landeseigene Berliner Wohnungsunternehmen Gewobag sowie ein Stadtteilmütterprojekt aus dem Berliner Nordwesten.

lichten gewünscht ist – erste konkrete Schritte für eine Zusammenarbeit umrissen werden. Projektpartner dabei ist das landeseigene Berliner Wohnungsunternehmen Gewobag sowie ein Stadtteilmütterprojekt aus dem Berliner Nordwesten.

1.8 Karlsruhe: Kooperative Sport- und Bewegungslandschaften

Der organisierte Sport gilt neben seiner gesundheitsfördernden Funktion auch als ein wichtiger Baustein des sozialen Zusammenhalts. Das gewaltige Volumen an ehrenamtlichem Engagement in vielen Teilbereichen lässt den Sport zudem als unverzichtbaren gesellschaftlichen Entwicklungsfaktor erscheinen. Trotz seiner Bedeutung klagen jedoch viele Sportverbände regelmäßig darüber, dass sie nicht im Blickfeld der Stadtentwicklung stünden, ihre Interessen nicht verwirklichen und ihre Bedarfe nicht decken könnten. Auch hätten sie nicht die Ressourcen, sich um ihre Belange in der Stadtentwicklung zu kümmern. Angesichts dessen verwundert es kaum, dass die Akteure des nichtorganisierten Sports, darunter viele Individualsportler, meist noch sehr viel weniger in Stadtentwicklungsprozessen verankert sind und dort sehr viel weniger ihre Belange und Anliegen einbringen können.

Dem stehen auf der anderen Seite die großen Herausforderungen in den Städten gegenüber. Für wachsende

Städte wird es bei zunehmender Nutzungskonkurrenz und knappen öffentlichen Haushalten immer schwieriger, Sporträume zu erhalten, zu sanieren oder neu zu schaffen. Zudem sehen sie sich gezwungen, auch Plätze, Straßen und Parks immer bewegungsfreundlicher zu gestalten, weil sie von immer mehr Menschen für sportliche Aktivitäten genutzt werden. In stagnierenden oder schrumpfenden Städten gibt es dagegen meist viele ungenutzte Flächen, jedoch fehlen den Vereinen häufig die Mitglieder und den Kommunen die Finanzmittel, um diese Flächen für den Sport wirklich nutzbar zu machen.

Vor diesem Hintergrund hat der vhw im Jahr 2018 in Zusammenarbeit mit der Stadt Karlsruhe, Prof. Dr. Rolf Schwarz von der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe und PD Dr. Hagen Wäsche vom Karlsruher Institut für Technologie mit einer Studie zu kooperativen Sport- und Bewegungslandschaften beauftragt



(Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung), die anhand der integrierten Quartiers- und Sportentwicklung im Stadtteil Karlsruhe-Daxlanden insbesondere auf den nichtorganisierten Sport fokussiert. Dabei stehen vor allem ausführliche Befragungen und Analysen zu den Akteuren, den Angeboten und Räumen, den Netzwerken und nicht zuletzt den raumbezogenen Bedarfen des nichtorganisierten Sports im Mittelpunkt. Die Ergebnisse des wissenschaftlichen Gutachtens werden voraussichtlich 2022 vor Ort in einen sportbezogenen Stadtentwicklungs- und Beteiligungsprozess überführt.

Die Studie aus Karlsruhe, die parallel zu dem Gutachten „Sportlandschaften“ von Prof. Dr. Michael Barsuhn und seinem Team an der Fachhochschule für Sport und Management Potsdam erarbeitet wurde, konnte aufgrund der Einschränkungen im Zuge der Corona-

Pandemie erst im Frühsommer 2021 zu einem Abschluss gebracht werden. Die Präsentation der Studie wird in einem Expertenworkshop erfolgen. Die Veröffentlichung der Studie ist für den Herbst 2021 vorgesehen.

Projektübersicht zum Forschungscluster Lokale Demokratie

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt-Nr.
Smarte Systemarchitektur für kommunales E-Government	Jul 21	Mrz 23	T. Kuder	21001
Gentrifizierung in randstädtischen Großwohnsiedlungen?	Jul 21	Dez 21	T. Kuder	21009
Community Center Eidelstedt	Mrz 21	Dez 21	T. Kuder	21007
Kleinstadtakademie	Jan 21	Mrz 23	C. Höcke	21004
Stadtmacher Akademie 2021/2022	Okt 20	Dez 22	S. Beck	20018
Nachhaltigkeit und Dialog in Herrenberg	Jan 20	Dez 21	T. Kuder	20006
Clusterprojekt Lokale Demokratie	Jan 20	Jul 21	T. Kuder	20009
Phase Null, Rostock Toitenwinkel	Dez 19	Dez 21	S. Beck	20011
Kooperationen und Netzwerke im Sport: Ergänzungsstudie Karlsruhe	Dez 19	Nov 21	T. Kuder	20007
Kommunalpolitik im Wandel	Aug 19	Mai 21	T. Kuder	19008
Jenseits der Metropolen: Wandel lokal-politischer Kulturen in einer polarisierten Gesellschaft	Mai 19	Okt 20	A. Becker	19012
Stadtteilmütter II	Apr 19	Dez 22	S. Jähn	19016
Wachstumsschmerzen: Stadtentwicklung und Wohnen	Feb 19	Sep 21	T. Kuder	19004
Zur Rolle kommunaler digitaler Kommunikation im Kontext der Stärkung lokaler Demokratie	Jan 19	Jun 21	J. Aring	19010
Lokale Öffentlichkeiten im digitalen Wandel	Dez 18	Mrz 21	B. Hallenberg	18016
Kongress Lokale Demokratie 2020	Nov 18	Jun 21	T. Kuder	18037
Peripherisierung und lokale Demokratie	Nov 18	Nov 20	C. Höcke	17005
Lokale Politik und Beteiligung (LOB)	Okt 18	Mai 21	S. Beck	18034
Die (Kommunal)Verwaltung der Zukunft – die Zukunft der (Kommunal) Verwaltung	Aug 18	Aug 21	T. Kuder	18018
Allianz Vielfältige Demokratie (AG Breite Beteiligung)	Mai 18	Dez 20	T. Kuder	18013
Regiopolen in Deutschland: Funktionen, Governance und raumordnerischer Kontext	Mai 18	Jul 20	J. Aring	18012
Soziale Benachteiligung und politische Partizipation	Feb 18	Jan 21	S. Jähn	18002
Lokale Integration, Delmenhorst	Okt 17	Okt 20	B. Hallenberg	17026
Praxisleitfaden: Milieuwissen für die Stadtentwicklung und Stadtplanung	Sep 17	Dez 20	H. Böttcher	17027

2 Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Auch in diesem Berichtsjahr hat die vhw-Forschung in diesem Cluster verschiedenen Prozessen und Dynamiken in Städten und Quartieren nachgespürt. Im Fokus standen dabei weiterhin die Corona-Pandemie und ihre Folgen für das urbane Gefüge. Die Pandemieerfahrung hat viele Fragen aufgeworfen und auch jenseits der Fachwelt rege Diskussionen über die zukünftige Gestaltung unserer Städte und Quartiere ausgelöst. Einer „Corona-Fragestellung“, die die fachöffentlichen Debatten in den letzten Monaten maßgeblich prägte, haben wir dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt: [Wie können wir mit Blick auf die aktuelle Pandemieerfahrung Städte und Quartiere resilienter machen?](#) Zu dieser Frage wurde im letzten Jahr ein Eigenforschungsprojekt vorangetrieben. Darüber hinaus hat der vhw zum Thema „Urbane Resili-

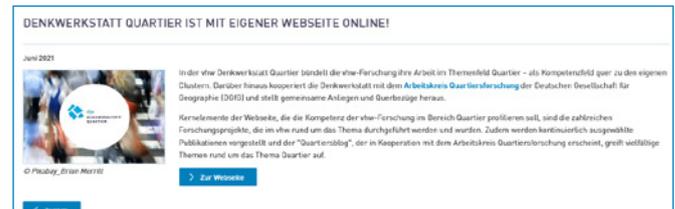
sind in Folge der veränderten Rahmenbedingungen jedoch keineswegs obsolet geworden. Ganz im Gegenteil: Sie haben unter dem Eindruck der aktuellen Pandemieerfahrungen eher noch an Bedeutung gewonnen. So geht es in den Projekten etwa um die Rolle von Nachbarschaften als Möglichkeitsstrukturen für Austausch, Hilfe und Solidarität, um die Förderung demokratischer Prozesse im Quartier, um die Schaffung von Begegnung und Teilhabe in nachbarschaftlichen Kontexten, oder um das kooperative Zusammenwirken „neuer“ und „alter“ Akteure in der Stadt- und Quartiersentwicklung für eine nachhaltige Gestaltung urbaner Räume. Natürlich brauchte es keine Corona-Krise, um die Relevanz dieser Themen für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung zu erkennen; dennoch führt uns die Krise den Wert – etwa von Nachbarschaften, von unmittelbarer Begegnung oder von integrierten Handlungsansätzen – nochmals deutlich vor Augen. Somit liefern auch diese Projekte wichtige Erkenntnisse, wenn es darum gehen wird, die Post-Corona-Stadt zu gestalten.

Über die Generierung von Orientierungs- und Handlungswissen hinaus ist selbstverständlich auch der Ergebnistransfer wichtig. So wurden in diesem Berichtsjahr Erkenntnisse aus den Forschungsprojekten in verschiedenen Publikationsformaten veröffentlicht sowie Fachveranstaltungen und projektbezogene Workshops mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis durchgeführt. Außerdem wurde die



enz“ (Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung) auch auf bundespolitischer Ebene bei aktuellen Agenda-Setting-Prozessen mitgewirkt.

Zudem sind im Berichtsjahr Projekte fortgeführt bzw. zum Abschluss gebracht worden, die bezogen auf die Kernthemen des Clusters – Quartier und Nachbarschaft, Migration und Integration, soziale und nachhaltige Stadtentwicklung sowie soziale Milieus – unterschiedliche Fragestellungen bearbeiten. Es sind allesamt Projekte, die in der Vor-Corona-Zeit angestoßen wurden und somit nicht unmittelbar im Pandemie-Kontext stehen. Die hier behandelten Themen



vhw-Denkwerkstatt Quartier (Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung) etabliert, um die vhw-Forschungsarbeiten auf dem Themenfeld Quartier ge-

bündelt einer breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen (siehe folgender Abschnitt 2.1).

2.1 Städte und Quartiere resilient gestalten

Die Neuauflage der Leipzig-Charta im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 bestätigte die hohe und anhaltende Relevanz von Quartier und Nachbarschaft in der Stadtentwicklung. In diesem Bereich hat der vhw umfangreiches Know-how vorzuweisen, das von konzeptionellem und theoretischem bis zu praxisorientiertem Wissen reicht und sich im aktuellen Projektportfolio abbildet.

Denkwerkstatt Quartier

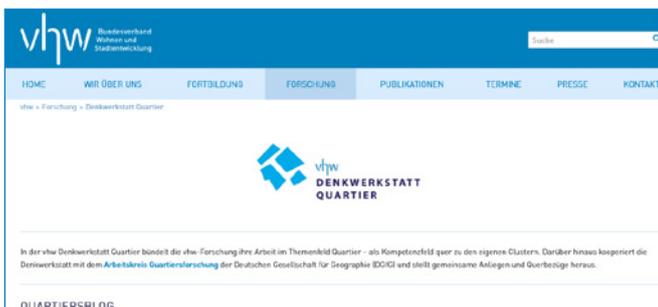
Um diese Kompetenzen – quer zur Clusterstruktur – zu stärken und noch sichtbarer zu machen, wurde die vhw-Denkwerkstatt Quartier eingerichtet. Ziel der Denkwerkstatt Quartier ist es u.a., sich strategisch zu vernetzen, Tagungen, Publikationen und Workshop-Reihen zur konzeptionellen Weiterentwicklung des Forschungsfelds zu initiieren. Um die strategische Vernetzung voranzutreiben, wurde eine Kooperation mit dem seit 14 Jahren auf dem Gebiet etablierten Arbeitskreis Quartiersforschung (AK QF) der Deutschen Gesellschaft für Geographie angestrebt. Als erste Tagung wurden die Veranstaltung „Quartiere neu denken“ im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik durchgeführt und Publikationen in einem

kollaborativen Prozess mit externen Partnern vorbereitet. Die Denkwerkstatt hat eine eigene Repräsentanz auf www.vhw.de (Screenshot Seite) erhalten und betreibt gemeinsam mit dem AK QF einen Quartiersblog, der zu aktuellen Themen rund um das Quartier Stellung bezieht. Neben dem Blog findet man auf der Seite auch Podcasts und Videos, Publikationen und vhw-Projekte aus allen Clustern, die einen Quartiersbezug aufweisen.

Clusterprojekt „Resiliente Quartiersentwicklung im Spiegel der Corona-Krise“

Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich der Fokus notgedrungen auf den Nahraum und das Wohnumfeld gerichtet. Ob Homeoffice, Homeschooling oder social distancing – im Lockdown haben sich die individuellen Radien jeweils reduziert und es hat sich gezeigt, dass die Bewältigung der Pandemie und der entsprechenden Maßnahmen für die oder den Einzelnen nicht zuletzt auch vom eigenen Quartier abhängt. Die aktuelle Corona-Krise bringt dabei deutlicher als zuvor zu Tage, woran es Quartieren fehlt, aber auch welche Widerstandskräfte diese haben. Sie spiegelt uns wider, was Quartiere robust oder eben störanfällig macht. Vor diesem Hintergrund befasst sich ein vhw-Projekt speziell mit der Situation in benachteiligten Quartieren. Mit dem vhw-Clusterprojekt „Resiliente Quartiersentwicklung im Spiegel der Corona-Krise“ wurde die Frage in den Blick genommen, welche Faktoren die Resilienz von Städten und Quartieren beeinflussen.

Zwei benachteiligte Berliner Stadtviertel, das Kosmosviertel und der Soldiner Kiez, werden in dem Projekt detailliert untersucht: Beim Kosmosviertel handelt es sich um eine Großwohnsiedlung am östlichen Stadtrand im Stadtteil Treptow. Im Kontrast dazu ist der Soldiner Kiez ein innenstadtnahes, einfaches Wohnquartier mit überwiegend gründerzeitlicher Bebauung im Stadtteil Mitte. Durch Gespräche mit Vor-Ort-Akteuren aus unterschiedlichen sozialen Bereichen wie



dem Quartiersmanagement, den Jugend- und Familieneinrichtungen, Grundschulen, Kitas, Wohnungsunternehmen oder anderen Vereinen wurde einerseits ein Einblick in die Lebensumstände und Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner in den jeweiligen Quartieren während der Pandemie möglich. Andererseits konnte auch die Reaktion der Quartiersarbeit auf die veränderten Umstände und ihren Umgang mit den Herausforderungen näher beleuchtet werden. Während die ersten Gespräche zur Zeit der ersten Lockerungen im Sommer 2020 stattfanden und die Umstände des ersten Lockdowns ausführlich dokumentieren, haben andere Gespräche auch die Gemütslage bis zu Beginn des Jahres 2021 erfasst, so dass auch der Eindruck rund um den zweiten, längeren Lockdown im Winter mit eingefangen werden konnte.

Erste Auswertungen bezüglich der sozialen Folgen, Herausforderungen und Problemlagen für die Bevölkerung, die im Zuge der Corona-Krise im Quartier entstanden sind, zeigen einen deutlichen Bruch mit Beginn des ersten Lockdowns im März 2020. Plötzlich beginnt ein neuer Alltag, beschränkt auf die eigenen, meist recht beengten vier Wände. Während in den Familien Überforderungssituationen und häuslicher Stress aufgrund von Enge, Nähe und permanenter Zuständigkeit entstehen, leben im Kontrast dazu andere Menschen, z.B. Senioren und Seniorinnen, im Kiez allein und leiden während der Pandemie vielmehr unter sozialer Isolation und Einsamkeit. Die Absenz oder erschwerte Erreichbarkeit sozialer Akteure und ihrer Angebote verursacht dabei nicht nur das Fehlen von alltäglicher Betreuung, Begleitung und Beratung, sondern auch fehlende Entlastung durch Alternativorte wie etwa die Schule oder den Jugendclub.

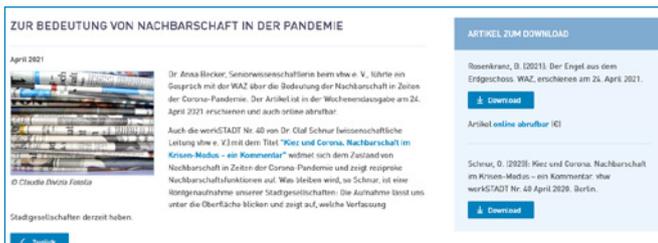
Die häusliche Situation wird – allerorten, aber besonders in den benachteiligten Quartieren – durch weitere Stressoren flankiert. Die alte Sorge um finanzielle Sicherheit, Arbeitsplatz und Einkommen bekommt aufgrund häufig prekärer Anstellungsverhältnisse im niedrigen Dienstleistungssektor durch die Pandemie

neue Facetten. Auch, dass Behörden anfangs schlecht bis gar nicht zu erreichen sind, verstärkt die Hilflosigkeit vor Ort. Noch dazu kommen Angst und Besorgnis um die eigene Gesundheit und die der Angehörigen. Als ein zentraler Stressor für die Familien vor Ort hat sich während der Pandemie vor allem auch das Homeschooling erwiesen. Gerade benachteiligte Familien werden hier noch weiter benachteiligt, so dass die befragten sozialen Akteure davon ausgehen, dass sich die Leistungsstände durch die Pandemie noch weiter auseinanderentwickeln und der tatsächliche Bildungsverlust, nicht nur in Bezug auf das Schulische, erst nach und nach zu Tage treten wird.

Insgesamt wird deutlich, welche verantwortungsvolle Rolle die sozialen Akteure vor Ort innehaben, um die erhöhte Vulnerabilität der Bewohnerschaft in benachteiligten Quartieren so weit wie möglich kompensieren und auffangen zu können. Darüber hinaus hat sich die Ausstattung der Quartiere mit öffentlichen, grünen Räumen und deren Qualität sowie Multifunktionalität als ein weiterer gewichtiger Resilienzfaktor entpuppt. Hier ist ihre hohe Bedeutung für die Entlastung der Bevölkerung in den Vordergrund getreten. Diese Räume spielen nicht nur individuell als Ausgleichsorte für den Rückzug nach draußen, als Raum für Bewegung und Sport oder als Treffpunkt sowie Raum für soziale Aktivitäten eine wichtige Rolle, sondern auch in institutionalisierter Form für die Angebote der sozialen Akteure, die mit der Wiederöffnung im Sommer viele ihrer Aktivitäten ins Freie verlegen.

Doch wie konnte die Quartiersarbeit mit den sich stetig wandelnden Bedingungen umgehen und inwiefern können durch vorhandene Strukturen und Ressourcen die Auswirkungen der Krise im Quartier abgedefert werden? Der Lockdown bedeutet auch für den Arbeitsalltag der lokalen sozialen Einrichtungen einen deutlichen Bruch: Die übliche Beziehungsarbeit muss nun in Einklang mit sozialen Kontaktbeschränkungen gebracht, Kommunikation zu großen Teilen digitalisiert und Angebote verändert werden, um

weiter handlungsfähig zu bleiben. Die ungewohnten Herausforderungen haben in den Quartieren aber auch (neue) Kräfte freigesetzt und so kann mit einer großen Anpassungsleistung die Arbeitsfähigkeit meist



erhalten werden (Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung). Die Vor-Ort-Akteure agieren flexibel, lernfähig und innovativ, improvisieren und experimentieren mit neuen Zugängen und Methoden, um trotz der ungünstigen Umstände und restriktiven Regularien mit ihren Zielgruppen in Kontakt zu bleiben und sie gerade in diesen Zeiten weiter unterstützen zu können.

Die Akteurs-Vernetzung untereinander ist ebenfalls ein wichtiger Faktor für den Umgang mit der Pandemie. Sie hat sich in beiden Fällen als vielfältig und günstig, ja robust, erwiesen und konnte so mit Beginn des ersten Lockdowns relativ zügig angepasst und aufrechterhalten werden. Handlungs-, Umsetzungs- und Reaktionsfähigkeit wiederum werden sehr stark durch die vertikale Vernetzung mit übergeordneten Stellen bedingt, so machen es die unterschiedlichen Erfahrungen der Akteure deutlich.

Die größten Hindernisse für eine resiliente Quartiersarbeit konnten in Bezug auf die Aspekte Risikokompetenz, die Vorbereitung auf Krisen und das Entwickeln langfristiger Strategien ausgemacht werden. Kaum eine Einrichtung ist vorbereitet auf eine solche Krisensituation. Die sich stetig wandelnden Pandemiemaßnahmen konterkarieren längerfristige Planungen. Und unabhängig vom Pandemiegeschehen gerät die Finanzierung sozialer Arbeit in den Blick, die mit den Befristungen und immer neu zu stellenden Anträgen

keinerlei Planungssicherheit oder gar Raum für zukunftsgerichtete Aktivitäten, Notfallszenarien, Krisenstrukturen o.Ä. bietet.

Der detaillierte Blick auf die Situation vor Ort während der Pandemie soll zeigen, was die Quartiere und ihre Quartiersarbeit stärkt und widerstandsfähig macht, aber auch wo Defizite und Handlungsbedarfe bestehen. Über die Analyse der hier wirkenden stabilisierenden, aber auch destabilisierenden Faktoren in dieser Krisenzeit sollen Ansatzpunkte für eine resiliente Quartiersentwicklung abgeleitet werden. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse ist für den Herbst 2021 geplant.

Memorandum „Urbane Resilienz“ im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Wie das Clusterprojekt zur resilienten Quartiersentwicklung beispielhaft zeigt, hat die COVID-19-Pandemie im Frühjahr 2020 den normalen Alltag in den Städten jäh zum Erliegen gebracht. Die nachfolgenden Lockdowns und umfangreichen Beschränkungen in Wirtschaft und Gesellschaft haben in den Städten und Gemeinden sowohl Defizite als auch Potenziale deutlich sichtbar werden lassen. Es war naheliegend, die Instrumente der Stadtentwicklung diesbezüglich zu überprüfen und Schlussfolgerungen für eine künftige Stadtentwicklungspolitik abzuleiten. Das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) hatte deshalb beschlossen, ein Memorandum zur „Urbanen Resilienz – Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt“ erarbeiten zu lassen. Das Memorandum sollte sich auf die Pandemie beziehen, aber auch weitere Risikofaktoren berücksichtigen (z.B. Risiken durch den Klimawandel) und generelle Anforderungen an widerstandsfähige Städte skizzieren. Im von Staatssekretärin Anne Katrin Bohle einberufenen Expertenbeirat war auch der vhw mit Dr. Olaf Schnur vertreten.



Memorandum „Urbane Resilienz – Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt“

Das Memorandum „Urbane Resilienz – Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt“ (Screenshot von https://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSPWeb/SharedDocs/Blageintraege/DE/memorandum_urbane_resilienz.html) wurde nach einem intensiven, mehrmonatigen Erarbeitungsprozess beim Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik 2021 verabschiedet. Dem Memorandum liegt ein erweiterter Resilienz begriff zugrunde, bei dem es „neben der Widerstandsfähigkeit auch um das aktive Anpassen und Verändern an zukünftige Herausforderungen [geht]. Urbane Resilienz steht somit für eine umfassende Kultur, die geprägt ist durch einen gemeinsamen Perspektivwechsel, der kontinuierliches Lernen, bewährte Erfahrungen und Zukunftsvisionen ganzheitlich zusammenbringt“ (BMI 2021, S. 6). Das Papier empfiehlt eine Reihe von Aspekten, wie etwa eine Strategie der urbanen Resilienz aufzubauen, bestehende Leitbilder weiterzuentwickeln, die regionale Zusammenarbeit zu verbessern, flexible Governance-Strukturen zu ermöglichen, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern, die Potenziale der Quartiersebene zu nutzen, resiliente Infrastrukturen und Gesundheitsvorsorge zu schaffen, digitale Infrastruktur und Datensouveränität sicherzustellen, Zentren neu zu programmieren oder den öffentlichen

Raum und die Mobilitätswende resilient zu gestalten. Außerdem werden Schlussfolgerungen für die Stadtentwicklungspolitik formuliert (BMI 2021, S. 5):

- „Auf allen Ebenen müssen die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Städte und Gemeinden in ihrer Resilienz und bei der Bewältigung künftiger Krisen zu unterstützen. Dies schließt die kontinuierliche Weiterbildung, den fachlichen Austausch und die Qualifizierung der Beschäftigten ein.
- Die Nationale Stadtentwicklungspolitik muss im Sinne der Neuen Leipzig-Charta finanziell und strukturell weiterentwickelt und gestärkt und um Aspekte der resilienten Stadtentwicklungspolitik erweitert werden. Vorgeschlagen wird ein „Haus der Leipzig-Charta“ als Kompetenzzentrum, sowie eine „Task Force Urbane Resilienz“, die im Katastrophenfall die Kommunen in der Krisenbewältigung unterstützt.
- Zentrale Aspekte des Risikomanagements, der Umweltgerechtigkeit, der Gesundheitsvorsorge, der Klimafolgenanpassung, der sozialen Gerechtigkeit sowie der Integration sind künftig noch stärker in die Stadtentwicklungsplanung und Förderinstrumente zu integrieren.
- Dazu gehören insbesondere sozialräumliches Monitoring, Risikostudien, Anpassungsstrategien und Maßnahmen im Kontext einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Von daher sollen die Städtebauförderung und die Stadtentwicklungskonzepte um das Querschnittsthema Resilienz erweitert und finanziell aufgestockt werden.
- Das Planungsrecht und die Städtebauförderung müssen um Aspekte der urbanen Resilienz erweitert werden. Mischnutzungen und Nachnutzungen sollen künftig rechtlich flexibler ermöglicht werden, insbesondere mit Blick auf den Lärmschutz. Für den Auf- und Ausbau kommunaler

Flächenressourcen sollen bodenpolitische Instrumente erweitert und neu geschaffen werden, z. B. durch kommunale Bodenfonds.

- Zur Sicherstellung der dauerhaften Handlungsfähigkeit der Kommunen sind digitale Kompetenzen aufzubauen und Digitalisierungsprojekte strategisch in der Stadtentwicklung zu verankern.
- Für Innovationen zur urbanen Resilienz soll eine „Experimentale“ als Sonderprogramm aufgelegt werden, um bestehende Hemmnisse aufbrechen zu helfen und Freiräume für Experimente zu schaffen, die später auch verstetigt werden.
- Die Nationale Stadtentwicklungspolitik muss um Elemente der internationalen Zusammenarbeit erweitert werden, um die Städte und Gemeinden zukunftsfest für globale Herausforderungen zu machen und von Erfahrungen zur Stärkung urbaner Resilienz aus anderen Teilen der Welt zu profitieren.“

2.2 Nachbarschaften entwickeln – Begegnung schaffen

Dass Nachbarschaft auch heute noch enorm relevant ist, bedarf nach den Erfahrungen der Coronapandemie keiner weiteren Überzeugungsarbeit mehr: Wo ein gutes Miteinander vorherrschte, war für viele Menschen vieles leichter zu organisieren und durchzuhalten – wo das fehlte, wurde es oft schmerzlich vermisst. Die vhw-Forschung beschäftigt sich bereits seit Jahren mit den alten und neuen, u.a. digitalen Formen von Nachbarschaft und mit sozialer Kohäsion auf der lokalen Ebene – und dies auch in dem von der Pandemie-Erfahrung geprägten aktuellen Berichtsjahr. Ziel ist es, das Phänomen Nachbarschaft im Kontext des sozialen Wandels immer besser verstehen zu lernen und gegebenenfalls neu zu kontextualisieren.

Postmoderne Nachbarschaft: vhw-Projekte zu Theorie, Alltag und professioneller Praxis

Zu dieser Projektfamilie zählen die beiden zentralen vhw-Studien „Postmoderne Nachbarschaften“ und „Nachbarschaft als lokales Potenzial städtischer Entwicklung“, die in Kooperation mit dem Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung der FHNW aus Basel/Muttenz (Schweiz) durchgeführt wurden und nun als Verlagspublikation im Herbst 2021 gemeinsam veröffentlicht werden sollen. Die beiden konsequent empirisch angelegten Studien, die von Prof. Dr. Matthias Drilling, Simone Tappert und einem erweiterten Team um Prof. Dr. Patrick Oehler und Nadine Käser durchgeführt wurden, leisten einen Beitrag dazu, die heutige Nachbarschaft als Prozess und Nachbarinnen und Nachbarn in ihren Identitäten und ihrem alltäglichen Handeln neu zu entdecken. Auf der Basis dieser – auch methodisch anspruchsvollen – Tiefenbohrung entstanden darüber hinaus sogenannte „Factsheets Nachbarschaft“, welche die Erkenntnisse kurz, knapp und leichter zugänglich für die reflexive Praxis aufarbeiten (die Factsheets erscheinen ebenfalls im Herbst 2021). Darin werden folgende acht Themenfelder behandelt:

- Was sind Nachbarschaften?
- Für wen Nachbarschaften wie relevant sind
- Nachbarschaftshilfe und Unterstützung im Alltag
- Orte einer Nachbarschaft
- Vom Grüßen und flüchtigen Begegnungen
- Digitale Nachbarschaften
- Wie aus Nachbarschaft eine Initiative wird
- Warum Demokratie Nachbarschaften braucht

Darüber hinaus spielte Nachbarschaft auch in anderen vhw-Forschungsprojekten eine wichtige Rolle, wie beispielsweise im Projekt „Perspektivwechsel“, wo gemeinsam mit Geflüchteten im Rahmen eines partizipativen Forschungsansatzes auch zum Thema Nach-

Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

barschaft gearbeitet wurde – oder im Forschungsfeld „Begegnung“, wie der folgende Abschnitt zeigt.

Projekt „Begegnung schaffen – Strategien und Handlungsansätze in der sozialen Quartiersentwicklung“

Schon vor Corona haben Akteure aus Politik und Planung in der Förderung von Begegnung einen wichtigen Handlungsansatz gesehen, um in Quartieren und Nachbarschaften ein gutes Miteinander zu schaffen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Doch der zeitweise Wegfall von Begegnungseinrichtungen und -angeboten durch die erlassenen Kontaktbeschränkungen im Zuge der Pandemie haben nochmal zusätzlich ins Bewusstsein gerufen, welchen Wert diese Orte und Aktivitäten für das Zusammenleben im Quartier haben. Der soziale Austausch und die spontane Gemeinschaftlichkeit, die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung, die normalerweise in Nachbarschaftszentren oder Begegnungshäusern ihren Platz haben, waren unter den veränderten Rahmenbedingungen so nicht mehr selbstverständlich gegeben. Auch nach Corona wird es daher wieder darauf ankommen, in Quartieren und Nachbarschaften für mehr Begegnung zu sorgen.

Ein vhw-Forschungsprojekt, das 2021 zum Abschluss kommt, befasst sich mit Strategien und Handlungsansätzen zur Förderung von Begegnung in der sozialen Quartiersentwicklung. Mit der Studie ist ein Forschungsteam des ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung unter der Leitung von Ralf Zimmer-Hegmann beauftragt. Um die Praxen der „Begegnungsschaffung“ in der Quartiersentwicklung genauer zu analysieren, wird in der Studie ein Mixed-Methods-Ansatz verfolgt. Im Mittelpunkt stehen: sondierende Gespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis, die Aufbereitung von Praxisbeispielen auf Grundlage einer bundesweiten Recherche, die Durchführung von Fallstudien in ausgewählten Quartieren (Augsburg-Oberhausen, Berg-

heim-Quadrath-Ichendorf, Mannheim-Jungbusch und Potsdam-Drewitz) sowie ein (digitaler) Abschlussworkshop mit Expertinnen und Experten.

Folgende Aspekte sind dabei Gegenstand der Analyse:

- 1. Spektrum:** Welche Einrichtungen und Angebotsformate fördern im Quartier Begegnung? Wer sind die maßgeblichen Akteure in diesem Handlungsfeld und welche Zielsetzungen verfolgen sie?
- 2. Äußere Faktoren:** Welchen Einfluss hat der spezifische Quartierskontext auf die Begegnungsarbeit vor Ort? Wie sind Begegnungsansätze in kommunale Strategien und Konzepte oder in lokale Netzwerk- und Kooperationsstrukturen eingebettet?
- 3. Innere Strukturen:** Wie gehen die Akteure bei der Gestaltung von Begegnungsangeboten und bei der Aktivierung der Bewohnerschaft vor? Was fördert die Annahme und Nutzung von Einrichtungen und Angeboten, welche Herausforderungen und Schwierigkeiten zeigen sich hier?
- 4. Wirkungen:** Welche positiven Effekte gehen von Begegnungsansätzen aus, besonders für das soziale Miteinander im Quartier? Wo liegen Limitationen und Fallstricke?

Die empirische Arbeit im Projekt war mit Beginn der Pandemie bereits größtenteils abgeschlossen. Um die Auswirkungen der erlassenen Maßnahmen des „social distancing“ auf die Begegnungsarbeit vor Ort zu erfassen, wurden nachträglich jedoch noch einmal Telefoninterviews mit Leitungen von Begegnungseinrichtungen und -angeboten aus den Fallstudienquartieren geführt. Begegnungsarbeit baut maßgeblich auf physischem Kontakt zwischen Menschen auf, sei es durch die Arbeitsweise der Akteure oder deren Angebote. Es verwundert daher kaum, dass die Vor-Ort-Akteure in ihrer alltäglichen Arbeit durch die Beschränkungen besonders herausgefordert waren. Sämtliche Angebote mussten zeitweise eingestellt werden, auch der Erhalt des Kontakts mit den Zielgruppen gestaltete sich

schwierig. Gleichwohl haben die Akteure neue Wege und Methoden erprobt, um auch unter den veränderten Rahmenbedingungen Begegnung im Quartier möglich zu machen. Hierbei wurde ebenfalls mit vielen neuen digitalen Formaten experimentiert. Allerdings sehen die befragten Akteure in digitalen Angeboten langfristig keine Alternative, allein schon deshalb, weil mit diesen Niedrigschwelligkeit, Barrierefreiheit und Sichtbarkeit verloren gingen. Auf Grundlage der nachträglichen Telefonbefragung sowie der weiteren Erkenntnisse aus der empirischen Untersuchung leitet die Studie praxisorientierte Empfehlungen zur Gestaltung von Begegnung in Quartier und Nachbarschaft ab. Die Veröffentlichung der Studie erfolgt in der vhw-Schriftenreihe.

Gemeinwesenarbeit (GWA) und lokale Demokratie: Zwei Studien zu demokratiefördernden Potenzialen von Gemeinwesenarbeit veröffentlicht.

Um ungleichen Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten zu begegnen, sind gerade in benachteiligten Stadtteilen demokratiefördernde Strategien notwendig, die über formale Beteiligungsangebote hinausgehen. Um die Potenziale von Gemeinwesenarbeit (GWA) hierbei zu analysieren, hatte der vhw zwei



Studien in Auftrag gegeben (Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung), die sich mit den demokratiefördernden Wirkungen von GWA auseinandersetzen und deren Ergebnisse nun publiziert wurden.

Die Expertise „Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie – Zusammenhänge und Perspektiven aus der Sicht Sozialer Arbeit“ hat die Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) durchgeführt. Prof. Dr. Patrick Oehler leitete aus

seiner konzeptionellen Analyse, die sich mit demokratie relevanten Aspekten der GWA historisch-systematisch auseinandersetzt, 9 Thesen zur Förderung der lokalen Demokratie durch GWA ab:

1. GWA hilft alltägliche Probleme lösen.
2. GWA begreift die Menschen, mit denen sie arbeitet, und sich selbst als politische Subjekte und Teil lokaler Demokratie.
3. GWA trägt zur Demokratiebildung und zum Demokratielernen in lokalen Demokratien bei.
4. GWA leistet Hilfe bei der Partizipation von Menschen an der lokalen Demokratie.
5. GWA kann zwischen verschiedenen „Welten“ innerhalb lokaler Demokratien übersetzen und vermitteln.
6. GWA unterstützt Menschen, soziale Probleme öffentlich zu benennen und in den politischen Diskurs einzubringen.
7. GWA unterstützt Selbsthilfe, Engagement und Selbstverwaltung in der lokalen Demokratie.
8. GWA fördert die Vernetzung und den Austausch auf und zwischen verschiedenen Ebenen und Formen lokaler Demokratie.
9. GWA agiert als „Frühwarnsystem“ für sich anbahnende Konflikte.

An diesen Ergebnissen schließt die zweite Studie an, die von Dr. Frank Gesemann mit dem Team von DESI – Institut für demokratische Entwicklung und soziale Integration in Kooperation mit Prof.in Dr.in Milena Riede mit dem Team von der Hochschule für angewandte Pädagogik (HASAP) durchgeführt wurde. Das empirisch angelegte Projekt hat die vorhandenen Wirkungen von GWA auf der Quartiers- und Nachbarschaftsebene anhand von fünf Fallstudien in der Praxis untersucht. Auch dabei wurde deutlich, dass GWA auf individueller, zivilgesellschaftlicher und kommunaler Ebene wich-

tige Beiträge zur Stärkung lokaler Demokratie leisten kann:

1. GWA kann die demokratische Kultur im Stadtteil durch niedrigschwellige, diversitätssensible Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten verbessern.
2. GWA vermittelt als intermediäre Instanz zwischen den Interessen der lokalen Bevölkerung und kommunalen politischen Strukturen. Darüber können Fach- und Förderpolitiken auf lokale Bedarfe ausgerichtet und politischer Ungleichheit begegnet werden.
3. GWA setzt sich für die Interessen artikulationschwächerer und benachteiligter Bevölkerungsgruppen ein und sorgt für eine Demokratisierung der Konfliktbewältigung.
4. Durch eine Angebotsmischung aus niedrigschwelligen Hilfen, sozial-kultureller Arbeit und angewandter politischer Bildungsarbeit kann GWA verschiedene Menschen ansprechen und darüber Teilhabe und Austauschprozesse zwischen verschiedenen Gruppen und Milieus ermöglichen.

Die vollständigen Studien sind in der vhw-Schriftenreihe Nr. 20 und 21 erschienen. Link: <https://www.vhw.de/publikationen/vhw-schriftenreihe/> Eine Kurzfassung der Studien und ihre zentralen Erkenntnisse wurden zudem in zwei Artikeln in Forum Wohnen und Stadtentwicklung Nr. 4/2017 publiziert.

2.3 Migration und Integration: Standpunkte einnehmen – Teilhabe fördern

Kulturelle Vielfalt ist – trotz der dominanten Herausforderungen durch die Corona-Pandemie – nach wie vor ein großes gesellschaftliches und stadtpolitisches Thema, das in nahezu allen Bereichen relevant ist (Bildung, Wohnen, Einkommen, Kultur etc.). Der

vhw hat über Jahre in zahlreichen Forschungsprojekten zu Migration und Integration umfassend neues Grundlagenwissen geschaffen und auch in diesem besonderen Berichtsjahr weiter an der Thematik gearbeitet. Im Übrigen hat die vhw-Fortbildung dieses Feld gleichermaßen fest im Blick.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt gestalten – 9 Positionen des vhw zu Integration und Vielfalt

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um integrative Leitbilder hat der vhw zum Anlass genommen, sein Verständnis von Integrationsprozessen und unserem Gesellschaftsbild zu präzisieren. Dieses gemeinsame Verständnis stellt eine orientierungsgebende Haltung für die vhw-Aktivitäten in Fortbildung und Forschung dar und soll zugleich zur Diskussion anregen, was Integration in Anbetracht der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bedeutet und wie ein funktionierendes Zusammenleben in einer sozial und kulturell vielfältigen Gesellschaft gestaltet werden kann.

1. **Gesellschaftliche Realitäten gestalten:** In Deutschland leben 21,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Gesellschaftliche Vielfalt ist damit eine Tatsache, die es nicht nur anzuerkennen, sondern auch aktiv zu gestalten gilt. Für einen zivilgesellschaftlichen Akteur wie den vhw bedeutet dies, die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verbessern, gleichwertige Teilhabechancen zu ermöglichen und für gegenseitige Akzeptanz sowie den Abbau von Diskriminierung und Rassismus einzutreten.
2. **Ein inklusives Zugehörigkeitsverständnis vertreten:** Deutschland ist ein Zuwanderungsland und durch Migration geprägt. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind konstitutiver Bestandteil der Gesellschaft. Diese empirische Realität hat bisher zu wenig Eingang in das gesellschaftliche Narrativ gefunden. Daher vertritt

der vhw ein gesamtgesellschaftliches Leitbild für Deutschland, welches die Heterogenität ihrer Mitglieder beinhaltet und als selbstverständlichen Bestandteil der Identität Deutschlands versteht.

3. Den Integrationsbegriff von Migration lösen:

In der gesellschaftlichen Diskussion hat der Integrationsbegriff in den vergangenen Jahrzehnten mehrfache Umdeutungen erfahren. Im Zuge der vhw-Arbeit soll an dem etablierten Begriff der Integration festgehalten, er aber mit einer konstruktiven Bedeutung besetzt werden. Das impliziert, Integration als einen wechselseitigen Prozess zu verstehen, der sich auf Zuwanderer und Gesellschaft im gleichen Maße auswirkt und Integrationsbemühungen auch auf die Teile der Gesellschaft auszurichten, die sich durch gesellschaftliche Transformationen überfordert fühlen.

4. Teilhabe ermöglichen und institutionellen

Wandel gestalten: Ein gesamtgesellschaftliches und inklusives Verständnis von Integration zielt darauf ab, die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an den zentralen Gütern der Gesellschaft zu ermöglichen. Dafür ist ein Wandel der öffentlichen Institutionen und aller gesellschaftlichen Funktionsbereiche notwendig, der die Unternehmenskultur, den Personalbestand sowie die materielle Gestaltung und Ausstattung umfasst.

5. Für stigmatisierungsfreie Förderung einsetzen:

Aufgrund bestehender Benachteiligungen und gesellschaftlicher Ungleichheiten sind zielgruppenbezogene Maßnahmen ebenso wichtig wie die barrierefreie Gestaltung von Institutionen. Im Sinne diversitätsorientierter Förderstrategien gilt es dabei, die Ursachen und zugrunde gelegten Wirkungszusammenhänge zu überprüfen, damit die tatsächlichen Bedarfsgruppen die notwendige Förderung erhalten, die vorhandenen und meist begrenzten Ressourcen adäquat eingesetzt

werden und vor allem Defizitzuschreibungen sowie die Ethnisierung sozialer Probleme und damit einhergehende Diskriminierungen vermieden werden.

6. Streitkultur statt Leitkultur: Das Zusammenleben in einer vielfältigen, offenen Gesellschaft ist nicht konfliktfrei. Durch die Verbesserung der Teilhabechancen für alle Gesellschaftsmitglieder entstehen neue Aushandlungsbedarfe, die als ein Zeichen fortschreitender Integration verstanden werden können. Konflikte stellen damit eine Qualität lebendiger Demokratie dar, die für gesellschaftliche Veränderungsprozesse konstruktiv genutzt werden können. Neben dem Konsens als Ideal der deliberativen Demokratie gilt es daher, die Ausbildung von Konfliktkompetenzen sowie die Fähigkeit zur Kompromissbildung zu unterstützen.

7. Alarmismus durch pragmatischen Realismus überwinden: In den medialen Diskursen ist häufig eine Dramatisierung gesellschaftlicher Herausforderungen im Kontext von Migration und Integration festzustellen. Diese Darstellungen stehen meist im Widerspruch zu den Integrationsfortschritten auf lokaler Ebene und der breiten kommunalen Umsetzung von Integrationsmaßnahmen. Öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure sehen sich daher in der Verantwortung, durch wissenschaftliche Befunde und öffentliche Stellungnahmen eine differenzierte Perspektive auf die mit Migration verbundenen Chancen und Risiken einzunehmen und lösungsorientierte Handlungsansätze aufzuzeigen.

8. Forschungsethische Grundsätze: Selbstverortung, Reflexion und Transparenz: Integration stellt ein kontrovers diskutiertes Thema dar, an dem gesellschaftspolitische Konflikte stellvertretend ausgetragen werden. Wissenschaftliche Befunde und Aktivitäten stehen in dem Bereich damit stets

Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und können tendenziell für politische Interessen instrumentalisiert werden. Daher sind in wissenschaftlichen Publikationen u. a. das kommunizierte Gesellschaftsbild sowie eigene soziale und kulturelle Selbstverortung konstant zu reflektieren und auf die immerwährende Vorläufigkeit und Bedingtheit von Ergebnissen hinzuweisen. Auch ist stets der Unterschied zwischen empirischem Befund und politischer Meinung kenntlich zu machen.

- 9. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt gestalten!** Mit seinen Aktivitäten in Fortbildung und Forschung will der vhw dazu beitragen, die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens so zu gestalten, dass für alle Menschen, unabhängig ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft, ihres Geschlechts, Einkommens, Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder Religion gleichwertige Teilhabe- und Mitwirkungschancen bestehen. Dazu gehört, vorhandene Diskriminierungen zu identifizieren und abzubauen und den institutionellen Wandel unter Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Akteure voranzutreiben – gemeinsam mit dem Ziel: den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt zu gestalten.

Projekt „PERSPEKTIVWECHSEL“ – mit Ad hoc-Schwerpunkt zur Corona-Pandemie

Auch das Forschungsvorhaben PERSPEKTIVWECHSEL (Screenshot Website: <https://projekt-perspektivwechsel.com/>), das vom Berliner Büro für

Herzlich willkommen beim praxisorientierten Forschungsvorhaben PERSPEKTIVWECHSEL!

Herzstück unseres Forschungsvorhabens PERSPEKTIVWECHSEL ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Projekten aus der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, die mit oder von geflüchteten Menschen durchgeführt werden. Gemeinsam bearbeiten wir Fragen zum Gelingen von Teilhabe und Integration vor Ort – in Wirtschaft, Kultur und Quartier. Unser PERSPEKTIVWECHSEL besteht darin, mit Geflüchteten zu forschen – nicht über sie. Kooperation und Partizipation sind für uns nicht nur methodische Elemente, sondern ein zentrales Ziel – alle Beteiligten sollen an der Wissensproduktion partnerschaftlich mitwirken und davon profitieren können. Geflüchtete wirken als Expertinnen ihrer Lebenswelt aktiv mit, Projektverantwortliche, Träger und Forschung bringen Erfahrungen aus der Projektumsetzung, methodisches Wissen und Kontakte ein.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten mehr über unser [Forschungsvorhaben](#), unsere [Partnerprojekte](#) und den [Forschungsverbund](#). Ein Kurzporträt zum PERSPEKTIVWECHSEL finden Sie hier [\(PDF\)](#).

Wir freuen uns über Anregungen, Kritik und laden Sie herzlich ein, Ihre Erfahrungen in das Forschungsvorhaben einzubringen. Kontaktieren Sie uns!

stadtforschung + sozialplanung | vhw | STÄDTFORSCHUNG FORSCHUNGSVERBUND | PARTIZIPATION | NEWSBLOG | BÜRO FÜR SOZIALPLANUNG | INFOSSEUM | Copyright © 2019 bei Perspektivwechsel bzw. den Bildautoren

Stadtforschung + Sozialplanung, Dr.in Ingeborg Beer und Helene Weiß sowie von der B.B.S.M. Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und -modernisierung mbH in Potsdam, Ulrike Milstrey und Prof.in Dr.in Heike Liebmann, durchgeführt wird, ist im Bereich der Migrationsforschung angesiedelt: Es zielt auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Projekten aus der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ab, die mit oder von geflüchteten Menschen durchgeführt werden. Gemeinsam werden forschungs- und praxisleitende Fragen zum Gelingen von Integration vor Ort bearbeitet – in Wirtschaft, Kultur und Quartier bzw. Nachbarschaft. Gerade beim Thema Teilhabe erscheint es naheliegend, dass Geflüchtete als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt eine aktive Rolle im Forschungsprozess einnehmen. In Anlehnung an das Konzept der Partizipativen Forschung

geht es um kooperative und partizipative Prozesse – also darum, mit Geflüchteten zu forschen und nicht über sie. Dieses auf Begegnung, Interaktion, Gruppenarbeit und menschlichem Miteinander basierende Projekt wurde besonders stark durch die Pandemie beeinflusst. Davon abgesehen, dass Umplanungen im Forschungsprozess eine Menge Flexibilität erforderlich machten, bot das Projekt auch die Gelegenheit, die Situation speziell von Geflüchteten im Lockdown näher unter die Lupe zu nehmen:

- Wie wirken sich die pandemiebedingten Einschränkungen auf ihr individuelles und familiäres Alltagsleben aus und was macht ihnen dabei zu schaffen?
- Wie erleben sie die Veränderung ihrer gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten und welche neuen Herausforderungen gilt es zu bewältigen?

Diese Fragen wurden in der vhw werkSTADT Nr. 46 „Ich habe alle Worte vergessen“ – Veränderte Lebens-



welten von Geflüchteten in Zeiten von Covid-19“ diskutiert (Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Forschung). Im Fazit werden drei Forderungen formuliert:

1. Zum einen sei die Vielfalt und Komplexität unserer Gesellschaft anzuerkennen und nicht als Defizit zu begreifen, sondern als Potenzial zu nutzen.
2. Vulnerabilitäten müssen, so die Autorinnen und Autoren, insbesondere bei Geflüchteten ganz besonders gut verstanden werden, um deren Resilienz stärken zu können.

3. Der Beitrag mündet in einem Plädoyer für mehr Reflexion, mehr Kollaboration und mehr Partizipation sowie mit einem Blick nach vorne: „Die Sehnsucht nach der Normalität der Vorkrisenzeiten ist [...] kein guter Ratgeber – Wege aus der Krise gilt es als gemeinsame Prozesse zu organisieren und daran zu wachsen“ (S. 11).

2.4 Integriertes Handeln in Stadt und Quartier

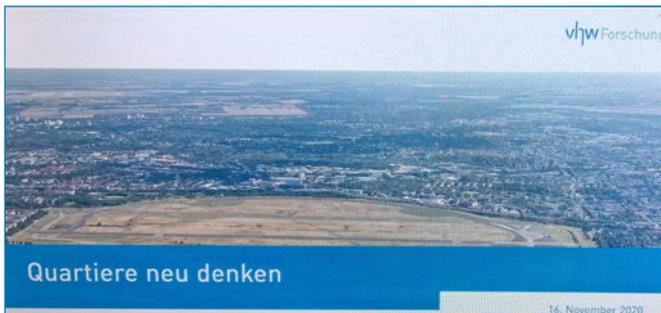
Die Notwendigkeit integrierter Handlungsansätze in der Stadt- und Quartiersentwicklung ist in Fachkreisen unbestritten. Nicht nur sind sie erforderlich, um komplexer werdenden Aufgabenstellungen und Akteurs-Konstellationen gerecht zu werden. Auch bei der Bewältigung von Krisen ist integriertes Handeln unabdingbar, damit die nötige Reaktions- und Anpassungsfähigkeit aufgebracht werden kann. Entscheidend bleibt aber die Frage: Wie kann in der Praxis der Stadt- und Quartiersentwicklung integriertes Handeln weiter vorangebracht werden? An dieser Frage setzen auch in diesem Berichtsjahr verschiedene Forschungsaktivitäten im Cluster an.

Fachtagung „Quartiere neu denken“ im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Um integrierende Perspektiven ging es bei der Fachtagung „Quartiere neu denken“, die im November 2020 vom vhw in Kooperation mit dem Arbeitskreis Quartiersforschung der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG) durchgeführt wurde. Ursprünglich sollte die Tagung im Begleitprogramm der Ausstellung „Living the City“ am ehemaligen Flughafen Berlin Tempelhof stattfinden. Die Ausstellung wurde im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und der Novellierung der Leipzig-Charta präsentiert. Pandemie-bedingt musste die Veranstaltung jedoch auf eine Online-Plattform umziehen. Dies hatte aber auch

Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

einen Vorteil: So waren bei der Online-Veranstaltung mit teilweise über 140 Teilnehmenden deutlich mehr Personen anwesend, als es vor Ort im Restaurant des ehemaligen Flughafens Tempelhof möglich gewesen wäre.



Die Tagung (Screenshot der Online-Eröffnung) nahm das Quartier als zentrale Handlungsebene der neuen Leipzig-Charta in den Blick. Die Beiträge aus Wissenschaft und Praxis griffen dabei zentrale Themen der Quartiersentwicklung auf und wurden vom ebenso interdisziplinär zusammengesetzten Publikum mit Interesse verfolgt. Die Moderation der Tagung teilten sich Dr. Lars Wiesemann sowie Dr. Olaf Schnur (beide vhw). Einleitend hinterfragte Olaf Schnur den Quartiersbegriff in seinem Intro „Was ist ein Quartier?“. Es folgten Vorträge zu den Aspekten Gemeinwohl im Quartier (Prof. Dr. Klaus Selle, NetzwerkStadt), Digitalisierung („Nachbarschaften als hybride Alltagsräume“ von Dr.in Anna Becker (vhw) und Simone Tappert (FHNW) sowie „Quartier machen auf digitalen Plattformen“ von Dr.in Sophie Naue und Anna Wildhack, urbanista), Klimaschutz (Prof. Dr. Andreas Thiesen, HS RheinMain) und Integration im Quartier (Dr.in Ingeborg Beer, Stadtfor-schung + Sozialplanung). Im Anschluss an die einzelnen Beiträge konnten die Teilnehmenden mit den Referentinnen und Referenten über Audiobeiträge oder die Chatfunktion diskutieren. Die Tagung hat den Blick für die Notwendigkeit integrierter Handlungsansätze geschärft, um anstehende Aufgaben und Herausforderungen

in der Quartiersentwicklung zukunftsgerichtet anzugehen. Eine Tagungsdokumentation mit der Möglichkeit, sich die Vorträge als Video anzuschauen (darunter auch den nachgeholt Beitrag von Dr. Rainer Kazig/CRESSON zu „Partizipativen Atmosphären im Quartier“), findet sich auf der Webseite des vhw.

Link zur Tagungsdokumentation: <https://www.vhw.de/termine/veranstaltungsberichte/tagung-quartiere-neu-denken-2020/>

Projekt „Kooperative Sportlandschaften – Netzwerke und Kooperationen im Spannungsfeld zwischen Stadtentwicklung und Sport“

In den letzten eineinhalb Jahren der Pandemie spielten öffentliche Räume eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung des sozialen Lebens im Lockdown-Modus: Viele Aktivitäten wurden Aerosol-bedingt ins Freie verlagert und insbesondere Sport und Bewegung im öffentlichen Raum (allem voran das Spaziergehen) nahmen spürbar zu. Teils geriet durch die erhöhte Nutzung der öffentliche Raum unter Druck. Diese Entwicklungen wurden zwar durch die Corona-Pandemie noch einmal verstärkt, sie sind allerdings schon seit einigen Jahrzehnten erkennbar. So fand bereits vor Corona über die Hälfte aller Sport- und Bewegungsaktivitäten in Deutschland auf Straßen, Radwegen, Grünanlagen, öffentlichen Plätzen oder städtischen Brachflächen statt (Berliner Senatsverwaltung für Sport und Inneres: 2018). Neben der Nutzung des öffentlichen Raums werden auch für traditionelle Sportplätze oder Trendsportanlagen große Areale manchmal stark umkämpften Stadtraums benötigt.

Dass die Gestaltung von Stadtraum intergriert geplant werden und auch Sport und Bewegung einen wesentlichen Baustein dabei darstellen sollte, scheint weitreichend Konsens zu sein. Allerdings gestaltet es sich oft schwierig, die meist rein ehrenamtlich organisierten Sportvereine oder – noch schwieriger – den nichtorganisierten Sport als „Akteure“ in Planungsprozesse miteinzubinden. Genau an diesem Punkt setzt das

Forschungsprojekt „Kooperative Sportlandschaften – Netzwerke und Kooperationen im Spannungsfeld zwischen Stadtentwicklung und Sport“ an, das seit 2018 vom Institut für kommunale Sportentwicklungsplanung an der Fachhochschule für Sport und Management Potsdam im Auftrag des vhw durchgeführt wird.

Mithilfe einer systematischen Bestandsaufnahme von Kooperationsprojekten im Bereich von Sport und Stadtentwicklung und einer tiefergehenden Analyse von Fallbeispielen wurde untersucht, wie Akteure aus dem Sport in Stadtentwicklungsprozessen aktiv mitwirken und ihre Belange vertreten können, welche Herausforderung dabei entstehen und wie diesen begegnet werden kann. Dazu wurden sieben Kooperationsprojekte genauer analysiert, in denen Akteure des Sports eine aktive Rolle bei der Gestaltung von (Stadt-) Raum (z. B. Umbau des Bielefelder Kesselbrinks oder des Cottbuser Ostsees) oder bei der Bewältigung von sozialen Herausforderungen (z. B. das Kooperationsprojekt Gesundheitssport im Landkreis Havelland) spielen.

Zusätzlich zu diesem Forschungsprojekt, bei dem die Akteure des organisierten Sports im Vordergrund stehen, hat der vhw in Kooperation mit der Stadt Karlsruhe, Prof. Dr. Rolf Schwarz von der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe und Dr. Hagen Wäsche vom Karlsruher Institut für Technologie, mit einer Ergänzungsstudie zu kooperativen Sport- und Bewegungslandschaften beauftragt, die anhand der integrierten Quartiers- und Sportentwicklung in Karlsruhe-Daxlanden den unorganisierten Sport einbezieht und die Ergebnisse in einen koproduktiven Entwicklungs- und Beteiligungsprozess überführt. Die empirischen Arbeiten in beiden Projekte sind abgeschlossen und die Endberichte werden demnächst veröffentlicht.

Neue Partnerschaften für die nachhaltige Stadtentwicklung: Projekt zu den Potenzialen von Transition-Town-Initiativen

Transition-Town-Initiativen (TTI) setzen sich für die nachhaltige Transformation „von unten“ ein und zielen dabei auf systemische Veränderungsprozesse ab. Erreichen wollen sie dies durch integrierte Ansätze, durch ein Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure, gemeinsame Lernprozesse und nicht zuletzt durch die Schaffung von Möglichkeitsräumen für Innovationen und Experimente. Wie TTI auf der kleinräumigen Ebene der Städte und Quartiere vorgehen, welche Netzwerke sie knüpfen und vor allem welche Schnittstellen zu kommunalen Akteuren bestehen, wurde in der Studie „Neue Partnerschaften für die nachhaltige Stadtentwicklung? Potenziale von Transition-Town-Initiativen“ exemplarisch untersucht. Die Ergebnisse des Projekts sind nun in der vhw-Schriftenreihe Nr. 23 (Screenshot Teaser auf www.vhw.de/Publikationen) ausführlich aufbereitet und nachlesbar.



vhw-Schriftenreihe Nr. 23 - Neue Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung? Potenziale von Transition-Town-Initiativen

Die Bemühungen um eine nachhaltigere Entwicklung von Städten und Gemeinden sind ungebrochen und während in Städten einerseits die meisten Ressourcen verbraucht werden, bilden sie andererseits den Raum für Experimente und Innovationen zur nachhaltigen Entwicklung. In der vorliegenden Studie werden die Potenziale und Herausforderungen von zivilgesellschaftlichen Initiativen als Akteure und Partner einer nachhaltigen Stadtentwicklung in vier Städten beispielhaft untersucht. Abschließend werden praktische Handlungsansätze für Kommunen und Initiativen vorgestellt.

Informationen zum Projekt finden Sie [hier](#)

[↓ Vorwort](#)

[↓ Inhaltsverzeichnis](#)

Umfang: 71 Seiten
Erschienen: Berlin, März 2021
ISBN: 978-3-87941-812-1
 Download kostenfrei

Es wurde in der Studie darauf geschaut,

- welches Potenzial TTI mitbringen, die nachhaltige Stadtentwicklung zu fördern,
- welche lokal-räumlichen und politischen Kontextfaktoren ihr Wirken begünstigen,

Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

- wie sie von Politik/Verwaltung wahrgenommen und als wirksame Akteure und potenzielle Partner erkennbar werden und
- welche erfolgreichen Formen der Kooperation und Koproduktion es gibt.

Das Projekt wurde von Dr. Markus Egermann vom IÖR – Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. umgesetzt. Es knüpft an bestehende Vorarbeiten des vhw zu intermediären Akteuren an. Im Projekt wurden vergleichende Fallstudien in Hannover, Kassel, Göttingen und Nürnberg angefertigt, in denen die Initiativen selbst, aber auch Akteure aus Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung sowie weitere Akteure der nachhaltigen Stadtentwicklung befragt wurden. Die Ergeb-

nisse wurden in einem Workshop mit Vertretern aus den Fallstädten reflektiert, um weiterführende Lern- und Transfermomente zu benennen, die für die TTI, Kommunen oder die von diesen genutzten übergreifenden Netzwerke Relevanz besitzen. Zwischenergebnisse des Projekts wurden einer breiteren Fachöffentlichkeit bereits vorgestellt – etwa auf dem Deutschen Kongress für Geographie 2019 in Kiel, auf der Postwachstumsstadt Konferenz in Weimar 2019 oder auf der Jahrestagung der ARL 2019 in Kassel.

Link zur Schriftenreihe: https://www.vhw.de/file-admin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._23_Transition_Town_Initiativen.pdf

Projektübersicht Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

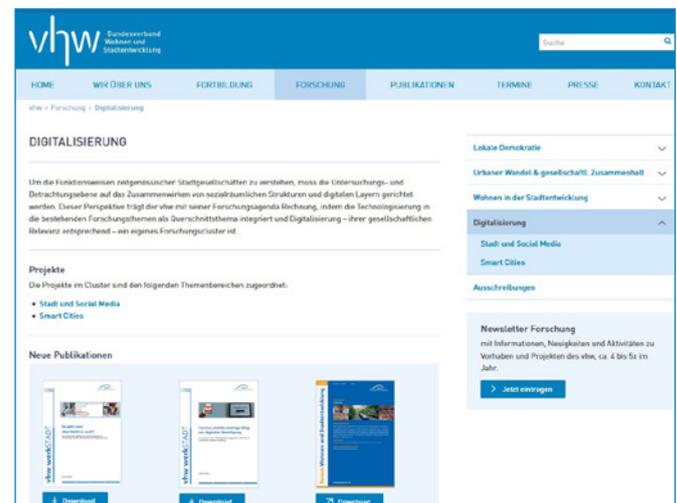
Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt Nummer
Milieus, Fluktuation und Teilhabe in mittleren Universitätsstädten am Beispiel der Stadt Marburg	Mrz 21	Dez 21	B. Hallenberg	21006
Quartiersentwicklung durch aktive Wohnungspolitik in der Mannheimer Neckarstadt-West	Nov 20	Mrz 21	B. Hallenberg	21016
Memorandum Resiliente Städte	Nov 20	Jun 21	O. Schnur	21003
Resiliente Quartiersentwicklung im Spiegel der Corona-Krise	Mai 20	Okt 21	L. Wiesemann	21014
Wohnprojekte im Quartier (PiQ)	Jun 19	Dez 21	K. Selle	19018
vhw-AG Denkwerkstatt Quartier	Jan 19	Aug 21	O. Schnur	19002
Defensive Architecture: Pilotstudie	Jan 19	Sep 20	E. Tenz	19007
Begegnung schaffen – Strategien und Handlungsansätze in der sozialen Quartiersentwicklung	Dez 18	Sep 21	L. Wiesemann	18030
Der Diskurs um die "postmigrantische Gesellschaft": Erkenntnisse und Perspektiven für stadträumliche Integrationspolitiken	Nov 18	Sep 21	L. Wiesemann	18024
Kooperationen und Netzwerke im Sport (Sportlandschaften)	Okt 18	Sep 21	T. Kuder	18036
Perspektivwechsel – Kooperative und partizipative Forschung zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten	Sep 18	Dez 21	O. Schnur	18022
Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie	Mai 18	Jul 20	A. Becker	18017
Transition Town-Initiativen	Apr 18	Sep 20	C. Höcke	17003
Nachbarschaft als lokales Potenzial städtischer Entwicklung	Aug 17	Okt 21	O. Schnur	17020
Atmosphären als Ressource der Quartiersentwicklung und Partizipation	Mai 17	Sep 21	O. Schnur	17013

3 Forschungscluster Digitalisierung

Mittlerweile teilen viele von uns ähnliche Alltagserfahrungen: Wir verabreden uns über Facebook oder Signal zu persönlichen Treffen, wir lernen einander auf Tagungen kennen und vernetzen uns über XING oder LinkedIn, wir lassen uns von Lieferando oder Wolt Essen aus unseren Lieblingsrestaurants nach Hause bringen, wir mieten per App spontan ein Auto, wenn der Einkauf mal zu schwer ist oder wir halten via nebenan.de und nextdoor Ausschau nach einer Hausaufgabenhilfe für unser Kind. All dies ist immer selbstverständlicher und basiert auf einer veränderten Wahrnehmung, in der die digitale Sphäre untrennbar mit den analogen Alltagspraktiken verwoben ist.

Städte mit ihren hohen Einwohner- und Infrastrukturdichten, ihren innovativen und kreativen Ökonomien und komplexen sozialen Welten sind die Labore und die frühen Kristallisationspunkte dieser Entwicklungen, weshalb der vhw im Forschungscluster „Digitalisierung“ mit Forschungsvorhaben und Ausschreibungen an dieser Stelle ansetzt. Mittlerweile verbinden digitale Anwendungen und Endgeräte die Menschen auf vielfältige Weise mit ihrer städtischen Umwelt, weshalb die Funktionsweisen des Städtischen und die alltäglichen Erfahrungswelten der Menschen im hohen Maße durch „hybride Urbanität“, also durch das Zusammenwirken von digitalen und analogen Strukturen geprägt ist. Daraus entstehen auch neue Rahmenbedingungen für kollektive Aus-Handlungen, Vernetzungen und Nutzungen von Stadt, die sowohl durch die veränderten Praktiken und Wahrnehmungen der Menschen selbst, als auch durch die digitalbasierten Angebote privater und kommerzieller sowie zivilgesellschaftlicher und öffentlicher Akteure gestaltet werden. Die Hybridisierung des Urbanen zeigt sich damit als ein relationaler Prozess, dessen Wechselwirkungen aufgrund der hohen Entwicklungsdynamik und Interdependenzen auch in den zentralen Handlungsfeldern einer sozialen und gerechten Stadtentwicklung noch nicht hinreichend erforscht und empirisch durchdrungen sind.

Die Bedeutung digitalbasierter Anwendungen hat sich zudem durch die pandemiebedingten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen sowie durch die Schließung von großen Teilen des kulturellen, sozialen und öffentlichen Lebens zusätzlich verstärkt. Während der physische Kontakt und die individuellen Aktivitätsmöglichkeiten der Menschen deutlich eingeschränkt waren, wurden berufliche und private Tätigkeiten in den digitalen Raum verlagert und soziale sowie kulturelle Bedürfnisse online verwirklicht. Auch sind neue technische Lösungen und Anwendungen entwickelt worden, die u. a. sozialräumliche Arbeit, Partizipation und (lokal)demokratische Prozesse ermöglichen oder lokalökonomische Aktivitäten und ein nachbarschaftliches Zusammenleben aufrechterhalten sollen. Damit hat sich die Hybridisierung des Städtischen durch die Pandemie intensiviert, deren kurz- bis langfristigen Auswirkungen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen – vom Quartier bis zur Region – ebenso wie auf die sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Praktiken und Infrastrukturen noch weitestgehend offen sind. Mit dem vhw-Forschungscluster



„Digitalisierung“ (Screenshot Clusterseite auf www.vhw.de/Forschung) ist das Ziel verbunden, ein besse-

res Verständnis von „hybrider Urbanität“ zu entwickeln und die kommunalen, politischen sowie zivilgesellschaftlichen Akteure dabei zu unterstützen, durch die angemessene Steuerung von Digitalisierung und Hybridisierungen zu einer resilienten, nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung im Sinne der Neuen Leipzig-Charta 2020 beizutragen.

3.1 Call for Proposals „Hybride Urbanität“

Über die vhw-Stiftung wurde mit einem Call for Proposals erstmalig ein Aufruf an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus sozialwissenschaftlichen, geografischen, raumplanerischen sowie kommunikations- und medienwissenschaftlichen Instituten und Forschungseinrichtungen gestartet, Ideen für Forschungsprojekte an der Schnittstelle von Digitalisierung und Stadtentwicklung einzureichen. Über die Ausschreibung, die inhaltlich dem in der Einleitung zu diesem Abschnitt skizzierten Forschungsfeld einer „hybriden Urbanität“ folgt, können – bis zu einer Budgetobergrenze – kleinere Expertisen oder auch größere empirische Forschungsvorhaben gefördert werden, die als Zuwendungen zu vergeben sind. Das im Juni 2020 gestartete Bewerbungs- und Auswahlverfahren findet als zweistufiger Prozess statt. Für die erste Stufe konnten Projektskizzen eingereicht werden, die u. a. eine fachlich-theoretische wie gesellschaftspolitische Einordnung der Forschungsidee, die relevanten Fragestellungen, das geplante methodische Vorgehen und die angestrebten Ergebnisse beinhalten. Die positiv evaluierten Bewerbenden-Teams werden daraufhin um eine erweiterte Ausarbeitung ihrer Projektskizzen gebeten, die im Herbst 2021 in einer Präsentation vorgestellt werden. Auf der Basis wird die finale Auswahl der zu fördernden Projekte getroffen. Inhaltlich sollen sich die Projekte in einem der folgenden Themenfelder bewegen und damit das Zu-

sammenwirken von digitalen und analogen Strukturen in den Blick nehmen:

- Soziale Ungleichheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt vor Ort
- Leben und Arbeiten im Quartier 4.0
- Stadtentwicklung in digital-analogen Öffentlichkeiten
- Urban Governance

Der Projektstart soll – bei einer Laufzeit von 18 bis 24 Monaten – ab November 2021 erfolgen.

3.2 Clusterprojekt: Digitale Transformationen im Quartier

In der jüngeren Vergangenheit war Deutschland gleich mit zwei Situationen konfrontiert, die die öffentliche Hand vor immense Herausforderungen stellten und zugleich eine große Welle der Solidarität und des Engagements in der Zivilgesellschaft auslösten: Die Zuwanderung von Geflüchteten in den Jahren 2015/2016 und die Corona-Pandemie, deren gesamtgesellschaftliche Auswirkungen mit dem ersten Lockdown im März 2020 in Deutschland begannen. Während im Herbst 2015 die Engagierten unter dem Begriff der „Willkommenskultur“ die Geflüchteten zuerst an den Bahnhöfen und Erstaufnahmeeinrichtungen unterstützten, fand ein Großteil des pandemiebezogenen Engagements und dessen Organisation aufgrund der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen onlinebasiert statt. Dafür wurde eine Vielzahl digitaler Tools und Plattformen entwickelt, um auf die neuen Herausforderungen und spezifischen Bedarfe, u. a. von Risikogruppen, zu reagieren. Dementsprechend überrascht es wenig, dass auch in der Corona-Krise digitalaffine Personen und Gruppen zu zentralen Trägerinnen und Trägern des Engagements wurden. Im gleichen Maße haben bestehende zivilgesellschaftliche Organisationen des Engagementbereichs sowie der sozialräum-

lichen Arbeit in der Pandemie Hilfe und Unterstützung vor Ort angeboten und waren zudem gezwungen, ihre Arbeit zumindest partiell und temporär zu digitalisieren, um diese aufrecht erhalten zu können. Gleiches gilt für die Verwaltungen, die vor die doppelte Herausforderung gestellt waren, ihre reguläre Arbeit ohne Kundenkontakt und bei oft mangelnder Technisierung fortzusetzen und gleichzeitig Unterstützungs- und Hilfsangebote zu organisieren und koordinieren.

Vor diesem Hintergrund wurde in der ersten Phase des vhw-Forschungsprojekts „Digitale Transformation im Quartier“ auf der Basis von Desktopanalysen und Expertinnen-Interviews untersucht, wie unter den Voraussetzungen von räumlicher und sozialer Distanziertheit zivilgesellschaftliches Engagement und Unterstützung lokal organisiert wurden. Dabei lag ein besonderer Fokus auf den Wirkungen von digitalen Tools und Innovationen: Wer sind die Trägerinnen und Träger des Corona-bedingten und sozialraumbezogenen Engagements? Inwieweit hat die Pandemie zu einer Veränderung der Akteurs-Landschaft und ihrer digitalen Transformation beigetragen? In Anbetracht neuer, sich engagierender Akteure und digitaler Anwendungen stellt sich zudem aus einer Governance-Perspektive die Frage, wo die Herausforderungen in der Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteurs-Gruppen lagen und welche Handlungsempfehlungen sich für die Krisen-Governance öffentlicher Verwaltungen ableiten lassen. Auch soll eine Einschätzung der nachhaltigen Effekte des Engagements sowie der entwickelten digitalen Tools vorgenommen werden. Die Ergebnisse der ersten Projektphase werden im zweiten Halbjahr 2021 als vhw werkSTADT publiziert.

In der zweiten Phase des Projekts wird anhand Berliner Fallstudien im Prenzlauer Berg, Kladow, Wedding und der Gropiusstadt untersucht, wie sich digitalbasierte Unterstützungsstrukturen langfristig auf nachbarschaftliche Hilfestellung, die Kommunikation und Beziehungen zwischen Nachbarinnen und Nachbarn sowie ihre Alltagspraktiken auswirken. Hier-

für nehmen wir vor allem soziale Medien wie Facebook, Telegram sowie die Nachbarschaftsplattform nebenan.de in den Blick, deren sozialraumbezogene Kommunikation inhaltsanalytisch ausgewertet wird. Ergänzend werden Interviews mit den Administrierenden von lokalen Facebook-Gruppen und Telegram-Kanälen sowie quantitative und qualitative Nutzen-den-Befragungen durchgeführt. Die Ergebnisse der zweiten Projektphase werden voraussichtlich Ende 2021 vorliegen.

3.3 Smarte Systemarchitektur für kommunales E-Government

Seit Mitte dieses Jahres ist der vhw aktiver Partner in einem vom dtec.bw (Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr) geförderten zweijährigen, transdisziplinären Forschungsprojekt. In Zusammenarbeit von Prof.in Dr.in Christina Schaefer und Prof. Dr. Gary Schaal, beide Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Thomas Perry und Gero Serfas, beide Q – Agentur für Forschung, Mannheim, Prof. Dr. Jürgen Kegelmann von der Hochschule Kehl sowie Albert Geiger aus der Stadt Ludwigsburg mit ihren jeweiligen Teams wird die Entwicklung eines „Digitalen Bauamtes“ in der Stadt Ludwigsburg zum Ausgangspunkt genommen, um die interkommunalen und kommunalen Herausforderungen, die sich im Zuge der digitalen Transformation der Bundesrepublik stellen, zu identifizieren und zu bearbeiten.

Das vom Bund 2017 verabschiedete Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund und Länder, ihre Verwaltungsleistungen bis 2022 auch digital zu ermöglichen. Der Aufbau und die Instandhaltung der erforderlichen Strukturen und Schnittstellen ist allerdings nicht nur eine technische, sondern auch eine organisationale und somit soziale Herausforderung. Prinzipien des Föderalismus sowie der kommunalen Selbstverwaltung – und dadurch verschränkte politische Zuständigkeiten und Funktionspfade – sowie ein Verständnis

von Digitalisierung als technische Umsetzung sorgen bisher für eine horizontal stark fragmentierte Landschaft höchst heterogener „Insellösungen“ samt eigener Plattformen und Standards, die einer politisch von oben gewünschten vertikalen Integration aller Verwaltungsleistungen zum Teil entgegenstehen. Während der Bund auf modulare „Einer-für-alle“-Lösungen auf Grundlage von Musterprozessen (MBO) setzt, begegnen Kommunen vor Ort – als Erbringer von Verwaltungsleistungen – den Problemen der Übertragbarkeit bei genau solchen Formaten, vor allem bei komplexen, weil kontextabhängigen Leistungen, wie z. B. Bauantragsverfahren. Bei diesen muss neben landesspezifischen baurechtlichen Vorgaben vor allem die Vielfalt von Akteurs-Gruppen und Praxisgemeinschaften, u. a. aus Verwaltung, Fach-, Bauaufsichts- und Messbehörden, Berufsverbänden sowie Stadtverbänden und Interessensgemeinschaften, koordiniert werden. Zudem müssen unterschiedliche Kapazitäten, Kommunikations- und Wissenspraktiken aufeinander abgestimmt und in Einklang gebracht werden.

Neben der wissenschaftlichen Begleitung des Versuchs der Stadt Ludwigsburg, ein „Digitales Bauamt“ samt digitalisierter Bauantragsverfahren zu etablieren und damit dem Onlinezugangsgesetz Folge zu leisten, ist es zudem ein Anliegen des Projekts, die Blackbox des oft schwammigen Digitalisierungs-Begriffs zu öffnen und als soziotechnischen Prozess aus politik-, verwaltungs- und sozialwissenschaftlicher Perspektive analytisch zu fassen und theoretisch zu schärfen. In der Folge soll nicht nur die fachöffentliche Forschung, sondern sollen vor allem auch die Kommunen von den Erkenntnissen des Projekts mittels hybrider Fortbildungsformate profitieren, die aus den gebündelten Erkenntnissen des Projekts generiert werden, und helfen sollen, Digitalisierung in der Praxis handhabbar zu konzeptualisieren, zu operationalisieren und den damit einhergehenden Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.

3.4 Lokale Öffentlichkeiten im digitalen Wandel

Im Berichtszeitraum wurde das zweite Projekt zum Themenbereich „Lokale Öffentlichkeiten“ abgeschlossen, erneut in Kooperation mit Prof.in Dr.in Ulrike Klinger von der FU Berlin und Prof. Dr. Otfried Jarren von der Universität Zürich. Im ersten Projekt (siehe Tätigkeitsbericht 2019/2020) stand eine Strukturanalyse des lokalen Medienangebots einschließlich einer breiten Inhaltsanalyse lokaler Printmedien sowie der Messung sozialer Kohäsion in Medieninhalten im Zentrum der Untersuchung. Das Folgeprojekt mit dem Titel „Lokale Öffentlichkeiten im digitalen Wandel“ zielt auf die Erforschung lokaler Öffentlichkeiten unter den Bedingungen einer breiten Digitalisierung öffentlicher Kommunikation und Information sowie von weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Auch im lokalen Bereich ist eine fragmentierte Kommunikationslandschaft kennzeichnend. Für die lokale Politik und andere Akteure stellt sich angesichts dieses Wandels die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern und deren Erreichbarkeit in einer derart hybriden Medienlandschaft als zunehmend schwierig dar und verlangt nach neuen Antworten.

Entsprechend lautete die Leitfrage des Projekts: **Wie kann unter diesen veränderten Kommunikations- und Informationsbedingungen die Teilhabe an demokratischen Prozessen und damit letztlich die Funktionsfähigkeit lokaler Demokratie für möglichst alle Bevölkerungsgruppen künftig erhalten bzw. gestärkt werden und welche Rolle spielen digitale Medien und Plattformen dabei?**

Kernkomponenten von funktionsfähiger (lokaler) Öffentlichkeit sind dabei Zugang, Teilhabe, Responsivität sowie Themen(-dynamik). Angestrebt wurde im Projektkontext die Überführung der normativen Erwartungen von der Öffentlichkeitstheorie in ein empirisch überprüfbares Modell mit den zwei Leitfragen:

- Wie vital sind lokale Öffentlichkeiten?
- Was ist nötig, damit lokale Öffentlichkeiten in segmentär differenzierten Kommunikationsgesellschaften funktionieren und die Selbstbeobachtung und Selbstorganisation der Gesellschaft weiterhin ermöglichen kann?

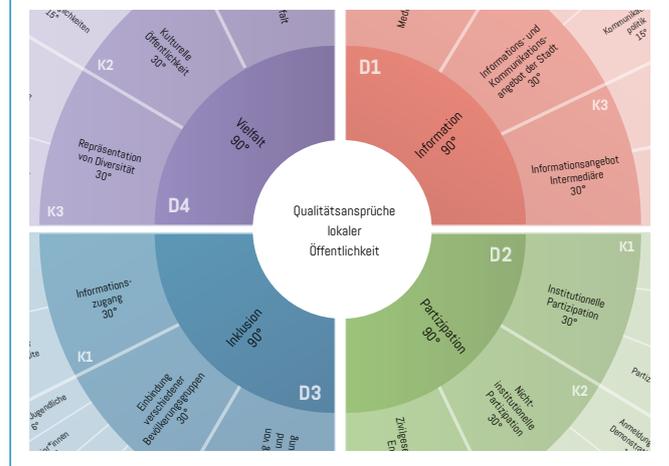
Da die Funktionsfähigkeit von der konkreten Qualität lokaler Öffentlichkeit abhängt, war es Hauptaufgabe des Projekts, die Qualitäten lokaler Öffentlichkeiten beobachtbar, messbar und über die Zeit hinweg vergleichbar zu machen, um vorhandene Defizite zu erkennen und zu überwinden. Dazu wurde der Prototyp eines Monitors in Form von Gesamt- und Teilindizes mit einem entsprechenden Code-Buch erarbeitet. Ein solches Vorgehen ist innovativ, da kommunikationswissenschaftliche Studien, welche die lokale Öffentlichkeit als empirisches, quantitativ messbares Phänomen erfassen, bislang nicht bekannt sind. Der Monitor basiert auf einem partizipativ-liberalen Öffentlichkeitsansatz. Dieser Ansatz verbindet den Modus der repräsentativen Demokratie mit einem normativen wie funktionalen Anspruch an Partizipation. Der Vorteil dieses Ansatzes – gerade auch im Hinblick auf die konkrete Nutzung – besteht darin, dass an „Öffentlichkeit“ weder normativ „zu“ anspruchsvolle und daher kaum erfüllbare Bedingungen gestellt werden, er sich andererseits aber nicht mit Minimalanforderungen zufriedengibt.

An die Qualität „lokaler Öffentlichkeit“ werden dabei vier Grundansprüche gestellt:

1. Transparente und umfangreiche Information;
2. Vielfältige Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger;
3. Inklusion verschiedener Bevölkerungsgruppen mit dem Ziel der demokratischen Gleichheit;
4. Die Abbildung der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt.

Diese vier Dimensionen des Monitors wurden in insgesamt 12 Kategorien (z. B. Medienangebot, Informationszugang oder institutionelle Partizipation) mit 31 Indikatoren und 84 Variablen ermittelt und bewertet. Die Bestimmung der Kategorien, Indikatoren und Variablen erfolgte in einem sowohl induktiven wie deduktiven Vorgehen. Die Operationalisierung wurde in einem iterativen Verfahren vorgenommen, zur Datenerhebung kamen Primärforschung und Sekundäranalyse zum Einsatz. Dabei wurden öffentlich zugängliche Statistiken, Quellen, Datenbanken und Materialsammlungen genutzt und zusammengeführt sowie eigene Erhebungen vorgenommen. Umgesetzt wurde dies in vier Modellstädten des Typs „Regiopole“: Cottbus, Kassel, Osnabrück und Pforzheim.

Monitor der Qualität lokaler Öffentlichkeit



(Ausschnitt Publikationstitel Schriftenreihe Nr. 27)

Auch wenn der vorliegende Monitor eine größere Anzahl von Städten noch nicht miteinander vergleichen und Entwicklungen über längere Zeiträume beobachten kann, zeigt die Auswertung der Daten aus

den vier Fallstädten, dass das Monitoring die Identifikation von Unterschieden und Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Qualität der lokalen Öffentlichkeit ermöglicht. Dabei sind zwei verschiedene Perspektiven möglich: ein Fokus auf die einzelnen Dimensionen oder aber auf die Profile der einzelnen Städte. Ein Blick auf die Unterschiede innerhalb der Dimensionen zeigt z. B., dass die vier Regiopolen große Unterschiede in den Dimensionen Information, Partizipation und Vielfalt aufweisen, während sie in der Dimension der Inklusion sehr ähnlich abschneiden. Im Ergebnis können interessierten Kommunen und intermediären Akteuren konkrete Anhaltspunkte für eine Bewertung und Gestaltung der jeweiligen lokalen Öffentlichkeit angeboten werden. Adressaten sind insofern Verantwortliche aus Stadtverwaltung und lokaler Politik sowie zivilgesellschaftliche Akteure und interessierte Bürgerinnen und Bürger. Ihnen wird die Möglichkeit zur Selbstevaluation der lokalen öffentlichen Kommunikation offeriert. Durch den Vergleich mit ähnlichen Städten können lokale Handlungsspielräume aufgezeigt werden. Auch eine Erweiterung des Monitors und die Nutzung der Ergebnisse für andere Indizes wird möglich. Der Umfang und die Qualität der Inputdaten kann zum Beispiel durch lokale Fokusgruppen, Befragungen oder die Erschließung weiterer Datenquellen erhöht werden. Insgesamt bieten die Projektergebnisse einen wichtigen innovativen Ansatz, die Qualität der lokalen Öffentlichkeit als Voraussetzung für eine breite gesellschaftliche und politische Teilhabe neu zu vermessen und anzupassen. Der Endbericht zur Studie erscheint in der vhw-Schriftenreihe.

vhw, wie Akteure der öffentlichen Verwaltung soziale Medien nutzen, um mit Bürgerinnen und Bürgern (Screenshot Projektseite auf www.vhw.de/Forschung)

The screenshot shows the website for the research project 'BÜRGERINNEN ALS FREUNDE? POTENZIALE VON SOZIALEN MEDIEN IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG'. The header includes the vhw logo (Bundesverband Kommunen und Stadtentwicklung) and a search bar. The navigation menu contains: HOME, WIR ÜBER UNS, FORTFÜHRUNG, FORSCHUNG (selected), PUBLIKATIONEN, TERMINE, PRESSE, KONTAKT. The breadcrumb trail is: vhw > Forschung > Digitalisierung > Stadt und Social Media > Bürgerinnen als Freunde. The main content area is divided into two columns. The left column contains the project title, an 'Ausgangslage' section, and a 'Ziel' section. The right column is titled 'PROJEKTINFORMATIONEN' and lists the 'Projektpartner' (Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), Stuttgart), 'Projektleitung' (Dr. Anna Becker), 'Projektteam' (Nina Ecker), and 'Projektdauer' (November 2018 - Februar 2021).

zu kommunizieren, sie zu informieren oder Möglichkeiten zur aktiven Partizipation zu schaffen. Dabei wird der Frage nachgegangen, wie sich der Einsatz von Social Media auf das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern zur Kommunalverwaltung hinsichtlich Transparenz, Vertrauen und Glaubwürdigkeit auswirkt. Darüber hinaus wird ermittelt, mit welchen Herausforderungen, Risiken und Bedenken sich kommunale Verwaltung bei der Verwendung von sozialen Medien konfrontiert sehen.

Um aus beiden Perspektiven aufzuzeigen, welche Chancen soziale Medien für die Beziehung zwischen Bürgerschaft und Verwaltung bieten, wurden verschiedene, einander komplementierende, qualitative und quantitative Methoden eingesetzt. Einleitend wurde eine Bestandsaufnahme der Social Media-Auftritte von Kommunen durchgeführt. Daraus wurden 20 Kommunen als Praxisbeispiele ausgewählt und tiefergehend untersucht. Die im Dezember 2020 als „Steckbriefsammlung“ veröffentlichten Ergebnisse geben einen Überblick darüber, in welcher Intensität, Organisationsweise und mit welchen Funktionalitäten deutsche Städte und Gemeinden Social Media-Plattformen nutzen:

3.5 Bürger*innen als Freunde – Potenzial von sozialen Medien für die öffentliche Verwaltung

Rebecca Nell, Fatma Cetin und Willy Wendt vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) untersuchten seit 2018 im Auftrag des



(Ausschnitt Projekttitlel)

Link zur Steckbriefsammlung unter: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/06_forschung/Digitalisierung/PDF/POSITIV_BuergerInnen_als_Freunde_Steckbriefe.pdf.

Neben der Querschnittsanalyse wurden 13 leitfadengestützte Interviews mit kommunalen Vertretern und Social Media-Beraterinnen geführt. Darüber hinaus wurde eine quantitative Befragung von Social Media-Nutzenden sowie Fallstudienuntersuchungen von vier Städten vorgenommen.

Die zentralen Erkenntnisse der Studie beziehen sich auf die folgenden fünf Bereiche:

1. Anlass und Entscheidungsfindung

Der Impuls, soziale Medien einzusetzen, kann von der Bevölkerung oder von der Verwaltung angestoßen werden. Welche und wie viele Plattformen

von einer Kommune verwendet werden, hängt größtenteils von den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen ab.

- 2. Strategien und Richtlinien: Social Media-Nutzung wird nicht immer strategisch angegangen**
Expertinnen und Experten empfehlen die Erstellung von spezifischen Social Media-Strategien und -Richtlinien unter anderem, um Ziele und Zielgruppen zu definieren, ein ganzheitliches Bild der Kommune vermitteln zu können und Orientierung für die Social Media-Verantwortlichen zu geben.
- 3. Organisationsstrukturen und Umsetzung: Unterschiedliche Regelungen der Verantwortlichkeiten**
Meist liegt die redaktionelle Verantwortung beim Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ob sich ein ganzes Team oder nur eine Person „nebenbei“ um die Social Media-Kommunikation kümmert, ist je nach Kommune unterschiedlich. Zum Teil werden auch externe Anbieter mit der Bespielung der Kanäle beauftragt.
- 4. Möglichkeiten und Risiken: „Fluch und Segen“ der Social Media-Kommunikation**
Bei der direkten Kommunikation und Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern zeigen die Ergebnisse ein geteiltes Bild. Zum einen schilderten die Expertinnen und Experten einen positiven Effekt auf das Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern sowie auf die Arbeit der Verwaltungsmitarbeitenden. Beispielsweise konnte man Fake News schneller identifizieren und berichtigen und einen Imagegewinn verzeichnen. Andererseits weist die Social Media-Nutzung auch gewisse Risiken auf, vor allem im Hinblick auf sensible oder kritische Themen.
- 5. Wirkungen und Effekte: Kommunikation erfolgt meist unidirektional**
Kommunen setzen Social Media vorrangig zur Informationsverbreitung ein. Die Umfrage-Ergeb-

nisse zeigen hierbei, dass die Bevölkerung den von der Verwaltung geteilten Informationen ein hohes Vertrauen entgegenbringt und diese als glaubhaft und vertrauenswürdig wahrnimmt. Interaktionen und Austausch mit den Nutzenden oder die Moderationen von Kommentierungen finden seitens der Verwaltungen allerdings kaum statt. Auch die Möglichkeiten der Partizipation über Social Media werden bisher nicht ausgeschöpft.

Im zweiten Halbjahr 2021 werden die zentralen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen des Projekts zur Verwendung sozialer Medien durch kommunale Akteure in Form eines Policy-Papers als vhw-werk-STADT erscheinen.

3.6 Stadtmachen auf digitalen Plattformen – 5 Erfolgsfaktoren

Wie sollten digitale Plattformen für das kollaborative Stadtmachen konzipiert sein? Was sind dabei wichtige Stellschrauben, um digital und im gemeinsamen Austausch tragfähige Bürgerprojekte zu entwickeln, zu finanzieren und umzusetzen? Seit November 2018 forschen Dr. Julian Petrin, Dr.in Sophie Naue, Anna Wildhack und Sven Kohlschmidt (alle urbanista) im Auftrag des vhw im Rahmen des Projekts „Stadtmachen auf digitalen Plattformen“ u. a. zu diesen Fragen. Untersucht werden Plattformen zur reinen Ideenproduktion, aber auch Crowdfunding-Plattformen oder solche, die verschiedene Ansätze von Crowdsourcing bis Crowdfunding kombinieren. In der Regel werden die Plattformen von zivilgesellschaftlichen Initiativen, von kommunalen Verwaltungen oder von privatwirtschaftlichen Anbietern betrieben.



(Projektlogo)

Die Ergebnisse des Projekts stehen auf einer breiten empirischen Basis: Angefangen bei einer weiten Recherche zur Plattformlandschaft, die derzeit 80 Plattformen für Crowdsourcing und Crowdfunding umfasst, gefolgt von einer näheren Betrachtung von 28 Praxisbeispielen, die in Form von Steckbriefen einen zusammenfassenden Überblick über die Plattformen im deutschsprachigen Raum geben – ergänzt um gute Beispiele aus dem internationalen Kontext. Die sind downloadbar unter: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/06_forschung/Digitalisierung/PDF/PO-SITIV_BuergerInnen_als_Freunde_Steckbriefe.pdf

In intensiven Fallstudien-Untersuchungen von 9 Plattformen: Frankfurt Fragt Mich, Hannover Voids, Mannheim Gemeinsam Gestalten, Mein Augustusburg, Raumpioniere, Startnext, Better Reykjavik, Spacehive, und ioby wurden Interviews mit Plattformbetreibern, Projektinitiatoren, Stadtverwaltungen und weiteren Stakeholdern geführt, die Tools der Plattformen analysiert sowie die Prozesse der Ideengenerierung und Projektentwicklung unter die Lupe genommen. Im April 2020 wurden in einem digitalen Expertenworkshop abschließend die Ergebnisse der Studie diskutiert.

Als zentrale Erkenntnisse konnten nun fünf Erfolgsfaktoren herausgestellt werden, die essentiell für die Konzeption von digitalen Plattformen für kollaboratives Stadtmachen sind:

1. Kommunikation und Kollaboration – auf Augenhöhe

Wer nicht wertschätzend in der Kommunikation ist, schnelle und fristgerechte Antworten liefert, nachvollziehbare Erklärungen im Falle einer Ablehnung gibt und mit den Projektinitiatorinnen auf Augenhöhe kommuniziert, verliert an Rückhalt.

2. Reichweite und Mobilisierung – nicht nur eine Ressourcenfrage

Um Reichweite zu erzeugen, muss man die Menschen mit einem breiten Spektrum an Maßnahmen mobilisieren – von Kampagnen, über Veranstaltungen und Präsenzen vor Ort, zum Ausbau von Netzwerken und Partnerschaften mit Multiplikatoren.

3. Qualifizierung und Verfahren – Gehaltvolle Beiträge entstehen im Austausch

Um zu gut durchdachten Projektideen zu gelangen, müssen Qualifizierungsangebote (Beratung/Coaching) auf der Plattform bereitgestellt und verschiedene Menschen in einen gemeinsamen Austausch gebracht werden.

4. Ohne Politik und Verwaltung geht es nicht – Ohne die Anbindung an die Stadtverwaltung, können Projektideen nur schwer realisiert werden.

Am Ende müssen alle Projekte von der jeweiligen Stadtverwaltung unterstützt und genehmigt werden. Daher braucht es Ansprechpartner und gute Vernetzungen in die entsprechenden Abteilungen der öffentlichen Verwaltung.

5. Transparente und gemeinschaftliche Entscheidungswege

Stadtmacher-Projekte werden mit öffentlichen Geldern und/oder im öffentlichen Raum umgesetzt und benötigen daher eine Legitimationsbasis. Die Entscheidungen, welche Projekte am Ende umgesetzt werden, müssen daher gemeinschaftlich, transparent und nach klaren Kriterien getroffen werden.

Die empirischen Arbeiten des Projekts sind abgeschlossen, und der Endbericht soll im Herbst 2021 erscheinen.

Projektübersicht zum Forschungscluster Digitalisierung

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt Nummer
Forschungsstrategie Digitalisierung	Jan 21	Okt 21	A. Becker	18028
Strategiebeirat Smart City Berlin	Jun 20	Dez 22	A. Becker	21005
Clusterprojekt Transformation im Quartier	Mai 20	Dez 21	A. Becker	21013
Call für Proposals „Hybride Urbanität“	Jan 19	Nov 21	A. Becker	18027
Bürger*innen als Freunde? Social Media und Verwaltung	Nov 18	Jun 21	A. Becker	18033
Entwickeln. Finanzieren. Umsetzen – Stadtmachen auf digitalen Plattformen	Jul 18	Sep 21	L. Wiesemann	18026

4 Forschungscluster Wohnen in der Stadtentwicklung

Die Corona-Pandemie hat den hohen Stellenwert des Guts Wohnen erneut eindrücklich unter Beweis gestellt. Das haben die intensiven (fach-)öffentlichen und politischen Diskussionen über die Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung in der derzeitigen Krise deutlich gemacht. So konnte u. a. mit Hilfe umfangreicher wirtschafts- und wohnungspolitischer Maßnahmen sowie durch Änderungen im Zivil-, Insolvenz- und Strafrecht eine Eindämmung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen im Kontext Wohnen erwirkt werden. Der Wohnungsmarkt und die soziale Wohnraumversorgung in Deutschland haben sich damit als robust erwiesen. Dennoch stehen vor allem die (Innen-) Städte vor neuen und verschärften langfristigen, strukturellen Herausforderungen, die notwendige Transformationsprozesse zur Folge haben.

Vor diesem Hintergrund hat der vhw auch im Berichtszeitraum 2020/2021 seine Aktivitäten im Forschungscluster „Wohnen in der Stadtentwicklung“ an dem Ziel des Verbandes, auf eine soziale, nachhaltige und gemeinwohlorientierte Wohnungs- und Stadtentwick-

4.1 Wohnungspolitik und Wohnungsmarkt – Wohnen in Zeiten von Corona

Hohe Nachfrage nach Wohneigentum – Stagnation auf dem Mietwohnungsmarkt

Der deutsche Wohnimmobilienmarkt hat sich im bisherigen Verlauf der Corona-Krise überwiegend krisenfest gezeigt. Ungeachtet einer kurzen Phase der Verunsicherung mit einem Rückgang der Angebotsvolumina im Miet- und Eigentumssegment in der ersten Jahreshälfte 2020 konnte der Wohnungsmarkt in der Gesamtbetrachtung seinen Wachstumstrend auch im Berichtszeitraum 2020/2021 fortsetzen. Ein Spiegelbild der Robustheit des Wohnimmobilienmarkts gegenüber der Corona-Krise ist das Deutsche Hypo-Immobilienklima, welches für das Segment Wohnen nach einem Einbruch zu Beginn der Pandemie im zweiten Halbjahr 2020 und ersten Halbjahr 2021 – im Gegensatz zu weiteren Immobiliensektoren wie Handel und Hotel – einen nahezu kontinuierlichen Anstieg vorweisen kann. Getragen wird die Wachstumsdynamik vor allem von den Preisen für Eigentumswohnungen und Eigenheimen, während auf dem Mietwohnungsmarkt bei den Neuvertragsmieten eine andauernde Stagnation und bei den Bestandsmieten lediglich ein geringes Wachstum unter der Entwicklung des Verbraucherpreisindexes zu verzeichnen war. Die unterschiedlichen Entwicklungen bei den Bestands- und Neuvertragsmieten weisen auf dem Mietwohnungsmarkt – zumindest im bundesdeutschen Mittel – auf eine einsetzende Entspannung hin.

Aufgrund der ungewissen ökonomischen Perspektiven genießt das Wohneigentum eine ungebrochen hohe Attraktivität, befördert durch ein vermutlich langanhaltendes Niedrigzinsniveau und den Wunsch nach Sicherheit im Hinblick auf die Wohnfrage und Vermögensbildung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dennoch fällt die Eigentumsbildung zu-

Neue Publikationen

<p>Download</p> <p>Soziale Wohnungspolitik auf kommunaler Ebene vhw Schriftenreihe Nr. 25</p>	<p>Corona und Wohnen: vhw werkSTADT 44 und 45</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mieten, Preise, neue Lasten: Der (Wohn-) Immobilienmarkt, vhw werkSTADT Nr. 44 • Reaktionen der Politik, vhw werkSTADT Nr. 45 	<p>Link</p> <p>Quartiersentwicklung und Wohnungswirtschaft FWS 2/2020</p>
--	---	--

lungspolitik hinzuwirken, ausgerichtet (Screenshot Clusterseite: Auszug aktuelle Publikationen).

nehmend schwer. Die Gründe liegen u. a. im Mangel an Eigenkapital – im Verhältnis zu den hohen Preisanstiegen – und in den insbesondere im ersten Halbjahr 2021 gestiegenen Baukosten. Die seit rund zehn Jahren zu beobachtende Diskrepanz zwischen dem Eigentums- und Mietmarkt hat sich damit auch in der Corona-Pandemie im Wesentlichen weiter verschärft.

Politik unter Zugzwang – Die soziale Wohnraumversorgung im Stresstest

Die massiven gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie hätten ohne staatliche Hilfen zum Teil zu deutlichen Einkommenseinbußen geführt und damit die Zahlungsfähigkeit vieler Mieter und Eigentümer gefährdet. Mit umfangreichen finanz- und wohnungspolitischen Maßnahmen konnte die Bundesregierung jedoch, trotz schwer kalkulierbarer Einflussfaktoren, auf die Wohn- und Immobilienmärkte auf eine sozialen Wohnraumversorgung unter Krisenbedingungen hinwirken. Wie von den meisten Wohnungsmarktexperten vorhergesagt, hat sich der Wohnimmobilienmarkt als äußerst widerstandsfähig gegenüber den Corona-bedingten ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen erwiesen; sowohl seitens der Nachfrager, als auch auf Seiten der Anbieter. Die Befürchtungen, dass sich die Wohnraumversorgung von Haushalten mit unsicheren und eingeschränkten Einkommensverhältnissen infolge des Auslaufens des Mietenmoratoriums im Sommer 2020 und eines breiten Durchschlagens der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2020 und zu Beginn des Jahres 2021 kritisch entwickeln würde, haben sich zu weiten Teilen nicht bewahrheitet. Zwar sind viele Mieterhaushalte in der Corona-Krise durch die temporär tiefe Rezession finanziell unter Druck geraten. Dies hat jedoch aufgrund politischer Maßnahmen, individueller Vereinbarungen auf der Ebene der Vermieter und Mieter und nicht zuletzt durch eine hohe Wohnungsbautätigkeit laut verschiedener Umfragen sowie nach

Aussagen großer gewerblicher Wohnungsunternehmen – gemessen an den Mietausfällen – nicht wesentlich zu einer Verschärfung der sozialen Wohnraumversorgung geführt.

Langfristige und strukturelle Herausforderungen für die (Innen-)Städte

Auch wenn die anfänglich befürchteten Verwerfungen, insbesondere bei der Versorgung der Geringverdiener, im Handlungsfeld Wohnen zumeist ausgeblieben sind, hat die Corona-Pandemie die Diskussionen über eine Transformation der (Innen-) Städte befeuert. Social Distancing, Homeoffice, geschlossene Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie verwaiste Geschäfte stellen das urbane Leben vor eine ungewisse Zukunft.

Viele Bereiche der integrierten Stadtentwicklung – von Freizeit und Kultur über Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie bis hin zu Wohnen, Büro und Mobilität – unterliegen unterschiedlichen Push- und Pull-Faktoren, die bestehende Trendentwicklungen verstärken oder abschwächen oder aber auch neue Trends herbeiführen können. Angesichts einer breiten, von Hoffnungen wie Unsicherheiten bestimmten Gemengelage fallen die aktuellen Einschätzungen von Experten und Politikern weltweit durchaus unterschiedlich aus. Neben den von kommunalen Spitzenverbänden, Stadtentwicklungsinstitutionen oder auch Handels- und Gaststättenverbänden befürchteten Schreckensszenarien für die Zukunftsperspektiven des urbanen Lebens, können sich jedoch auch Chancen ergeben und notwendige Transformationsprozesse stärker werden, wie sich bereits abzeichnet. Als Beispiel hierfür dient die seit der Corona-Krise gestiegene Nachfrage nach Wohnraum im suburbanen Raum, die möglicherweise zu einer Entlastung der Wohnungsmärkte in den Kernstädten beitragen kann, oder der Schub für eine beschleunigte Digitalisierung in vielen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens. Gerade auch bei der Planung und Gestaltung der erforderlichen loka-

len Veränderungsprozesse kommt den Ansätzen von bürgerschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Teilhabe und einer breiten Kooperation der relevanten Akteure vor Ort eine noch größere Bedeutung zu als in der Vergangenheit. Der vhw wird entsprechend seinen Zielen einen Beitrag zur erfolgreichen Bewältigung dieser Aufgaben leisten. Analysen hierzu bieten u.a. die Ausgaben Nr. 44 und 45/2020 der vhw werkSTADT.

4.2 Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik im Fokus politischer und (fach-)öffentlicher Debatten

Trotz Corona ungebrochen hohe Intensität im bodenpolitischen Diskurs

Trotz einer hohen Bauaktivität im Berichtszeitraum 2020/2021 gilt der Mangel an Bauland nach wie vor als zentraler Flaschenhals bei der Beseitigung der Wohnraumengpässe im preisgünstigen Wohnsegment in den nachgefragten Regionen. Eine ungebrochen hohe Dynamik auf den Bodenmärkten spiegelt das weiterhin bestehende Missverhältnis von Angebot und Nachfrage wider und erschwert jenen Akteuren den Zugang zu Grund und Boden, die mit ihrer Nutzung keine renditeorientierten Ziele verfolgen oder diesen für die (öffentliche) Daseinsvorsorge benötigen. Mit Blick auf die Entwicklungen auf den Bodenmärkten kommt nach Ansicht zahlreicher Akteure aus den unterschiedlichsten Disziplinen nach wie vor der Verfügbarkeit, dem Zugang und der Verteilung von Flächen in den Debatten über eine zielgruppengerechte Wohnraumversorgung und eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklung eine entscheidende Funktion zu.

In Anbetracht des hohen Handlungsbedarfs bei der Nachjustierung von Bodenpolitik und Bodenrecht konnte auf bundespolitischer Ebene mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Mobilisierung von Bauland –

The screenshot shows a news article from June 2021 about the 'Baulandmobilisierungsgesetz'. The main text states that the law was passed on June 23, 2021. A sub-section titled 'Kritik vom Bundesrat' mentions that the law is seen as necessary for the construction of social housing. To the right, there is a sidebar titled 'VERANSTALTUNGEN ZUM THEMA' listing two events: one on the 'Novelle des Baugesetzbuches' and another on 'Sachland sprachen'.

Baulandmobilisierungsgesetz (Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/Fortbildung) – am 23. Juni 2021 ein wichtiger Fortschritt erzielt werden. Im Widerstreit der unterschiedlichen Interessen involvierter Verbände und Interessensvertreter haben wichtige Maßnahmen einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik – wie sie beispielsweise in der „Bodenpolitischen

The image shows the cover of a publication titled 'Bodenpolitische Agenda 2020-2030'. It features logos for 'ifu Deutsches Institut für Urbanistik' and 'vhw'. The subtitle reads: 'Warum wir für eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine andere Bodenpolitik brauchen'.

Agenda 2020-2030“ von vhw und Difu (Publikationstitel) formuliert wurden –, nur abgeschwächt Berücksichtigung in Gesetzesnovellierungen gefunden. Um jedoch die Voraussetzungen für eine Bodenpolitik zu schaffen, die den zukünftigen Herausforderungen einer sozial gerechten, nachhaltigen und resilienten Stadtentwicklung gerecht wird, müssen weitere Schritte folgen.

Agenda 2020-2030“ von vhw und Difu (Publikationstitel) formuliert wurden –, nur abgeschwächt Berücksichtigung in Gesetzesnovellierungen gefunden. Um jedoch die Voraussetzungen für eine Bodenpolitik zu schaffen, die den zukünftigen Herausforderungen einer sozial gerechten, nachhaltigen und resilienten Stadtentwicklung gerecht wird, müssen weitere Schritte folgen.

vhw wird Kooperationspartner des Bündnisses Bodenwende

Nicht nur im politischen Raum ist ungeachtet der Corona-Pandemie die Debatte über notwendige bodenpolitische Maßnahmen und Reformen im zurückliegenden Berichtszeitraum fortgesetzt worden. Auch im (fach-)öffentlichen Diskurs wurden die Aktivitäten von zahlreichen Akteuren – nicht nur aus der Stadtentwicklung – im Zusammenhang mit einer stärker am Gemeinwohl ausgerichteten, nachhaltigen Bodenpolitik vorangetrieben.

Exemplarisch hierfür steht das „Bündnis Bodenwende“, welches sich in der zweiten Jahreshälfte 2020 auf Initiative der Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e.V. (DASL) gründete und dem der vhw als Kooperationspartner beigetreten ist (Screen-

shot auf www.vhw.de). Ziel des Zusammenschlusses ist es, eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Bodenpolitik weit oben auf der politischen Agenda zu platzieren und eine grundlegende Debatte über eine bodenpolitische Neuausrichtung in der kommenden Legislaturperiode anzustoßen. Mit Blick auf die Bundestagswahl im September 2021 formulierte das Bündnis Wahlprüfsteine, die den Bundestagsfraktionen zugesandt sowie bodenpolitische Forderungen, die in einer öffentlichen Online-Veranstaltung mit Bundespolitikerinnen und -politikern im Juni 2021 diskutiert wurden.

Das Bündnis knüpft inhaltlich an der von vhw und Difu veröffentlichten „Bodenpolitischen Agenda 2020-2030“ (vhw/Difu 2017) und dem Debattenpapier „Den Boden der Europäischen Stadt“ des Ausschusses Bodenpolitik der DASL (DASL 2019) an. Der Zusammenarbeit des vhw mit der DASL im „Bündnis Bodenwende“ ging eine gemeinsam ausgerichtete zweitägige öffentliche Veranstaltung im März 2019 im Roten Rathaus von Berlin voraus, in der weitere Impulse für eine notwendige gemeinwohlorientierte Neuausrichtung der Bodenpolitik diskutiert wurden. Das Engagement des vhw im Bündnis ist somit eine logische Fortsetzung

der bodenpolitischen Aktivitäten des Verbandes der vergangenen Jahre.

Neben der DASL und dem vhw umfasst das Bündnis zudem weitere Akademien, Kammern, Verbände und Stiftungen aus den Bereichen Architektur und Raumplanung, Umwelt und Naturschutz sowie Soziales und gesellschaftliche Teilhabe. Das breite Spektrum an Bündnispartnern reflektiert damit die facettenreichen Disziplinen und Handlungsfelder, die mit der Akkumulation, Verteilung und Nutzung von Grund und Boden verbunden und originär mit dem Thema Boden verknüpft sind. Die Bündnispartner eint das gemeinsam Verständnis, die Bodenfrage und die hiermit einhergehenden Herausforderungen heutiger und kommender Generationen als integrative Querschnittsaufgabe zu betrachten.

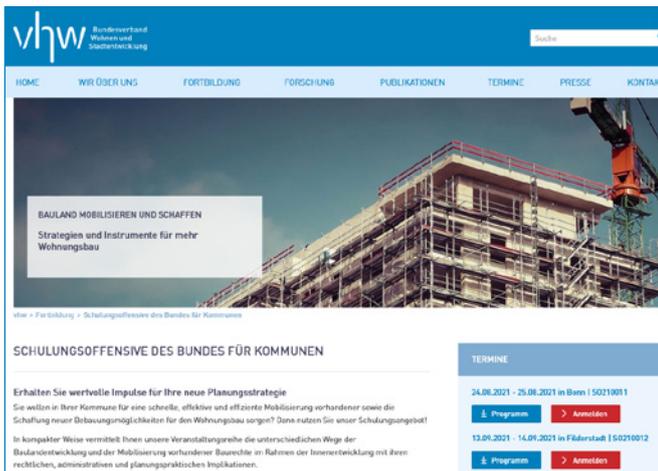
vhw als Partner der Weiterbildungsoffensive des Bundes

Angesichts weiterhin bestehender Nachfrageüberhänge in den preisgünstigen Wohnsegmenten in etlichen angespannten Wohnungsmärkten werden die Rufe nach einer handlungsfähigen öffentlichen Hand, die bei Baulandausweisungen, Genehmigungsprozessen oder selbst als Bauherr eine aktive und gestaltende Rolle einnimmt, zunehmend lauter. Über viele Jahre ausgedünnte Verwaltungsapparate und ein zunehmender Mangel an Fachkräften erschweren jedoch vielerorts eine schnellere und effizientere Baulandentwicklung oder die Mobilisierung von bestehenden Bebauungsmöglichkeiten für den Wohnungsbau durch die Kommunen. Nicht zuletzt die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat initiierte Baulandkommission hat dieses Defizit erkannt und einen Ausbau der Personalkapazitäten in den relevanten Verwaltungseinrichtungen sowie eine Aus- und Fortbildungsoffensive empfohlen.

Vor diesem Hintergrund haben der vhw und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR)

Forschungscluster Wohnen in der Stadtentwicklung

ein umfangreiches Schulungsangebot geschaffen (Screenshot Landingpage auf www.vhw.de), welches



sich sowohl an die lokalen politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger als auch an die Praktiker in den öffentlichen Ämtern richtet. Ziel der Veranstaltungsreihe, die sich bis ins Jahr 2022 erstreckt, ist es, die bestehenden Instrumente und Handlungsmöglichkeiten, die das Baugesetzbuch und eine kommunale Liegenschaftspolitik im Zusammenhang mit Baulandentwicklung und -mobilisierung auf kommunaler Ebene bieten, zu befördern. Zur Entwicklung des zugrundeliegenden wohnungspolitischen Diskurses ist u. a. die werkSTADT Nr. 39/2020 erschienen.

4.3 Anforderungen an eine soziale Wohnungspolitik aus einer lokalen Perspektive

Abschluss des Forschungsprojekts „Soziale Wohnungspolitik auf kommunaler Ebene“

Die seit rund 10 Jahren andauernde hohe Dynamik auf den Wohn- und Immobilienmärkten sowie eine daran anknüpfende intensive (fach-)öffentliche Debatte haben zu einem umfangreichen wohnungs-

politischen Handeln geführt. Trotz zahlreicher Maßnahmen zur Stabilisierung der Wohnungsmieten und Kaufpreise für Wohneigentum muss jedoch konstatiert werden, dass sich die Situation auf den angespannten Wohnungsmärkten bislang nicht wesentlich entschärft hat. Ein kritischer Blick auf den Schwerpunkt der vorgeschlagenen und umgesetzten Maßnahmen führt zudem zu der Einschätzung, dass hier mit vielfach altbekannten und zuvor abgeschafften Instrumenten und Lösungen den wohnungspolitischen Herausforderungen begegnet werden soll. Dies muss alles nicht falsch sein, wirft aber dennoch die Frage auf, ob diese Lösungen und Maßnahmen unter deutlich veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht an Wirksamkeit eingebüßt haben und damit die „richtigen“ wohnungspolitischen Hebel noch nicht in Gang gesetzt wurden.

Mit dieser Einschätzung als Ausgangslage hat der vhw ein Team des Forschungsinstituts Quaestio – Forschung und Beratung unter der Leitung von Bernd

The screenshot shows a project information page. The title is 'SOZIALE WOHNUNGSPOLITIK AUF KOMMUNALER EBENE. STATUS QUO UND ZUKÜNFTIGE ANFORDERUNGEN'. It is divided into two main columns. The left column contains sections for 'Ausgangslage', 'Ziel', and 'Methoden'. The right column, titled 'PROJEKTFORMATIONEN', lists 'Projektpartner' (Quaestio - Forschung & Beratung GmbH, Bernhard Faller), 'Projektleitung' (Fabian Rohlfand), 'Projektziele' (April 2018 - Dezember 2020), 'Methoden' (Desk Research, Workshops, Interviews, Onlinebefragung), and 'Abschlussbericht' (vhw_Schriftenreihe_Nr._25_Soziale_Wohnungspolitik_auf_kommunaler_Ebene.pdf). A 'Nachrichten zum Projekt' link is at the bottom.

Faller damit beauftragt (Screenshot Projektseite auf www.vhw.de/Forschung), die Aufgaben der Wohnungspolitik losgelöst von Routinen und Fronten der jüngeren Diskussion neu zu thematisieren und dabei der Frage nachzugehen, wie sich eine lokale/regional verankerte und zugleich konzeptionell eigenständige (soziale) Wohnungspolitik aus heutiger Sicht konstituieren müsste. Wesentliches Ziel dieser Studie, die im Winter 2020 zum Abschluss gebracht wurde, war es,

gemeinsam mit lokalen Partnerinnen und Partnern die vor Ort bestehenden Hürden einer zielgruppengerechten Wohnraumversorgung zu identifizieren und jenseits von existierenden politischen und instrumentellen Restriktionen mögliche Lösungsrichtungen aus kommunaler bzw. regionaler Perspektive zu diskutieren. Bei der Auswahl der fünf Fallstudien – vier Fallstudienstädte (Gelsenkirchen, Jena, Mannheim, Offenbach/Main) und eine Fallstudienregion (Stuttgart) – wurde darauf geachtet, ein breites Spektrum an unterschiedlichen Wohnungsmarktkonstellationen abzudecken, um damit zumindest ansatzweise die facettenreichen Herausforderungen der lokalen Wohnraumversorgung in den deutschen Großstädten in den Blick nehmen zu können.

Fünf Fallstudien befassten sich mit den folgenden Schwerpunktthemen:

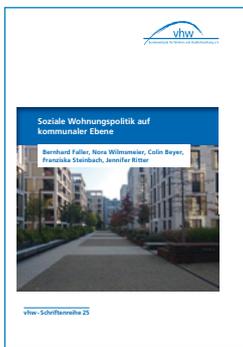
- **Die Fallstudie Jena** thematisiert die eingeschränkte Akzeptanz für Wohnungsneubau und die damit verbundenen Herausforderungen für die Beteiligung und die politische Willensbildung im Umfeld von Wohnungsbauvorhaben. Eine damit verbundene und weit über Jena hinausreichende, offene Frage ist zudem, wie zeitgemäße städtebauliche Lösungen beschaffen sein sollten, damit sie in der Gesellschaft mehr emotionale Zustimmung finden.
- **Die Fallstudie Mannheim** diskutiert die Möglichkeiten, wie die Kommunen im Kontext einer weiter entwickelten Boden- und Liegenschaftspolitik die Gemeinwohlorientierung des Wohnungsneubaus stärken können. Dabei geht es einerseits um Optimierungs- und Abwägungsfragen zwischen unterschiedlichen, teils konkurrierenden Gemeinwohlbelangen und andererseits um Fragen der Förderung sowie Kooperation mit den Investoren bzw. Vorhabenträgern.
- **Die Fallstudie Gelsenkirchen** stellt die Probleme der langfristigen Schrumpfung und die davon aus-

gehenden quartiersbezogenen Desinvestitionsprozesse in den Mittelpunkt. Hierbei stellt sich die bislang ungelöste Frage, wie ein marktbezogener Rückbau in Quartieren mit kleinteiliger Eigentümerschaft organisiert werden kann.

- **Im Offenbach Nordend** ist eine spürbare belebte Investitionstätigkeit und damit ein Stadtentwicklungsprozess zu beobachten, der andernorts, wie auch in Offenbach, Gentrifizierungs-Sorgen auslöst. Die Fallstudie diskutiert die damit verbundenen Ambivalenzen. Zentral ist darüber hinaus, dass eine fundierte Beurteilung der Marktbewegungen im Wohnungsbestand angesichts unzureichender Datengrundlagen nicht möglich ist. Davon ausgehend werden Überlegungen zur Datenverfügbarkeit und Transparenz des Wohnungsmarkts angestellt.
- **Die Fallstudie Region Stuttgart** geht von der Einschätzung aus, dass die Bewältigung einer wachsenden Wohnungsnachfrage in den großen Stadtregionen in Form einer arbeitsteiligen Baulandentwicklung erfolgen sollte. Davon ausgehend werden Ansätze diskutiert, wie dies bei Wahrung der kommunalen Zuständigkeit für die Bauleitplanung – als ein wesentlicher Kern der kommunalen Selbstverwaltung – gelingen kann.

Auch wenn aufgrund der Vielfalt der lokalen Wohnungsmärkte nur ein Schlaglicht auf die wohnungspolitischen Herausforderungen geworfen werden konnte, wird vor allem eines deutlich: Trotz eines hohen Engagements auf lokaler bzw. regionaler Ebene können die Probleme einer quantitativen und qualitativen Wohnraumversorgung mit dem bestehenden wohnungs- und bodenpolitischen, städtebaulichen und regionalplanerischen Instrumentarium häufig nicht oder nicht ausreichend gelöst werden. Die Studie bekräftigt damit die im politischen und (fach-)öffentlichen Diskurs erhobene Forderung nach einer stärkeren lokalen und/oder regionalen Eigenverantwortung

bei der Bewältigung der wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen, die an der Vielfalt der Wohnungsmärkte in Deutschland ansetzt. Ein entscheidendes Argument der vorliegenden Studie ist, dass nicht mehr wie Jahrzehnte zuvor die Kapitalmobilisierung und die darauf bezogenen tradierten Subventionstechniken die Schlüsselstelle der Wohnungspolitik darstellen. Den zentralen Stellenwert nimmt stattdessen die lokal oder regional verankerte Fähigkeit zur aktiven Stadtentwicklung ein.



Und dies gilt sowohl für die wohnungspolitische Bewältigung der Wachstumsaufgaben wie auch für die Schrumpfungsaufgaben. In diesem Sinne ist die Wohnungspolitik eine primär aus dem sehr individuellen lokalen Kontext heraus zu verstehende und zu konzipierende Aufgabe. Die vollständige Studie wurde in der vhw-Schriftenreihe Nr. 25 (Publikationstitel) im Mai 2021 veröffentlicht.

4.4 Wachstumsschmerzen – Aktuelle Strategien zum Umgang mit einem dynamischen Städtewachstum

Mit der sich in den letzten Jahren verschärfenden Dynamik in der Stadtentwicklung und den damit einhergehenden Engpässen auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere in den Großstädten, geriet nach einer langen Phase der Stagnation und Schrumpfung sowie der städtebaulichen Konsolidierung durch Stadtbau, Flächenkonversion und Innenentwicklung wieder der großmaßstäbliche Neubau von Wohnraum und die Entwicklung neuer Wohngebiete in den Fokus der Stadtentwicklung. Angesichts der großen Erwartungen, die heute an eine nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung und eine erheblich unter Wachstumsdruck geratene Wohnungsbaupolitik gerichtet werden, brachte dieser Prozess viele neue Herausforderungen

für die Städte mit sich. Der Wachstumsdruck und die Erfordernisse einerseits sowie die Erwartungen andererseits haben den vhw dazu bewogen, die strategischen Zusammenhänge zwischen integrierter Stadtentwicklung, Wohnungsbaupolitik und bürgerschaftlicher Mitwirkung in Zeiten einer hochdynamischen Stadtentwicklung einer systematischen Betrachtung zu unterziehen.

Aufbauend auf einer Vorstudie des Jahres 2018 zur „Bürgerbeteiligung in Stadtentwicklung und Wohnungsbau“ von Prof. Uwe Altrock und seinem Team von der Universität Kassel, fokussiert das nunmehr vorgelegte Gutachten „Wachstumsschmerzen“ über ausgewählte Wohnungsbauprojekte in Leipzig, Hamburg, Frankfurt, München und Freiburg in einem etwas weiter gefassten Verständnis auf die baulich-räumlichen und die räumlich-funktionalen sowie die prozeduralen Strategien der Städte beim städtebaulichen und planerischen Umgang mit dem zuletzt konstatierten dynamischen Stadtwachstum.

Über die Kontextualisierung der einzelnen Projekte sowie die detaillierten Analysen der Strukturen, Akteure und Vorgehensweisen in 15 anschaulich aufbereiteten Fallbeispielen aus fünf Großstädten werden systematisch die tragfähigen, Erfolg versprechenden Elemente städtischer Wachstumsstrategien herausgearbeitet und aufgezeigt. Angesprochen werden Fragen der gewählten Urbanisierungsstrategien, der angestrebten Dichteentwicklung, der Grünflächenorientierung, der Diversifizierungs- und Vergabepolitik sowie die begleitenden Verfahren und Prozesse der Kommunikation, Bürgerbeteiligung und der Legitimation sowie der Verhandlungsformen mit Investoren und neuen Eigentümern.

Aus Gründen der Lesefreundlichkeit wurde eine empirisch ausführliche Langfassung vorbereitet, die als Studie im Internet zur vertiefenden Einsichtnahme zu den Fallstudien bereitgestellt wird. Rund 60 Seiten fassen die wichtigsten Ergebnisse des Gutachtens zu-

sammen und werden im Sommer 2021 als vhw-Schriftenreihe veröffentlicht.

4.5 Wohnprojekte im Quartier

Neben genossenschaftlichen, kommunalen und privatwirtschaftlichen Akteuren wirken vor allem im Handlungsfeld Wohnen auch zivilgesellschaftliche Projektinitiativen an der Quartiers- und Stadtteilentwicklung mit. Auf sie ist der Fokus einer Untersuchung gerichtet, mit der vor allem die Bezüge zwischen den Projekten und ihren Umfeldern in den Blick genommen werden.

In dieser von Dr. Ulrich Berding vom Büro plan zwei stadtplanung und Architektur aus Hannover bearbeiteten Studie wird zunächst die Vielzahl der Quartiersakteure im abstrahierenden Überblick dargestellt und das breite Spektrum bürgerschaftlich initiierten Projekte mit Schwerpunkt im Handlungsfeld Wohnen verdeutlicht. Vor diesem Hintergrund werden 35 Projektbeispiele im Rahmen einer schriftlich und telefonisch durchgeführten Befragung eingehender betrachtet. 10 dieser Beispiele werden im nächsten Schritt ausgewählt und vor Ort in Interviews mit Beteiligten und weiteren Akteuren genauer untersucht. Dabei ist von besonderem Interesse, welchen Einfluss Rahmenbedingungen und Akteurs-Konstellationen im Umfeld auf die Entwicklung der Projekte haben und wie sie ihrerseits auf das sie umgebende Quartier einwirken.



Abb. 5 bis 8: Foto links oben: Frankfurt House, wohnpolis, Frankfurt, Grafik rechts oben: wohnpolis, Kinzigstr. 9, Berlin, Foto links unten: Klaus Selle, Martini 44, Hamburg, Foto rechts unten: Martini 44

Mit diesem Forschungsprojekt wird sowohl dem Bedeutungszuwachs zivilgesellschaftlicher Initiativen in der aktuellen Stadtentwicklungspolitik als auch der besonderen Akzentuierung des Themas „Quartier“ in Praxis und Forschung Rechnung getragen. Zugleich kann hier in vielfältiger Weise an Aktivitäten des vhw angeknüpft werden – etwa an die früheren Studien zur „Topographie des Engagements“ ebenso wie an die Untersuchungen zu intermediären Akteuren, zu Stadtmacherinnen und Stadtmachern und nicht zuletzt an verschiedene Facetten der im vhw verankerten Quartiersforschung. Nach einer durch die Covid-19-Pandemie verursachten Verschiebung der Arbeit vor Ort kann nun mit einer Fertigstellung der Untersuchungen zum Jahresende 2021 gerechnet werden.

4.6 Eigenheime der 1950er bis 1970er Jahre – Ergebnisse einer Befragung der älteren Eigentümerinnen und Eigentümer

Im Tätigkeitsbericht 2019/2020 wurde das Profil der Befragung älterer Eigentümerinnen und Eigentümer vorgestellt, die in Eigenheimen der 1950er bis 1970er Jahre leben. Im Berichtszeitraum wurden die Ergebnisse ausgewertet und in einem Bericht vorgestellt.

Dieses Wohnungssegment stellt mehr als 17 Prozent des gesamten Wohnungsbestands in Deutschland und 36 Prozent des Bestands in Ein- und Zweifamilienhäusern. Aktuell leben darin knapp 3 Millionen Seniorenhaushalte mit 4,2 Mio. Personen, fast ein Viertel aller Senioren und Seniorinnen in Deutschland. Aufgrund von erheblichen Modernisierungslücken im energetischen Bereich und wegen der Sorge um die Wertbeständigkeit und die künftige Marktfähigkeit, insbesondere in peripheren bzw. peripherisierten Regionen, ist der Bestand seit einigen Jahren Gegenstand der Fachdiskussion. In den letzten Jahren hat sich ein verstärktes Problembewusstsein in Fachöffentlichkeit und Kommunen herausgebildet, aus dem erste innovative und integrierte Konzepte sowie partizipative Ansätze zum Umgang mit dieser Herausforderung entstanden sind. Die vorliegenden Befragungsergebnisse zur Befindlichkeit und zur Wohn- und Lebenssituation der Bewohnerinnen und Bewohner sollen eine wichtige Erkenntnislücke in diesem Kontext schließen und den Blick auf dieses Segment aktualisieren.

Die bundesweite Befragung (n = 757) wurde kurz vor dem Ausbruch der Pandemie abgeschlossen. Auftragnehmer waren Dr.in Silke Borgstedt und Frauke Stockmann von der SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH. Ihre Ergebnisse können für die Untersuchungsgruppe, die im Eigenheimsegment von 1949 bis 1978 lebt, als weitgehend repräsentativ angesehen werden. Um die raumstrukturellen Zusammenhänge

abbilden zu können, wurden die Auswertungen nach den Strukturräumen des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) differenziert vorgenommen – städtische Kreise, ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen und dünn besiedelte ländliche Kreise. Zudem wurde nach den Teilaltersgruppen der Befragten unterschieden: 65 bis unter 70 Jahre, 70 bis unter 80 Jahre sowie 80 Jahre und älter.

Zentrale Ergebnisse

Ungeachtet aller Problemfelder im Einzelnen ist der ganz überwiegende Teil der Befragten mit der Wohnsituation insgesamt „zufrieden“ oder, insbesondere in den ländlichen Kreisen, sogar „sehr zufrieden“. Die bekundete Zufriedenheit steigt mit dem Einkommen der Befragten.

Zu den wichtigsten Ergebnissen zählen:

- Gut die Hälfte meint, das von ihnen bewohnte Haus entspreche ihren derzeitigen und künftigen Bedürfnissen, etwa bei der Barrierefreiheit. Fast 36 Prozent sehen das jedoch anders (s. Abbildung 9). Von ihnen wollen 45 Prozent daran auch nichts ändern, besonders häufig unter den

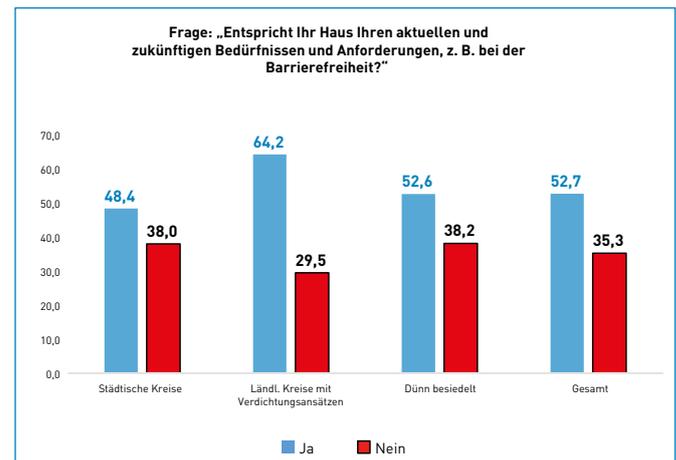


Abb. 9: Bedürfnisgerechter Zustand des Hauses nach Strukturräumen

Alleinlebenden und den einkommensschwächeren Befragten.

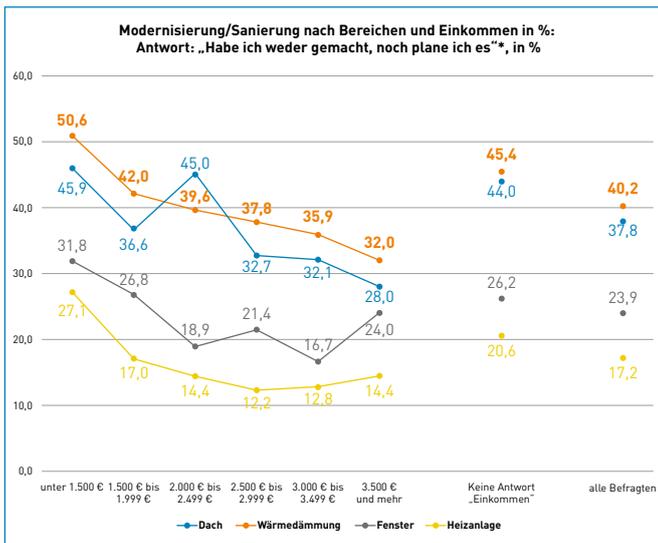


Abb. 10: Fehlende Durchführung und Planung von Modernisierungsmaßnahmen nach Bereichen und Haushaltseinkommen

- Die Sanierungs-/Modernisierungslücke wurde in den letzten Jahren verkleinert, besteht aber fort, vor allem im Bereich der Wärmedämmung. Schwierig kann für einkommensschwächere Senioren-Haushalte insbesondere die zusätzliche Belastung durch die gestiegenen CO₂-Preise werden. Bis zu 50 Prozent der Haushalte mit einem geringen Einkommen von weniger als 1.500 Euro wollen bzw. können keine Wärmedämmung oder eine Dachsanierung vornehmen. Günstiger sieht es in den Bereichen Dach und Fenster aus.

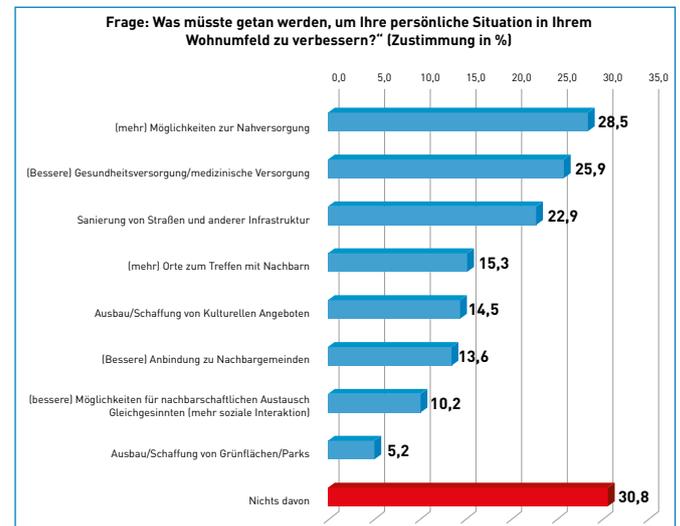


Abb. 11: Erwünschte Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation, Angaben in Prozent

- Das nachbarschaftliche Zusammenleben wird durchweg als stabil und kontaktreich beschrieben. Allerdings wünschen sich etliche Befragte mehr öffentliche Treffpunkte für die Haushalte.
- Bei der Versorgungslage – Nahversorgung und medizinische Versorgung – sowie deren Perspektiven besteht ein Gefälle zu Lasten der peripheren bzw. bezüglich ihrer Entwicklungsperspektiven als „risikoreiche“ Gebiete. Das Thema Versorgungssicherheit bereitet vielen Befragten die größten Zukunftssorgen; zudem wird hier der größte Handlungsbedarf gesehen.
- Die große Mehrheit der Befragten – mehr als 90 Prozent – will in der Immobilie verbleiben und diese an Kinder oder andere Verwandte weitergeben. Allerdings will nach anderen Umfragen aktuell nur eine Minderheit potenzieller Erben zu Selbstnutzern werden, was das Thema „Marktfähigkeit“ älterer Ein- und Zweifamilienhäuser in den Fokus rückt.

Forschungscluster Wohnen in der Stadtentwicklung

- Neue Formen der Immobilien-Verrentung – Stichwort „umgekehrte Hypotheken“ – sind mehr als 80 Prozent der Befragten weiterhin unbekannt, bei den Hochbetagten sogar bei deutlich über 90 Prozent. Nur 8 Prozent können sich vorstellen, ein solches Rentenkonzept zu nutzen.
- Die meisten Befragten haben, verglichen mit den durchschnittlichen regionalen Marktpreisen, durchaus realistische Vorstellungen vom (Markt-) Wert ihres Hauses.

Ausblick

Die Ergebnisse der Befragung bestätigen, ungeachtet einiger Fortschritte, die anhaltend große Herausforderung bei der Herstellung von Energieeffizienz und der Verringerung der CO₂-Emissionen gerade in vielen älteren Segmenten des Wohnungsbestands. Bei den Eigenheimen der Nachkriegszeit verbinden sich eine eingeschränkte finanzielle Belastbarkeit der älteren Bewohnerinnen und Bewohner mit der altersbedingt abnehmenden Bereitschaft zur energetischen Modernisierung ihrer Häuser. Gerade nach der Anpassung des Klimaschutzgesetzes im Juni 2021 und möglichen weiteren Verschärfungen der Klimaziele muss diese Herausforderung politisch aktiv adressiert werden – ungeachtet bereits bestehender Fördermöglichkeiten, die in der Regel an erhebliche Voraussetzungen und vorhandenes Eigenkapital geknüpft sind.

In anderen Defizitbereichen dieses Segments – wie bei der Aufrechterhaltung der Alltags- oder der medizinischen Versorgung und der Sicherstellung der Mobilität – können innovative Konzepte die Herausforderungen partiell durchaus bewältigen, gerade auch in peripheren Räumen.

Hinsichtlich der künftigen Marktfähigkeit des Segments bzw. des Umgangs der potenziellen Erben mit dem vermachten älteren Eigenheim ergibt sich keine eindeutige Perspektive. Neben der konkreten qualitativen und räumlichen Situation der Häuser treffen aktuell verschiedene, teilweise gegenläufige Entwicklungen aufeinander, die von verstärkten Wünschen nach einem Leben außerhalb der urbanen Zentren, neuen Arbeitsplatzbedingungen bis hin zu stark steigenden Kauf- und Baukosten reichen. Gerade modernisierte, aber günstigere Häuser dieser Baujahre könnten auch in peripheren Räumen von der so entstehenden Zusatznachfrage profitieren. Für die Perspektiven von Nachkriegs-Eigenheimen im Siedlungsverbund sollten in jedem Fall Beteiligungsverfahren mit kommunaler Beteiligung weiter ausgebaut werden. Die Ergebnisse werden in der vhw-Schriftenreihe veröffentlicht.

Projektübersicht zum Forschungscluster Wohnen in der Stadtentwicklung

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt Nummer
Bodenpolitischer Handlungsrahmen	Mrz 20	Okt 21	F. Rohland	20010
Befragung von Eigenheimbesitzern der 1950er bis 1970er Jahre	Nov 18	Okt 20	B. Hallenberg	18032
Soziale Wohnraumversorgung	Mrz 18	Okt 20	F. Rohland	18001

5 Wissenschaftskommunikation

Neue (Weiter-)Entwicklungen

Der bereits 2019/2020 eingeschlagene Weg der Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Wissenschaftskommunikation (Screenshotmix Publikationen und Wege) wurde auch im aktuellen Berichtszeitraum konsequent verfolgt. Immer steht das Ziel im Mittelpunkt, Inhalte gut aufzubereiten und zielgruppenadäquat zu kommunizieren. Gestaltung und Verbreitungswege sind dabei zentrale Stellschrauben – auch wenn die traditionell hochwertigen Inhalte im Vordergrund stehen.



Um den Auftritt der vhw-Forschung zeitgemäßer und attraktiver erscheinen zu lassen, wurden im Berichtszeitraum einige Maßnahmen ergriffen. So wird der Newsletter Forschung seit der Ausgabe 4/2020 über die DSGVO-konforme Software sendinblue verschickt. Das erlaubt eine zeitgemäße Gestaltung und vereinfacht die Handhabung ungemein. Die Anzahl der Öffnungen des Newsletters zeigen, dass er bei den rund 420 Abonentinnen und Abonnenten – im wahrsten Sinne des Wortes – gut ankommt.

Formatvielfalt: Website, Publikationen, Videobeiträge und Pressemitteilungen



Im neuen Layout erscheinen zudem auch die Publikationen (Screenshot Publikationsbeispiel) der vhw-Forschung und passen sich so in das überarbeitete Corporate Design des vhw ein.

Neben Fragen der Gestaltung sind auch die Nutzungsgewohnheiten derer zentral, die erreicht werden sollen. Das bedeutete für die vhw-Forschung, die Online-Präsenz zu erweitern. Informationen zu den Forschungsprojekten

wurden übersichtlich und ansprechend auf der Webseite eingebunden. Die 2020 eingeführten Projektsteckbriefe erlauben es, auch komplexe Projekte anschaulich zu vermitteln. Dazu gehören Informationen zu Projektleitung und -team, Kooperationspartnerinnen und -partnern, die angewandten wissenschaftlichen Methoden, Projektlaufzeit, Ausgangslage, Zielsetzung sowie im Zusammenhang mit dem Projekt veröffentlichte Publikationen und Nachrichten.

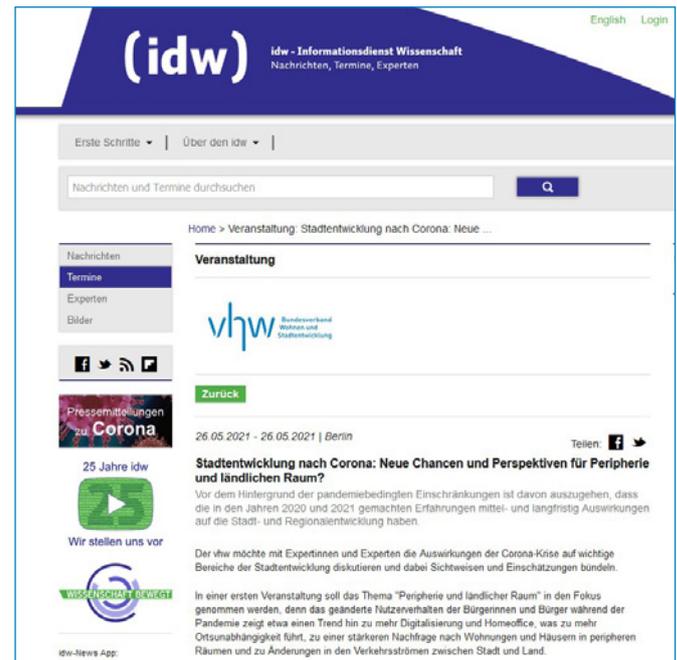
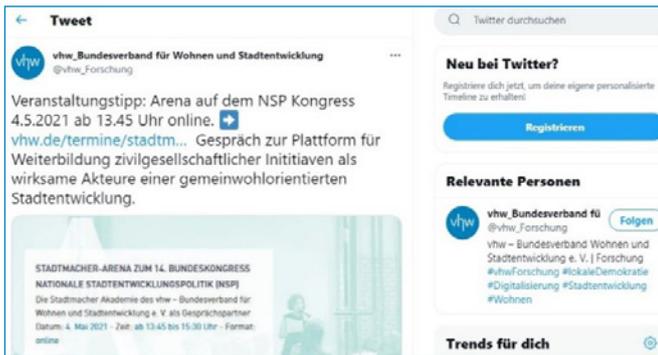
Zudem wurden mit einer Sonderseite zu Publikationen rund um die Corona-Pandemie und der Webseite zur Denkwerkstatt Quartier zwei Webseiten angelegt, auf denen Interessierte thematisch strukturierte Informationen finden – quer zu der etablierten Struktur der Forschungscluster. Den zwangsläufigen Umzug einiger vhw-Veranstaltungen auf Online-Plattformen wurden dazu genutzt, Veranstaltungen mit Videomitschnitten zu dokumentieren, wie etwa die Tagung „Quartiere neu denken“, die am 16. November 2020 in Kooperation mit dem AK Quartierforschung im Rahmen der Ausstellung „Living the city“ stattfand und unter: <https://www.vhw.de/termine/veranstaltungsberichte/tagung-quartiere-neu-denken-2020/> aufrufbar ist.

Seit der vhw-Forschungs-Twitteraccount im Frühjahr 2020 startete, hat er sich zu einem substantiellen

Wissenschaftskommunikation

Baustein der Wissenschaftskommunikation entwickelt. Mit inzwischen rund 850 Followern werden Informationen zu Veranstaltungen, Publikationen, Presseberichten etc. rund um die vhw-Forschung geteilt (2 Screenshots von Twittermeldungen).

Presseinformationen der vhw-Forschung sind u.a. über den Informationsdienst Wissenschaft (idw) verfügbar und nun auch auf vhw.de in der Rubrik Presse verortet. Die im Berichtszeitraum versendeten Mittei-

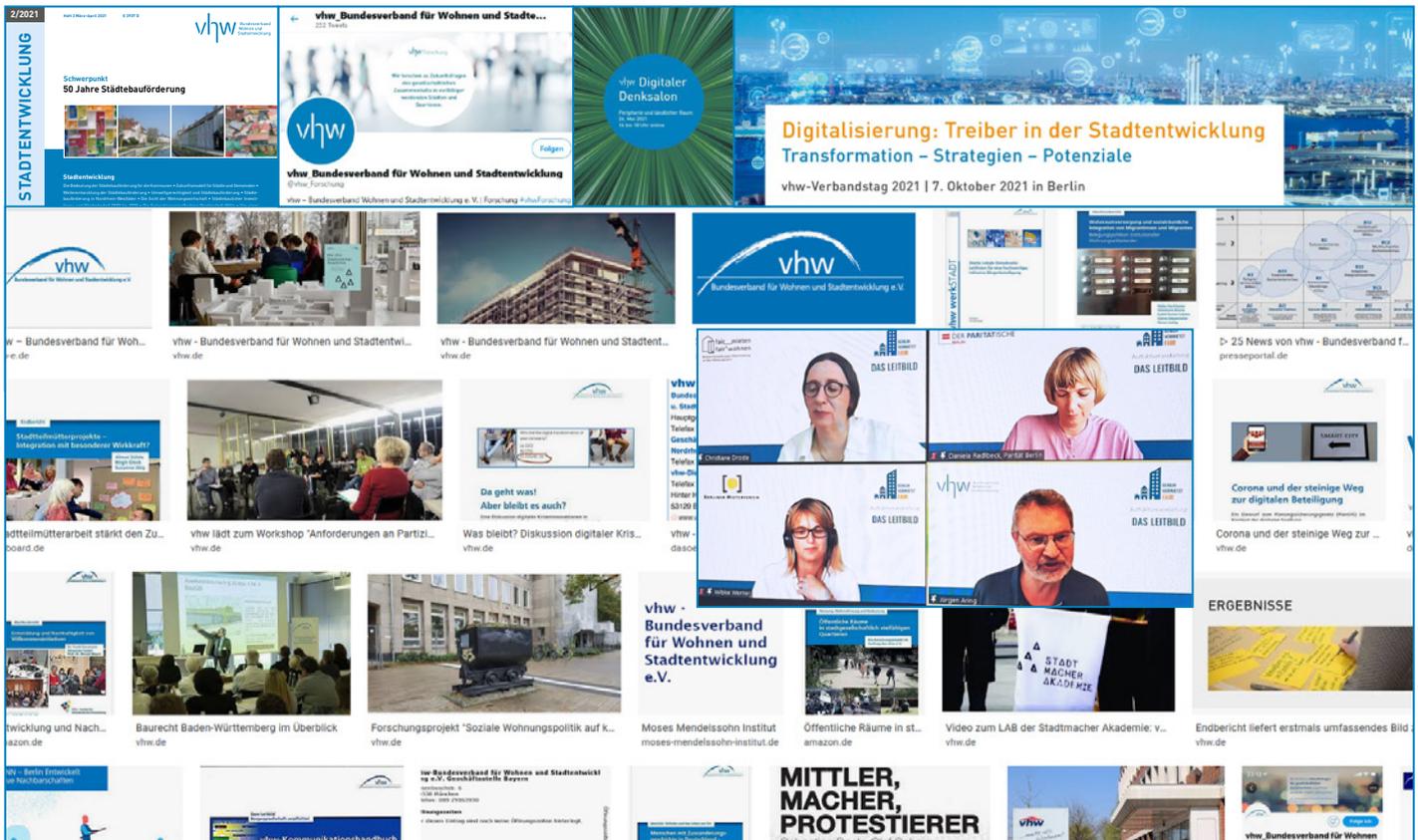


lungen wurden über den idw (Screenshot Meldung) ca. 5.500 Mal aufgerufen.

Abb. 12 und 13: Zwei Tweets und der vhw im Informationsdienst Wissenschaft

Einige Zahlen zur Wissenschaftskommunikation Juni 2020 – Juli 2021:

Anzahl der Twitter Follower	850 (plus 600)
Anzahl der versendeten Tweets:	über 200, diese wurden ca. 120.000-mal angezeigt
Anzahl der Abonnenten des Newsletter Forschung:	420
8 Pressemitteilungen über den idw versendet	rund 5.500 Aufrufe der Meldungen
Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei den Online-Veranstaltungen der vhw-Forschung	ca. 380 (vhw & friends, Tagung „Quartiere neu denken“, Workshops Digital-Kongress Lokale Demokratie)



Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit

6 Transferformate

Der Bundesverband hat sowohl im Forschungs-, als auch im Fortbildungsbereich die Aufgabe, Ergebnisse und Sachstände seiner Arbeit den Mitgliedern, den Gremien, seinen Partnern und der (Fach-)Öffentlichkeit zielgruppenspezifisch zu vermitteln. Dazu bedient er sich verschiedener analoger und digitaler Informationskanäle und -formate.

Für den Informationstransfer zur Verbandsarbeit nutzt der vhw standardisierte Formate wie die jährliche Mitgliederversammlung und den Verbandstag, die 6-mal im Jahr erscheinende Verbandszeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“. Die Formate vhw-Schriftenreihe, vhw werkSTADT sowie Einzelditionen sind neben Beiträgen in der Verbandszeitschrift wichtige Transferkanäle in der Arbeit des Forschungsbereichs als Think tank für zentrale Fragen in der Stadtentwicklung. Zusätzlich vermitteln Nachrichten und Artikel im Internet, neue Projektsteckbriefe, der „Newsletter Forschung“, der Twitterkanal @vhw-forschung sowie Vorträge in Kommunen, in den Kommunikationsarenen von Wissenschaft und Politik die Ergebnisse aus der wissenschaftlichen, an der Praxis orientierten Arbeit des Verbandes. Kooperationen, Presse- und Netzwerkarbeit ergänzen dabei die Transferaktivitäten.



Im März 2020 startete der Bundesverband mit einem eigenen Twitter-Kanal unter: [@vhw-Forschung](#), der über Veranstaltungen, Publikationen und Projektergebnisse aus der vhw-Forschung informiert. Im Juni 2021 zählt die Followerschaft des Verbandes bereits über 850 Interessierte aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien.

6.1 Veranstaltungen

Digital Kongress Lokale Demokratie: Gemeinsam Stadt gestalten

8. Juni 2021

Der „Digital-Kongress Lokale Demokratie“, live aus der Berliner Urania übertragen, beleuchtete die gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich der Demokratie heute stellen. Im Fokus standen die auf diese Herausforderungen bezogenen Schwerpunkte in der vhw Forschung – rund um die Themen der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der demokratischen Mitwirkung.



Abb. 14 und 15: Kongress-Eröffnung und Begrüßung der Teilnehmenden

Nach der Eröffnung durch Moderatorin Nadia S. Zaboura (Bild links), begrüßte der vhw-Verbandsratsvorsitzende Dr. Peter Kurz (Bild rechts). Den Titel, so Dr. Kurz, habe der Verband gewählt, entscheiden sich doch Inklusion und Zusammenhalt an der Frage der gemeinsamen Gestaltung von Stadt. Das Thema Lokale Demokratie stehe in einer langen Reihe von Arbeiten des vhw. Schon 2009, 2010 begann dieser zur Qualität von Beteiligungsprozessen zu forschen und hat dabei

konsequent den Ansatz der Milieuforschung genutzt, um gesellschaftliche Dynamiken besser zu erkennen. Das dafür geprägte Leitbild der deliberativen Demokratie, der Herrschaft des besseren Arguments, habe heute eine Relevanz, die das Thema damals nicht vermuten ließ. Die Themen erweiterten sich, 2014 mit gesellschaftlichem Zusammenhalt, zu dem vor allem die Intermediären in den Blick genommen wurden, Nachbarschaft und Quartier folgten, 2017 kam das Thema Digitaler Wandel mit den Sozialen Medien und neuen Örtlichkeiten dazu. „Das ist eine praktische, präventive Umsetzung des Gedankens der wehrhaften Demokratie, was mit im Fokus der Arbeit des vhw in den letzten zehn Jahre war. Das ist das Fundament der heutigen Veranstaltung“, so Kurz.



Film ab: Gemeinsam Stadt gestalten! Es folgte ein kurzes Portrait des vhw in knapp 7 Minuten, das den Verband aus dem thematischen Blickwinkel des Kongresses vorstellte. Der Film wurde erstmals auf dem Kongress am 8. Juni 2021 gezeigt und steht zudem unter: <https://www.vhw.de/wir-ueber-uns/profil/>

Warum wächst die Unzufriedenheit mit der Demokratie?

„Ein Thema“, so Prof. Dr. Michael Zürn, Direktor am WZB Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Sprecher des Exzellenzclusters „Constitution of the Liberal Script“, „bei dem ich eigentlich bei



Abb. 16 und 17: Prof. Dr. Michael Zürn während seines Vortrags und eine seiner Folien daraus

der Weltgesellschaft beginnen möchte“. Mit Verweis auf die Flughöhe seines Vortrags begann er mit einer Übersicht des Anteils der Demokratien in der Welt und deren Qualität, ein Forschungsprojekt der Universität Göteborg. Zu sehen ist nach einem Anstieg über 80 Jahre 2005 eine Stagnation und seit 2015 ein bemerkenswerter Rückgang, vielleicht nur eine Delle, vielleicht aber mehr. Es deutet möglicherweise darauf hin, dass unser „Fortschrittsoptimismus“, so Zürn, über die automatische Ausbreitung der Demokratie womöglich im Zuge der Modernisierung vielleicht doch nicht richtig war. Es gibt ein neues Gesellschaftsmodell, welches enorme Erfolge mit sich bringt – die technokratische Autokratie –, wie man sie z. B. in China oder Singapur sieht, deren Eliten durchaus ein gewisses Interesse an Gemeinwohl haben. Sein Vortrag in Ton und Bild unter: <https://www.vhw.de/termine/veranstaltungsberichte/>



Abb. 18 und 19: 250 live Zugeschaltete und Gäste vor Ort verfolgten den Comedian Till Reiners (Bild rechts), der populistische Haltungen im Alltag reflektierte.

Miteinander Stadt der Zukunft gestalten!

Nadia S. Zaboura eröffnete als Moderatorin die Gesprächsrunde mit der Frage, welche Herausforderungen die Expertinnen und Experten in Bezug auf

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit

sozialen Zusammenhalt, das Stärken der Demokratie sowie den Anspruch, Stadt gemeinsam zu gestalten, sehen. Anschließend kam die Runde u. a. darauf zu sprechen, wie Kinder und Jugendliche in Beteiligungsprozesse einbezogen werden können und welche Bedingungen daran geknüpft sind. In der Gesprächsrunde kamen Referentinnen und Referenten zusammen, die an den Folgetagen in fachlich vertiefenden Workshops vertreten waren.



Abb. 20: Gesprächsrunde mit Nadia S. Zaboura, Dr. Thilo Lang (ifL Leipzig), PD Dr. Olaf Schnur (vhw), Monika Dehmel (Politik zum Anfassen e. V.) und Laura Bruns (stadtstattstrand), von links nach rechts

Lokale Demokratie - Heimstatt gelebter Verantwortung

„Ein interessanter Tag für Menschen, die über Demokratie nachdenken!“, so beschrieb Bundespräsident a. D. Joachim Gauck den Kongress in seinem Festvortrag. Er begeisterte mit geschliffenen Gedanken seines Vortrags, machte Mut und stellte sich auch anschließend ad hoc einer kleinen Fragerunde, bei der vhw-Vorstand Jürgen Aring und Prof.in Elke Pahl-Weber als Vertreterin des Verbandsrats jeweils Fragen stellten. Sein Festvortrag sowie die Gedanken des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Burkhard Jung, sind zusammen mit den vier anschließenden Workshops unter: <https://www.vhw.de/termine/veranstaltungsberichte/digital-kongress-lokale-demokratie-2021/> dokumentiert.



Abb. 21 und 22: Mut machen – Bundespräsident a. D. Joachim Gauck und anschließend offen für Nachfragen des Verbandes

Am 8. Juni 2021 folgten rund 250 Interessierte auf YouTube oder über unsere Website der vierstündigen Veranstaltung. An den darauffolgenden Tagen (9. bis 11. Juni 2021) besuchten jeweils rund 80 Interessierte vier fachlich vertiefende Workshops. Alle Beiträge unter: <https://www.vhw.de/termine/veranstaltungsberichte/>

4 Workshops im Anschluss des Kongresses „Gemeinsam Stadt gestalten“

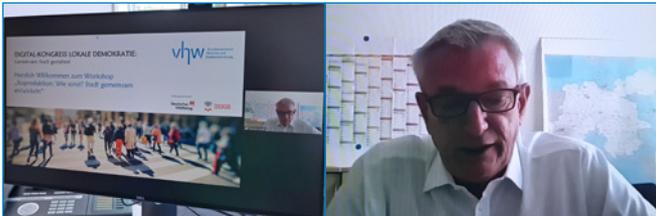
Workshop 1: Transformation: Wie weiter? Lokale Demokratie und Medien im digitalen Wandel, geleitet von Dr.in Anna Becker am 9. Juni 2021



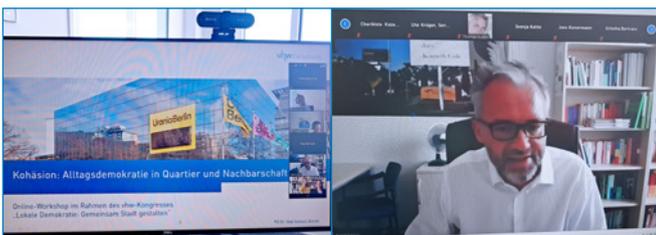
Workshop 2: Inklusion: Alle da? Möglichkeiten und Grenzen inklusiver Bürgerbeteiligung,
geleitet von Uwe Lübking (Beigeordneter beim DStGB) am 10. Juni 2021



Workshop 3: Koproduktion: Wie sonst? Stadt gemeinsam entwickeln,
geleitet von Dr. Thomas Kuder am 10. Juni 2021



Workshop 4: Kohäsion: Alltagsdemokratie in Quartier und Nachbarschaft,
geleitet von Dr. Olaf Schnur am 11. Juni 2021



Digitaler Denksalon: Peripherie und ländlicher Raum

26. Mai 2021, online



Premiere: In einer ersten Online-Veranstaltung am 26. Mai 2021, geleitet von Dr. Frank Jost, zum „Digitalen Denksalon“ wurde das Thema „Peripherie und ländlicher Raum“ in den Fokus genommen. Ein geändertes Nutzer-

verhalten der Bürgerinnen und Bürger während der Pandemie zeigt etwa einen Trend hin zu mehr Digitalisierung und Homeoffice, was zu mehr Ortsunabhängigkeit, zu einer stärkeren Nachfrage nach Wohnungen und Häusern in peripheren Räumen und zu Änderungen in den Verkehrsströmen zwischen Stadt und Land führt. Wie wirken sich die Pandemie und die veränderten Rahmenbedingungen nun mittel- und langfristig auf die Stadtrandlagen, Klein- und Mittelstädte oder den ländlichen Raum aus? Diese Fragen diskutierten wir in einer Runde von 40 Interessierten zu den beiden fachlichen Inputs:

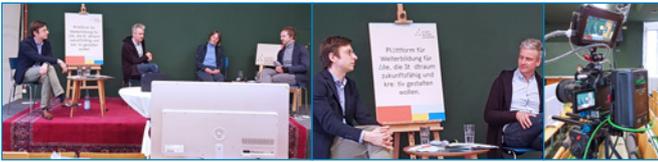
- **Digitalisierung, Homeoffice und die Nachfrage nach Wohnungen an der Peripherie**
Prof.in Dr.in Annette Spellerberg, TU Kaiserslautern
- **Wer zieht ins Umland? Ergebnisse einer Studie in der Region Leipzig/Halle/Jena**
Dr. Tim Leibert, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig

Arena zur Stadtmacher Akademie des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. im Rahmen des Nationalen Stadtentwicklungskongresses
4. Mai 2021, online

Mit der Stadtmacher Akademie bietet der vhw zivilgesellschaftlichen Stadtmacher-Projekten eine Plattform für fachliche und strategische Weiterbildung mit dem Ziel, sie als relevante und wirksame Akteure

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit

einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung zu stärken. Wie lässt sich das Stadtmachen lernen? Und wer lernt dabei von wem? Dazu eröffneten wir in dieser Arena mit Projekten und Impulsgebenden der Akademie die Diskussion (Fotos). Beteiligung erwünscht!

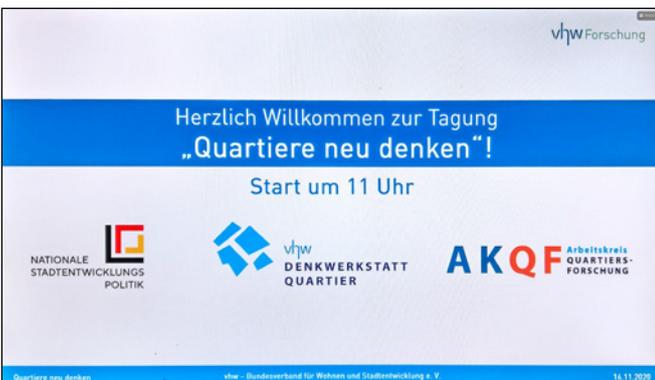


Im Rahmen des Programms des Nationalen Stadtentwicklungskongresse 2021 beteiligte sich der Bundesverband mit Beiträgen an einer weiteren Arena: Wie stärken Kleinstädte ihre Resilienz?

„Quartiere neu denken“

16. November 2020, online

Die Tagung fand im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik statt und nahm das Quartier als zentrale Handlungsebene der Leipzig-Charta in den Fokus.



Der pandemiebedingte Umzug auf eine Online-Plattform hatte auch einen Vorteil: Bei der Online-Tagung vom Bundesverband in Kooperation mit dem Arbeitskreis Quartiersforschung waren mit teilweise über 140 Teilnehmenden deutlich mehr Personen anwesend als

es vor Ort im Restaurant des ehemaligen Flughafens Tempelhof möglich gewesen wäre, wo sie ursprünglich geplant war. Die Moderation der Tagung teilten sich Dr. Lars Wiesemann, Seniorwissenschaftler, sowie Dr. Olaf Schnur, Bereichsleiter Forschung (beide vhw). Einleitend hinterfragte Olaf Schnur den Quartiersbegriff in seinem Intro „Was ist ein Quartier?“. Es folgten Vorträge zu den Aspekten Gemeinwohl im Quartier (Prof. Dr. Klaus Selle), Digitalisierung („Nachbarschaften als hybride Alltagsräume“ von Dr.in Anna Becker und Simone Tappert sowie „Quartier machen auf digitalen Plattformen“ von Dr.in Sophie Naue und Anna Wildhack), Klimaschutz (Prof. Dr. Andreas Thiesen) und Integration im Quartier (Dr.in Ingeborg Beer). Im Anschluss an die einzelnen Beiträge konnten die Teilnehmenden mit den Referentinnen und Referenten über Audiobeiträge oder die Chatfunktion diskutieren.

5 Video-Beiträgen machen die Inhalte nachhörbar:

- Was ist ein Quartier?
- Gemeinwohl im Quartier
- Nachbarschaften als hybride Alltagsräume
- Partizipative Atmosphären im Quartier
- TransCity: Klimaschutz durch quartiersübergreifende Kooperation

im Internet unter: <https://www.vhw.de/termine/veranstaltungsberichte/tagung-quartiere-neu-denken-2020/>

Stadtmacher-Jam: Genossenschaften und kooperative Governance

6. Oktober 2020 in Berlin

Die Veranstaltung fand im Rahmen der anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft und Novellierung der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt durchgeführten Living the city-Ausstellung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in der Abfertigungshalle des ehemaligen Flughafens Tempelhof in Berlin statt. Im Format eines Stadtmacher-Jams wurden verschiedene Genossenschaftsmodelle, ihre ihnen

zugrundeliegenden Strategien und Herangehensweisen, aber auch zukunftsweisende Visionen für den Umgang mit dem Trägermodell vorgestellt und diskutiert. Im Anschluss erhielten die Gäste die Gelegenheit, sich im Rahmen eines Barcamps selbstständig auszutauschen und eigene Ansätze weiterzuentwickeln.



Mit dabei: Kartoffelkombinat aus München, Alte Mu aus Kiel; Kulturquartier Schauspielhaus aus Erfurt und Wigwam aus Berlin (Fotos).

vhw-Kolloquium „vhw & friends“ 2020/2021

„Post-Corona Stadt? Transformation von Innenstädten und urbanen Räumen“

20. April 2021, online

In der Online-Veranstaltung sprach Jun.-Prof. Dr. Jan Polívka über die Transformation von (Innen-)Städten unter dem Einfluss der Corona-Pandemie.

Resilienz in der Großstadt

17. November 2020, online

Prof. Dr. med. Mazda Adli, Psychiater und Stressforscher, eröffnete seinen Vortrag (Screenshot Auftaktfolie) mit fünf wichtigen Fragen:

- Wie das Großstadtleben unsere Psyche verändert.
- Machen Städte krank?
- Schadet Stadtleben unserer Psyche?
- Macht nur Landleben glücklich?
- Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie auf den Forschungsbereich Neurourbanistik?

Im Anschluss an den Vortrag wurde intensiv zum Thema diskutiert.



6.2 Zeitschrift „Forum Wohnen Stadtentwicklung“

Die Verbandszeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ (FWS) des vhw gehört zu den wichtigen Publikationen an der Schnittstelle von Stadtplanung, Städtebau, Wohnungswirtschaft und Sozialforschung im deutschsprachigen Raum. Im Berichtszeitraum wurden die sechs Ausgaben pro Jahr neben Mitgliedern und Abonnenten ebenfalls der Fachöffentlichkeit auf Tagungen und Kongressen zugänglich gemacht, wenn thematische Schnittstellen bestanden. Die Autorinnen und Autoren der Hefte kommen aus den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern von Wohnen und Stadtentwicklung – aus Wohnungswirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Politik und Verwaltung, Bund, Ländern und Kommunen oder aus der Zivilgesellschaft. Der Forumscharakter der Zeitschrift befördert dabei den Wissensaustausch und die Diskussion zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis.

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit

Als Verbandsorgan und Fachzeitschrift berichtet das „Forum“, bei einer Auflage von derzeit 3.000 Heften, über die vielfältigen Aktivitäten des Verbandes und gestaltet ein Schwerpunktthema in jeder Ausgabe. Im Berichtszeitraum wurde die Zeitschrift dem frischen Design des Verbandes angepasst. Verändert wurde auch der Auftritt der Einzelausgabe im Internet. Hier bietet die Onlinepräsenz von „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ auch eine Archivfunktion an, die einen Überblick über alle bislang erschienenen Zeitschriftenausgaben ermöglicht. Mittels einer Stichwortsuche im Archiv können Ausgaben und Beiträge gezielt gefunden werden.

In den Inhaltsverzeichnissen finden sich seit dem Jahrgang 2003 Abstracts zu jedem Artikel. Überdies können seit Ausgabe 1/2009 alle Beiträge pro Ausgabe kostenlos im PDF-Format heruntergeladen werden.

Folgende Ausgaben sind im Berichtszeitraum erschienen:



FWS Nr. 3/2021

Verkehrswende Chancen und Hemmnisse

Das Thema Verkehrswende ist in (beinahe) aller Munde. Ihre Notwendigkeit wird zumindest in den verbalen Bekundungen im Grundsatz von fast allen relevanten Akteuren in Politik und Gesellschaft kaum noch bestritten, u.a. angesichts des fortschreitenden Klimawandels und dessen Auswirkungen auf Mensch und Natur, einhergehend mit einem steigenden zivilgesellschaftlichen Engagement für eine aktivere Klimapolitik und einer entsprechend breiteren Unterstützungsbasis auch für weitreichendere Maßnahmen. Aber auch wenn gerade in Pandemiezeiten hier und da in unseren Städten sichtbar geworden ist, wieviel z.B. unsere

öffentlichen Räume gewinnen könnten – warum geht die Verkehrswende trotzdem so schleppend voran?



FWS Nr. 2/2021

50 Jahre Städtebauförderung

50 Jahre nach Einführung des Städtebauförderprogramms im Jahre 1971 in der damaligen Bundesrepublik lohnt sich heute anlässlich dieses „runden Geburtstages“ sowohl ein Blick zurück als auch der Ausblick in die Zukunft. Die Beiträge dieses Schwerpunkthefts beleuchten vor diesem Hintergrund das Programm aus verschiedenen Perspektiven und beschäftigen sich neben der Würdigung des Geleisteten auch mit den aktuellen und künftigen Herausforderungen. Ganz aktuell ist die Neustrukturierung der Städtebauförderung 2020 in drei übergeordnete Programmen mit Querschnittsaufgaben in der Nachhaltigkeit, vor allem im Klimaschutz, ein Zeichen der Flexibilität des Programms. Wie diese Neustrukturierung trägt, wird sich dabei in den kommenden Jahren zeigen.



FWS Nr. 1/2021

Religion und Stadt

Die Stadt und urbanisierende Lebensstile sind das Modell für die Lebenswelt des Hauptteils der Weltbevölkerung. Entgegen den Erwartungen einer zunehmenden Säkularisierung ist Religion jedoch in den Städten weiter auf vielfache Weise präsent. Beim Bezug von Stadtleben und Religion aufeinander besteht die Her-

ausforderung darin, Religion nicht mehr ausschließlich als Zentrum von Gemeinschaften, sondern im Zusammenspiel mit einer „offenen Stadt“ zu denken. Die ständig neu hinzukommenden Nutzungsvarianten von Sakralräumen, etwa als Hybridräume, sowie neue Formen der Koalition und Kooperation von christlichen Gemeinden mit anderen Interessengruppen sind nur ein Beispiel der Themen, die in diesem Schwerpunkt-heft behandelt werden.



FWS Nr. 5/2020

Perspektive für Klein- und Mittelstädte

Klein- und Mittelstädte stehen oft im Schatten der Großstädte und Metropolen, wenn es um die großen Themen in den Handlungsfeldern Stadtentwicklung und Wohnen geht. Dabei offenbaren nicht erst die Corona-Krise und die damit einhergehenden neuen Chancen – etwa von Homeoffice –, dass die Wohn- und Lebensqualitäten hier oft unterschätzt wurden. Ausgabe Nr. 5/2020 widmet sich den Klein- und Mittelstädten als „Anker“ in der Region und insbesondere als Funktionsträger der Daseinsvorsorge, für Wohnen, Handel und Arbeiten in der Fläche. Sie sind als Orte mit zentraler Bedeutung im ländlichen Raum identitätsstiftende Heimatorte für einen Großteil der Bevölkerung in Deutschland und gleichzeitig Entlastungspunkte für Großstädte und Metropolen.



FWS Nr. 6/2020

Klimaanpassung im Stadtquartier

CO₂-Emissionen von Gebäuden finden überwiegend im Gebäudebestand statt – Klimaschutzziele im Gebäudesektor bedeuten also insbesondere Schritte im Bestand. Und wer die energetische Modernisierung von Bestandsgebäuden vorantreiben will, muss sowohl Wohnungswirtschaft als auch private Hauseigentümer motivieren, dies zu tun. Dabei muss Nachhaltigkeit mit der Lebensrealität der Menschen vor Ort und im Quartier zusammengedacht werden. Das kommunale Handlungsfeld Stadtquartier ist hier der entscheidende Aktionsraum. In ihm können alle relevanten Gruppen direkt angesprochen werden: von Immobilienbesitzern über wichtige Akteure aus der Wohnungs- und Energiewirtschaft bis hin zu sozialen und kulturellen Institutionen. Die Quartiersebene ermöglicht zudem den bedürfnisgenauen Einsatz von öffentlichen Mitteln sowie deren Kontrolle. Dabei sind es nicht immer nur die Kommunen, die einen Impuls für eine Quartiersentwicklung setzen können und müssen. Insbesondere die Wohnungswirtschaft entdeckt zunehmend das Quartier als Handlungsfeld.



FWS Nr. 4/2020

Kommunales Handeln im europäischen Kontext

Städte, Gemeinden und Kreise sorgen für Zusammenhalt. Hier findet das Leben der Menschen statt. Hier wird Nachbarschaft gestaltet, hier kann auch dem Alltagsrassismus wirksam begegnet werden. Hier wird Europa gelebt. Vor Ort schützen Kommunen die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und stellen ihre grundlegende Versorgung sicher. Aber nicht nur in der Krise tauschen Kommunen sich miteinander aus, lernen von- und miteinander und entwickeln

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit

neue Lösungsansätze – über alle Grenzen und Sprachen hinweg. Ausgabe Nr. 4 soll einen kleinen Eindruck der großen Vielfalt kommunaler Zusammenarbeit in Europa vermitteln und präsentiert Beiträge zu kommunalem Handeln von grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Klimaschutz, in Infrastrukturprojekten, in der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie Raumplanung über Integration und Migration.

6.3 Weitere Publikationen & Formate

vhw werkSTADT

Seit 2016 erscheint dieses Format in unregelmäßigen Intervallen und ist kostenfrei im Internet herunterzuladen. Der Umfang ist i. d. R. auf 12 Seiten begrenzt. Inhalte des Formats sind Positionen zu wichtigen Fragen der Stadtentwicklung, Projektbeispiele und fachliche Diskurse. Die vhw werkSTADT ist unter ISSN:2367-0819 beim Deutschen Buchhandel angemeldet.

Im Berichtszeitraum erschienenen 10 werkSTADT-Ausgaben

Mehr als Bürgerbeteiligung

Verfahrensübergreifende, verlässliche Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und lokalen Öffentlichkeiten in der Stadtentwicklung. Eine Forschungsskizze.

Autoren: Michael Lobeck, Klaus Selle, Claus-C. Wiegandt
Nr. 53, März 2021



Wie kommuniziert eine Kommune – die Verwaltung, die Politik – mit der Vielfalt städtischer Öffentlichkeiten? Wohin wenden sich Bürgerinnen und Bürger mit ihren Initiativen, Fragen und Anliegen? Wo, wann und wie redet man miteinander, tauscht Argumente aus, verständigt sich über Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse? Diese Fragen richten

den Blick auf Kommunikationsmöglichkeiten, die über punktuelle Verfahrenserfordernisse hinausgehen. Noch ist nicht ausgelotet, welche Möglichkeiten insgesamt existieren, wie sie miteinander in Verbindung stehen (können) und auf welche Weise sie in der Praxis tatsächlich genutzt werden. Darauf wollen die Autoren mit dieser Skizze aufmerksam machen und zugleich die weitere, vor allem empirische Auseinandersetzung mit dem Thema anregen.

Stadtmacherinnen und Stadtmacher

- Teil 1: Impulse für ein gutes Leben in einer lebenswerten Stadt
- Teil 2: Intermediäre und stadtgestalterische Zwischenräume

Autor: Sebastian Beck

Nr. 51, Nr. 52, Februar 2021

Die beiden werkSTADTEN widmen sich dem Label Stadtmachen, da dessen Verwendung im Kontext von Stadtentwicklung immer beliebiger wird. Aber: Der



Begriff des Stadtmachens birgt mehr als die orthografische Verbindung der Wörter „Stadt“ und „machen“. Es handelt sich hier um den Impuls von kreativen und innovativen Einzelpersonen, Initia-

tiven und Netzwerken für ein gutes Leben in einer lebenswerten Stadt. Das Stadtmachen birgt dabei deutlich mehr als bloße Beteiligung. Es bietet praktische Ansätze und Lösungsvorschläge für die zunehmend komplexen urbanen Zukunftsherausforderungen der Stadtentwicklung und den Umgang mit Raum. Zudem setzt es Impulse für die Urban Governance und die Lokale Demokratie und initiiert über seine Kooperationen Lernprozesse bei allen Beteiligten.

Elfenbeinturm oder Hashtag?

Ein Gespräch über die Kommunikation der vhw-Forschung

Autorenschaft: Olaf Schnur und Laura Marie Garbe
Nr. 50, Januar 2021



Anlässlich der 50. Ausgabe der vhw werkSTADT haben sich Dr. Olaf Schnur, Bereichsleiter vhw-Forschung, und Laura Marie Garbe, Referentin für Wissenschaftskommunikation beim vhw, zum Gespräch getroffen. Sie sprachen unter anderem darüber, wie sich die Digitalisierung auf das Zusammenleben in der Stadt auswirkt und wie Wissenschaft kommuniziert werden sollte.

Wehrhafte Räume oder defensive Architektur?

Politische Erzählungen über Ordnungs- und Sicherheitsarchitekturen in öffentlichen Räumen im Kontext von Wohnungslosigkeit

Autor: Eric M. Tenz
Nr. 49, Dezember 2020



Ziel der werkSTADT Nr. 49 ist es, die Erzählungen über wehrhafte Räume und defensive Architekturen in öffentlichen Räumen im Kontext von Wohnungslosigkeit zu rekonstruieren, zu vergleichen und daraus erste Schlussfolgerungen für Wissenschaft und Praxis abzuleiten. Methodisch greift die Arbeit einerseits auf Informationen zurück, die wissenschaftlichen als auch nicht-wissenschaftlichen Quellen (u. a. Zeitung, Radio, Webseiten) entstammen; andererseits speist sich der Text aus Materialien, die der Autor im Rahmen von Ortsbegehungen in Berlin und Gelsenkirchen (insb.

Fotos, Feldnotizen) sowie Fachveranstaltungen und -gesprächen gewonnen hat.

Quartierseffekte und soziale Mischung

Faktencheck aus wissenschaftlicher Perspektive
Autorenschaft: Olaf Schnur, Carlotta Reh,
Kirsten Krüger
Nr. 48, Oktober 2020



Mit dem Narrativ einer „Sozialen Mischung“ im Quartier verknüpfen sich viele Hoffnungen. Es ist als eine Art Gegenentwurf zur meist negativ bewerteten Segregation zu verstehen: soziale Stabilisierung, gelingende Integration, mehr Partizipation, ... – all das soll sich beim richtigen Mix im Quartier einstellen und im Endeffekt auch die soziale Mobilität erleichtern. In werkSTADT Nr. 48 wird die zentrale Annahme des Mischungsparadigmas diskutiert, nämlich, dass von einem mehr oder weniger sozial gemischten Quartierskontext tatsächlich eine Wirkung ausgehe. In der Wissenschaft ist dies keineswegs eindeutig belegt, weswegen es sich lohnt, genauer hinzuschauen. Der Beitrag gibt deshalb einen knappen Überblick zur Forschung zu Quartierseffekten und sozialer Mischung und zeigt die Relevanz dieses Themas für die Stadtentwicklungspraxis auf.

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit

Wohnungsunternehmen und Stadtteilmütterprojekte

Potenziale einer gemeinsamen Praxis

Autor: Steffen Jähn

Nr. 47, August 2020



Das in vhw werkSTADT Nr. 47 dokumentierte Praxisforschungsprojekt untersucht, wie eine gemeinsame Praxis von Stadtteilmütterprojekten und Wohnungsunternehmen aussehen kann, um interkulturelle Kohäsion und soziale Teilhabe in benachteiligten Quartieren langfristig positiv gestalten zu können. Die Publikation zeigt auf, in welchem gesellschaftlichen Kontext der Stadtteilmütter-Ansatz in Berlin entstanden ist und welchen Wandlungen er unterlag. Sie geht auf die Rahmenbedingung des Engagements von Wohnungsunternehmen in der Quartiersentwicklung ein und stellt schließlich die Ergebnisse von Expertinnen-Interviews vor.

„Ich habe alle Worte vergessen“

Veränderte Lebenswelten von Geflüchteten in Zeiten von Covid-19

Autorenschaft: Ingeborg Beer, Ulrike Milstrey,
Helene Weiß, Olaf Schnur

Nr. 46, August 2020



Im Blickpunkt dieses Beitrags stehen Menschen mit Fluchtgeschichte sowie Neuzuwandererinnen und

-zuwanderer aus Kriegs- und Krisengebieten. Wie wirken sich die pandemiebedingten Einschränkungen auf ihr individuelles und familiäres Alltagsleben aus und was macht ihnen dabei zu schaffen? Wie erleben sie die Veränderung ihrer gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten und welche neuen Herausforderungen gilt es zu bewältigen?

Corona und Wohnen

- Teil I: Mieten, Preise, neue Lasten: Der (Wohn-) Immobilienmarkt
- Teil II: Reaktionen der Politik

Autoren: Fabian Rohland, Bernd Hallenberg
Nr. 44, Nr. 45, August 2020



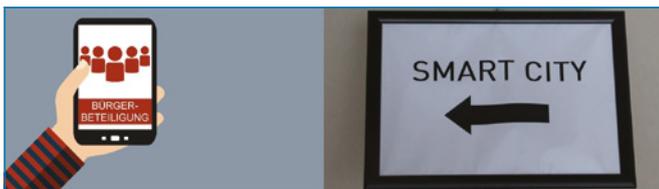
Die globale Corona-Pandemie, deren Ende Anfang August 2020 nicht abzusehen war, hat sich direkt oder indirekt auf nahezu alle Lebensbereiche und ökonomischen Aktivitäten ausgewirkt. Dies gilt in erheblichem Maße auch für den Wohnungs- und Immobilienbereich, für Mieterinnen und Mieter, Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Unternehmen. In der werkSTADT Nr. 44 werden zunächst wesentliche Zusammenhänge zwischen der Corona-Pandemie und den Wohnimmobiliemärkten beleuchtet und Prognosen von Wohnungsmarktexpertinnen und -experten aufgezeigt. Anschließend wird ein Blick auf die tatsächlichen Marktentwicklungen geworfen, die sich in den ersten Monaten der Corona-Krise in Deutschland ergeben haben. werkSTADT Nr. 45 setzt sich mit den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wohnraumversorgung auseinander und skizziert die wesentlichen (wohnungs-)politischen Maßnahmen, die ergriffen wurden, um ein Übergreifen der Krise auf die Wohnungsmärkte zu verhindern.

Corona und der steinige Weg zur digitalen Beteiligung

Ein Einwurf zum Planungssicherungsgesetz (PlanSiG) im Kontext der digitalen Spaltung

Autor: Thomas Kuder

Nr. 43, Juli 2020



Aufgrund der bundesweiten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen in Folge der Corona-Pandemie haben sich in den vergangenen Monaten erhebliche Schwierigkeiten bei der praktischen Durchführung von Beteiligungsverfahren ergeben. Die Bundesregierung hat mit Zustimmung des Parlaments im Mai 2020 ein zeitlich befristetes Planungssicherungsgesetz (PlanSiG) verabschiedet, das sich im Kern mit der Durchführung von digitalen Beteiligungsverfahren und Konsultationen befasst. werkSTADT Nr. 43 ordnet das PlanSiG in den Kontext der digitalen Spaltung der Gesellschaft ein und leitet Schlussfolgerungen für den Weg zur digitalen Bürgerbeteiligung ab.

vhw werkSTÄDTE im Internet unter:

<https://www.vhw.de/publikationen/vhw-werkstadt/>

vhw-Schriftenreihe

Die vhw-Schriftenreihe behandelt ausgewählte Themen in einem umfangreichen, wissenschaftlichen Kontext, die der vhw unter seinem Leitbild Bürgergesellschaft für die Handlungsfelder Stadtentwicklung und Wohnen als notwendig zu bearbeitende Aufgabenstellungen ableitet.

Im Berichtszeitraum erschienenen acht Schriftenreihen:

Soziale Wohnungspolitik auf kommunaler Ebene

Autorenschaft: Bernhard Faller, Nora Wilmsmeier, Colin Beyer, Franziska Steinbach, Jennifer Ritter

Nr. 25, Mai 2021



In Anbetracht der Notwendigkeit einer Wohnungspolitik, welche den lokalen wohnungspolitischen Herausforderungen gerecht werden kann, geht die Schriftenreihe Nr. 25 der Frage nach, zu welchen Lösungen eine lokal/regional verankerte und dabei konzeptionell eigenständige (soziale) Wohnungspolitik aus heutiger Sicht käme. Wesentliches Ziel dieser Studie war es, gemeinsam mit lokalen Partnerinnen

und Partnern die vor Ort bestehenden Hürden einer zielgruppengerechten Wohnraumversorgung zu identifizieren und losgelöst von den existierenden politischen und instrumentellen Restriktionen mögliche Lösungsrichtungen aus kommunaler bzw. regionaler Perspektive zu diskutieren.

Praxisleitfaden Milieuwissen für die Stadtentwicklung und Stadtplanung

Autor: Thomas Kuder

Nr. 24, März 2021



Der Praxisleitfaden ist eine kurzgefasste Weiterentwicklung des vhw-Kommunikationshandbuchs, das im Jahr 2013 als vhw-Schriftenreihe Nr. 4 veröffentlicht wurde. Die vorliegende Broschüre zielt auf eine schnelle, kurzgefasste Einführung in die Welt der Lebensstile und der Kommunikationsweisen: vom Handbuch zur Broschüre. Die Erkenntnisse sollen die Leserin und den Leser in Planungsprozessen darin unterstützen, zielgruppenspezifisch

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit

mit verschiedensten Akteuren nach innen und außen zu kommunizieren – von der Presseerklärung und Informationskampagne, über die gezielte Strategie bis hin zur konkreten Bürgerveranstaltung.

Neue Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung? Potenziale von Transition-Town-Initiativen

Autorenschaft: Franziska Ehnert, Markus Egermann, Anna Betsch
Nr. 23, März 2021



Die Bemühungen um eine nachhaltigere Entwicklung von Städten und Gemeinden sind ungebrochen. Während in Städten einerseits die meisten Ressourcen verbraucht werden, bilden sie andererseits den Raum für Experimente und Innovationen zur nachhaltigen Entwicklung. In der in Nr. 23 vorliegenden Studie werden die Potenziale und Herausforderungen von zivilgesellschaftlichen Initiativen als Akteure

und Partner einer nachhaltigen Stadtentwicklung in vier Städten beispielhaft untersucht. Abschließend werden praktische Handlungsansätze für Kommunen und Initiativen vorgestellt.

Politische Partizipation marginalisierter Menschen

Autoren: Jan Kaßner, Norbert Kersting
Nr. 22, Februar 2021



Die Gesellschaft steht angesichts sich wandelnder Formen sozialer Ungleichheit immer wieder vor der Herausforderung, Inklusion in der politischen Partizipation zu gewährleisten. Aber: politisch aktive Personen in marginalisierten Lagen sind in Beteiligungsformaten meist in der Minderheit. Schriftenreihe Nr. 22 untersucht, wer diese aktiven Menschen sind, welche Rolle ihre individuelle Marginalisierungs-

lage beim Ergreifen politischer Partizipation spielt und welche Strukturen ihre Beteiligung begünstigen. In Fallstudien kamen diejenigen zu Wort, die sich trotz sozialer Benachteiligung – z.B. durch Erwerbslosigkeit, Frühverrentung, Behinderung oder Fürsorgeverantwortung als Alleinerziehende – oft seit Jahren politisch einbringen. Die Autoren beleuchten zudem, wie sich politische Angebote und der räumliche Kontext benachteiligter Quartiere auf die Motivation sowie die Art und Weise auswirken, Politik selbst in die Hand zu nehmen.

Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie

Autorenschaft: Frank Gesemann, Milena Riede
Nr. 21, Februar 2021



Die Studie untersucht, inwieweit der Anspruch der Gemeinwesenarbeit, Empowerment, Aktivierung, Beteiligung, Netzbildung und Demokratieförderung unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen sowie Akteurs- und Förderstrukturen umzusetzen gelingt. Die Untersuchung fand in fünf kontrastierenden Gebieten der Gemeinwesenarbeit statt. Insgesamt zeigen die Ergebnisse gebietsübergreifend, dass

auf lokaler Ebene bereits vielfältige Aktivitäten bestehen, um demokratische Teilhabe einer heterogenen Bevölkerung zu ermöglichen. Eine Weiterentwicklung und bessere Abstimmung verschiedener Modi der demokratischen Beteiligung (repräsentative, direkte und deliberative Demokratie) durch ein Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Bewohnerschaft wäre aber empfehlenswert.

Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie – Zusammenhänge und Perspektiven aus der Sicht Sozialer Arbeit

Autor: Patrick Oehler
Nr. 20, Februar 2021



In der Schriftenreihe Nr. 20 werden zwei Ausgangspunkte miteinander verschränkt: Auf der einen Seite wird von der Gemeinwesenarbeit (GWA) historisch-systematisch auf demokratie-relevante Aspekte geschlossen und auf der anderen Seite wird von aktuellen Demokratiediskursen auf die GWA geblickt. Aus diesen beiden Zugängen können nicht nur die Zusammenhänge von GWA und lokaler Demokratie deut-

lich werden, sondern auch neuartige, synthetisierende Perspektive entstehen.

Jenseits der Metropolen. Wandel lokalpolitischer Kulturen in einer polarisierten Gesellschaft

Autorenschaft: Valentin Domann, Henning Nuißl, Elena Steinrück
Nr. 19, Januar 2021



Am Beispiel von vier Gemeinden untersucht die Studie entlang der kommunalpolitischen Themenfelder Klima und Energie, Verkehrsinfrastruktur und Wohnen sowie unter Einbeziehung des (typischerweise überlokal verhandelten) Themenfelds Migration rechtspopulistische Aktivitäten in der Kommunalpolitik. Die Ergebnisse zeigen, dass auch Entscheidungen mit lokal begrenzter Reichweite stark ideologisch aufgeladen werden können. Die Fallstudien verdeutlichen, dass gerade die Klimaschutzdebatte als zentrales Zukunftsthema auch auf kommunaler Ebene ein hohes Konfliktpotenzial bereithält. Die Handlungsempfehlungen der Autorin und der Autoren sollen

kommunalpolitischen Akteuren helfen, einer Polarisierung der lokalen politischen Kultur auch bei kritischen Themen entgegenzuwirken.

Städte und Regionen in Deutschland entwickeln sich trotz zahlreicher Förderprogramme zunehmend unterschiedlich: wenigen prosperierenden Zentren steht eine wachsende Zahl sogenannter peripherisierter Räume gegenüber. Letztere stehen häufig vor schwierigen wirtschaftlichen Herausforderungen und sind von selektiver Abwanderung, verbunden mit Überalterung, sowie von Infrastrukturabbau

Lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten unter den Bedingungen von Peripherisierung

Autorenschaft: Franziska Görmer, Martin Graffenberger, Stefan Haunstein, Thilo Lang
Nr. 18, Dezember 2020



und Funktionsverlusten in der Daseinsvorsorge betroffen. Dieses soziodemografische und ökonomische Auseinanderdriften von Regionen und Städten ist in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus von Wissenschaft und Öffentlichkeit gerückt. Das Forschungsprojekt hat Prozesse lokaler Demokratie in Klein- und Mittelstädten untersucht sowie Governance- und Beteiligungsstrukturen analysiert, die diese Prozesse ermöglichen oder auch einschränken. Im Ergebnis fasst die Studie fünf zentrale Spannungsfelder als Herausforderungen für die lokale Demokratie zusammen und gibt Handlungsempfehlungen für lokale und überörtliche Akteure.

vhw-Schriftenreihen im Internet unter:
<https://www.vhw.de/publikationen/vhw-schriftenreihe/>

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit

6.4 Vorträge und Veröffentlichungen, Kooperationen

Im Berichtszeitraum beteiligten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des vhw-Forschungsbereichs an externen Veranstaltungen bspw. mit Vorträgen oder wissenschaftlichen Inputs und veröffentlichten über die vhw-Eigenpublikationen hinaus Aufsätze in externen Buchpublikationen und Zeitschriften.

Datum und Ort	Thema	Veranstalter	Inputgeber
15. Juni 2021, online	Online-Vortrag im Seminar „Neighborhood diversity and social networks“ der HU Berlin	Humboldt-Universität zu Berlin	Dr.in Anna Becker
14. Juni 2021, online	Berlin vermietet fair: Diskussion zum neuen Leitbild gegen Diskriminierung im Kontext wohnungspolitischer Herausforderungen	Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt Fair mieten – fair wohnen	Prof. Dr. Jürgen Aring
11. Juni 2021, online	Kohäsion: Alltagsdemokratie in Quartier und Nachbarschaft. Einführung in die Thematik	Workshop im Rahmen des vhw-Kongresses „Lokale Demokratie: Gemeinsam Stadt gestalten“	PD Dr. Olaf Schnur
11. Juni 2021, online	Lokale Demokratie in Quartier und Nachbarschaft: Die Rolle von analogen und digitalen Begegnungen in öffentlichen Räumen	Workshop im Rahmen des vhw-Kongresses „Lokale Demokratie: Gemeinsam Stadt gestalten“	Dr.in Anna Becker, Dr. Lars Wiesemann
28. Mai 2021, online	Symposium „Klein(e) Stadt ganz groß“	HochschulCampus KleinstadtForschung	Christian Höcke
17. Mai 2021, online	Inklusive Bürgerbeteiligung in integrierten Stadtentwicklungs-Prozessen II	Stadt Herrenberg	Dr. Thomas Kuder
11. Mai 2021, online	Auftaktveranstaltung „Marburger Milieustudie“	Stadt Marburg	Bernd Hallenberg
11. Mai 2021, online	Neue Partnerschaften für Quartiere der Zukunft: Digitalisierung und Bürgerbeteiligung	Tag der Städtebauförderung 2021	Dr. Thomas Kuder
6. Mai 2021, online	Hybride Bürgerbeteiligung	Jahrestagung der Allianz Vielfältige Demokratie	Dr. Thomas Kuder
4. Mai 2021, online	Wie stärken Kleinstädte ihre Resilienz? Session beim 14. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik	NSP	Dr. Thomas Kuder
4. Mai 2021, Berlin	Stadtmacher Akademie, Session beim 14. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik	vhw auf Einladung NSP	Sebastian Beck

Transferformate

Datum und Ort	Thema	Veranstalter	Inputgeber
3. Mai 2021, online	Im Rampenlicht: „Preis Soziale Stadt 2000-2019“ auf dem 14. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik	BMI und BBSR	Dr. Frank Jost
3. Mai 2021, online	Inklusive Bürgerbeteiligung in integrierten Stadtentwicklungs-Prozessen I	Stadt Herrenberg	Dr. Thomas Kuder
29. April 2021, online	Wie finden wir zueinander? – Wege zu solidarischer Nachbarschaft und starker lokaler Ökonomie	Behörden Spiegel	Sebastian Beck
9. März 2021, online	Milieuorientierte Bürgerbefragung zum Community Center Eidelstedt, Hamburg	Bezirksamt Eimsbüttel, AK Community Center Eidelstedt, Hamburg	Dr. Thomas Kuder
9. Februar 2021, online	Clubhouse: Rechtspopulismus vor Ort: Verstehen und Handeln. Vortrag und Diskussion mit Marcel Lewandowsky und Sophie Koch	Clubhouse	Dr.in Anna Becker
15. Januar 2021, online	Soziale Resilienz Sozialraum Quartiersebene: Konzeptionelle Überlegungen.	BMI, Beirat „Memorandum Resiliente Städte“.	PD Dr. Olaf Schnur
7. Januar 2021, online	Zukunft der Raumplanung	ARL Akademie für Raumentwicklung in der Leibnitz-Gemeinschaft, AK Zukunft der Planung	Prof. Dr. Jürgen Aring
20. November 2020, online	Methoden und Instrumente einer inklusiven, breiten Bürgerbeteiligung	Arbeitskreis Breite Beteiligung	Dr. Thomas Kuder
16. November 2020, online	„Quartiere neu denken“, Vortrag mit Simone Tappert: Nachbarschaften als hybride Alltagsräume – Herausforderungen und Möglichkeiten für die Praxis	Online-Tagung des vhw in Kooperation mit dem AKQF im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Ausstellung „Living the City“, Flughafen Tempelhof, Berlin	Dr.in Anna Becker
16. November 2020, online	Quartiere neu denken – eine Einführung	Online-Tagung des vhw in Kooperation mit dem AKQF im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Ausstellung „Living the City“, Flughafen Tempelhof, Berlin	PD Dr. Olaf Schnur
15. Oktober 2020, online	Milieubasierte Bürgerbeteiligung in der integrierten Stadtentwicklung	Demokratie leben, AK Herrenberg	Dr. Thomas Kuder
10. Oktober 2020, Berlin	Diskussionsrunde „Verkehrswende gemeinsam gestalten“ im Rahmen der 12qm KULTUR Aktion des VCD	VCD	Sebastian Beck

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit

Datum und Ort	Thema	Veranstalter	Inputgeber
6. Oktober 2020, Berlin	Veranstalter des Stadtmacher Jam Genossenschaften & kooperative Governance	Im Rahmenprogramm der Ausstellung „Living the City“ im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik	Sebastian Beck
21. September 2020, Westfälischer Industriecenter Dortmund	Digitale Nachbarschaft? – Lokale Vernetzung als Beitrag zur Nachbarschaftsbildung: Erfahrungen & Folgerungen Abschluss-Workshop des Projekts „Zuhause im Quartier“: „Auf gute Nachbarschaft! Warum das Zusammenleben im Quartiere verstärkte Aufmerksamkeit genießt und wie Genossenschaften Einfluss nehmen (können).“	NetzwerkStadt. Forschung, Beratung, Kommunikation GmbH	Dr.in Anna Becker
16. September 2020, Berlin	Diskussionsbeitrag #FORUMWohnungspolitik im Umspannwerk Ost Umwandlungen und Eigenbedarfskündigungen	Berliner Mietverein	Prof. Dr. Jürgen Aring
15. September 2020, Delmenhorst	Präsentation des vhw-Milieu-Migranten-Survey 2018	3 Ausschüsse der Stadt Delmenhorst: Soziales und Gesundheit, Planen, Bauen und Verkehr sowie Wirtschaft, Finanzen und zentrale Angelegenheiten	Bernd Hallenberg
10. Juli 2020, Essen	Teilhabe und Milieustrukturen im SQSM-Gebiet Vortrag vor Leitern der Fachabteilungen	Stadt Essen	Bernd Hallenberg

Veröffentlichungen in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung

- Aring, J. (2020): **Im Jahr des Schwarzen Schwanes. Statt eines normalen Editorials.** In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 5-2020, S. 225.
- Görmar, F., Höcke, C., Graffenberger, M. und Haunstein, S. (2020): **Zwischen Wunsch und Wirklichkeit lokaler Demokratie. Kooperation und Partizipation in Klein- und Mittelstädten im Kontext von Peripherisierung.** In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 5-2020, S. 259-263.
- Oehler, P., Schnur, O., Becker, A. (2020): **Was meint lokale Demokratie und was trägt Gemeinwesenarbeit dazu bei? Neun Thesen.** In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 5-2020, S. 271-277.
- Riede, M., Becker, A., Alcaide, N. (2020): **Potenziale der Gemeinwesenarbeit zur Stärkung der lokalen Demokratie. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in fünf Quartieren.** In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 5-2020, S. 264-270.

Veröffentlichungen

- Beck, S. und Bruns, L. (2021): **Genossenschaften als Akteurinnen der Stadtentwicklung**, in: vhw (Hg.): Booklet zu Stadtmacher Jam Genossenschaften und kooperative Governance, unter: https://www.stadtmacher-akademie.org/wp-content/uploads/2021/02/210216_Reader-JAM_digitale-Version-komprimiert.pdf
- Görmar, F. und Höcke, C. (2021): **Lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten unter den Bedingungen von Peripherisierung – Ergebnisse einer explorativen Studie**. In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 2/2021 vom 18.02.2021.
- Kersting, N., Jähn, S. (2021): **Soziale Ungleichheit und quartiersbezogene politische Partizipation**. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Band 34 Heft 1.
- Kuder, T. (2021): **„Demokratie 4.0 - Beteiligung und Mitverantwortung im Zeichen der Digitalisierung“**. In: Gemeinsam Berlin (Hrsg.), „Demokratie 4.0 - Beteiligung und Mitverantwortung im Zeichen der Digitalisierung“, unter: <https://gemeinsamberlin.blog/publikation-demokratie-4-0/>

Kooperationen



Memorandum urbane Resilienz:

PD Dr. Olaf Schnur, Bereichsleiter Forschung des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., gehört zu den Expertinnen und Experten, die in den Expertenrat

„Urbane Resilienz“ berufen wurden. Das Gremium wurde im Zuge der Corona-Krise durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eingerichtet und hat zum Ziel, einen Handlungsrahmen und Empfehlungen auszuarbeiten, wie Städte zukunftsfähig gestaltet werden können.



Smart City Beirat Berlin: Im Strategiebeirat der „Smart City Berlin“

sitzen Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Das Gremium begleitet die Strategieentwicklung der Smart City Berlin. Für den Verband ist Dr.in Anna Becker vertreten. Weitere Informationen unter <https://smart-city-berlin.de/beirat>



Der Verband ist Netzwerkpartner des Deutschen Nachbarschaftspreis der nebenan.de Stiftung.



Der Arbeitskreis Quartiersforschung der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG) kooperiert mit der

Denkwerkstatt Quartier des vhw. Aus dieser Kooperation entstehen gemeinsame Veranstaltungen und Publikationen.

Presseberichte

August 2021: **deutschland.de**, Aus Hilfe ist Freundschaft geworden, 27. August 2020: <https://www.deutschland.de/de/topic/leben/gefluechtete-in-deutschland-ehrenamtliches-engagement>

Juni 2021: **Behördenspiegel**, „Stadtmacher“ Wie geht innovative und bürgernahe Stadtplanung?, Malin Jacobson: http://daten.behoerdenspiegel.eu/nl/Behoerden_Spiegel.pdf

April 2021: **Transforming Cities**, Nachhaltige Stadtentwicklung als lokale Gemeinschaftsaufgabe, 1. April 2021: <https://www.transforming-cities.de/nachhaltige-stadtentwicklung-als-lokale-gemeinschaftsaufgabe/>

April 2021: **Interview mit dem Magazin die:gemeinde**, Organ des Gemeindetages Baden-Württemberg über die Ergebnisse des Projekts „BürgerInnen als Freunde? Potenziale von Sozialen Medien in der öffentlichen Verwaltung“, 21. April 2021: <https://www.diegemeinde.de/social-media-fraunhofer>

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit

April 2021: **Interview mit der WAZ** zur Bedeutung von Nachbarschaft während der Pandemie, 24. April 2021: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/07_presse/PDFs/Pressespiegel/PDF_Nachbarschaft_WAZ_24.4.2021.pdf.

Dezember 2020: **Weser Kurier**, Wie Experten die Zukunft des Wohnens sehen, Felix Wendler, 19. Dezember 2020

Dezember 2020: **Süddeutsche Zeitung online**, Benachteiligt, Ingrid Weidner, 8. Dezember 2020: <https://www.sueddeutsche.de/karriere/wohnungssuche-benachteiligt-1.5140889>

August 2020: **Transforming Cities**, Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das urbane Leben, 25. August 2021: <https://www.transforming-cities.de/auswirkungen-der-corona-pandemie-auf-das-urbane-leben/>

Videos und Podcasts

Sebastian Beck bei „**Wie finden wir zueinander? – Wege zu solidarischer Nachbarschaft und starker lokaler Ökonomie**“, Behörden Spiegel, 29. April 2021, online: <https://www.youtube.com/watch?v=60MJBarsers>

Olaf Schnur bei „**Quartiere neu denken**“, online 16. November 2020, „Intro: Was ist ein Quartier“: <https://www.vhw.de/termine/veranstaltungsberichte/tagung-quartiere-neu-denken-2020/>

6.5 Pressearbeit

Im Berichtszeitraum wurden neun Pressemitteilungen aus den Bereichen vhw-Forschung und Verband an unterschiedliche Zielgruppen adressiert, um zu Projekten, Publikationen, Veranstaltungen und Verbandsaktivitäten zu informieren.



Lokale Demokratie – Heimstatt gelebter Verantwortung: Bundespräsident a. D. Joachim Gauck auf dem Kongress

Juni 2021: Digital-Kongress „Gemeinsam Stadt gestalten“: Bundespräsident a. D. Joachim Gauck:

„Ein interessanter Tag für Menschen, die über Demokratie nachdenken.“ Über 250 Interessierte verfolgten am 8. Juni 2021 den Kongress live aus der URANIA. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund statt.



Gemeinsam Stadt gestalten – Digital-Kongress 8. Juni

Juni 2021: Warum wächst eine Unzufriedenheit mit der Demokratie und wie gelingt es, die Stadt der Zukunft gut miteinander zu gestalten? Diesen Fragen geht der vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung in einer Reihe von Veranstaltungen nach.

Auftakt war am 8. Juni 2021 der Digital-Kongress „Gemeinsam Stadt gestalten“ als Live-Stream aus der Berliner URANIA.

Weitere Pressemeldungen

- März 2021: **Modellvorhaben zur Kleinstadtentwicklung gestartet!**
- März 2021: **Nachhaltige Stadtentwicklung als lokale Gemeinschaftsaufgabe**
- März 2021: **Neue Formen der Beteiligung – alte Ungleichheit? Studie zu politischer Beteiligung sozial benachteiligter Menschen**
- Februar 2021: **Demokratische Entwicklung auf Quartiersebene? Studien über Gemeinwesenarbeit und Lokale Demokratie**

- Januar 2021: **Abgehängte Regionen? Studie untersucht lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten**
- Oktober 2020: **Raum für Ideen und Reflexion zum Thema „Quartier“ – Online-Fachtagung**
- August 2020: **„Die Stadtgesellschaft wird in ein Röntgengerät geschoben“ – Auswirkungen der Corona-Pandemie**

Pressemitteilungen im Internet unter:

<https://www.vhw.de/presse/>

für den kommunalen Bauhof gefordert. Transparenz in Bezug auf die Leistungs- und Kostenstrukturen der Bauhöfe erfordert realistische Kalkulationen und ein funktionierendes Controlling. Bei Entscheidungen zu externen Vergaben oder eigenen Arbeitsausführungen sind betriebswirtschaftliche Kennzahlen unerlässlich. Mit der Neuerscheinung erhalten Fach- und Führungskräfte kommunaler Bauhöfe einen Wegweiser für eine sachgerechte Ausgestaltung eines Controllings und einer wirtschaftlichen Betriebsführung.



Aufhebung und Rückforderung von Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) – Ein Handbuch für die tägliche Praxis

Uwe Grund, Werner Zills

3. Auflage, November 2020 – mit CD-ROM mit zahlreichen Mustertexten

Eine wichtige Anwendungshilfe für die Praxis

Die Schrift stellt den speziellen Themenkreis der Aufhebung von Wohngeldbescheiden und der Rückforderung zu Unrecht erbrachter Leistungen anwendernah für die tägliche Arbeit dar. Die 3. Auflage berücksichtigt neue und geänderte Vorschriften durch die Novelle zum 1. Januar 2021. Wichtige Themen wie etwa „Erstattungsansprüche zwischen Sozialleistungsträgern“, „Vorschusszahlungen nach § 42 SGB I im Wohngeldrecht“ und „Verpflichtungserklärungen“ wurden zusätzlich aufgenommen. Zahlreiche Mustertexte für Anschreiben, Anhörungen, Bescheide etc., die als CD-ROM beigelegt sind, erleichtern die praktische Umsetzung in der täglichen Arbeit erheblich.

7 Fachliteratur Fortbildung



Als weiterer Baustein der Wissensvermittlung gibt die vhw-Dienstleistung GmbH anwendungsorientierte Fachliteratur zu zahlreichen kommunal-relevanten Themen heraus. Renommierte Autorenschaften aus Justiz, Verwaltung, Anwaltschaft und Wissenschaft gewährleisten ein Höchstmaß an Kompetenz und Rechtssicherheit. Unsere Publikationen bieten dem

Leser praxismgerechte Arbeitshilfen und Lösungsvorschläge. Eine wertvolle Unterstützung, um die täglichen Aufgaben effizient und rechtssicher zu erledigen.

Neuerscheinungen 2. Halbjahr 2020/1. Halbjahr 2021

Auf- und Ausbau einer Kosten- und Leistungsrechnung im kommunalen Bauhof

Uwe Laib

1. Auflage, Oktober 2020

Praxisorientierte Arbeitshilfe zur Ausgestaltung eines Controllings und einer wirtschaftlichen Betriebsführung

Von den Verwaltungsleitungen, den kommunalpolitischen Gremien und Aufsichtsbehörden werden vermehrt detaillierte Kosten- und Leistungsrechnungen

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit



Wohngeld – Leitfaden 2021 **Die Schwerpunkte der Wohngeldent-** **scheidung**

Ingo Christian Hartmann
12. Auflage, März 2021

Das Standardwerk für die Wohngeldent- **scheidung**

Der bei allen Wohngeldbehörden eingeführte, bewährte Leitfaden zum Wohngeld ist im März 2021 in 12. Auflage erschienen und erläutert das neue Wohngeldrecht umfassend. Auf Basis der neuen Rechtslage durch das Grundrentengesetz und das Wohngeld-CO₂-Bepreisungsentlastungsgesetz behandelt er alle wichtigen Arbeitsvorgänge der Wohngeldpraxis: von der Antragsannahme und Einkommensermittlung über die Bewilligung oder Versagung bis zur Aufhebung des Wohngeldbescheides und zur Erstattung. Eingehend verarbeitet sind das neue Überleitungsrecht, aktuelle Rechtsprechung und die neue Erlasslage. Die klar strukturierten und gut verständlichen Erläuterungen bieten allen mit dem Wohngeld Befassten eine fundierte Orientierung für die tägliche Arbeit.

Weitere Publikationen

Im Erscheinen oder in der Vorbereitung sind insbesondere:

Das Baugesetzbuch **Gesetze und Verordnungen zum Bau- und** **Planungsrecht – Textausgabe / Synopse**

15. Auflage, September 2021

Der sachgerechte Bebauungsplan

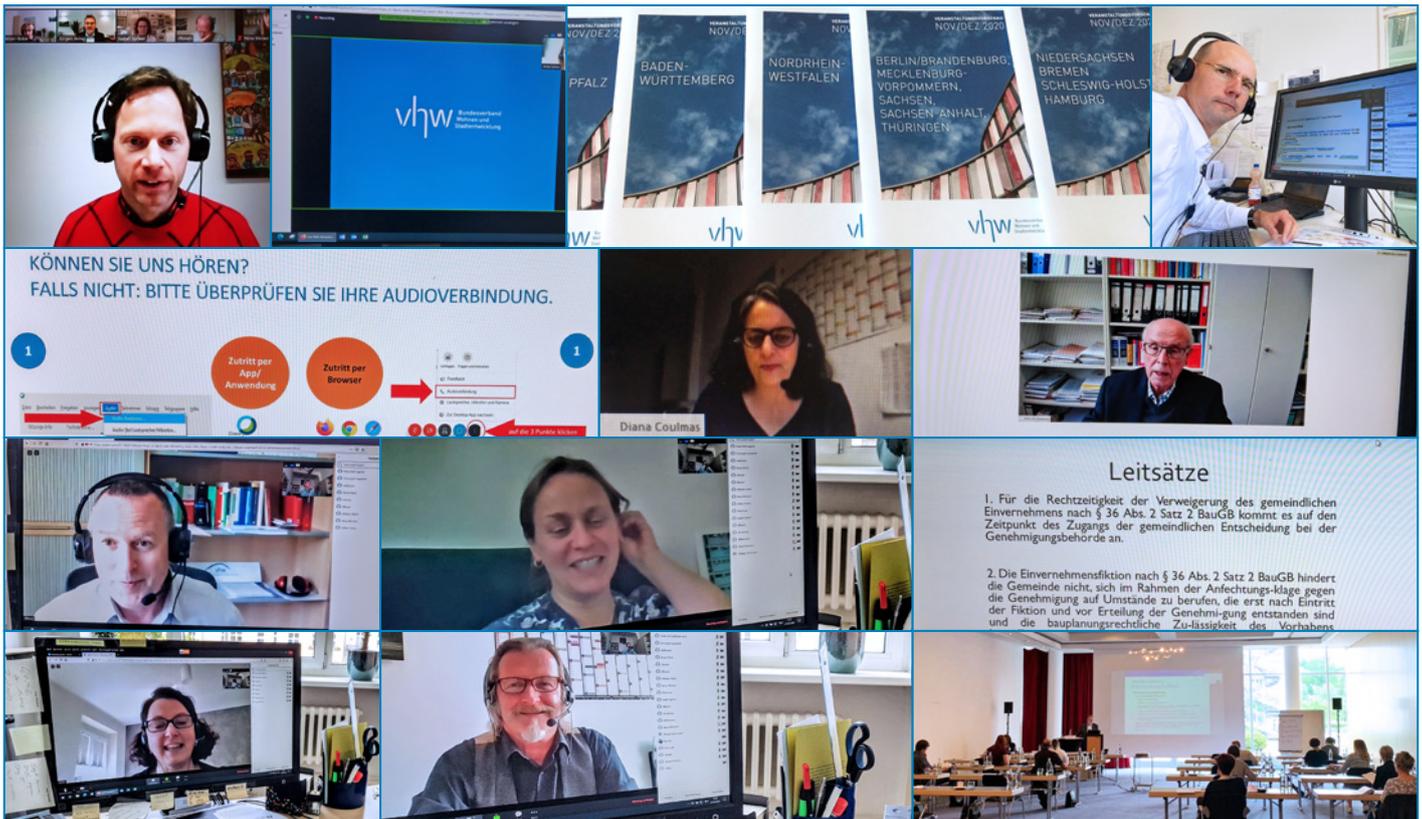
(begründet von Ulrich Kuschnerus †)

Olaf Bishopink, Christoph Külpmann, Jens Wahlhäuser
5. Auflage, September 2021

Das Vorkaufsrecht der Gemeinde nach dem BauGB

Edna Gerold, Gerhard Spieß

1. Auflage, voraussichtlich Ende 2021





8 Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

Was für ein Jahr! Die Corona-Pandemie hat nicht nur die Welt insgesamt, sondern auch die vhw-Fortbildung ordentlich durcheinandergewirbelt. Noch nie war das Fortbildungsgeschäft so schwer wie in diesem Jahr. Noch nie mussten wir so oft umplanen, nachplanen, neu planen. Im Rückblick sind wir stolz darauf, trotz der vielen Einschränkungen unseren Fortbildungsauftrag auch unter den neuen und ständig wechselnden Vorzeichen gut erfüllt zu haben.

Im Sommer 2020 – dem Beginn des Berichtszeitraums – schien es fast so, als sei die Pandemie überwunden. Das machte sich auch im Fortbildungsgeschäft bemerkbar: Die Anzahl eingehender Buchungen für Präsenzseminare lag in den Monaten August, September und Oktober immerhin bei zwei Drittel des Vorjahresniveaus. Eine Frage der Zeit, so die Hoffnung, dann würde sich die Lage weiter entspannen. Uns gelang auf diese Weise die erfolgreiche Durchführung von fast 400 Präsenzveranstaltungen.

Ab Mitte Oktober führte allerdings die heranrollende zweite Welle zu erneuten Rückgängen und verstärkten Stornierungen. Anfang November kam das Seminargeschäft erneut vollständig zum Erliegen. Am 4. November fand die letzte Präsenzveranstaltung des Jahres 2020 statt. Zu diesem Zeitpunkt hatte der vhw alle Seminare bis Ende Januar 2021 bereits storniert.

Im Endeffekt dauerte die Präsenzpause noch wesentlich länger. Über den gesamten Winter und das komplette Frühjahr war angesichts hoher Inzidenzwerte

nicht an eine Rückkehr zu einem normalen Seminarbetrieb zu denken. Erst im Sommer 2021 – zum Ende des Berichtszeitraums also – entspannte sich die Lage erneut. Am 18./19. Juni fand in Dresden das erste Seminar des Jahres 2021 statt – ganze 226 Tage nach der genannten Veranstaltung am 4. November 2020. Bis Ende Juni gelang die Durchführung von weiteren sechs Präsenzseminaren.

Auf Fortbildung mussten unsere Kundinnen und Kunden dennoch nicht verzichten. Bereits im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 hatten wir in Form der Webinare ein digitales Format entworfen, das auch in Zeiten von Kontaktbeschränkungen und Dienstreiseverboten funktioniert. Führten wir im Sommer und Herbst 2020 zunächst nur etwa 20 Webinare pro Monat durch, so stieg deren Zahl mit dem zweiten Lockdown erheblich an: Von November 2020 bis Juni 2021 erreichten wir über 21.000 Fortbildungsinteressierte mit einem Angebot von 852 Webinarern.

Auch zukünftig werden wir ein umfangreiches digitales Fortbildungsangebot vorhalten, denn die Vorteile liegen auf der Hand: Nicht immer ist eine Anreise zu einem Präsenzseminar möglich, gerade bei längeren Reisewegen. Gerade die erhöhte Flexibilität sowie der geringere Organisationsaufwand sind oft genannte Gründe für eine Online-Fortbildung. Neben den bereits fest etablierten Webinarern entwickeln wir aktuell weitere Formate. So gab es bereits erste Flexinare, bei denen eine aktive Teilnahme sowohl vor Ort als auch digital möglich ist – eine Kombination aus Seminar und Webinar also. Auch Lehrgänge aus Seminaren, Webinarern und Selbstlernphasen sind in Planung. Schließlich entwickeln wir aktuell Online-Kurse, die unseren Kundinnen und Kunden ein noch flexibleres Lernen ermöglichen sollen.

8.1 Übersicht zur Entwicklung der vhw-Fortbildung in Zahlen

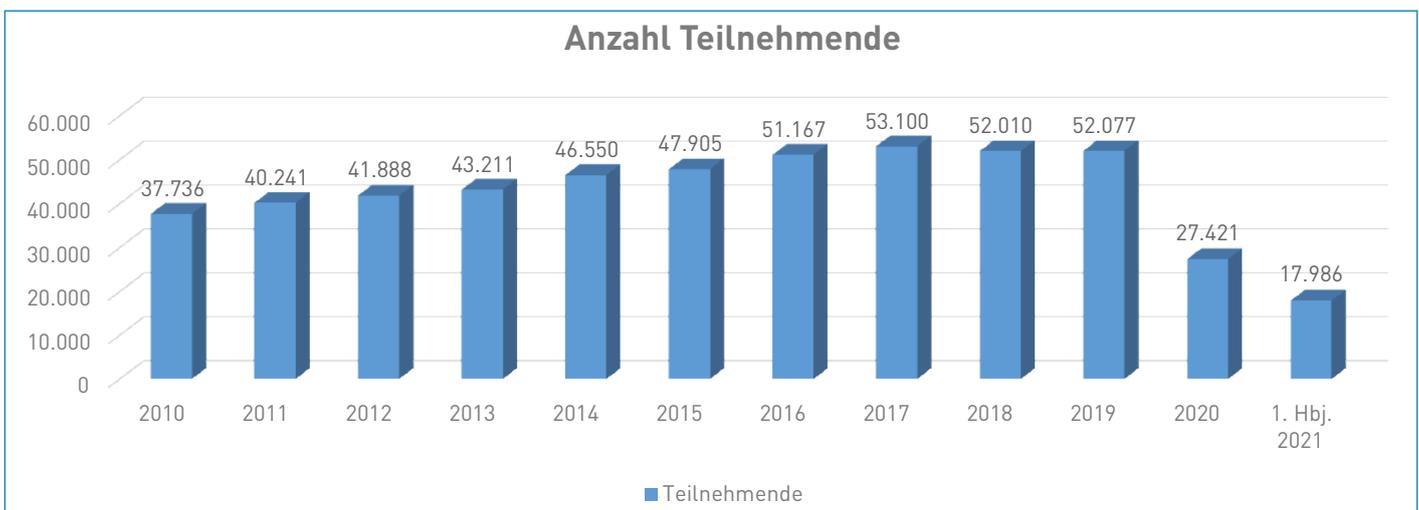
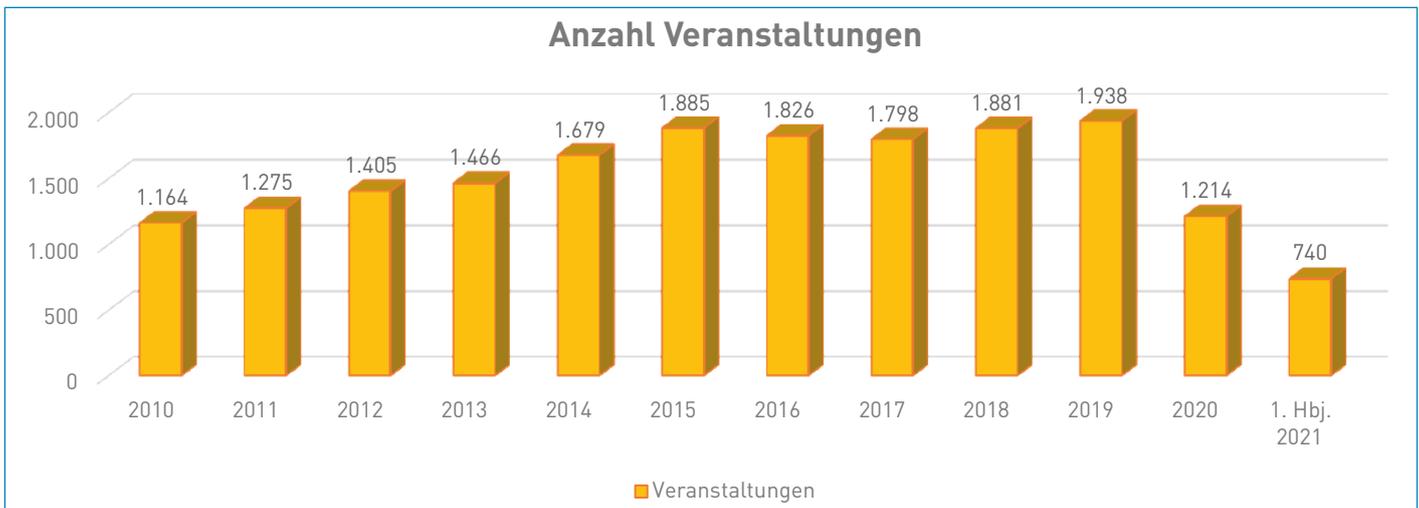


Abb. 23 und 24: Entwicklungen mit Corona-bedingten Einschnitten

Grafiken: vhw e. V.

8.2 Fortbildungsthemen im Überblick

Die teilnahme­stärksten Themen im 1. Halbjahr 2021

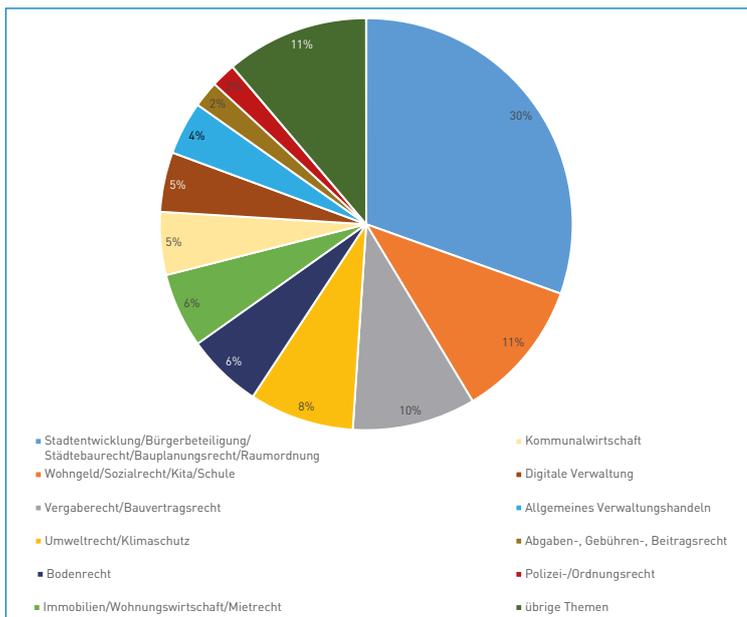


Abb. 25: 16 Themenfelder der vhw-Fortbildung tragen zum Erfolg bei Grafik: vhw e. V.



Abgaben-, Gebühren-, Beitragsrecht

Unsere Veranstaltungen befassen sich zumeist mit der aktuellen Rechtslage der landesspezifischen Kommunalabgabengesetze und den in Landes- und Bundesgesetzen geregelten Vorschriften zur Erhebung von Beiträgen. Aus diesem Grund werden die Veranstaltungen in Verantwortung der regionalen Geschäftsstellen konzipiert. Als Dozierende treten

häufig jeweils im Bundesland zuständige Juristinnen und Juristen als Vertreter der Rechtsanwendung sowie Rechtsprechung auf. Neueste Entwicklungen in diesen Bereichen können so sehr frühzeitig in unserer Fortbildung aufgegriffen werden.

Das Kompetenzfeld verzeichnete im Berichtszeitraum bei 55 durchgeführten Veranstaltungen (darunter 25 Webinare) eine Teilnehmeranzahl von rund 1.230. Aufgrund der Corona-Pandemie mussten 59 Präsenzseminare abgesagt werden, ein Teil davon konnte aber als Online-Variante durchgeführt werden. In dem Themenbereich wird regelmäßig ein besonders breites Spektrum an sehr speziellen, kleinen Seminaren mit Workshop-Charakter angeboten, die aufgrund der regional begrenzten Zielgruppe und der im Moment geringen Fokussierung der Kommunen auf die Abgabenlast der Bürger in diesem Jahr verschoben bzw. gar nicht erst angeboten wurden. Unsere zweitägigen Veranstaltungen, welche als Tagungen mit sonst oft über 100 Teilnehmenden und bis zu 8 Dozenten stattfinden, gelten in den Fachkreisen der jeweiligen Bundesländer als jährliche Leuchtturmveranstaltungen. Sie konnten im Herbst 2020 in Brandenburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit insgesamt 165 Besuchern als Präsenztagungen erfolgreich durchgeführt werden. Für weitere Tagungen in Lüneburg, Dortmund, Weimar, Dessau-Roßlau und Bad Honnef wurde den Interessierten ein Webinar-Angebot gemacht, damit sie sich trotz Absage der Veranstaltung aktuell informieren konnten.

Allgemein gesagt erhalten unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer in all diesen Veranstaltungen das Rüstzeug zur rechtssicheren Abgabenerhebung mit korrekter Satzungsformulierung, Kalkulation, Bescheiderteilung usw. Auch Themen wie Widerspruchsrecht und in diesem Jahr „Die Folgen der Corona-Einschränkungen für die Kalkulation touristischer Abgaben/Beiträge“ wurden speziell für Bearbeiter von kommunalen Abgaben und Entgelten angeboten. Diese Veranstaltungen fanden teils in den

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

einzelnen Bundesländern, teils länderübergreifend an zentral gelegenen Orten statt, da z. B. Grundsätze der Gebührenkalkulation oder die Befassung mit der Kommunalabgabenhaftung grundsätzlich geregelt sind.

Entwicklungen der Fortbildungsveranstaltungen in den Hauptrechtsgebieten

Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht

Die Initiativen zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge in mehreren Bundesländern führten seit 2019 zu diversen Gesetzesänderungen und der Herausgabe verschiedener Verwaltungsverordnungen. Wir boten daher in diesem Jahr insbesondere Seminare und Webinare an, welche diese neuen Gesetze thematisierten und Hinweise zur Umsetzung dieser neuen Rechtslage aufzeigten. Es wurden drängende Fragen geklärt, wie mit der Abrechnung bereits begonnener Ausbaumaßnahmen, bzw. bereits mit Vorauszahlungen belegter Maßnahmen umzugehen ist. Auch die zukünftige Finanzierung des kommunalen Straßenausbaus, die Abrechnungseinheiten (z. B. Pauschale pro km „Gemeindestraße“) und der ggf. zu gewährende Mehrbelastungsausgleich an die Gemeinden wurden in den Seminaren bereits thematisiert und werden wohl erst in den nächsten Jahren endgültig geklärt werden können.

Das Erschließungsbeitragsrecht und auch die Regelungen zu Erschließungsverträgen sind von diesen Entwicklungen weiterhin unberührt. Daher bleibt ein weiterer Fokus unserer Fortbildungen, die Abgrenzung dieser beiden Rechtsgebiete eindeutig klarzustellen, damit die Ansprüche an Anlieger und Erschließungsträger weiterhin derartig geltend gemacht werden.

Abgabenrecht bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Für diese Abgabenart sind zuerst die jährlich stattfindenden zweitägigen Tagungen zu nennen, welche im Berichtszeitraum nur teilweise als Präsenztageungen stattfinden konnten. Die in den Bundesländern unterschiedlich als „Beitrags- und/oder Gebührentage bzw. Abgabentage“ (Screenshot Slider Abgabentage Neumünster auf www.vhw.de/fortbildung) bezeichneten



Veranstaltungen beziehen sich meist schwerpunktmäßig auf das Abgabenrecht für leitungsgebundene Einrichtungen. Themen zur aktuellen Rechtsprechung, zur Kalkulation, zur Bescheiderstellung und zu weiteren fachbezogenen Praxisfragen stehen dort auf den Programmen. Das Angebot, eine solche Tagung einmal als mehrteilige Webinar-Reihe online abzuhalten, hat bei unserem langjährigen Kundenstamm nicht verfangen – der kollegiale Austausch in den Pausen und beim gemeinsamen Abendessen ist wohl doch ein wichtiger (sozialer wie fachlicher) Programmpunkt, den wir in der digitalen Welt noch nicht perfekt umsetzen können. Kompakte Webinare zu einzelnen aktuellen und wichtigen Themen aus dem Portfolio der sonstigen „Beitrags-/Gebührentage“ wurden dafür aber gern angenommen.

Weitere Tagesseminare zu Teilbereichen wie z. B. zu Haus- und Grundstücksanschlüssen, zur Erhebung von Verbandsbeiträgen und zum Anschluss- und Benutzungszwang konnten wir auch in diesem Jahr

den kommunalen Aufgabenträgern der Trinkwasser- und Abwasserentsorgung anbieten.

Weitere kommunale Gebühren, Steuern, Entgelte

Das sonst so ausdifferenzierte Angebot für spezifische Zielgruppen blieb in 2020/2021 begrenzt. Es reichte von Kitafinanzierung, über Kurabgaben, Widerspruchsverfahren in Beitragsangelegenheiten, Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren bis hin zur Grundbesitzabgaben und Kalkulation von Friedhofsgebühren.

Fernlehrgang Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht

Das unter der pädagogischen Leitung von Prof. Dr. Hans-Joachim Driehaus entwickelte Konzept der Fernlehrgänge brachte 2010 das neue Angebot des Ver-

bandes an den Markt. Der Fernlehrgang zum Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht (Titelbild) gehört zu den Angebots-Erstlingen und gewann im Berichtszeitraum 40 Lehrgangsteilnehmende. Das Konzept nutzt bei der Wissensvermittlung jeweils Lehrhefte und Kontrollaufgaben. Am Ende jedes Lehrhefts helfen vier Selbstkontrollaufgaben zu prüfen, ob der Stoff gut verstanden wurde. Eine zusätzliche Aufgabe muss der-

oder diejenige dem vhw zur Bewertung einreichen, sie fließt mit in die Beurteilung ein, ob das vhw-Diplom verliehen werden kann. Über den Zeitraum des Angebots schlossen 260 Personen den Fernlehrgang erfolgreich ab.



Allgemeines Verwaltungshandeln

Soweit die Seminarthematik keinem Sachgebiet des „Besonderen Verwaltungsrecht“ oder einem sonstigen vom vhw speziell herausgestellten Themenbereich unterfällt, sondern es generell um das Tätigwerden der Verwaltungen, um die grundlegenden Rechtsnormen und Verfahrensweisen im Verwaltungsverfahren oder um die im Verwaltungsprozessrecht geregelten Fragen des Rechtsschutzes gegenüber der Verwaltung geht, wird diese Seminarthematik dem „Allgemeinen Verwaltungshandeln“ zugeordnet.

Die konzeptionelle Verantwortung zu den Veranstaltungen dieses Themenbereichs liegt bei den regionalen Geschäftsstellen. Aus der thematischen Vielfalt des Veranstaltungsangebots beispielhaft herausgegriffen und benannt seien hier die Seminare:

- Akteneinsichtsrecht: Der korrekte behördliche Umgang mit Informationsansprüchen
- Der Verwaltungsgerichtsprozess in der Praxis
- Basiswissen Verwaltungsrecht für Quereinsteiger und Wiedereinsteiger
- Expertenseminar für Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung
- Der Bescheid – Erlass, Änderung und Aufhebung
- Der rechtssichere Umgang mit Widersprüchen
- Neue Datenschutzgrundverordnung in der Kommunalpraxis
- Verwaltungsrecht kompakt – Grundlagen für Einsteiger sowie
- Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

Das in 2019 neu aufgenommene Format „Fortbildung zum vhw-zertifizierten Datenschutzbeauftragten in der öffentlichen Verwaltung und Unternehmen in vier Modulen“, welches erfolgreich angelaufen ist, wurde in 2020 sowie 2021 jeweils als Webinar fortgesetzt.

Bundesweit wurden im Berichtszeitraum im Themengebiet „Allgemeines Verwaltungshandeln“ ca. 50 Präsenzseminare bzw. Webinare mit etwa 1.000 Teilnehmenden durchgeführt. Des Weiteren fanden auch einige Inhouse-Seminare zu diesem Themenfeld statt. Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie wurden rund 45 Veranstaltungen nicht durchgeführt. Dennoch fanden ca. 60 Prozent der geplanten Präsenzveranstaltungen in digitaler Form statt und konnten so auch den Kreis der Teilnehmenden erweitern.



Arbeits-, Dienst-, Beamtenrecht

Das Kompetenzfeld Arbeits-, Beamten- und Dienstrecht wurde im Jahre 2014 gegründet und nahm die Seminartätigkeit Anfang 2015 auf. Es wurde ursprünglich von einem und wird seit dem Jahre 2020 von zwei Fortbildungsreferenten des vhw inhaltlich betreut.

Überwiegend wurden einheitliche Veranstaltungen über die Landesgrenzen hinweg angeboten, deren Themen sich in allen Bundesländern gleichermaßen eignen. Zudem wurden digitale Veranstaltungen bundesweit angeboten. Im Kompetenzfeld wurden spezielle Veranstaltungen zum gesamten Personalrecht im öffentlichen Dienst und in öffentlichen Unternehmen konzipiert und durchgeführt. Mitunter waren die Veranstaltungen auch für Beschäftigte und Selbstständige in der freien Wirtschaft geeignet.

Die Gesamtzahl der durchgeführten Veranstaltungen betrug 48. Sie gliedern sich thematisch in: Allgemeines Personalwesen, Arbeits- und Tarifrecht sowie Beamten- und Dienstrecht.

Unter anderem lagen Schwerpunkte auf:

- den Grundlagen zum Tarifvertrag,
- der Personalauswahl und Stellenbesetzung,
- der Eingruppierung, der Höhergruppierung, der Stufenzuordnung und den Stufenlaufzeiten,
- der Beurteilung und Konkurrentenklage,
- dem Arbeitszeitrecht,
- dem Home-Office und Mobile-Working,
- dem Erholungs- und Sonderurlaub,
- dem betrieblichen Eingliederungs-Management,
- den psychischen Belastungen, der krankheitsbedingten Kündigung, der Dienstunfähigkeit von Beamten,
- dem Disziplinarrecht der Beamten sowie
- der Digitalen Personalakte.

Von den durchgeführten Veranstaltungen fanden in der geplanten Präsenzform 8 und nach der frühzeitigen Umwandlung bzw. Nachplanung in Webinarform 40 statt. Zudem betrug die Anzahl der aufgrund der Corona-Pandemie ausgefallenen Veranstaltungen in der geplanten Präsenzform 22 und nach der frühzeitigen Umwandlung in eine Webinarform 3, was trotz der inhaltlichen, organisatorischen und personellen Anstrengungen nicht besser zu machen war.

Im Gesamtergebnis hat sich angesichts der Corona-Pandemie der Trend aus dem letzten Berichtszeitraum positiv entwickelt. Durch die frühzeitige Reaktion des Kompetenzfeld-Teams konnte ein erfreuliches Ergebnis bei der Teilnehmer- und Umsatzzahl erreicht werden. Das Interesse der Teilnehmenden an neuen oder modifizierten Konzepten war erfreulich hoch und bleibt weiterhin vorhanden.



Bodenrecht & Immobilienbewertung

Das Kompetenzfeld hat auch im Berichtszeitraum 2020/2021 wieder hochqualifizierte Weiter- und Fortbildungsveranstaltungen rund um bebaute und unbebaute Flächen, Liegenschaften, landwirtschaftliche Nutzflächen, das Erbbaurecht sowie die Bewertung dieser und der darauf befindlichen Gebäude angeboten.

Im Einzelnen umfasst das Angebot ein breit gefächertes Spektrum grundlegender und spezialisierter Fortbildungsangebote zu folgenden Themenbereichen:

- Das Erbbaurecht
- Landpachtverträge, Pachtpreise, landwirtschaftlicher Grundstücksverkehr, Flurbereinigung
- Grundbuch und Grundstücks-/Immobilienverkauf, Verkauf öffentlicher Immobilien, Beschaffung von Grundstücken für gemeindliche Vorhaben
- Ausgleichsbeträge in Sanierungsgebieten
- Verfahren und Instrumente der Wertermittlung bei unterschiedlichen Wertermittlungsanlässen wie beispielweise statistische Methoden, Bau-schäden und -mängel, Bodenrichtwerte und Liegenschaftszinssätze
- Bodenordnungs- und Baulandentwicklungsverfahren
- Leitungs- und Wegerechte
- Vorzeitige Besitzeinweisung, Enteignung und Entschädigung
- Bundeskleingartengesetz

Corona-bedingt lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr auf Online-Seminaren und kaum auf Präsenz-

veranstaltungen. Analog zum Präsenzbetrieb wurden jedoch auch digital Grundlagen-, Vertiefungs- und Spezial-Webinare angeboten, die auf den jeweiligen Kenntnisstand der Teilnehmenden ausgerichtet waren. Rechtliches und umfangreiches praktisches Know-how unter Berücksichtigung der aktuellen Fragen und Entwicklungen sowie pragmatischer Lösungen und taktischer Herangehensweisen wurden online vermittelt. Dabei wurde eine sich bereits in 2020 abzeichnende Entwicklung in 2021 deutlich ausgebaut.

Digitale Weiterbildungsformate werden auch in Zukunft stärker in den Fokus des Portfolios rücken und die aus den Präsenzveranstaltungen bekannten Themenkreise bedienen. Online-Angebote werden die Präsenzseminare in Zukunft nicht ersetzen, sondern erweitern. Wegen entfallender An- und Abreisen bieten sich bei unseren digitalen Weiterbildungsangeboten verschiedene Formate sehr flexibel an. So gibt es ein größeres Angebot an halbtägigen wie auch mehrtägigen Webinaren. Auch Spezialthemen mit einem von vornherein eingeschränkten Adressatenkreis lassen sich digital – wegen der bundesweit möglichen Auslobung – leichter realisieren.

Die Weiterbildungsveranstaltungen rund um die Themenbereiche Erbbaurecht, Grundbuch und Grundstücks-/Immobilienverkauf stellen nach wie vor einen der wichtigsten Schwerpunkte im Veranstaltungsportfolio dar. Neben diversen Grundlagenseminaren wurden auch verschiedene Vertiefungsseminare angeboten.

In der Immobilienwertermittlung hat sich der vhw im Zeitraum 2020/2021 – wie auch in den Vorjahren – vor allem auf Grundlagen-, Spezial- und Vertiefungsseminare zur Grundstücksbewertung konzentriert. Im Bereich der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) ist Ende Juni 2021 die Novellierung des Wertermittlungsrechts beschlossen worden (Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/fortbildung). Die bisherige Immobilienwertermittlungsverordnung von 2010 und die verschiedenen Richtlinien (Bodenrichtwert-

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung



Digitale Verwaltung

Ende des Jahres 2018 wurde das Kompetenzfeld Digitale Verwaltung im Fortbildungsbereich des vhw neu gegründet. Der vhw sieht die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung als eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre an. Mit dem Aufbau des Moduls wurden geeignete Strukturen geschaffen, um systematisch ein umfassendes und hochwertiges Angebot an Fortbildungen aufzubauen.

Im Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2021 konnten bundesweit insgesamt 52 Veranstaltungen, davon 45 Webinare, zu folgenden Themenbereichen durchgeführt werden:

- Einführung der E-Akte und E-Rechnung in der Kommunalverwaltung
- Digitalisierung von Verwaltungsprozessen
- Digitale Bürgerkommunikation
- Elektronischer Rechtsverkehr
- Umsetzung des OZG in kommunalen Gebietskörperschaften
- Führung in der digitalen Verwaltung
- XPlanung: Neue Standards des digitalen Datenaustauschs in der räumlichen Planung
- Stadt-, Regional- und Umweltplanung im digitalen Wandel
- QGIS-Geodaten der Stadt- und Umweltplanung

Im Berichtszeitraum fanden erstmals die beiden teilnehmerbegrenzten, mehrtägigen Zertifizierungslehrgänge „Fortbildung zur/zum Digitalisierungsbeauftragten in der öffentlichen Verwaltung“ (Screenshot Titel) und „Chief Digital Officer (CDO) in der öffentli-

The screenshot shows the vhw website with a navigation menu (HOME, WIR ÜBER UNS, FORTBILDUNG, FORSCHUNG, PUBLIKATIONEN, TERMINE, PRESSE, KONTAKT) and a search bar. The main content area features two news items:

- NOVELLIERUNG DES WERTERMITTLUNGSRECHTS: BUNDES-RAT STIMMT IMMO-WERTV 2021 ZU** (June 2021). Text: "Der Bundesrat hat am 25. Juni 2021 der Novellierung der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV 2021) mit leichten Änderungen des vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurfs zugestimmt (BR Drs. 407/21, Beschluss). Die ImmoWertV 2021 soll am 1. Januar 2022 in Kraft treten. Gerne weitere Informationen: Bundesrat, Gesetzgebungsministerium, Stand 25. Juni 2021. Weitere Informationen: Bundesministerium des Innern, für Familie und Heimat (IMI), Informationsseite zum Gesetzgebungsprozess. Häufig nachgefragt: Fragen und Antworten des BMJ zur Novellierung des Wertermittlungsrechts." A small image of a house is also visible.
- Bundeskabinett beschließt ImmoWertV** (May 2021). Text: "Das Bundeskabinett hat die ImmoWertV 2021 am 12. Mai 2021 beschlossen (Gesetzesentwurf, Stand 12.05.2021). Sie bedarf nach Artikel 80 Absatz 2 des Grundgesetzes und § 179 Absatz 1 BauGB noch der Zustimmung des Bundesrats. Die Beschlussfassung des Bundesrats ist für den 25. Juni 2021 vorgesehen. Quelle: Bundesministerium des Innern, für Familie und Heimat." A small image of a document is also visible.

richtlinie, Sachwertrichtlinie, Vergleichswertrichtlinie, Ertragswertrichtlinie, Wertermittlungsrichtlinien 2006) werden durch eine vollständig überarbeitete Immobilienwertermittlungsverordnung und ergänzende Anwendungshinweise abgelöst. Künftig gibt es nur noch zwei Regelwerke. Die wesentlichen Grundsätze sämtlicher bisheriger Richtlinien werden in eine vollständig überarbeitete Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV 2021) in anwenderfreundlicher Form integriert und verbindlich werden. Für weitergehende Hinweise, die keinen Regelungscharakter haben, aber zum Verständnis beitragen, sollen Muster-Anwendungshinweise zur ImmoWertV (ImmoWertA) beschlossen werden.

Am 12. Mai 2021 wurde der Referentenentwurf zur Verordnung über die Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Immobilien und der für die Wertermittlung erforderlichen Daten im Bundeskabinett beschlossen. Am 25. Juni 2021 wurde die ImmoWertV 2021 im Bundesrat verabschiedet. Sie soll am 1. Juni 2022 in Kraft treten.

Diese Novelle wird der vhw in seinen Fortbildungsangeboten umfassend berücksichtigen und hat bereits im Geschäftsjahr 2020/2021 die ersten Online-Veranstaltungen dazu angeboten.



chen Verwaltung: Workshop für kommunale Führungskräfte“ statt. In den sehr fokussierten Online-Einheiten vermittelten ausgewählte Dozentinnen und Dozenten Fach- und Methodenwissen sowie relevantes Schnittstellenwissen. Beide Webinar-Reihen waren ausgebucht.

Als weitere Leuchtturmveranstaltung fand im April 2021

der „1. vhw-Digitaltag: Aktuelle Rechtsprechung zum elektronischen Rechtsverkehr und zur elektronischen Akte“ statt (Screenshot Slider zur Terminankündigung auf www.vhw.de/fortbildung). Diese Veranstaltung war in kurzer Zeit mit 76 Personen ausgebucht und soll im Jahr 2022 wieder angeboten werden. Somit ist es gelungen, den erfolgreichen Start des Moduls fortzuführen, eine Vielzahl neuer Dozentinnen und Dozenten zu gewinnen und das Portfolio weiter auszudifferenzieren. Aufgrund der hohen Themenrelevanz soll das Programm perspektivisch weiter ausgebaut werden.



Immobilienrecht, -management, -förderung

Im zurückliegenden Berichtszeitraum haben wir Corona-bedingt 166 Präsenzveranstaltungen des Tätigkeitsfelds Immobilienrecht, -management, -förderung stornieren müssen. Ein großer Teil konnte durch Umwandlung in Webinare jedoch durchgeführt werden. Insgesamt konnten so 142 Veranstaltungen, nebst weiterer Inhouse-Schulungen, stattfinden, in denen sich über 2.800 Teilnehmende zu den Fragen von Mietrecht, Public Real Estate Management, Wohnungswirtschaft und Wohnungseigentumsrecht fortbilden konnten. Damit haben wir ein ähnlich teilnehmerstarkes Ergebnis wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres erreichen können.

Themenfeld Mietrecht

Innerhalb dieses wiederum thematisch breitgefächerten Feldes richtet der vhw einen besonderen Fokus auf das Mietrecht selbst. Daneben widmete sich das Kompetenzfeld mit seinen Fortbildungsveranstaltungen auch dem gewerblichen Mietrecht und mietrechtlichen Randthemen.

Im zurückliegenden Berichtszeitraum ist es dem vhw gelungen, einen großen Teilnehmerkreis aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mieterverwaltungen in Wohnungsunternehmen und Wohnungsverwaltungen, aus kommunalen Wohnungs-, Rechts- und Liegenschaftsämtern, Mieter- und Grundstückseigentümervereinen sowie aus Rechtsanwälten und sonstigen am Mietrecht Interessierten durch ein breites Seminarangebot zu erreichen. Pandemiebedingt konnten auch in diesem Themenfeld zahlreiche Seminare nicht stattfinden; jedoch wurden sie in großem Umfang in Webinare umgewandelt. Insgesamt fanden so über 900 Teilneh-

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

mende in die 43 Mietrechtsveranstaltungen, wovon 28 als Webinare durchgeführt wurden.

In den durchgeführten Veranstaltungen wurden neben klassischen mietrechtlichen Themen auch regelmäßig in der Praxis auftretende Problemkonstellationen und damit einhergehende mietrechtliche Schnittmengenprobleme dargestellt und erörtert. Zudem wurden die sich aus der Pandemie heraus ergebenden mietrechtlich relevanten Umstände in den Fokus gerückt und im Fortbildungsangebot berücksichtigt.



Auf breites Interesse stieß auch in diesem Jahr die gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund veranstaltete Traditionsveranstaltung „Weimarer Immobilienrechtstage“ (Screenshot Slider zur Veranstaltung auf www.vhw.de/fortbildung), die pandemiebedingt erstmals online durchgeführt wurde. Fortgeführt wurden zudem auch die jährlich platzierten Rechtsprechungsseminare im Bereich Wohnraummietrecht. Dr. Dietrich Beyer stellte die besonders relevanten Entscheidungen des für Wohnraummietrecht zuständigen XIII. Zivilsenats des Bundesgerichtshofes vor.

Link im vhw-Internet:

<https://www.vhw.de/bgh-kommentierungen-von-dr-beyer-2021/>

Public Real Estate Management (PREM)

Den Schwerpunkt im Fortbildungsbereich PREM (Public Real Estate Management) bildet die Seminarreihe „Kommunale Immobilien“ mit dem Fokus auf das kommunale Gebäude- und Immobilienmanagement in strategischer und operativer Hinsicht. Ins-

gesamt konnten für diese Zielgruppe auf Kommunal- und Kreisebene im Geschäftsjahr 22 Seminare mit 290 Teilnehmenden und 50 Webinare mit 934 Interessierten durchgeführt werden. Im Vorjahreszeitraum, der durch den Wegfall der Seminare im Frühjahr 2020 gekennzeichnet war, ergibt sich mit 1.264 Teilnehmenden ein annähernd gleiches Ergebnis hinsichtlich der Teilnehmerzahlen, das allerdings mit 43 Veranstaltungen in Form von Seminaren erzielt wurde.

Die besondere Situation beeinflusste die Planung in den einzelnen Themenfeldern erheblich – z. B. bei der Terminierung. So bewirkte eine bundeseinheitliche Bewerbung der Webinare eine inhaltliche Straffung und zugleich eine intensivere Themenentwicklung. Beliebte Veranstaltungen wie das Seminar zum Thema „Neue pädagogische Schulbaukonzepte“ konnten nur noch in der Region Nord als Seminar angeboten werden. In Nordrhein-Westfalen wurde die Veranstaltung nach zwei Corona-bedingten Absagen nur noch als Webinar mit der hälftigen Teilnehmerzahl durchgeführt. Auch die Seminare zum Thema „Projektmanagement und -steuerung nach AHO Nr. 9 bei kommunalen Bauprozessen – in Eigenregie oder Fremdvergabe“ wurden im Berichtszeitraum nur als Webinar angeboten.

Im Bereich der Betreiberverantwortung platzierten wir das bewährte Thema der „Rechtsgrundlagen und Handlungsempfehlungen – unter besonderer Berücksichtigung der Schulen“ in reduzierter Anzahl. Die Zusammenarbeit mit dem Verband kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e. V. (VKIG) konnte mit einem Online-Termin zur konkreten Umsetzung der Betreiberverantwortung in der kommunalen Praxis erfolgreich fortgeführt werden.

Mit Ausnahme der „Hausmeister-Seminare“ konnten im Bereich des technischen und infrastrukturellen Gebäudemanagements die einschlägigen Themen:

- Reinigung,
- TrinkwV,

- Wartungsverträge,
 - Richtlinien Gebäudemanagement
- als Online-Veranstaltungen fortgeführt werden.

Aufgrund der Corona-bedingten Situation hat das Thema der Reinigung in öffentlichen Gebäuden im Berichtszeitraum eine zusätzliche Nachfrage erfahren.

The screenshot shows the vhw website's news section. The main headline is 'NEUE BUNDESFÖRDERUNG FÜR EFFIZIENTE GEBÄUDE (BEG) TRITT 1. JULI 2021 IN KRAFT!'. Below the headline, there is a date 'Juni 2021' and a small image of colorful balloons. The text describes the expansion of the BEG program to include energy efficiency measures in the building sector. A 'WEBCAST ZUM THEMA' section on the right lists two events: '1. Perspektiven der Passivhaus-Baumuster für Kommunen' and '2. Webinar Immobilienrechtstage 2021'.

Als neue Themen waren das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und zur Jahresmitte 2021 die „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ (BEG) von besonderem Interesse [Screenshot Nachricht auf www.vhw.de/fortbildung]. Während mit dem Gebäudeenergiegesetz bewusst keine erhöhten energetischen Standards geschaffen wurden, soll durch die neue Bundesförderung mit erhöhten Fördersätzen und zusätzlichen Fördermaßnahmen eine entsprechende Anreizwirkung zum energieeffizienten Bauen im Wohn- und Nichtwohnbereich ausgelöst werden.

Wohnungswirtschaft, Wohnraumförderung und Wohnungseigentumsrecht

Die Fortbildungsmaßnahmen in diesen Themenbereichen sind auf die sich durch die föderale Struktur der Bundesrepublik ergebenden landesspezifischen Erfordernisse ebenso ausgerichtet wie auf bundesweite Themen. Dies wird dadurch gewährleistet, dass die Bearbeitung der Themen in den Händen der regionalen Geschäftsstellen des vhw liegt, welche den engen Kontakt zu Politik, Ministerien, Gerichten, Verwaltung und Fachinstitutionen pflegen. In den drei Themenfeldern fanden im Berichtszeitraum insgesamt 27 Veranstaltungen statt, davon 19 Webinare. Im Bereich Wohnraumförderungen konnten sich die Teilnehmenden über die aktuellen Regelungen in zwei Webinaren informieren. In den angebotenen Veranstaltungen im Bereich Wohnungswirtschaft wurden neben klassischen Themen wie „Betriebverantwortung und Verkehrssicherungspflichten für Wohnungs- und Immobilienunternehmen“ und „Bautechnische Grundlagen für kaufmännische Mitarbeiter und Nichttechniker“ auch innovative Themen wie „Building Information Modeling“ und „Digitalisierung für die Immobilienverwaltung“ beleuchtet. Im Bereich Wohnungseigentumsrecht fanden Seminare und Webinare u. a. zur WEG-Reform und Elektromobilität in der WEG statt. Die Fachtagung „Wohnungseigentum in der Verwalterpraxis“ wurde Corona-bedingt erstmalig erfolgreich als Webinar durchgeführt.



Kinderbetreuung & Schulwesen

Unsere Veranstaltungen konzentrieren sich überwiegend auf die rechtlichen Bedingungen, in denen Erziehende und Lehrkräfte, Leitungen und

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

Träger, aber auch Akteure der jeweiligen Sekretariate ihrem pädagogischen Förderauftrag zur Entwicklung des Kindes und/oder ihren verwalterischen Tätigkeiten nachgehen.

Bei uns finden Sie passende Seminare und Webinare zu Schule, KiTa und Kindertagespflege:

- Bedarfsgerechte Schulentwicklungsplanung
- Crashkurs Schulrecht
- Rechtsfragen im Schulsekretariat
- KiTa-Recht
- Datenschutz
- Rechtssicher handeln bei Kindeswohlgefährdungen
- Kindertagespflegeerlaubnis
- Gelingende Zusammenarbeit von Leitungen und Trägern

Die Veranstaltungen vermitteln in erster Linie rechtliche Sicherheit anhand konkreter Praxisbeispiele, die für den Berufsalltag relevant sind.

Der vhw legt auch hier Wert darauf, dass es sich bei den Dozierenden um fachlich versierte Praktikerinnen und Praktiker handelt, die mit einer Hands-on-Mentalität aktuelle Herausforderungen mit Ausblick auf zukünftige Entwicklungen lösbar darstellen.



Kommunalwirtschaft

Das Kompetenzfeld Kommunalwirtschaft hat sich seit 2014 stetig weiterentwickelt. Die verschiedenen Veranstaltungsformate umfassen nun neben den klassischen ein- und zweitägigen Seminarveranstaltungen auch Workshops, neue Fortbildungsan-

gebote mit je acht Tagesveranstaltungen zur „Fachkraft“ in verschiedenen Bereichen der kommunalen Wirtschaftstätigkeit sowie speziell für die Zielgruppe „Bauhof“ einen sechstägigen Fortbildungslehrgang zur Leitungskraft (nachfolgend) und eine neunteilige Webinar-Reihe speziell zur Kostenrechnung und Haushaltsplanung. Schon ab Mai 2020 wurden digitale Lernformate angeboten, welche so gut angenommen wurden, dass wir diese auch kontinuierlich im Sommer und Herbst 2020 ausgebaut haben. Ende 2020 wurden dann auch die restlichen geplanten Seminare auf Webinare umgestellt. Einige Präsenzveranstaltungen mit eher lokaler Bedeutung wurden langfristig verschoben, bei allen anderen konnten wir aber dem Fortbildungswunsch mit Webinaren entsprechen. Durch die bundesweite Teilnahmemöglichkeit konnten wir hier auch guten Zuspruch generieren.

A screenshot of the vhw website. The header includes the vhw logo and navigation links: HOME, WIR ÜBER UNS, FORTBILDUNG, FORSCHUNG, PUBLIKATIONEN, TERMINE, PRESSE, KONTAKT. The main content area features a news article titled "FÖRDERPROGRAMM FÜR LÖSCHWASSERTEICHE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN AUFGELEGT" dated April 2021. The article text discusses a funding program for fire water reservoirs in Mecklenburg-Vorpommern, mentioning that 26 municipalities have been selected for funding. A "TERMINTIPP" box on the right highlights a training course: "1. Fortbildung zur Fachkraft Sachbearbeitung im Feuerwehressen und Katastrophenschutz in der öffentlichen Verwaltung (NS210218)" with dates from 14.09.2021 to 15.10.2021 in Bremen.

Im Berichtszeitraum wurden 99 Veranstaltungen (Screenshot Nachricht mit Termintipp auf www.vhw.de/fortbildung) mit 1.509 Teilnehmenden und fünf mehrtägige Fortbildungslehrgänge mit insgesamt 76 Teilnehmenden durchgeführt. Damit fanden 87 Prozent aller Termine als Webinare statt.

Die Veranstaltungen konzipierten wir in drei Teilfeldern: Wirtschaftsbetätigung, Haushalt und Doppik sowie Finanzen und Steuern.

Im Bereich **Wirtschaftsbetätigung**, der Seminare

- zu Organisations- und Rechtsformen (u. a. zum Eigenbetrieb, zur Anstalt des öffentlichen Rechts, zum Zweckverband, zu Stiftungen),
- zu Beteiligungen und Organen (u. a. zum Geschäftsführer und zum Verwaltungs- und Aufsichtsrat),
- zur Betriebsführung und Prozesssteuerung (u. a. zum Bauhofbetrieb, Bäderbetrieb),
- zur interkommunalen Zusammenarbeit und effizienten Organisation sowie
- zur Infrastruktur (u. a. zum Breitbandausbau, zur strukturelle Quartiersentwicklung, zu Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserkonzessionen)

beinhaltete, wurden nur eine geringere Anzahl von Seminaren und kaum Webinare durchgeführt, da der Bildungsbedarf der Kommunen in diesen Krisenzeiten sich eher nicht auf strukturelle Veränderungen in der Verwaltung bezog.

Allerdings konnte der Lehrgang „Fortbildung zur Leitungskraft im kommunalen Bauhof“, der auch diesem Themenbereich zuzuordnen ist, sehr erfolgreich als Präsenzveranstaltung mit passendem Hygienekonzept umgesetzt werden.

In **Haushalt und Doppik** wurden fast alle geplanten Präsenzseminare in Webinare umgewandelt. Somit konnten Fortbildungen in den Themenbereichen Haushaltsplanung und Haushaltsvollzug, Kosten- und Leistungsrechnung, Investitions- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen sowie Bilanzierung und Bewertung angeboten werden. Neu aufgenommen wurden unter anderem die Themenbereiche Fördermittel- und Beteiligungscontrolling.

Erstmals haben wir die Ausbildungsformate „Fachkraft für Anlagenbuchhaltung im kommunalen Rechnungswesen Baden-Württemberg“ und „Fachkraft für Kostenrechnung, Controlling und Berichtswesen“ in Form von Webinar-Reihen erfolgreich durchgeführt.

Aufgrund dieser guten Erfahrungen planen wir in den Themenbereichen, wo es keine länderspezifischen Besonderheiten zu beachten gibt, unser Webinar-Angebot auszubauen.

In **Finanzen und Steuern** wurden wieder besonders die Fortbildungen zum kommunalen Steuerrecht nachgefragt, denn zur Umstellung der Kommunen und Einrichtungsträger bezüglich ihrer Unternehmereigenschaft und damit ihrer zukünftigen Steuerpflichtigkeit gibt es weiter hohen Fortbildungsbedarf. Auch der gleichzeitige Aufbau eines Tax-Compliance-Systems in den kommunalen Verwaltungen ist eine Forderung der Finanzbehörden, der sich die Kommunen zukünftig stellen müssen. Hierzu fanden wieder Seminare und Webinare mit Workshop-Charakter statt. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Veranstaltungen zum europäischen Beihilferecht und zum Zuwendungsrecht, wobei die Teilnehmenden entsprechend ihrem Vorwissen entweder die Grundlagen und Anwendungsbeispiele oder auch die neuesten Entwicklungen, welche sich durch veränderte Rahmenbedingungen in der Corona-Pandemie ergaben, kompakt kennenlernten.

Im Gesamtergebnis hat sich der positive Trend aus den letzten Jahren fortgesetzt. Die Einführung der Online-Angebote, welche ab Ende Mai parallel zu den Präsenzveranstaltungen stattfanden und dann ab der zweiten Schließung des Präsenzveranstaltungsbetriebs nahezu das gesamte Angebot abdecken konnten, sicherte auch in diesem Berichtszeitraum ein erfreuliches Ergebnis der Teilnehmer- und Umsatzzahlen. Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung der Veranstaltungskonzepte, Themen und Formate werden wir unseren Teilnehmenden auch weiterhin als Partner für die berufliche Weiterbildung zu Seite stehen.

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

Fortbildung zur Leitungskraft im kommunalen Bauhof



Neben den vielfältigen Präsenzveranstaltungen hat der vhw dieses Fortbildungsformat im Jahre 2017 entwickelt, den Lehrgang jeweils einmal im Jahr erfolgreich durchgeführt und den Programmablauf im Jahre 2019 erneut ergänzt (Screenshot Flyertitel). Mit dem Format wird ein konzentriertes Fortbildungskonzept für Leitungskräfte und ambitionierte Mitarbeiter kommunaler Bauhöfe geboten. Das

bedarfsgerechte Konzept vermittelt den Teilnehmenden einen verantwortungsvollen Umgang mit Personal, Verwaltung und politischen Gremien sowie den Finanzmitteln der Allgemeinheit. Die effiziente Betriebsführung wird mit vier erfahrenen Trainern in drei Einheiten an jeweils zwei Tagen mit vielen praktischen Beispielen eingeübt. Die Teilnehmenden erhal-



Abb. 26 bis 28: Nach der ersten Lockerung vor den Sommerferien 2020 wurde die Fortbildung in Hannover vom 26.08. bis 03.10.2020 durchgeführt. Neben den Abstands- und Hygieneregeln im Tagungsraum waren zusätzlich noch Handschuhe bei den Praxisübungen im Außengelände hilfreich.

Fotos: Bernd Bauer und Martin Horneber

ten grundlegende und systematische Kenntnisse über die strategische und wirtschaftliche Betriebsführung kommunaler Bauhöfe. Die Fortbildung ist auf maximal 20 Teilnehmende ausgelegt. Für die abgeschlossene Fortbildung wird das Zertifikat „Leitungskraft im kommunalen Bauhof (vhw)“ vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. vergeben.

Das Fortbildungsformat entspricht genau dem Bedarf der Zielgruppe, sodass der Lehrgang in den letzten zwei Jahren und damit auch während der Corona-Pandemie vorzeitig ausgebucht war. Nach vier erfolgreichen Jahren in Folge wird über die besondere Qualität des Fortbildungskonzepts von ehemaligen Teilnehmern in der Zielgruppe berichtet, was den gesamten Programmablauf bestätigt und für die weitere Vermarktung hilfreich ist. Inzwischen entsenden sogar einzelne Bauhofbetriebe jeweils einen oder zwei Beschäftigte in den jährlich stattfindenden Lehrgang, um den betrieblichen Kenntnisstand zu erhöhen und den regelmäßigen Generationenwechsel zu bewältigen.

Aufgrund der hohen Nachfrage war die Veranstaltung im Jahr 2020 zum zweiten Mal in Folge zügig ausgebucht. Selbstverständlich konnte beim Lehrgangsende – wie in den Jahren zuvor – der inhaltlich verantwortliche Fortbildungsreferent Bernd Bauer allen Teilnehmenden das vhw-Zertifikat überreichen.



Kommunikation, Personalentwicklung & Softskills (KPSS)

Eine zielführende Kommunikation und ein modernes Management gehören auch in Behörden, öffentlichen Einrichtungen und (kommunalen) Unternehmen zu den Kernelementen einer erfolgreichen Arbeit. Die Akteure müssen für zunehmend komplexe Problem-

lagen fachlich hochwertige und rechtlich abgesicherte Lösungen entwickeln. Auf dem Weg zur Umsetzung geht es aber auch darum, – unter dem wachsamen Auge der digitalen Öffentlichkeit – Überzeugungsarbeit zu leisten, Verbündete zu gewinnen und den Dialog mit dem Bürger neu zu definieren. Mit dem vhw-Kompetenzfeld „Kommunikation, Personalentwicklung und Soft Skills“ werden für diese mannigfaltigen Anforderungen bereits seit einigen Jahren gezielte Hilfestellungen für den (behördlichen) Arbeitsalltag angeboten.

Infolge der Corona-Pandemie wurde jedoch eine Neuausrichtung erforderlich. Und das nicht nur, weil faktisch kaum Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden konnten, sondern auch, weil die für das Themenfeld zentrale Zielgruppe der Führungskräfte im letzten Jahr besonders hohen Belastungen ausgesetzt war, um die Arbeitsabläufe in den Dienststellen anzupassen. Bis Ende 2020 hatten viele Führungskräfte schlicht und ergreifend Wichtigeres zu tun, als sich um die eigene Weiterbildung zu kümmern. Mit zunehmender Routine im Umgang mit Unwägbarkeiten hellte sich die Lage jedoch zum Jahreswechsel auf; Fortbildung rückte wieder ins Blickfeld – auch bei Team- und Amtsleitung sowie Geschäftsführung.

Corona-bedingt blieb es jedoch dabei, dass klassische Seminare in Hotels und Kongress-Räumen (bis auf wenige Ausnahmen) auf Eis gelegt und durch Online-Angebote ersetzt werden mussten. Die spannende Herausforderung war also, aus der Not eine Tugend zu machen. Hierfür wurde ein neues Standard-Format entwickelt, das sich voraussichtlich auch auf längere Sicht bewähren wird: dreistündige, interaktive Kompakt-Webinare in kleinen Gruppen mit maximal 12 Gästen. Die Neuausrichtung war und ist in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft:

- Es konnten neue Fragestellungen ins Programm aufgenommen werden, die erst im Zuge der Pandemie bedeutsam wurden (z. B. Selbstmanagement im Homeoffice, Leitung von Online-Meetings, Corona-Kontrollen).

- Viele bewährte Themen aus ganztägigen Präsenzseminaren konnten „komprimiert“ werden und wurden dadurch für manche Interessenten attraktiver.
- Nicht tagesfüllende Spezialfragen konnten als einzelne Bausteine zusätzlich ins Programm aufgenommen werden.

Das klassische Spektrum im Bereich der Soft-Skill-Veranstaltungen – Führungskräfte-Trainings, Kommunikations-Workshops, Organisations-Hilfen – konnte beibehalten und weiter ausdifferenziert werden. Inhaltliche Ergänzungen gab es zudem mit Workshops zu den Themen „Ideen und Prozesse visuell präsentieren“ und „Moderation von Veranstaltungen mit Bürgerbeteiligung“ sowie mit Webinaren aus dem Bereich Social Media und Kommunikation (Strategien bei Hatespeech und Shitstorms in den sozialen Netzwerken/Community-Aufbau bei Facebook, Instagram, Twitter und YouTube).

Fortbildung zur Moderatorin/zum Moderator in der Stadtentwicklung

Auf vielfachen Wunsch unserer Seminarteilnehmenden im Bereich der informellen Bürgerbeteiligung wurde erstmals im Herbst 2016 ein für den vhw neues Fortbildungsformat angeboten und durchgeführt: Die „Fortbildung zur Moderatorin/zum Moderator in der Stadtentwicklung“ (Screenshot Flyertitel), bestehend aus insgesamt drei Ausbildungseinheiten, die jeweils an zwei aufeinanderfolgenden Tagen (freitags und samstags) stattfinden. Somit umfasst die Fortbildung insgesamt 48 Fortbildungsstunden, verteilt auf sechs Tage bei einem Teilnehmerlimit von 15 Personen.



Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

Es handelt sich dabei um einen berufsbegleitenden Lernprozess, eingebettet in ein praxisnahes und modernes Konzept für die Moderation von Stadtentwicklungsprozessen. Die Fortbildung soll die Teilnehmenden dazu befähigen, selbstständig Moderationskonzepte zu entwickeln und Beteiligungsprozesse erfolgreich durchzuführen. Des Weiteren sollen Techniken vermittelt werden, die es im alltäglichen Planungsleben leichter machen, die Herausforderungen in der Kommunikation mit der breiten Bürgerschaft zu meistern – im strategischen Umgang, in der Steuerung von Partizipationsmethoden sowie in der operativen Umsetzung.

Ziel ist es, Methoden und Vorgehensweisen zur Gestaltung und Umsetzung von Moderationsprozessen zu vermitteln. Im Mittelpunkt steht dabei, das erlernte Wissen auf die Anwendungsbedarfe der Teilnehmenden zu übertragen. Hierfür stehen den Teilnehmenden zwei Trainer mit ihrem breiten Erfahrungsschatz zur Seite. Aufgrund der Nachfrage und des sehr guten Feedbacks ist diese Fortbildung mittlerweile ein fester Bestandteil im Fortbildungsangebot des vhw sowie auch das Format als solches. Zudem wurden weitere Themen unter dem vorher beschriebenen Format entwickelt. Aufgrund der Corona-Pandemie musste die Fortbildung insgesamt zweimal abgesagt werden und wurde einmal verschoben, sodass erst Ende Juni die erste Einheit erfolgreich durchgeführt wurde.

feld Migrations- und Ausländerrecht als neuer Fortbildungsschwerpunkt definiert.

In allen Regionen wurden im Bereichszeitraum verschiedene Veranstaltungskonzepte zum Migrationsrecht durchgeführt. Corona-bedingt wurden die Präsenzveranstaltungen in Webinare umgewandelt. Alle Veranstaltungen fanden bei unserer Zielgruppe großen Zuspruch. Erfreulich ist, dass dieses junge Themenfeld weiterhin entsprechend viele Neukunden gewinnt und unsere Teilnehmerschaft bunter macht.



Polizei- & Ordnungsrecht

Das Polizei- und Ordnungsrecht umfasst alle von den Ordnungsbehörden anzuwendenden Vorschriften, welche die Abwehr von Gefahren und die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zum Gegenstand haben.

Das **Allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht** ist Landesrecht und bildet die Grundlage des Gefahrenabwehrrechts. Es regelt die Abwehr aller Arten von Gefahren durch Vollzugspolizei und Ordnungsbehörden. Beim Gefahrenabwehrrecht wird strikt zwischen polizeilicher und nichtpolizeilicher Gefahrenabwehr unterschieden. Erstere obliegt grundsätzlich den allgemeinen und besonderen Ordnungsbehörden, deren Bezeichnungen landesabhängig sind. Die Vollzugspolizei, deren Handeln auf besondere Schnelligkeit ausgelegt ist, ist lediglich in Ausnahmefällen für die polizeiliche Gefahrenabwehr zuständig.

Das **Besondere Ordnungsrecht** tangiert zahlreiche spezialgesetzliche Bestimmungen, wie etwa das Abfall-, Immissionsschutz-, Gewerbe-, Bau- oder das



Migrations- & Ausländerrecht

Als Reaktion auf gestiegene Flüchtlingszahlen und die Zunahme migrationspolitischer Diskussionen, wurde bereits Ende 2017/Anfang 2018 das Themen-

Seuchenrecht. Der Zuständigkeitsbereich für die kommunalen Ordnungsbehörden wächst hierdurch stetig.

Die Abgrenzung zwischen Ordnungs-, Straf- und Nachbarrecht ist ebenfalls häufig ein Thema für die Mitarbeiter in kommunalen Ordnungsbehörden. Nicht selten präsentiert sich das Polizei- und Ordnungsrecht als ein Mittel zur Schlichtung oder Lösung aktueller Problemlagen.

Wegen des überwiegend landesrechtlichen Bezugs liegt die Zuständigkeit hierfür bei den regionalen vhw-Geschäftsstellen. Vor diesem Hintergrund bietet der Bundesverband ein ausdifferenziertes Angebot an Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiter der kommunalen Ordnungsbehörden an.

Fortbildungskonzepte werden zu einer beachtlichen Themenpalette angeboten.

- Gewerberecht/Gaststättenrecht
- Veranstaltungssicherheit/Crowd Management
- Katastrophenschutz
- Polizeiliche Unterbringung von Obdachlosen unter Beachtung der Anschlussunterbringung
- Bestattungsrecht/Friedhofssatzungen
- Prostituiertenschutzgesetz
- Psychisch-Kranken-Gesetz
- Ordnungsrechtliche Fragen der Hundehaltung
- Glücksspielrecht
- Kampfmittelbeseitigung
- Bewachungsverordnung
- Fundrecht

Aktuelle landesspezifische Entwicklungen werden zudem regelmäßig aufgegriffen und in das Programmportfolio aufgenommen. Der vhw hat im Berichtszeitraum 30 Webinare sowie 15 Seminare durchgeführt.



Städtebau-, Bauordnungsrecht, Raumplanung

Fast zeitgleich mit dem Entstehen der Bundesrepublik Deutschland wurde die Fortbildungstätigkeit des vhw 1949 aufgenommen. Das Themenspektrum des vhw hat sich im Laufe der Jahrzehnte ganz erheblich erweitert und ausdifferenziert. Veranstaltungen zum Städtebau- und Bauordnungsrecht sowie zur Raumordnung bilden jedoch nach wie vor den Kern der Fortbildungstätigkeit des vhw. Die Fortbildungsmaßnahmen in diesem Themenbereich sind auf die sich durch die föderale Struktur der Bundesrepublik ergebenden landesspezifischen Erfordernisse ebenso ausgerichtet wie auf bundesweite Themen. Dies ist durch die regionale Struktur des vhw mit seinen lokalen Geschäftsstellen und die engen Kontakte zu Politik, Ministerien, Gerichten, Verwaltung und Fachinstitutionen gewährleistet.

Gesetz zur Mobilisierung von Bauland

Die Novelle des Baugesetzbuchs durch das Gesetz zur Mobilisierung von Bauland, einem der wichtigsten Vorhaben der großen Koalition in der zu Ende gehenden 19. Legislaturperiode, hat im Berichtszeitraum seine Schatten vorausgeworfen. Bereits der Regierungsentwurf vom 30. November 2020 (BT-Drs. 19/24838) wurde intensiv in den vhw-Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert. Die Herausforderungen, vor denen die Kommunen stehen, waren schon lange bekannt. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 12. März 2018 war vereinbart worden, die Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und Sicherung bezahlbaren Wohnens zu unterstützen und dazu weitere Verbesserungen im Bauplanungsrecht anzustreben. Zur näheren Konkretisierung hat sich am 4. September 2018

eine Expertenkommission für „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ (Baulandkommission) unter Mitwirkung von Ländern und kommunalen Spitzenverbänden sowie Partnern des „Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen“ konstituiert und binnen neun Monaten eine Vielzahl von Reformvorschlägen für eine nachhaltige Bereitstellung und Mobilisierung von Bauland erarbeitet. Ferner war die Novelle des Baugesetzbuchs Thema auf dem Wohngipfel im Bundeskanzleramt am 21. September 2018.

The screenshot shows the vhw website with a navigation bar (HOME, WIR ÜBER UNS, FORTBILDUNG, FORSCHUNG, PUBLIKATIONEN, TERMINE, PRESSE, KONTAKT) and a search bar. The main content area features a news article titled 'BAULANDMOBILISIERUNGSGESETZ IN KRAFT' dated June 2021, with a sub-headline 'Das Baulandmobilisierungsgesetz wurde im Bundesgesetzblatt BGBl. I Nr. 31, 22.06.2021 verkündet und ist am 23. Juni 2021 in Kraft getreten.' Below this is a photo of a construction site. To the right, there is a section 'VERANSTALTUNGEN ZUM THEMA' listing four events:

1. Die Novellierung des BauGB und der BauNVO durch das Baulandmobilisierungsgesetz (MVG15263) - Zeit/Dat.: 15.08.2021 in Rostock
2. Novelle des Baugesetzbuches und der Baunutzungsverordnung: Was ändert sich 2021 in der Praxis durch das Baulandmobilisierungsgesetz? (MVG212844) - Zeit.: 31.08.2021 Online - Weiterführend (Terminid): 27.07.2021 Online (MVG212430)
3. Saarland special: Die BauGB- und BauNVO-Novelle und ihre Auswirkungen auf die Planungs- und Genehmigungspraxis (MVG218007) - Zeit.: 09.09.2021 Online
4. Novellierung des BauGB und der BauNVO durch das Baulandmobilisierungsgesetz: Welche Änderungen ergeben sich für die Praxis (MVG213121)

Das Baulandmobilisierungsgesetz vom 14. Juni 2021 (BGBl. I, S. 1802) greift die wesentlichen Empfehlungen der Baulandkommission auf und ist am 23. Juni 2021 in Kraft getreten (Screenshot Nachricht mit Termintipps auf www.vhw.de/Fortbildung).

Die wesentlichen Regelungsinhalte des Baulandmobilisierungsgesetzes sind:

1. die Einführung eines neuen sektoralen Bebauungsplantyps zur Wohnraumversorgung in § 9 Abs. 2d BauGB,
2. die Erweiterung der Befreiungsmöglichkeiten in § 31 Abs. 2, Abs. 3 und § 34 Abs. 3a BauGB,

3. die Erweiterung der Vorkaufsrechte der Gemeinden in den §§ 24 ff. BauGB, um die Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und der Sicherung bezahlbaren Wohnens zu unterstützen,
4. Erleichterungen bei den Begünstigungen im Außenbereich nach § 35 Abs. 4 BauGB und Verlängerung des § 13b BauGB,
5. die Schaffung einer Grundlage für Konzepte der Innenentwicklung in § 176a BauGB und Ergänzung des Baugebots in § 176 Abs. 1 BauGB und
6. die Einführung eines Genehmigungsvorbehalts für Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen in durch Rechtsverordnung der Bundesländer ausgewiesenen Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt in § 250 BauGB.

In der Baunutzungsverordnung (BauNVO) wird in § 5a BauNVO eine neue Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt und die Obergrenzen des § 17 BauNVO, die bisher für Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung galten, als Orientierungswerte ausgestaltet. Damit wird mehr Flexibilität bei der Ausweisung, insbesondere von Flächen für den Wohnungsbau im Hinblick auf die Bebauungsdichte, erreicht.

Das Baulandmobilisierungsgesetz wird auch die Fortbildungstätigkeit im Städtebaurecht im 2. Halbjahr 2021 prägen und weit in das Jahr 2022 hineinwirken.

10. Baurechtstage Baden-Württemberg

Diese Veranstaltung zählt zu den Leuchtturmveranstaltungen in Baden-Württemberg und fand am 22./23. September 2020 in Heilbronn statt. In Abstimmung mit dem Gesundheitsamt der Stadt Heilbronn und der Einhaltung eines aufwändigen Hygienekonzepts konnte die Jubiläumsveranstaltung als Präsenzveranstaltung mit 101 Teilnehmern erfolgreich durchgeführt werden (Foto: ©R. Floren).



Die zweitägige Leuchtturmveranstaltung des vhw zeichnet sich durch die Kombination von städtebaurechtlichen und bauordnungsrechtlichen Themen aus.

Die thematischen Schwerpunkte in diesem Jahr:

- Die praktischen Auswirkungen des im Frühjahr 2020 erlassenen ersten Pandemie-Schutz-Gesetzes sowie des Planungssicherstellungsgesetzes auf die Bauverwaltung. Vorstellung und Diskussion der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Städtebaurecht sowie des VGH Mannheim zum Bauplanungs- und Bauordnungsrecht.
- Die Zurückstellung von Baugesuchen, insbesondere in Bezug auf die maximale Dauer einer Zurückstellung.
- Durchführungspflichten und -verpflichtungen, die bei einem Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu beachten sind.
- Erste Erfahrungen mit den formellen und materiellen Änderungen der LBO-Novelle 2019
- sowie ein Praxisbericht zur Digitalisierung des Baugenehmigungsverfahrens aus Sicht der Stadt Heidelberg, die auf diesem Gebiet als Vorreiter in Baden-Württemberg gilt.

Fernlehrgang Städtebaurecht

Das Städtebaurecht stellt recht hohe Anforderungen an das Wissen derjenigen, die sich mit der kommunalen Bauleitplanung befassen, ob in vorbereitender oder entscheidender Funktion. Es richtet sich aber auch an diejenigen, die sich an beratender oder entscheidender Stelle über die Zulässigkeit einzelner Bauvorhaben Gedanken machen müssen. Der vhw-Fernlehrgang zum Städtebaurecht (Screenshot Flyertitel) vermittelt in 13 Lektionen das erforderliche, aktuelle Grundwissen. 58 Teilnehmende gab es im Berichtszeitraum.



Insgesamt schulten sich 550 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Basiswissen für Nichtjuristen.



Stadtentwicklung & Bürgerbeteiligung

Das Kompetenzteam Stadtentwicklung ergänzte das Veranstaltungsprogramm des vhw im Berichtszeitraum mit Fortbildungen (Seminaren und Webinaren) zu folgenden Themenschwerpunkten:

- Einzelhandel,
- Integrierte Stadtentwicklung,
- Methoden und Instrumente der informellen Planung,
- Sport in der Kommune,
- Migration und Integration,
- Geodaten und (Geo-)Visualisierung,
- betriebs- und volkswirtschaftliche Grundlagen der Stadtplanung,

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

- Innenentwicklung und gestalterische Aspekte der Stadtentwicklung sowie
- soziale Stadtpolitik.

Die Fortbildungen im Themenfeld **Einzelhandel** greifen aktuelle Herausforderungen auf, vor denen die Städte

lung gemeinsam erörtern und trainieren. Im Berichtszeitraum wurden u. a. die Veranstaltungen:

- Das Rathaus im Wandel: Welche Organisationsstruktur und -kultur braucht die Verwaltung?
- Das Zusammenspiel der Akteure im Verwaltungsalltag: Themen-Strukturen-Rollen-Kultur und Kreativitätstechniken in der Stadtplanung sowie
- Die Stärken von informeller Bürgerbeteiligung und Online-Partizipation: Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung im digitalen Zeitalter

angeboten.

Im Themenfeld **Sport in der Kommune** wurden folgende Fortbildungskonzepte durchgeführt:

- Kommunale Sportentwicklungsplanung,
- Kommunale Außensportanlagen nachhaltig gestalten und
- Sport, Spiel und Bewegung im öffentlichen Raum.

Auch im Bereich **Migration und Integration** möchten unsere Veranstaltungen dazu beitragen, das Zusammenleben in den Kommunen nachhaltig zu gestalten. Integrationskonzepte leisten hier einen wichtigen Beitrag. Unser Angebot haben wir an dieser Stelle erfolgreich ausdifferenziert. Die Teilnehmenden können nun anhand von drei Veranstaltungen ihren gewünschten Schwerpunkt (Erstellung, Umsetzung oder Fortschreibung von Integrationskonzepten) wählen. Erstmals durchgeführt wurde das Webinar „Integration in ländlichen Kommunen – praktische Instrumente zur gezielten Förderung der Integrationsprozesse“. Es gilt weiterhin, das Potenzial dieses Feldes auszuschöpfen und das Seminarangebot entsprechend weiterzuentwickeln. Die Veranstaltung „Vielfalt in der Stadt – über Diversität, Teilhabe und Zusammenhalt in der Kommune“ ist bereits geplant und dabei richtungsweisend.

Die Veranstaltungen des Moduls Stadtentwicklung zeichnen sich neben der Themen- und Methodenvielfalt besonders dadurch aus, dass regelmäßig mehrere

The screenshot shows the vhw website with a blue header and navigation menu. The main content area features a news article titled 'SÄCHSISCHES PROJEKT "VITALE REGIONEN - VERBESSERTER DASEINSVORSORGE DURCH INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT" GESTARTET' dated June 2021. The article text discusses infrastructure projects in Saxony. To the right of the article is a 'TERMINTIPP' (Event Tip) section listing three events: 1. 'Nahversorgung-aktuelle Trends, planerische Ziele und Konzepte...' (07.09.2021 in Essen), 2. 'Mit Kreativität Aufgaben lösen - Stadtplanung und Stadterwicklung anders denken' (25.10.2021 in Stuttgart), and 3. 'Erstellung und Fortschreibung von Einzelhandelskonzepten' (21.09.2021 in Leipzig).

und Gemeinden in der Bundesrepublik derzeit stehen. Dazu gehören u. a. neue Trends der Innenstadtentwicklung und im Online-Handel sowie zur Nahversorgung (Screenshot Nachricht mit Termintipps auf www.vhw.de/fortbildung), aber auch klassische Fragen der kommunalen Steuerung des Einzelhandels. Angeboten wurden im Berichtszeitraum u. a. die Seminare/Webinare zur Erstellung und Fortschreibung von Einzelhandelskonzepten, zu den Auswirkungen des Online-Handels auf die Innenstädte und zur Nahversorgung sowie zu „Strategien für die Innenstadt von morgen! – Ein praktischer Lösungsansatz“.

Der Themenbereich **Integrierte Stadtentwicklung** umfasst ein Fortbildungsangebot, das dazu beitragen will, die Arbeits- und Kommunikationsprozesse in der Verwaltung zu verbessern. Dieser Fortbildungsbereich zeichnet sich durch viele interaktive und innovative Formate aus: In Workshops, kollegialer Beratung oder Rollenspielen und häufig teilnehmerbegrenzten Veranstaltungen können die Teilnehmenden zentrale Fragen zur Bürgerbeteiligung und zur Integrierten Stadtentwick-

Dozierende mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen und Expertisen in die Veranstaltungen eingebunden sind. Dieses Vorgehen kommt insbesondere querschnittsorientierten Fortbildungen zugute: Die Dozentinnen und Dozenten nähern sich dem Thema aus verschiedener – z. B. ökonomischer, sozialer, baulicher und juristischer – Richtung. Die Teilnehmenden erleben so unterschiedliche Perspektiven, die für ihre Arbeitspraxis zusammengehören.

Im Modul Stadtentwicklung wurden im Berichtszeitraum 14 Präsenzseminare mit 265 Teilnehmenden sowie 45 Webinare mit 1.023 Teilnehmenden und zwei Inhouse-Seminare durchgeführt. Von Corona-bedingt abgesagten Präsenzseminaren konnten rund drei Viertel dieser ca. 50 Angebote in Webinare umgewandelt werden.



Umweltrecht & Klimaschutz

Das Umweltrecht ist ein sehr komplexes Rechtsgebiet, das selbst für Fachleute nur noch schwer überschaubar ist. Es beinhaltet eine Vielzahl unterschiedlichster Vorschriften auf völkerrechtlicher, europäischer, bundes- und landesrechtlicher Ebene und zeichnet sich durch eine hohe Dynamik in Gesetzgebung und Rechtsprechung aus. Zudem weist es eine sehr starke Verzahnung mit anderen Rechtsgebieten wie dem Bauplanungs- und Planfeststellungsrecht auf.

Die hier aufgeklärte Komplexität spiegelt sich im Seminarangebot des Kompetenzfeldes Umweltrecht und Klimaschutz wider. Die aktuellen Rechtsgrundlagen und bedeutsamen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, des Bundesverwaltungsgerichts und der Obergerichte unter Einbeziehung planerischer, technischer, biologischer und weiterer

fachlicher Aspekte werden entsprechend der jeweiligen Seminarkonzepte in den Veranstaltungen im Überblick oder fokussiert auf bestimmte Rechts- und Praxisfragen dargestellt und erläutert. Diesem spezifischen Fortbildungsbedarf wird dabei vielfach durch den Einsatz interdisziplinär besetzter und besonders fachlich ausgewiesener Dozententeams Rechnung getragen.

Im Berichtszeitraum vom 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2021 wurden bundesweit 85 Veranstaltungen mit rund 2.700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt, davon Corona-bedingt mehr als 60 als Webinar.

Diese Veranstaltungen behandelten vorrangig Fragestellungen aus den Themenfeldern Natur- und Artenschutz sowie Immissionsschutz und Klimaschutz. Darüber hinaus gehörten Veranstaltungen zu Fragen des Wasserrechts und des Kreislaufwirtschaftsrechts sowie zur Rechtsprechung im Umweltrecht zum Portfolio.

Im Berichtszeitraum konnte die 2020 abgesagte „Woche des Umweltrechts“ (Screenshot Landingpage auf www.vhw.de/fortbildung) Mitte Juni 2021 durchgeführt

The screenshot shows the website for the 'Woche des Umweltrechts' event. The header includes the vhw logo and navigation links: HOME, WIR ÜBER UNS, FORTBILDUNG, FORSCHUNG, PUBLIKATIONEN, TERMINE, PRESSE, KONTAKT. The main banner features an aerial view of a circular park with a central pond and the text 'WOCHE DES UMWELTRECHTS Kompakt auf den Stand gebracht!'. Below the banner, there is a section titled 'DIE WOCHE DES UMWELTRECHTS - VOM 14. BIS 18. JUNI 2021 *ONLINE*' with sub-sections for 'Erstmalig im Programm' and 'Je zwei bis drei ausgewiesene Umweltrecht-Experten'. A 'TERMINE' sidebar on the right lists the schedule of webinars from June 14 to 18, 2021.

Termin	Thema	Format
14.06.2021 - 18.06.2021	Woche des Umweltrechts	Webinarprogramm
Tag 1	"Klimaschutz" 14.06.2021	Online W0210727
Tag 2	"Natur- und Artenschutz" 15.06.2021	Online W0210728
Tag 3	"Immissionsschutz" 16.06.2021	Online W0210729
Tag 4	"Gewässerschutz" 17.06.2021	Online W0210730
Tag 5	"Abschlusstagung" 18.06.2021	Online W0210731

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

werden. Vier aufeinander folgende, neu konzipierte Tagesseminare gaben einen konzentrierten Überblick zu den thematischen Schwerpunkten des Umweltrechts. Den Abschluss bildete am Freitag eine Tagung zu den aktuellen umweltrechtlichen Entwicklungen.

Natur- und Artenschutz

Eine Vielzahl der Seminare widmete sich unter verschiedenen Blickwinkeln der Eingriffsregelung und den artenschutzrechtlichen Belangen in der Bauleitplanung und in der Fachplanung. Die Seminare zum Ökokonto, zum Artenschutz als Planungshindernis, zur Kompensation von Eingriffen bei Flächenknappheit, zu Ausgleichsflächen in der Bauleitplanung, zu umweltbezogenen Darstellungen und Festsetzungen, zum Umweltbericht, zu umweltrechtlichen Regelungen in städtebaulichen Verträgen, zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung, zum Management vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen, zu den Auswirkungen der Windenergie auf artenschutzrechtlichen Belange sowie zur FFH, UVP und Artenschutz im Zulassungsverfahren gehören in diesen Kontext. Auch der Landschaftsschutz wurde mit seinen in der Praxis derzeit aufkommenden Fragen bei verschiedenen Veranstaltungen aufgegriffen.

Neu ins Programm aufgenommen wurden Veranstaltungen zu Stickstoffeinträgen in der FFH-Verträglichkeitsprüfung, zur im Frühjahr 2020 beschlossenen Bundes-Kompensationsverordnung und zum im Juni 2021 durch das sog. „Insektenschutzgesetz“ novellierte Bundesnaturschutzgesetz (Screenshot Nachricht mit Termintipps auf www.vhw.de/fortbildung).

Fortgeführt wurden Seminarangebote zu den Knackpunkten der Umweltrechts-Novellen, zu Baumschutzsatzungen, zum Umweltinformations-, Umweltschadens- und Umweltverfahrensrecht und zur Umweltbauleitung.

Immissionsschutzrecht

Wie in den vergangenen Jahren bildete das Immissionsschutzrecht einen Schwerpunkt im Kompetenzfeld Umweltrecht. Dementsprechend wurden auch in diesem Berichtszeitraum verschiedene, schon traditionelle Veranstaltungen auf der Grundlage aktueller Rechtsgrundlagen und Rechtsprechung angeboten. Hierzu gehören insbesondere die Veranstaltungen:

- Immissionsschutz in der Bauleitplanung,
- Immissionsschutz – Genehmigungsverfahren und Überwachung sowie
- Behördliches Einschreiten bei nachbarlichen Beeinträchtigungen durch Immissionen.

Lärm als herausragendes Problem im Bereich des Immissionsschutzes wurde zudem unter besonderer Berücksichtigung unterschiedlicher Lärmquellen wie dem Gewerbe-, Sport- und Freizeitlärm behandelt. Darüber hinaus waren Lärmprobleme im Zusammenhang mit der Innenentwicklung Gegenstand der Fortbildung. Neu in das Programm aufgenommen wurde eine Veranstaltung zur Geräuschkontingentierung. Bei allen Veranstaltungen standen Rechts- und/oder technische Fragen zum Verständnis der Rechtsgrundlagen, zur Ermittlung und Bewertung des Lärms sowie zur Konfliktbewältigung zwischen unterschiedlichen Nutzungsarten bei der Neuordnung oder Nach-

The screenshot shows the vhw website with a navigation menu (HOME, WIR ÜBER UNS, FORTBILDUNG, FORSCHUNG, PUBLIKATIONEN, TERMINE, PRESSE, KONTAKT) and a search bar. The main content area features a news article titled "INSEKTENSCHUTZGESETZ KANN IN KRAFT TRETEN" dated June 2021. The article discusses the passage of the Insect Protection Act (InSectSchG) and its implications for agriculture and nature conservation. To the right, there are two boxes: "WEBINAR ZUM THEMA" with details for a webinar on the new Insect Protection Act, and "TERMINTIPP" listing two seminars: one on the key points of the InSectSchG, UVP, UStwRG, and BauStB, and another on climate, noise, and nature conservation in urban planning.

verdichtung innerstädtischer Flächen sowie zu Fragen des behördlichen Einschreitens bei Immissionskonflikten im Vordergrund.

Im Rahmen der Woche des Umweltrechts fand eine Veranstaltung zu neuen Entwicklungen bei der Luftreinhaltung auf nationaler und internationaler Ebene statt, in der insbesondere die Novellierung der TA Luft thematisiert wurde.

Klimaschutz, -wandel und -anpassung

Dem Themenfeld widmeten sich die Veranstaltungen zur Anpassung an den Klimawandel in Stadt und Region, zum Klima-, Lärm- und Artenschutz und die neuen Veranstaltungen zu Klimaanpassungsstrategien und zum urbanen Wasserhaushalt.

Wasserrecht

Über die aktuelle Gesetzgebung und neuere Rechtsprechung zu einzelnen Fragen und Aspekten des Wasserrechts und den dazugehörigen fachlichen Fragen wurde in Seminaren mit unterschiedlichen Schwerpunkten informiert. So wurden u. a. Veranstaltungen zum Verschlechterungsverbot nach der Wasserrahmenrichtlinie bei Bewilligung und Planfeststellung sowie vertiefend zum Verschlechterungsverbot zur Frage von Grundwasserentnahmen für die Trinkwassergewinnung in wasserfachlicher und -rechtlicher Hinsicht angeboten. Auch dem Hochwasserschutz in der Bauleitplanung wurde eine Veranstaltung gewidmet.

Weitere Themen

Das novellierte Kreislaufwirtschaftsgesetz 2020 wurde mit einer Grundlagenveranstaltung aufgegriffen. Die Veranstaltung zum rechtssicheren Planfeststellungsbeschluss vermittelt Kenntnisse zur Bewältigung verfahrens- und inhaltlicher umweltrechtlicher Anforderungen im Planfeststellungsverfahren. Damit soll ein Beitrag zur schnelleren Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung wichti-

ger Infrastrukturprojekte geleistet werden. Die stark rechtlich orientierten Veranstaltungsreihen „Aktuelle Rechtsprechung zum Umweltrecht“ sowie „Umweltrechtliche Regelungen in Verträgen“ wurden fortgeführt. Auf starke Resonanz stieß zudem die neue Veranstaltung zum Umweltverfahrensrecht in Zeiten der Pandemie – das neue Planungssicherstellungsgesetz.



Vergabe- & Bauvertragsrecht

Die Rechtsentwicklung im Vergabe- und Bauvertragsrecht

Am 1. Oktober 2020 wurde die bundesweite Vergabestatistik eingeführt. Diese wird beim Statistischen Bundesamt (Destatis) geführt und gilt für alle dem Vergaberecht unterfallenden Auftraggeber i. S. d. § 98 GWB, also neben Bund, Ländern und Kommunen auch Sektorenauftraggeber und Konzessionsgeber. Mit der neuen Vergabestatistik werden in Deutschland erstmals die grundlegenden Daten zu öffentlichen Aufträgen und Konzessionen flächendeckend erfasst.

Die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) ist nun in den meisten Bundesländern eingeführt oder zur Anwendung empfohlen. In Rheinland-Pfalz ist die Umsetzung noch 2021 vorgesehen. In Hessen befindet sich die Novellierung des HVTG im parlamentarischen Verfahren. Das neue HVTG soll zeitgleich mit dem Vergabeerlass in Kraft treten, der die UVgO und die VOB/A 1. Abschnitt in Hessen einführt. Allein in Sachsen und Sachsen-Anhalt ist die Einführung der UVgO noch offen.

In Rheinland-Pfalz wurde zum 1. Juni 2021 ein sogenanntes strukturiertes Nachprüfungsverfahren eingeführt. Damit haben nunmehr sechs Bundesländer

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

Die Fortbildungstätigkeit im Vergabe- und Bauvertragsrecht

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum drei Vergabeforen, 43 Präsenzveranstaltungen und 80 Webinare durchgeführt. Trotz der Pandemie konnten 3.415 Teilnahmen erreicht werden, rund 1.000 weniger als im letzten Berichtszeitraum.

Die Neufassung der VOB/A 2019, die Einführung der UVgO, die weiterhin unklare Rechtslage bei der Auftragswertberechnung von Planungsleistungen und die

HOME WIR ÜBER UNS FORTBILDUNG FORSCHUNG PUBLIKATIONEN TERMINE PRESSE KONTAKT

vhw » Nachrichtenübersicht » Nachrichte

BUNDESWEITE VERGABESTATISTIK GESTARTET

10. Oktober 2020

Die neue bundesweite Vergabestatistik ist am 1. Oktober 2020 gestartet. Die Auftraggeber aller staatlichen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) werden nun Daten über die von ihnen vergebenen Aufträge oder Konzessionen an das Statistische Bundesamt (Destatis) melden, das die Vergabestatistik im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie durchführt.

Einer Schätzung der OECD zufolge erfüllt in Deutschland ein jährliches Volumen von bis zu 500 Milliarden Euro auf öffentliche Aufträge. Bislang fehlten hierzu valide Zahlen. Mit der Vergabestatistik werden künftig erstmals Einzeldaten über die in Deutschland durchgeführten öffentlichen Vergabeverfahren, unter anderem differenziert nach Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen und Konzessionen, erfasst. Alle Auftraggeber, die im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen definiert sind, sind aufgrund der Vergabestatistikverordnung verpflichtet, Daten zu Beschaffungsvorgängen mit Auftragswerten oberhalb der EU-Schwellenwerte an das Statistische Bundesamt zu übermitteln. Bei Aufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte besteht die Pflicht zur Datenmeldung ebenfalls ab einem Auftragswert von mehr als 25.000 Euro, während in eingeschränktem Umfang. Die Vergabedaten werden dabei durch geschützte und in der amtlichen Statistik bewährte elektronische Verfahren und soweit wie möglich automatisch erfasst. Das Statistische Bundesamt wird die eingegangenen Datensätze statistisch aufbereiten, auswerten und die aggregierten Ergebnisse über die GENSIS-Online-Datenbank der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Das Bundeswirtschaftsministerium plant darüber hinaus statistische Halbjahresberichte zu den Kernergebnissen aus der Vergabestatistik. Quelle/Weitere Informationen: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Pressemitteilung vom 1. Oktober 2020

Weiterführende Links:

TERMINTIPP

- CraoNurs Vergaberecht für Fortgeschrittene (WB210879)**
Zeit: 09.09.2021 Online
- 16. Potsdamer Vergaberichtertag des vhw (WB210806)**
Zeit/Dt: 06.09.2021 - 07.09.2021 in Potsdam
- Informations- und Dokumentationsmöglichkeiten im Vergaberecht (WB210889)**
Zeit: 22.09.2021 Online
Weiterleit. Termine!:
= 15.11.2021 in Essen (WB210626)
= 27.06.2022 in Mainz (RP220880)
- Lehrtag Vergaberecht für Einsteiger (12-Stige) (WB210911)**
Zeit: 22.09.2021 - 24.09.2021 Online

einen Primärrechtsschutz auch in nationalen Verfahren (Screenshot Nachricht mit Termentipps auf www.vhw.de/Fortbildung). Zwei Modelle stehen sich gegenüber: In Niedersachsen und Schleswig-Holstein sieht das Landesvergaberecht eine Informations- und Wartpflicht vor Zuschlagserteilung vor, die es den Bietern ermöglicht, die Zuschlagserteilung im Wege einer einstweiligen Verfügung zu verhindern. In Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und Rheinland-Pfalz sieht das Landesvergaberecht eine Informations- und Wartpflicht vor Zuschlagserteilung vor, die es den Bietern hingegen ermöglicht, ein Nachprüfungsverfahren vor einer Vergabekammer oder einer vergleichbaren Institution einzuleiten.

Mit Urteil vom 4. Juli 2019 (Rs. C-377/17) hat der Europäische Gerichtshof die verbindlichen Mindest- und Höchst Honorarsätze der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) für unvereinbar mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie erklärt. Die HOAI musste daher angepasst werden. Mit der 1. Verordnung zur Änderung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure ist zum 1. Januar 2021 die neue HOAI 2021 in Kraft getreten. Alle Planerverträge, die ab diesem Zeitpunkt geschlossen werden, unterfallen den neuen Honorarregelungen. Die neue Verordnung sieht vor, dass die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen künftig immer frei vereinbart werden können.

HOME WIR ÜBER UNS FORTBILDUNG FORSCHUNG PUBLIKATIONEN TERMINE PRESSE KONTAKT

vhw » Nachrichtenübersicht » Nachrichte

NEUE HOAI AM 1. JANUAR 2021 IN KRAFT GETRETEN

Januar 2021

Die Verordnung wurde am 7. Dezember 2020 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und trat zum 1. Januar 2021 in Kraft. Der Bundesrat hatte am 4. November 2020 dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf der Verordnung zur Änderung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) ohne Änderungen zugestimmt. Quelle/Weitere Informationen: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2020 Teil I Nr. 58 vom 7. Dezember 2020 / Bundesvertriebsministerien, Pressemitteilung vom 4. November 2020

September 2020

BMW: Neue Honorarordnung für Architekten und Ingenieure beschlossen

Das Bundeskabinett hat den Entwurf der ersten Verordnung zur Änderung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – der HOAI am 16. September 2020 beschlossen. Damit setzt die Bundesregierung ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs um, der die verbindlichen Mindest- und Höchst Honorarsätze der HOAI für unvereinbar mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie erklärt hat. Die neue Honorarordnung trägt der Vergabe-Richtlinie, die der Europäische Gerichtshof gemahnt hat. So sieht die neue Verordnung konkret vor, dass die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen künftig immer frei vereinbart werden können. Die Grundätze und Maßstäbe der HOAI können von den Vertragspartnern dabei zur Honorarermittlung herangezogen werden und eine Richtschnur bilden. Zur Frage der Höhe der Honorare stellt die HOAI Honorarrahmen, die als unverbindliche Orientierungswerte zur Verfügung stehen. Für den Fall, dass keine wirksame Honorarvereinbarung geschlossen wurde, gilt der sogenannte Basis-Honorarsatz als verbindlich, dessen Höhe dem bisherigen Mindestsatz entspricht. Quelle/Weitere Informationen: Bundesvertriebsministerien, Pressemitteilung vom 16. September 2020

TERMINTIPP

- HOAI 2021 in der praktischen Anwendung (WB210813)**
Zeit/Dt: 23.08.2021 in Berlin
Weiterleit. Termine!:
= 12.09.2021 in Leipzig (SN210807)
- HOAI 2021 - Vertiefung: Mitverarbeitende Bauabstimmung, Umbau, Modernisierung, Bestandsarbeiten und Nebenarbeiten (WB210805)**
Zeit: 06.09.2021 Online
- Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen - unter besonderer Berücksichtigung der HOAI 2021 (WB210906)**
Zeit: 13.09.2021 Online
Weiterleit. Termine!:
= ... 16.11.2021 Online (WB211061)

zum 1. Januar 2021 neu gefasste HOAI (Screenshot Nachricht mit Termentipps auf www.vhw.de/fortbildung) hat die Arbeit des Kompetenzfeldes Vergabe- und Bauvertragsrecht in diesem Berichtszeitraum entscheidend geprägt.

Die Umstellung des Veranstaltungsangebots von Präsenzveranstaltungen auf Webinare bot Raum, neue Veranstaltungskonzepte auszuprobieren: Etwa ein zweiteiliges Webinar zur Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen mit einer Selbstlernphase für nachhaltigen Lernerfolg. Am ersten Tag wurden die Grundlagen erläutert. Am Ende des ersten Tages erhielt jeder Teilnehmer ein Arbeitspapier mit Fragestellungen zum behandelten Webinar-Inhalt für die

eigenständige Vertiefung des Stoffes. Zum zweiten dreistündigen Webinar-Tag, zwei Wochen später, hat der Dozent die Antworten aufgearbeitet und gemeinsam mit den Teilnehmenden die möglichen Lösungen und Lösungswege besprochen.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang auch die Online-Grundkurse im nationalen Vergaberecht zur VOB/A und UVgO in 4 x 2 Stunden. Der Abstand von einer Woche zwischen den Modulen ermöglichte es den Teilnehmenden, in Ruhe den Mitschnitt des jeweiligen Teils anzusehen und den vermittelten Stoff sacken zu lassen.

Schließlich wurden in der neuen Webinar-Reihe „Knackpunkte des Vergaberechts“ wesentliche Fragen, die sich in nahezu jedem Vergabeverfahren stellen, in jeweils 90 Minuten auf den Punkt gebracht und praxisorientiert und ohne viele Umschweife beantwortet. In diesem Format wurden:

- Das Nachfordern von Unterlagen
- Der Umgang mit Bieterfragen
- Besonderheiten bei der freihändigen Vergabe behandelt.

Die bundesweite Reichweite unserer Webinare hat es dem vhw ermöglicht, spezielle Themen, die in Präsenz wegen der Fokussierung auf einen Seminarort nur geringe Nachfrage haben, einem größeren Teilnehmerkreis zugänglich zu machen. Zu nennen sind hier etwa die Online-Angebote zur Vergabe von Schülerbeförderungsleistungen, Vergabe von Verpflegungsleistungen oder Vergabe von sozialen Dienstleistungen.

Vergabeforen als bekannte Plattformen

In diesem Berichtszeitraum führte der vhw bundesweit drei Vergabeforen durch, die mit hochkarätigen Vertretern von Bundes- und Landesministerien, Vergabesenaten und Vergabekammern sowie Kommunalverwaltung und Rechtsberatung besetzt waren.



- 17. Potsdamer Vergaberechtsforum am 7./8. September 2020
- Vergaberechtsforum Südwest des vhw am 30. September/1. Oktober 2020
- Vergaberechtsforum Nord des vhw am 7./8. Juni 2021
(3 Screenshots der Slider zur Ankündigung auf www.vhw.de/fortbildung)

Das für Juli 2020 geplante 14. Vergaberechtsforum Süd des vhw in Lindau und das für Dezember 2020 geplante 14. Vergaberechtsforum West in Köln mussten wegen der Pandemie leider ganz ausfallen. Das Vergaberechtsforum Nord fand im Jahr 2021 erstmalig online statt.

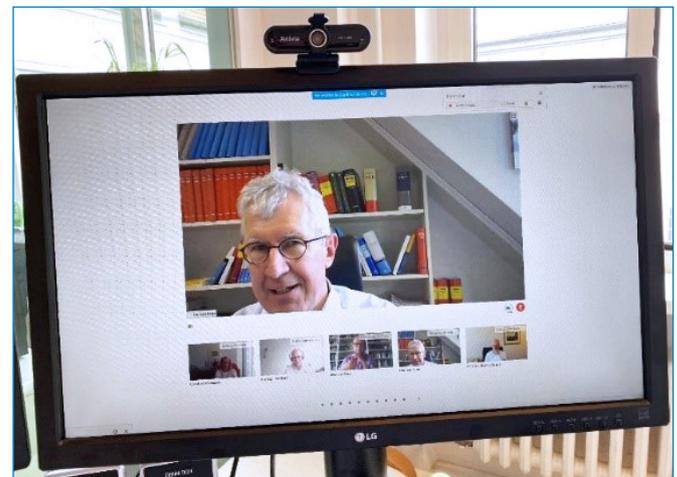


Abb. 29: Norbert Portz bei der Podiumsdiskussion anlässlich des erstmalig online durchgeführten Vergaberechtsforums Nord des vhw am 7./8. Juni 2021 (unten v.l.n.r. Dr. Christine Maimann, Dr. Dietrich Borchert, Michael Gaus, Prof. Dr. Marius Raabe)

Ausblick

Einführung des Wettbewerbsregisters

Die ursprünglich für Ende 2020 angestrebte Einrichtung des Wettbewerbsregisters beim Bundeskartellamt mit den daraus resultierenden Mitteilungs- und Abfragepflichten für öffentliche Auftraggeber verzögert sich weiter. Aktuell läuft die Registrierung der Auftraggeber. Die Mitteilungs- und Abfragepflichten sind noch nicht anwendbar. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie veröffentlicht im Bundesanzeiger eine Bekanntmachung, wenn die Voraussetzungen für die elektronische Datenübermittlung an das Bundeskartellamt vorliegen. Einen Monat nach dieser Bekanntmachung sind die Strafverfolgungs- und Bußgeldbehörden zur Mitteilung registerrelevanter Entscheidungen an das Bundeskartellamt verpflichtet. Ab diesem Zeitpunkt kann das Bundeskartellamt Auftraggebern bereits die Möglichkeit zur Abfrage des Wettbewerbsregisters eröffnen. Nach weiteren sechs Monaten wird die Abfragepflicht anwendbar.

Sorgfaltspflichtengesetz

Der Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (BT Drs. 19/28649) in der vom Ausschuss für Arbeit und Soziales geänderten Fassung (BT Drs. 19/30505) am 11. Juni 2021 angenommen. Am 25. Juni 2021 hat der Bundesrat das Gesetz durch Verzicht auf ein Vermittlungsverfahren gebilligt. Das Gesetz sieht in § 22 einen neuen fakultativen Ausschlussstatbestand von der Vergabe öffentlicher Aufträge im Sinne von § 124 Absatz 2 GWB für Unternehmen vor, die wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes gegen das Sorgfaltspflichtengesetz mit einer Geldbuße von wenigstens 175.000 Euro belegt worden sind. Das Gesetz wird zu großen Teilen am 1. Januar 2023 in Kraft treten – einzelne Vorschriften bereits am Tag nach der Verkündung.

Fernlehrgang Vergaberecht



Die Vergabe öffentlicher Aufträge erfordert oft detaillierte Rechtskenntnisse. Verfahrensfehler können zu erheblichen Verzögerungen von Projekten führen. Das Rechtsgebiet ist stark geprägt durch gerichtliche Vorgaben, insbesondere was Anwendungsbereich und Ausnahmen betrifft. Der vhw-Fernlehrgang Vergaberecht (Screenshot Flyertitel) gehörte zu den ersten Angeboten dieses Formats ab 2010

und hat seitdem 115 abgeschlossene Lehrgangsnutzende zählen können. Im Berichtszeitraum nahmen 26 dieses Angebot wahr. Vergaberecht ist ein fester thematischer Bestandteil im vhw-Bildungsangebot. Daher wird der Fernlehrgang, der in seiner Form als Fernlehrgang aktuell abgeschlossen ist, im Zusammenspiel mit digitalen Optionen weiterentwickelt.

Trauer um Heinz-Peter Dicks

Heinz-Peter Dicks, von 2006 bis 2019 Dozent beim vhw mit Tagesseminaren und Beiträgen im Rahmen von diversen Vergaberechtsforen, ist am 26. Juli 2021 verstorben. Seit 1993 war er Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf, ab 2005 als Leiter des 2. Kartellsenats, des Senats für Vergabesachen und des 27. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf. Als Richter hat Heinz-Peter Dicks das Vergaberecht bundesweit geprägt wie kein anderer. Als Dozent hatte er die Gabe, komplizierte Sachverhalte anschaulich zu schildern, auf den Punkt zu bringen und das juristische Problem in seine für Nichtjuristen verständliche Bestandteile zu zerlegen – all das immer mit viel Humor und Sprachwitz.

Wir haben einen großartigen Juristen, einen begnadeten Redner und einen sehr sympathischen Menschen verloren.



Verkehrsplanung & Straßenrecht

Im Themenschwerpunkt Verkehrsplanung und Straßenrecht führt der vhw Fortbildungen durch, die sich mit aktuellen rechtlichen, technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen des Verkehrs und der Mobilität in der Bundesrepublik beschäftigen. Der Bereich Verkehrsplanung liegt vorrangig im Verantwortungsbereich des Moduls Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung, der Bereich Straßenrecht im Aufgabenbereich des sogenannten Kerngeschäfts der regionalen Geschäftsstellen.

Das Themenfeld **Verkehrsplanung** beinhaltet sowohl Veranstaltungen zur klassischen Verkehrsplanung als auch solche zur Mobilität und zu gestalterischen Aspekten von Straßen und Plätzen. Das Themenfeld wurde in den letzten Jahren systematisch weiter ausgebaut und stellt mittlerweile einen festen Bestandteil des Angebots dar. Aufgrund der Corona-Pandemie mussten 39 Präsenzseminare abgesagt werden. Rund drei Viertel der abgesagten Präsenzseminare wandelten wir in Webinare um. Somit konnten wir im Berichtszeitraum insgesamt neun Präsenzseminare mit 200 Teilnahmen und 30 Webinare mit 718 Teilnahmen durchführen.

Dazu zählten Veranstaltungen

- zum Radverkehr,
- zur Umgestaltung von innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen,
- zum ruhenden Verkehr,
- zum ABC des Straßenbaus,
- zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge,
- zu Tempo 30 und Begegnungszonen,

- zur Verkehrsberuhigung,
- zur Gestaltung von Grün- und Parkanlagen, Straßen und Plätzen,
- zu barrierefreien Straßenräumen,
- zur vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV bis 2022 sowie
- zur Verkehrswende und deren Realisierung in den Kommunen,
- zur Verkehrssicherheit auf Stadtstraßen,
- zu den Rechtsnormen, Regelwerken und Richtlinien der Verkehrsplanung und
- Moderne Schulwegplanung (Screenshot eine von vielen Nachrichten zum Thema Verkehr mit Termintipps zum Thema unter www.vhw.de/fortbildung.)

The screenshot shows the vhw website interface. The main content area features a news article titled "NATIONALER RADVERKEHRSPLAN 3.0 VERABSCHIEDET" dated April 8, 2021. The article text states that the Federal Government has approved the National Cycling Plan (NRP) 3.0, which is a strategic plan for cycling in Germany. It mentions that the plan is a joint effort of the federal government, states, and municipalities, aiming to improve and secure cycling conditions in urban areas. The article also notes that the NRP will be updated regularly, with the next update expected by the end of 2020. The sidebar on the right, titled "TERMINTIPP", lists three upcoming events: 1. "Radverkehr planen, gestalten, entwickeln: Radwege, Radstraßen, Radverkehrs-konzepte (BRZ196043)" on 07.10.2021 in Berlin; 2. "Radverkehr im öffentlichen Raum und in der Stadt | Region, Infrastruktur, Netze und Radverkehrswege für Alltag und Tourismus (SNZ196043)" on 06.10.2021 in Leipzig; and 3. "Neuerungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) incl. Anwendungsbereiche nach neuer VwV 2021 - inkl. Tempz 30 und Radverkehr (BRZ124238)" on 24.11.2021 in Online.

Das Themenfeld **Straßenrecht und Straßenverkehr** wird wegen der landesrechtlichen Spezifika in Verantwortung der regionalen Geschäftsstellen abgedeckt. In diese Kategorie fallen neben den Fortbildungen zum klassischen Straßen- und Wegerecht und dem Straßenverkehrsrecht auch Seminare zur StVO, zum Eisenbahnkreuzungsrecht, kommunalen Winterdienst, zur Ölspurbeseitigung und zu Verkehrssicherungspflichten im öffentlichen Raum. Im Berichtszeitraum wurden 50 Veranstaltungen mit insgesamt 873 Teil-

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

nehmenden durchgeführt, das ergibt einen Mittelwert von 17,5 Lernenden pro Veranstaltung. Davon wurden 28 Termine als Online-Webinare durchgeführt. Auch hier lag die durchschnittliche Teilnehmerzahl bei 18. Wir hatten als Präsenzseminare noch deutlich mehr Termine in der ursprünglichen Planung, aber nicht jede Veranstaltung ließ sich aus inhaltlichen, didaktischen und wirtschaftlichen Gründen in ein Webinar umwandeln – den Fortbildungsbedarf für die analoge Wissensvermittlung werden wir nun im nächsten Jahr wieder decken. Im Lockdown-Zeitraum hatten im Bereich Straßenrecht und Straßenverkehr die Webinare Vorrang (und auch den besten Zuspruch), welche eine aktuelle Änderung der Rechtslage thematisierten. Dies gilt z. B. für die Veranstaltungen:

- Aktuelle Neuerungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) und der Beschilderung
- Was ist neu bei der Beseitigung von Ölschichten auf Verkehrsflächen? Aktuelle Entwicklungen, neues Regelwerk

Interessanterweise haben wir die Erfahrungen gemacht, dass auch Veranstaltungen zur Streckenkontrolle von Straßen, Wegen und Plätzen, zur Baumkontrolle und zum Winterdienst – welche typischerweise einen hohen Praxisbezug haben –, im Rahmen von Online-Veranstaltungen auch sehr gut umgesetzt werden konnten. Die Veranschaulichung durch Fotos und Videos war im Webinar am eigenen Monitor besonders einfach nachvollziehbar.

weniger auf Präsenzveranstaltungen. Auch digital wurden – analog zum Präsenzbetrieb – Grundlagen-, Vertiefungs- und Spezial-Webinare angeboten, die auf den jeweiligen Kenntnisstand der Teilnehmenden ausgerichtet waren. Rechtliches und praktisches Know-how unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen und der jüngsten Rechtsprechung sowie pragmatisch-taktische Lösungen wurden online vermittelt.

Dabei hat sich die in 2020 begonnene Entwicklung in 2021 noch verstärkt: Digitale Weiterbildungsformate bedienten vollständig die aus den Präsenzveranstaltungen bekannten Themenkreise und sollen auch zukünftig nicht aus dem Fokus rücken (Screenshot Nachricht mit Termintipps unter www.vhw.de/fortbildung). Dabei sollen sie die bewährten Präsenzen und den direkten persönlichen Austausch zukünftig nicht ersetzen, sondern das Angebotsspektrum erweitern.

STARTSCHUSS FÜR ONLINE-WOHNELDVERFAHREN IN SACHSEN

Am 1. Juni 2021 starteten die Landkreise Görlitz und Nordsachsen mit dem digitalen Wohngeldverfahren. Die Antragberechtigten beider Landkreise können ihren Erstantrag auf Wohngeld direkt online über das Serviceportal www.amt24.sachsen.de stellen. Auch die erforderlichen individuellen Unterlagen, z. B. der Mietvertrag sowie Nachweise über Einkommen und Mietzahlungen, können online eingereicht werden. Um das neue Verfahren zu nutzen, braucht jede Antragstellerin bzw. jeder Antragsteller ein Amt24-Servikonto. Dieses ist unter dem Link <https://amt24.sachsen.de/registerung> selbst zu erstellen und kann künftig auch für andere Online-Verfahren genutzt werden.

Die bisherige Papiervariante des Wohngeldantrages wurde vollständig überarbeitet und als Online-Antrag neu erstellt. Dieser ist übersichtlicher gegliedert und fragt beim Antragsteller wie bei einem Interview nur die tatsächlich für die Antragsbearbeitung notwendigen Daten ab. Es wird angestrebt, im Laufe des Jahres auch andere Antragsarten zum Beispiel den Antrag auf Lastenausgleich oder Anträge auf Erhaltung, Forderung sowie Weiterleitung online verfügbar zu machen.

Bei der Umsetzung des Online-Verfahrens arbeiten die für digitale Verwaltung zuständige Sächsischen Staatskanzlei (SK) und das für Wohngeld fachlich zuständige Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR) mit dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KIS) eng zusammen. Neben anderen Kommunen unterstützen auch die beiden Landkreise Görlitz und Nordsachsen die praxisgerechte Entwicklung und testen das Verfahren. [Quell/Weitere Informationen: Sächsische Staatskanzlei, Pressemitteilung vom 1. Juni 2021](#)

TERMINTIPP	
1. Erfolgreiche Führung in der digitalen Verwaltung (NW211191)	Zeit: 21.08.2021 Online
2. Fortbildung zur/zum Digitalisierungsbeauftragten in der öffentlichen Verwaltung (NW211643)	Zeit: 09.09.2021 - 01.10.2021 Online Webinare! Termine! • 20.10.2022 in Köln (NW221900)
3. Intensivseminar: Wohngeld für Einziger (BY210922)	Zeit/Ort: 27.09.2021 - 28.09.2021 in Nürnberg Webinare! Termine! • 04.10.2021 in Dortmund (NW219922) • 11.10.2021 in Frankfurt am Main (HG210991) • 22.11.2021 in Hannover (NS210901) • 23.05.2022 in Würzburg (BY220900)

Wegen entfallender An- und Abreisen bieten sich bei digitalen Weiterbildungsangeboten flexible Formate an. Es gibt ein größeres Angebot an mehrtägigen, eintägigen, halbtägigen wie auch nur wenige Stunden umfassende Webinare. Im Geschäftsjahr 2021 wurden erstmalig auch thematische Reihen angeboten, die aufeinander aufbauen. Auch Spezialthemen mit einem von vornherein eingeschränkten Adressatenkreis lassen sich digital wegen der bundesweit möglichen Einladung zur Teilnahme leichter realisieren.



Wohngeld- & Sozialrecht

Pandemiebedingt lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2020/2021 auf Webinaren und

Ergebnisse und Entwicklungen in den einzelnen Rechtsgebieten

SGB II/III

Der grundsätzliche Bedarf an Fort- und Weiterbildungen zur Rechtsprechung im Bereich der Hartz-IV-Gesetze wurde durch zahlreiche Veranstaltungen mit erfahrenen Richterinnen und Richtern als Dozierende abgedeckt. Das übrige Angebot, gerichtet an Vermittler oder Leistungssachbearbeiter in diesem Bereich, umfasst rechtliche Grundlagenveranstaltungen sowie Schulungen zu konkreten Themen. Diese werden immer von fachlich versierten und renommierten Praktikern oder Richterinnen und Richtern durchgeführt. Für die Teilnehmer hat die hohe Anwendungsorientierung aller Formate einen großen Stellenwert.

Ein langjähriger Schwerpunkt im SGB II ist nach wie vor die Einkommensermittlung bei Selbstständigen. Dieses Thema gewann Corona-bedingt noch einmal mehr an Bedeutung. Dabei lag im Betrachtungszeitraum der Fokus auf der Berücksichtigung der Gesetzgebung, der aktuellen Rechtslage und entsprechender Handlungsempfehlungen. Insbesondere das Thema des erleichterten Zugangs zur Grundsicherung für Selbstständige und Künstler traf auf große Resonanz bei den Teilnehmenden.

SGB VIII/XII

Zahlreiche Grundlagen- und Rechtsprechungsseminare zum SGB XII decken den grundsätzlichen Bedarf an Fortbildung und Austausch der Teilnehmer für ihre tägliche Arbeit gut ab.

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG), die Eingliederungshilfe sowie die Hilfe zur Pflege hatten auch im vorliegenden Berichtszeitraum einen Schwerpunkt im Angebotsportfolio. In diversen Veranstaltungen wurden verschiedene Aspekte und Auswirkungen unter Berücksichtigung der zum Teil bundeslandspezifischen Rechtsprechung dargestellt.

Asylbewerberleistungsrecht

Nach wie vor sind die Mitarbeiter der Kommunen in der Flüchtlingsversorgung großen Herausforderungen ausgesetzt. Die Handhabung des mehrfach geänderten Asylbewerberleistungsrechts bei großen Fallzahlen erzeugt einen stetigen Fortbildungsbedarf, dem der vhw kontinuierlich im Berichtszeitraum gerecht wurde.

Wohngeldrecht

Zum 1. Januar 2021 wurde das Wohngeldgesetz erneut geändert. Dem großen Fort- und Weiterbildungsbedarf der Wohngeldstellen wurde durch eine Vielzahl an Online-Webinaren Rechnung getragen. Das Angebot wurde quantitativ sowie qualitativ umfangreich ausgebaut. Sowohl für Einsteiger als auch für Fortgeschrittene wurden in diversen Einzelthemen die verschiedenen Facetten des Wohngeldrechts vermittelt und die Inhalte in verschiedenen Zeitformaten angeboten. Diese reichten von ein- und zweitägigen Veranstaltungen über halbtägige Webinare bis hin zu nur ein- oder zweistündigen Kurz-Webinaren. Alle Formate stießen auf große Nachfrage, das Portfolio wird dem zusehends flexibler werdenden Arbeitsalltag in den Wohngeldstellen gerecht.

8.3 Fortbildung: Aus den Bundesländern



Die **Geschäftsstelle Baden-Württemberg** konnte im Berichtszeitraum von den über 200 geplanten Präsenzveranstaltungen lediglich 45 durchführen. Diese fanden alle im Zeitraum von Juli bis November 2020

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

statt. Die Corona-Pandemie machte die Stornierung von sehr vielen, fest optionierten Terminen in unseren Tagungshäusern notwendig. Eine unerfreuliche, mitunter auch belastende Tätigkeit für alle Beteiligten.

Die verantwortbare und erfolgreiche Durchführung der 44 Seminare sowie einer großen Tagung hat das gesamte Team der Geschäftsstelle vor neue, umfangreiche organisatorische Herausforderungen gestellt. Die Buchung von geeigneten Räumlichkeiten mit ausreichend Platz für die Einhaltung der vorgeschriebenen Abstände war noch die leichteste Übung. Hygienekonzepte mussten mit den einzelnen Tagungshäusern abgestimmt werden. Die Gewährleistung der Einhaltung der A-H-A-Regeln (Abstand-Hygiene-Alltagsmaske) während der Durchführung einer Präsenzveranstaltung war nur durch den vorbildlichen persönlichen Einsatz der Seminarbetreuungskräfte möglich.



Hervorzuheben ist hier die Durchführung der 10. Baurechtstage Baden-Württemberg im Kongress-Zentrum der Stadt Heilbronn im September 2020 mit neun Dozenten und 101 Teilnehmern (Foto: R. Floren).

Auch auf Dozentenebene war Flexibilität gefragt. Auf unserer zehnjährigen Jubiläumstagung musste ein Vortrag kurzfristig auf Video aufgenommen und während der Tagung eingespielt werden, da der Dozent in Quarantäne saß und nicht anreisen konnte. Ab November 2020 waren dann nur noch digitale Fort-

bildungsangebote durchführbar. Auch hier haben sich die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle einsatzbereit und flexibel gezeigt. Sie wurden zu technischen Betreuungskräften für Webinare geschult und haben die Webinar-Verwaltung der Bundesgeschäftsstelle unterstützt.

Inhaltlich lagen die Schwerpunkte der Fortbildungsangebote der Geschäftsstelle Baden-Württemberg bei Themen rund um die Beschaffung preiswerten Wohnraums, der aktuellen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshof Mannheim zum Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, der Novellierung des Landeswohnraumförderungsgesetzes, der Novellierung des Wohnungseigentumsgesetzes sowie der Novellierung des Kommunalabgabengesetzes.

Neue Mitglieder

Wir freuen uns, folgende neue Mitglieder aus Baden-Württemberg begrüßen zu können: Stadt Bühl, Stadt Blaustein, Stadt Ochsenhausen, Stadt Pfullendorf, Gemeinde Gersetten und Gemeinde Murg sowie das Architekturbüro Thiele aus Freiburg i.Br. und das Institut Stadt | Mobilität | Energie (ISME) GmbH aus Stuttgart.



Der zurückliegende Berichtszeitraum war auch in der **Geschäftsstelle Bayern** durch die Auswirkungen der Pandemie geprägt. Die letzte Präsenzveranstaltung fand Ende Oktober 2020 statt. Daran anschließend mussten 235 Veranstaltungen, die zur Durchführung in Präsenzform im Raum Bayern angedacht waren, abgesagt werden. Davon entfielen 59 Seminare auf den Kerngeschäftsbereich der Geschäftsstelle. Dank einer frühzeitig angepassten

Veranstaltungsplanung konnte eine Vielzahl dieser Seminare in Webinare umgewandelt werden, sodass die Geschäftsstelle Bayern im Ergebnis gleichwohl wieder mit großem Zuspruch einem breiten Interessentenfeld gerecht werden konnte. Im Kerngeschäftsbereich wurden im Berichtszeitraum final 47 Veranstaltungen zur Durchführung gebracht, davon 30 in Form von Webinaren. In diesen Veranstaltungen konnte die Geschäftsstelle im Kerngeschäftsbereich insgesamt nahezu 1.500 Teilnehmende begrüßen.

Die Geschäftsstelle Bayern ist so ihrem Anspruch, teilnehmerrelevante Themen anzusprechen und dabei zum einen aktuelle Entwicklungen in der Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie zum anderen auch generelle Praxisfragen in ihre Veranstaltungen zu tragen, wiederum gerecht geworden. Beispielhaft sei in diesem Zusammenhang die Veranstaltung zum Baulandmobilisierungsgesetz genannt, bei der mit zwei sehr gut besuchten Terminen ein Überblick zu den anstehenden gesetzlichen Änderungen durch die BauGB-Novelle gegeben wurde.

Um die thematische Interessenvielfalt der Teilnehmer bedienen zu können, wurden zahlreiche neu konzipierte Veranstaltungen platziert und erfolgreich durchgeführt, daneben aber auch die Klassiker im Angebotsportfolio der Geschäftsstelle wie die Tagung im Themenbereich Abgabenrecht „Aktuelle Rechtsfragen zur Finanzierung von Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen“ oder das Rechtsprechungsseminar zum Städtebaurecht mit der Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Simone Widmann, und dem Richter am Bundesverwaltungsgericht, Dr. Andreas Decker.

Erfreulich war zudem der weiterhin rege Zulauf an Mitgliedern. Die Geschäftsstelle Bayern hat im zurückliegenden Berichtszeitraum 23 neue Mitglieder hinzugewonnen. Unter den neuen Mitgliedern finden sich sechs Städte, fünf Gemeinden, sowie zahlreiche

Kommunalunternehmen, Planungsbüros und Immobilienverwaltungen.



Auf zu neuen Ufern – Abgabentage werden Gebührentage

Die Abgabentage in Neumünster werden nach dem 10. Mal im September 2020 nicht mehr weitergeführt. Wir, die **Geschäftsstelle Nord**, wollen stattdessen dem Anschlussbeitrags- und Gebührenrecht mit den neuen Kommunalen Gebührentagen in Form einer zweitägigen Veranstaltung am 4./5. November 2021 in Hamburg mit den bewährten Dozenten Prof. Dr. Brüning und Prof. Dr. Arndt mehr Gewicht verleihen. Speziell zugeschnitten auf Schleswig-Holstein nehmen wir zudem Ende 2021 ein zweiteiliges Seminar zum Straßenausbaubeitragsrecht in das Programm auf.

Zwei Veranstaltungen zum aktiven Mitmachen: Abgrenzung Innen- und Außenbereich/Einfügen im Sinne von § 34 BauGB

Die beiden Veranstaltungen unseres Dozenten Roland Weiß-Ludwig, jahrzehntelang tätig in den für das öffentliche Baurecht zuständigen Kammern des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts, erfreuen sich stark zunehmenden Zuspruchs. Das liegt an den durch Pläne, Luftbilder, Ortsterminfotos und Videos veranschaulichten aktuellen Fallbeispielen, die nachvollziehbar machen, wie Gerichte zu ihren Einschätzungen gelangt sind. Aber auch an den Mitwirkungsmöglichkeiten der Teilnehmer. Zu einer Vielzahl der Praxisfälle müssen die Teilnehmenden eigene Bewertungen vornehmen. Dafür gibt es Punkte und am Ende wird die- oder derjenige als Sieger gekürt, die oder der sich in der Welt des Einfügens nach § 34 BauGB oder in der planungsrechtlichen Unterschei-

zung zwischen dem Innen- und dem Außenbereich am besten auskennt.

Grundlagen der Bauleitplanung

Was als kleines Tagesseminar einmal im Jahr im Geschäftsbereich der Region Nord begann, wird heute zweitägig bei großer Resonanz als Präsenzseminar und bundesweit als Webinar alle zwei Monate durchgeführt. Woran liegt das? Zum einen an der kompetenten Darlegung der komplexen Baurechtsmaterie für Ein- und Quereinsteiger durch unsere erfahrenen Dozenten Dr. Werner Klinge, Karsten Ruddigkeit und Rüdiger Knieß. Zum anderen an der Tatsache, dass vor allem in den Behörden durch Neuanstellungen und Umstrukturierungen der entsprechende Bedarf stark zunimmt.

Die ganze Vielfalt des Brandschutzes

In der Geschäftsstelle Nord finden unsere Kunden das ausdifferenzierteste Angebot im Bereich des Brandschutzes, und bedingt durch Corona kommen jetzt auch bundesweit Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Genuss der entsprechenden Webinare. Vom Brandschutz für Schulen und Kindertagesstätten, über Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser bis zum barrierefreien Brandschutz berichten unsere Dozentinnen und Dozenten aus der Praxis. Unsere Dozierenden kommen, wie Katharina Hohenhoff und Martina Zang, aus der öffentlichen Verwaltung, wie Michael Grunert, Gunnar Buhl und Dr. Karen Paliga, aus Ingenieurbüros für Brandschutz, sind Architekten und Sachverständige wie Dirk Machan oder Alexander Wellisch. Sie alle brennen für praxisorientierte Lösungen, egal aus welcher Perspektive man den Fokus auf den Brandschutz legt.

Baurechtsforum Nord mit dem Schwerpunkt Baulandmobilisierungsgesetz

Statt mit Blick auf die Landungsbrücken hat unser Baurechtsforum im Berichtszeitraum (Screenshot Slider auf www.vhw.de/fortbildung) erstmalig online



stattgefunden. Schwerpunkt des diesjährigen Forums waren die Änderungen von BauGB, BauNVO und PlanzV durch das Baulandmobilisierungsgesetz, das am 23. Juni 2021 in Kraft getreten ist. Aus erster Hand hat Dr. Jens Wahlhäuser (Referat Allgemeines und Besonderes Städtebaurecht, Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, Berlin) einen Überblick über die Neueregeln gegeben. Mit interessanten Details aus den parlamentarischen Beratungen konnte er die Hintergründe so mancher Neuregelung beleuchten. Dr. Sigrid Wienhues (Graf von Westphalen Partnerschaft von Rechtsanwälten, Hamburg) hat sich dem neu eingeführten Bebauungsplan zur Wohnraumversorgung gewidmet, Oliver Kühle und Yasmin Manderbach (B2K, Kiel) haben aus Planersicht zu dem neuen dörflichen Wohngebiet und dessen Umsetzung in der Praxis vorgetragen. Abgerundet wurde der erste Tag mit einem reich illustrierten Vortrag von Arend Bewernitz (Leiter des Arbeitsstabs des Oberbaudirektors der Freien und Hansestadt Hamburg) zu den gestalterischen Einflussmöglichkeiten der Kommunen auf Vorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung. Beim gemütlichen Ausklang konnten die Gespräche in unserer neuen vhw-Lobby online fortgeführt werden. Am



Abb. 30 und 31: Mit Abstand die beste Fortbildung. Hier mit Reinhard Wilke und Dr. Ulf Hellmann-Sieg am 17. August 2020 in Neumünster (links), Teammeeting mit „Live-Schalte“ in der Geschäftsstelle Region Nord in Hannover am 19. August 2020 (rechts) *Fotos: vhw*

zweiten Tag standen Vorträge zur Erweiterung der Vorkaufsrechte der Gemeinden, um diese bei der Aktivierung von Bauland zu unterstützen (Joachim Kronisch, PräsVG Schwerin), sowie zum im parlamentarischen Verfahren äußerst umstrittenen Baugebot und Umwandlungsverbot (Dr. Maximilian Dombert, Dombert Rechtsanwälte, Potsdam) auf dem Programm. Ein weiteres Highlight war der Vortrag von RiBVerwG Prof. Dr. Christoph Külpmann zur aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Städtebaurecht.

Nachruf auf Reinhard Wilke

Mit großer Bestürzung haben wir erfahren, dass unser langjähriger Dozent Reinhard Wilke am 14. Januar 2021 sehr plötzlich und unerwartet verstorben ist. Herr Wilke war bis zu seiner Pensionierung am 1. Oktober 2019 Richter am Oberverwaltungsgericht Schleswig. Reinhard Wilke hat dem vhw und den Teilnehmenden seiner Veranstaltungen durch seine außergewöhnliche Expertise und seine gewandte Art, Lehrinhalte praxisgerecht zu vermitteln, über viele Jahre und unglaubliche 215 Vorträge unschätzbare Verdienste erwiesen. Dieser Teil seiner – neben seinem eigentlichen Beruf erbrachten – Lebensleistung bleibt auch weiter mit dem Gelingen unserer Fortbildung verbunden.

Mitglieder in der Region Nord

Zum Abschluss noch ein Blick auf die aktuelle Mitgliederstatistik: Die Geschäftsstelle Schleswig-Holstein/Hamburg hat im Berichtszeitraum drei neue Mitglie-

der gewonnen: Die Stadt Ratzeburg, das Amt Burg-St. Michaelisdonn und den freischaffenden Architekten Kurt Schumacher, Fehmarn.

In der Geschäftsstelle Niedersachsen/Bremen sind vier Mitglieder hinzugekommen: Die Stadt Lohne, die Immobilien Development und Beteiligungsgesellschaft mbH, Oldenburg, urbano, stadtplanung & architektur, Norden und die Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg.



Dem vhw ist es im Berichtsjahr gelungen, den bewährten Präsenzfortbildungsbetrieb nach und nach auf Webinare (Online-Fortbildungen) umzustellen. Den didaktischen und technischen Herausforderungen haben sich die Fortbildungsreferentinnen und -referenten sowie die Dozierenden gut gestellt, sodass allein organisiert durch die **Geschäftsstelle Nordrhein-Westfalen** 54 Webinare kumulativ zu 22 Präsenzseminaren (in den Zeiten, in denen das erlaubt war) stattgefunden haben.

Von den ursprünglich angesetzten 157 Veranstaltungen konnte die Geschäftsstelle 76 durchführen. 21 Veranstaltungen hatten immerhin 40 und mehr Teilnehmende, sodass insgesamt 2.221 Fortbildungsteilnahmen erfolgten.

Die Bad Honnefer Beitragstage unter Federführung von Prof. Dr. Hans-Joachim Driehaus konnten – da bei dieser traditionellen Veranstaltung die persönliche Begegnung im Vordergrund steht – nicht digital ersetzt werden, jedoch war es möglich, den Adressatenkreis durch kürzere oder Tages-Webinare auf dem aktuellen Stand der Rechtsprechung/neuesten Entwicklungen im Erschließungs- und Straßenbaubereich zu halten.

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

Auch gesetzliche Neuerungen hatten Einfluss auf das Fortbildungsgeschäft:

Mit dem Titel „Novelle des Baugesetzbuches und der Baunutzungsverordnung: Was ändert sich 2021 in der Praxis durch das Baulandmobilisierungsgesetz?“ fanden vier Webinare mit insgesamt 248 Teilnahmen statt. Aktuell war das Thema „Wohnraumstärkungsgesetz: Neue Regeln für die Wohnungsaufsicht in NRW ab Juli 2021“. Abgeschlossen wurde die Darstellung neuer Gesetze durch das Webinar „Novelle 2021 BauO NRW: Ausbau von Mobilfunk/Photovoltaik/Windenergie und Dachgeschossen, Einsparung CO₂-Emissionen, Stärkung Innenstädte, Digitalisierung Baugenehmigung und andere Neuerungen“.

In anderen, nicht zwingend landesrechtlichen Themen wie Migration und Ausländerrecht sowie Wohnungswirtschaft wurde der Fortbildungsbedarf mit bundesweit adressierten Webinaren gedeckt. Neben den Präsenzveranstaltungen, die den direkten persönlichen Austausch ermöglichen, werden Online-Formate auch zukünftig das Angebot des vhw erweitern.

In der **Geschäftsstelle Sachsen/Thüringen** mit ihrem Sitz in Leipzig gibt es seit dem 1. Januar 2021 neue personelle Zuständigkeiten: Neue Geschäftsführerin ist Ass. jur. Katrin Weber-Bobe; sie tritt die Nachfolge von Petra Rösler an, die ihrerseits langjährig und verdienstvoll diese Position ausgefüllt hat. Ebenfalls neu seit Anfang dieses Jahres wird die Geschäftsstelle in der Organisation durch Claudia Heiland und Mariana Schläge unterstützt.

Das Fortbildungsangebot richtete sich an Beschäftigte der kommunalen Gebietskörperschaften und staatlicher Behörden, an Träger öffentlicher Belange und Beschäftigte von wohnungswirtschaftlichen Unternehmen sowie an freie Berufsträger wie Architekten, Planer und Rechtsanwälte.

Pandemiebedingt konnten Präsenzveranstaltungen im Berichtszeitraum nur sehr eingeschränkt stattfinden. An dieser Stelle gilt der Dank allen Tagungshäusern, die mit großem Engagement die notwendigen Vorkehrungen für die Einhaltung von Hygiene- und Abstandskonzepten getroffen haben und damit den reibungslosen Ablauf von Präsenzveranstaltungen gewährleistet haben.

Von den durchgeführten Präsenzveranstaltungen sind die Leuchtturmveranstaltungen hervorzuheben, wie die 21. Brandenburger Beitrags- und Gebührentage in



Die beiden **Geschäftsstellen der Region Ost** mit ihren Standorten Berlin und Leipzig betreuen Veranstaltungen des vhw in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.



Blankenfelde-Mahlow (Screenshot Slider zur Veranstaltung auf www.vhw.de/fortbildung) und das 17. Potsdamer Vergaberechtsforum im September 2020.

Das erste Präsenzseminar im Jahre 2021 fand in Dresden zum Bauplanungsrecht mit 22 Teilnehmenden statt.

Aufgrund der bereits 2020 gesammelten Erfahrungen mit dem neuen Fortbildungsformat Webinar, einem gelungenen Webinar-Management und der Bereitschaft der meisten Dozierenden, sich den neuen Herausforderungen zu stellen, konnte eine Vielzahl der Präsenzveranstaltungen als Webinare angeboten und durchgeführt werden. Insgesamt wurden mit 71 Webinaren im Kerngeschäft mehr als 1.650 Teilnehmende erreicht. Aus dem Bereich des Kerngeschäfts konnten, insbesondere zu baurechtlichen Themen, überdurchschnittliche Teilnehmerzahlen erzielt werden.

Im Berichtszeitraum begrüßten wir im Tätigkeitsbereich der Geschäftsstelle Ost 11 neue Mitglieder.



Die Region Südwest wird von der **Geschäftsstelle Hessen** und der **Geschäftsstelle Rheinland-Pfalz** betreut, deren gemeinsamer Sitz sich in Ingelheim am Rhein befindet.

Im Berichtszeitraum wurde der überwiegende Teil der Veranstaltungen im Rhein-Main-Gebiet und im angrenzenden Umland angeboten. Die Tagungsstätten waren für alle Teilnehmenden aus beiden Bundesländern zentral gelegen und mit verschiedenen Verkehrsmitteln erreichbar. Der sonstige Teil der Veranstaltungen wurde in den entfernteren Gebieten angeboten, um die Kundenbindung auch dort zu gewährleisten.

Einerseits wurden einheitliche Veranstaltungen über die gemeinsame Landesgrenze hinweg angeboten, deren Themen sich in beiden Bundesländern gleichermaßen eignen. Andererseits wurden landesspezifische Veranstaltungen in dem jeweiligen Bundesland

angeboten, deren Themen sich in den beiden Bundesländern deutlich unterscheiden. Zusätzlich wurden digitale Veranstaltungen bundesweit angeboten.

Im Geschäftsfeld wurden eigene Veranstaltungen konzipiert und durchgeführt, die den Kompetenzfeldern nicht speziell zugeordnet waren.

In **Hessen** betrug die Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen zum Allgemeinen Verwaltungshandeln 6, zum Bauordnungsrecht 6, zum Bauplanungsrecht 12, zum Ordnungsrecht 7 und zum Straßenrecht 3 sowie zur kaufmännischen Wohnungswirtschaft 1. Unter anderem lagen Schwerpunkte auf der Novellierung des Kommunalwahlrechts, dem Bestattungs- und Friedhofsrecht, dem Drittschutz im Baurecht, den Abstandsflächen von Bauvorhaben, dem Bauen im Außenbereich, dem Intensivkurs zur Bauleitplanung, dem Flächennutzungsplan, der Auswahl des Bebauungsplantyps, den Städtebaulichen Verträgen sowie der Rechtsprechung zum Bauplanungs- und Bauordnungsrecht.

Von den durchgeführten Veranstaltungen fanden in der geplanten Präsenzform 15 und nach der frühzeitigen Umwandlung bzw. Nachplanung in Webinarform 20 statt. Zudem betrug die Anzahl der aufgrund der Corona-Pandemie ausgefallenen Veranstaltungen in der geplanten Präsenzform 13 und nach der frühzeitigen Umwandlung in Webinarform 2, was trotz der inhaltlichen, organisatorischen und personellen Anstrengungen unvermeidbar war.

In **Rheinland-Pfalz** betrug die Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen zum Allgemeinen Verwaltungshandeln 5, zum Bauordnungsrecht 6, zum Bauplanungsrecht 11, zum Ordnungsrecht 4 und zum Straßenrecht 7 sowie zum Ausländerrecht 1. Unter anderem lagen Schwerpunkte auf dem Umgang mit Informationsansprüchen, dem Workshop zum Umgang mit Widersprüchen, dem Brandschutz für Sonderbauten, dem Bauen im unbeplanten Innenbereich, der Durchführung von Bebauungsplanverfahren, den Vorkaufsrechten der Gemeinde sowie den Erschließungsverträgen.

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

Von den durchgeführten Veranstaltungen fanden in der geplanten Präsenzform 10 und nach der frühzeitigen Umwandlung in Webinarform 24 statt. Zudem betrug die Anzahl der aufgrund der Corona-Pandemie ausgefallenen Veranstaltungen in der geplanten Präsenzform 8 und nach der frühzeitigen Umwandlung in Webinarform 1, was auch trotz der bereits genannten Anstrengungen unvermeidbar war.

Im Gesamtergebnis hat sich angesichts der Corona-Pandemie der Trend aus dem letzten Berichtszeitraum positiv entwickelt. Mittels der frühzeitigen Reaktion im Geschäftsfeld konnte ein erfreuliches Ergebnis bei den Teilnehmer- und Umsatzzahlen erreicht werden. Das Interesse der Teilnehmenden an neuen oder modifizierten Konzepten war erfreulich hoch und ist weiterhin vorhanden.

ten Lockung vor den Sommerferien 2021 sofort wieder eine Veranstaltung in Präsenzform durchgeführt werden. Besonders wichtig wird es bleiben, die Teilnehmenden von dem regionalen Sicherheitskonzept in den Veranstaltungen zu überzeugen.

Zusätzlich konnten Veranstaltungen in Webinarform bundesweit durchgeführt werden. Dabei konnten die Teilnehmenden von der Didaktik sowohl beim Workshop mit digitalen Kleingruppen als auch bei der Großveranstaltung mit bundesweiter Beteiligung überzeugt werden. Unter anderem wurde bei der Veranstaltung zur Durchführung der Bebauungsplanverfahren sogar die Teilnehmerzahl von 72 in den Evaluationen positiv bewertet.

Neue Mitglieder

Über neue Mitgliedschaften konnte die Region Südwest sich auch wieder freuen. In Hessen begrüßten wir die Stadt Bad Arolsen und die Stadt Mühlheim am Main. In Rheinland-Pfalz waren es die Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues, die Gemeindeverwaltung Mutterstadt und die Firu Koblenz GmbH.



Abb. 32 bis 35: Bis zur zweiten Schließung vor den Herbstferien 2020 wurden auch wieder Präsenzveranstaltungen, beispielsweise in Flörsheim/Main am 25. August 2020, durchgeführt (oben links). Nach der zweiten Lockerung vor den Sommerferien 2021 wurde die erste Präsenzveranstaltung in Friedberg/Taunus am 28. Juni 2021 durchgeführt. Neben den Abstands- und Hygieneregeln war erstmals vor dem Einlass die Testpflicht einzuhalten. Im Fachgespräch am Dozententisch und vor dem Flipchart war die Maskenpflicht ebenfalls zu beachten. *Fotos: Bernd Bauer*

Aufgrund der intensiven Gespräche mit den zuständigen Landesministerien und auch länderübergreifender Umbuchungen in andere Tagungsstätten konnten nach der ersten Lockerung vor den Sommerferien 2020 bis zur zweiten Schließung vor den Herbstferien 2020 auch wieder Veranstaltungen in Präsenzform durchgeführt werden. Genauso konnte nach der zwei-



Über die **Geschäftsstelle Saarland** hat der vhw im Berichtsjahr seine Fortbildungsaufgaben in der Region wahrgenommen. Die Veranstaltungen wurden als Tagesseminare, Tagungen oder Webinare angeboten. Im Berichtszeitraum hat die Geschäftsstelle Saarland insgesamt 14 Veranstaltungen, 8 in Präsenz und 6 als Webinar, angeboten. Diese Fortbildungsangebote nutzten 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die Geschäftsstelle Saarland bietet traditionell fachliche Fortbildung für die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung und der Wohnungswirtschaft sowie für Archi-

tekten, Ingenieure und Rechtsanwälte an und hat sich im Berichtsjahr als kompetenter und erfahrener Bildungsträger mit einem breit angelegten Themenspektrum rund um die Stadtentwicklung und die Immobilienwirtschaft bewährt. In Lehre und Forschung ausgewiesene Dozierende aus Anwaltschaft und Justiz, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Hochschulen sorgten für die Aktualität und Qualität der Seminarinhalte.

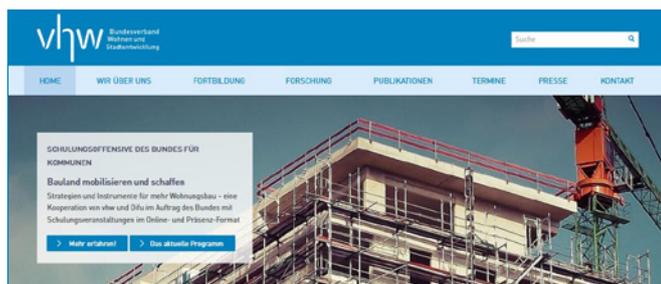
Mitglieder

Als neue Mitglieder konnten wir drei Gemeinden und sogar die Landeshauptstadt Saarbrücken gewinnen.

8.4 Leuchtturmveranstaltung und -initiative

Schulungsoffensive des Bundes

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist derzeit für viele Städte und Gemeinden eine der zentralen Herausforderungen. Die Städte müssen daher neues Bauland entwickeln. Dieser Prozess ist komplex, die rechtlichen Voraussetzungen und wirtschaftlichen Folgen weitreichend. Eine Schulungsoffensive des Bundes unterstützt vor diesem Hintergrund Kommunen beim Einsatz von Strategien und Instrumenten des Baugesetzbuchs.



Das Projekt „Schulungsoffensive des Bundes zu Strategien und Instrumenten des Baugesetzbuchs“ (Screenshot des Sliders zur Landingpage auf www.vhw.de) hat

zum Ziel, Impulse für eine schnelle, effektive und effiziente Mobilisierung vorhandener und die Schaffung neuer Bebauungsmöglichkeiten für den Wohnungsbau zu setzen. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) für dessen Durchführung eine Zuwendung gewährt. Der vhw wurde durch das Difu beauftragt. Das Projekt wird in inhaltlicher Hinsicht gemeinsam von Difu und vhw bearbeitet, für die organisatorische Abwicklung zeichnet der vhw verantwortlich. Die Laufzeit des Projekts ist von Dezember 2019 bis Juni 2022 vereinbart.

Projektbausteine sind die Durchführung von 10 bis 15 im Bundesgebiet regional verteilten Schulungsveranstaltungen für die kommunale Praxis, fünf Regional Konferenzen sowie die Erstellung eines Sammelbands mit Materialien zu Strategien und Instrumenten der Baulandbereitstellung für den Wohnungsbau. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen durch die Corona-Pandemie steht eine Anpassung der Zuwendung hinsichtlich der Projektbausteine im Einzelnen bevor.

Zur inhaltlichen Vorbereitung der Schulungsveranstaltungen haben vhw und Difu in Abstimmung mit dem Zuwendungsgeber ein Curriculum erarbeitet. Es zeigt auf, welche Instrumente und Handlungsoptionen aufgrund des BauGB und der kommunalen Liegenschaftspolitik bestehen und wie sie zusammenwirken können, um vorhandenes Bauland schnell und effektiv zu mobilisieren und neues Bauland für den Wohnungsbau zu entwickeln. Für die Durchführung der Aus- und Schulungsoffensive konnten zahlreiche renommierte Dozierende aus der Richter- und Anwaltschaft, einer Universität, der kommunalen Verwaltung sowie aus freischaffenden Büros gewonnen werden, die beispielhafte Wege zur Schaffung und Mobilisierung von Wohnbauland für die Anwendungspraxis in kompakter Weise aufzeigen.

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

Zielgruppe der Schulungsveranstaltungen ist die kommunale Verwaltung. In geringem Umfang werden Interessierte aus anderen Bereichen zugelassen. Durchgeführt wurden bisher zwei Schulungen als Präsenzveranstaltungen sowie sechs Online-Schulungen. Aufgrund des hohen Interesses musste stets eine Teilnehmerbegrenzung erfolgen. Entsprechend dem bisherigen Feedback werden die Schulungsveranstaltungen von den Teilnehmenden als außerordentlich hilfreich beurteilt, weil sie in einem kompakten Format einen Überblick über das vorhandene Instrumentarium des BauGB in Verknüpfung mit der kommunalen Liegenschaftspolitik und Gelegenheit zu interaktiver Diskussion und Erfahrungsaustausch erhalten.

Digital first: Die traditionelle vhw-Bundesrichter-tagung 2020 erstmals online

Normalerweise hätte die 15. vhw-Bundesrichtertagung am 30. November 2020 wieder in Bergisch Gladbach stattgefunden. Manch einer hatte sich bereits auf das Wiedersehen mit bekannten Gesichtern, das Kennenlernen von Kolleginnen und Kollegen und den direkten Austausch mit den Leipziger Bundesrichtern gefreut.

Zusammen digital: Kurz entschlossen von der Präsenz- zur Online-Veranstaltung

Die Corona-Pandemie hat die Ausrichtung in dieser Form jedoch wie so vieles andere unmöglich gemacht. Um die beliebte Tagung nicht absagen zu müssen, hat sich der vhw als Veranstalter kurzerhand entschlossen, sie ausschließlich digital durchzuführen. Großer Dank gilt hierbei den drei mitwirkenden Bundesrichtern aus dem Städtebausenat am Bundesverwaltungsgericht dafür, dass sie sich ganz unkompliziert auf das Online-Format eingelassen haben. Sie haben hierdurch erst ermöglicht, dass die Tagung zumindest digital stattfinden konnte.

An die Stelle des großen Saals im Kardinal-Schulte-Haus als Veranstaltungsort trat der Livestream aus

Arbeitszimmern, Richterzimmern, Büros und Küchen im Homeoffice in ganz Deutschland. In der Tat haben nach dem Ergebnis einer kurzen durchgeführten Umfrage etwa 70 Prozent der antwortenden Teilnehmenden aus dem Homeoffice teilgenommen.

Auch von Bildschirm zu Bildschirm haben die Leipziger Richter aus erster Hand sehr lebendige Einbli-



Abb. 36 bis 38: Die Tagung 2019 noch vor Ort, Eröffnung 2020 am Bildschirm, dabei oft die Frage: „Können Sie mich hören?“

cke in ihre höchstrichterlichen Entscheidungen zum Städtebaurecht aus dem zu Ende gehenden Jahr gewährt und diese mit den Fachleuten im Publikum diskutiert.

Die aus der Ferne präsentierten Entscheidungen betrafen in diesem Jahr wieder zu einem nicht unerheblichen Teil die klassischen „Schwergewichte“ des Städtebaurechts.

Die Auswahl der von den Bundesrichtern vorgestellten – teilweise noch nicht veröffentlichten – Entscheidungen hat das Spektrum der heutigen Aufgaben und Herausforderungen des Städtebaurechts und seiner Nebengebiete gespiegelt. Sie reichte von den weiterhin sehr praxisrelevanten Anwendungsfragen zum sogenannten Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren (BVerwG, 4 CN 5.18, BVerwG 4 CN 4.19), über die Frage des Vorrangs zweier miteinander konkurrierenden Windenergieanlagen (BVerwG, 4 C 3.19) bis zur Reichweite des Einwendungsausschlusses bei fingiertem gemeindlichen Einvernehmen (BVerwG, 4 C 1.19).

Auch bei dieser Tagung erging die Bitte an die Teilnehmenden, sich an der Umfrage zur Evaluation zu beteiligen. Diese hat ein sehr positives Feedback zur Online-vhw-Bundesrichtertagung ergeben. Die 15. vhw Bundesrichtertagung 2020 war zwar anders: ausschließlich digital, kein hörbarer Applaus, jedoch mit neuen Wegen der Interaktion. Zugleich war sie auch 2020 genau das, was sie immer ist: Die Leipziger Richter haben aus erster Hand nahe Einblicke in ihre Überlegungen zu den höchstrichterlichen Entscheidungen zum Städtebaurecht gewährt und diese mit den teilnehmenden Gästen und Fachleuten diskutiert.

Die 16. Bundesrichtertagung soll am 29. November 2021 wieder als Präsenzveranstaltung, d. h. mit leichter möglichem spontanen kollegialen Austausch bei „Flurgesprächen“ oder in den Pausen in Bergisch Gladbach stattfinden. Stattfinden wird sie in jedem Fall – bei erneuten pandemiebedingten Einschränkungen

ggf. digital. Ein ausführlicher Bericht zu der Tagung ist in Forum Wohnen & Stadtentwicklung 3/2021 erschienen: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2021/3_2021/FWS_3_21_Coulmas.pdf

8.5 Marketing-Aktivitäten im Fortbildungsbereich

Auch für das Marketing gab es im Pandemiejahr 2020/2021 besondere Herausforderungen. Diese wurden hauptsächlich durch die fortlaufend notwendige Anpassung des Angebots an die Inzidenzentwicklung und die jeweiligen Marktanforderungen verursacht. Hohe Kommunikationsanforderungen ergaben sich vor allem aus der kurz- und mittelfristigen Umwandlung aller Seminare des Winters und Frühjahrs in Webinare.

Neben dem Hauptkommunikationskanal E-Mail-Direktmarketing haben wir im September 2020 mit den Programmvorschaueinern ein neues Sammelformat im Bereich Printmarketing eingeführt. Dieses ersetzte den früher üblichen, aber schon im Frühjahr 2020 ausgesetzten Versand von Printflyern für jeweils einzelne Veranstaltungen. In den ersten sechs regionalspezifischen Ausgaben der Programmvorschaueinern im DIN-A4-Format wurde deutschlandweit das gesamte Themenspektrum für die Monate November und Dezember beworben. Es folgte eine weitere überregionale Ausgabe zum Angebotsformat Webinar für das Gesamtjahr 2021 (mit Planungsstand November 2020).

Interessierte und Bestandskundinnen und -kunden erhielten zudem rechtzeitig vor Ostern 2021 eine weitere regional abgestimmte, durchgehend farbige Broschüre mit dem jeweiligen Gesamtprogramm von April bis August 2021. Alle Broschüren werden redaktionell begleitet mit zusätzlichen Informationen aus dem Bereich Fortbildung, zu ausgewählten Themenfeldern, Wissenswertem rund um das beim vhw neue Digital-

format Webinar und die Teilnahmemöglichkeiten, zu Fachbuchpublikationen und öffentlichen Veranstaltungen wie dem vhw-Digitalkongress im Juni 2021.

Weiterhin erfolgten im Bereich Printmarketing auf das Veranstaltungsangebot und die Zielgruppen abgestimmte Aussendungen zu ausgewählten Leuchtturmveranstaltungen oder speziellen Programmclustern in variierenden Formaten.

Zahlreiche Optimierungen auf unserer eigenen Webseite und im Bereich Paid Media etc. zahlen nach und nach messbar auf den Vermarktungserfolg im Veranstaltungsbereich ein. Sie sind Teil eines komplexen Umbauprozesses, der für die zukunftsgerechte Aufstellung des vhw-Marketings bereits 2019 in Gang gesetzt wurde.

vhw mit flächendeckend neuem Corporate Design

Anschließend an den Launch des neuen vhw-Logos im Herbst 2020 auf der Webseite wurde die neue Gestaltung der visuellen Kommunikation mehr und mehr sichtbar in den vielfältigen Medien des vhw. Das zeitgemäße Gesamterscheinungsbild zeigt sich mittlerweile durchgängig in Publikationen wie „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ oder der werkSTADT, aber auch erste Bücher des Fachverlags glänzen in neuem Gewand.



Abb. 39 bis 41: Fachbuch, Zeitschrift, vhw werkSTADT

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

Informations- und Werbemittel in eigener Sache

Das Referat Öffentlichkeitsarbeit unterstützt den Bereich Fortbildung für ausgewählte vhw-Leuchtturmveranstaltungen bei der Bildmotivsuche für Medien wie Programmflyer und redaktionell sowie technisch bei der Erstellung von thematischen Landingpages auf der Webseite.

vhw-Fortbildungsangebote bei Externen

Mehrfach im Jahr versenden wir individuell zusammengestellte Terminlisten an Portale, Newsletter und Fachzeitschriften, um vhw-Veranstaltungen den unterschiedlichen Fachzielgruppen der vhw-Fortbildung in externen Medien nahezubringen. Regelmäßig aktualisiert werden zudem die Fachportale Bildungsmarkt SGBII sowie Veranstaltungslandkarte und das IHK-Portal WIS.

vhw-Veranstaltungsticker und vhw-Veranstaltungsratgeber

Das Kundenangebot vhw-Veranstaltungsticker mit individuell auswählbaren Fortbildungsthemen – seit sechs Jahren im Abonnement verfügbar – hat sich stabil entwickelt. Zum Ende des Berichtszeitraums nutzten 11.000 Abonnenten den Informationsservice zu analogen wie digitalen Veranstaltungsterminen. Mit dem vhw-Veranstaltungsratgeber, der nach erfolgter Zustimmung vom vhw versendet wird, informiert die vhw-Fortbildung umfangreicher fachlich mehrmals im Jahr zu Fortbildungsveranstaltungen sowie Fachbüchern des vhw-Verlags.

Internetredaktion

Neben der redaktionellen Bearbeitung der vhw-Internetseite erarbeitet die Internetredaktion Handlungsanleitungen, dokumentiert und begleitet wesentliche technische sowie strategische Optimierungen in Zusammenarbeit mit dem Marketing.

vhw-Fortbildung Webinare September/Oktober 2021

In eigener Sache: Wer wir sind - unser neuer Film „Gemeinsam Stadt gestalten“ [Link](#)

Nachfolgend unser Fortbildungsangebot mit ausgewählten Webinaren zur redaktionell

Startseite > Terminübersicht

Naturschutz und Landschaftsplanung

Zeitschrift für angewandte Ökologie

STARTSEITE AKTUELLES TERMINE THEMEN MAGAZIN

Suchbegriff / Webcode

Webinar: Woche des Umweltrechts - Das neue Insektenschutzgesetz und die Pflanzenschutzanwendungsverordnung (WB210728)

Terminübersicht

Termin	Veranstaltungsort	Information / Anmeldung
Di 15.06.2021	online	vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung
Anmeldungsschluss	10585 Berlin, Deutschland	> zur Website
14.06.2021	Referent:	Johannes Jürging, Dr. Stefan Lotkes, Prof. Klaus Wierk

Manuskript einreichen

Alle wichtigen Informationen rund um die

Termine

72 SERVICE

Online-Veranstaltungen

05.07.2021
Online-Veranstaltung
05.07.2021, 17:00 Uhr, 17:00-18:00 Uhr
200 Euro, inkl. MwSt. - Geschäftsgebühr
In der Immobilienwirtschaft sind die Anforderungen an die Immobilienentwicklung und die Anforderungen an die Immobilienentwicklung...

09.-10.02.2021
Deutscher Handelsimmobilienkongress
09.-10.02.2021, 09:00-18:00 Uhr, 1. und 2. Tag
Fünf Himmelsrichtungen
Kosten: 1000,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.haus-eck.de

22.-23.02.2021
21. Kölner Baurechtstag
22.-23.02.2021, 09:00-18:00 Uhr, 22. und 23. Februar
Kosten: 250,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.haus-eck.de

25.02.2021
Klimapiegel der Wohnungswirtschaft 2021
25.02.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

13.03.2021
Fachtag Digitalisierung in der Wohn- und Immobilienwirtschaft
13.03.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

80 SERVICE

Online-Veranstaltungen

21.-23.04.2021
Berliner EnergieTag 2021
21.-23.04.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.energie-tag.de

28.04.2021
Fachtag Digitalisierung
28.04.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

28.-30.07.2021
39. Mitteldeutsche desolid
28.-30.07.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

02.-04.05.2021
14. Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik
02.-04.05.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.nst.de

04.-05.05.2021
Geo Veldis 2021
04.-05.05.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

10.02.2021
Die neue Immobilienwert 2021
10.02.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

20.05.2021
Deutscher Immobilienwertschöpfungskongress
20.05.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

07.-08.04.2021
Baurechtstag in der Immobilienwirtschaft
07.-08.04.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.haus-eck.de

14.04.2021
Fachtag Digitalisierung
14.04.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

14.04.2021
ITW-Fachtag für energieeffizientes Bauen
14.04.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

15.04.2021
Die VHW-Reform 2020
15.04.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

20.04.2021
Gewerbliches Mietrecht 2021
20.04.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

21.04.2021
Gewerbliches Mietrecht 2021
21.04.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

21.04.2021
Gewerbliches Mietrecht 2021
21.04.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

22.04.2021
Das Wohnraumrecht in der aktuellen Rechtsprechung
22.04.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

28.04.2021
Spezialkongress Angebote und Risiken
28.04.2021, 09:00-18:00 Uhr
Kosten: 100,- € zzgl. 100,- € für den 2. Tag
www.vhw.de

29.03.04.2021

bildungsmarkt sgb2

Das Weiterbildungsportal für Beschäftigte im Jobcenter

Suche nach Angeboten

Suche nach Anbietern

73 Angebote für Ihre Suche nach s/vhw

Webinar: Der Streit über die Erwerbsfähigkeit in SGB II und SGB XII (WB191999)

Webinar: Hilfen in Wohnungsmärkten und bei Obdachlosigkeit (WB210728)

WIS Das Weiterbildungs-Informationssystem

Suche | über WIS | Kontakt | Hilfe

Seminare

Wählen Sie aus über 76.000 Seminaren

vhw

Seminare anzeigen ab: 03.07.2021

Seminare anzeigen in: PLZ: 10585

Erweiterte Suche

Seminarartitel	Seminaranbieter	Trainer	Datum	PLZ	Ort
Webinar: Die Stärken von informeller Bürgerbeteiligung (WB210728) (Einführung - Strategien) - (Digitale) Privatbesitz	vhw	Dr. Stefan Lotkes	09.07.2021	10585	Berlin (Einführung & A.)
Webinar: Hilfen in Wohnungsmärkten und bei Obdachlosigkeit (WB210728) (Einführung - Strategien) - (Digitale) Privatbesitz	vhw	Dr. Stefan Lotkes	12.07.2021	10585	Berlin (Einführung & A.)

Instagram

reisschulz

Webinar: Die Stärken von informeller Bürgerbeteiligung (WB210728) (Einführung - Strategien) - (Digitale) Privatbesitz

Webinar: Hilfen in Wohnungsmärkten und bei Obdachlosigkeit (WB210728) (Einführung - Strategien) - (Digitale) Privatbesitz

Webinar: Die Stärken von informeller Bürgerbeteiligung (WB210728) (Einführung - Strategien) - (Digitale) Privatbesitz

Webinar: Hilfen in Wohnungsmärkten und bei Obdachlosigkeit (WB210728) (Einführung - Strategien) - (Digitale) Privatbesitz

Abb. 42 bis 47: vhw-Infoservice (links oben), Terminverwertungen (Mitte), vhw-Veranstaltungen auf zwei Fachportalen (links unten) und auch Dozierende bewerten gern, Beispiel Instagram (rechts unten)

Die Entwicklung der vhw-Fortbildung

Slider

Regelmäßig wechselnde Slider (Bildbühnen) werden auf der Hauptseite Fortbildung als erstes wahrgenommen und kündigen zumeist acht verschiedene Veranstaltungen oder Neuerungen für jeweils eine Dauer von ca. zwei bis vier Wochen an. Nutzer werden über einen Link zu weiteren Informationen auf die jeweilige Veranstaltungs- oder Publikationsseite bzw. neuen Landingpages geführt. Inhaltlich werden hier die Leuchtturmveranstaltungen des vhw, wie Vergaberechtsforen, Beitrags- bzw. Baurechts- oder Mietrechtstage, sowie Neuerscheinungen von Fachbüchern, neue Themen oder Fortbildungsformate präsentiert.



Abb. 48: Die „Woche des Umweltrechts“, neue Fortbildungsreihe zu aktuellen Themen des Umweltrechts – 2021 im Online-Format



Abb. 49: Die neue Landingpage „Digitale Verwaltung“, auf der das vhw-Fortbildungsangebot zum Themenfeld ausführlich vorgestellt wird.



Abb. 50: „Wohngeld-Leitfaden 2021“, Fachbuch zur Fortbildung, verlegt im Verlag Dienstleistung GmbH

Nachrichten generieren Websitebesuche von Interessierten

Seit acht Jahren gibt es Nachrichten zu allen Fachthemen der vhw-Fortbildung. Das Interesse daran

ist gleichbleibend groß. Während des Internetseiten-Besuchs nutzt ein Teil der an vhw-Fortbildung Interessierten den Service angebotener Nachrichten, die in der Regel mit Termintipps der Fortbildung verknüpft sind. Über Internetsuchmaschinen werden Interessierte ebenfalls auf die vom vhw redaktionell bearbeiteten Nachrichten zu Gesetzen, Novellen, rechtlichen Neuerungen u. v. m. und somit auch auf das Bildungsangebot des Verbandes aufmerksam. Eine Einzelnachricht schafft es durchaus einmal, bis zu 1.000 Aufrufe zu initiieren. Über 2.700 Nachrichten wurden bisher für den Fortbildungsbereich verarbeitet. Dazu recherchiert die Nachrichtenredaktion in ca. 60 Newslettern/RSS-Feeds von Fachministerien, Landesregierungen, EU-Institutionen, Bundes- und Obergerichten sowie Forschungseinrichtungen.

Nachrichten zu den überwiegend rechtlichen Themenfeldern der Fortbildung spielen sowohl auf der Startseite/Home (Rubrik Fortbildung) als auch auf der Fortbildungsseite (dort als eigene Kategorie, die sich je nach gesuchtem Themenfeld automatisiert zuordnet) eine große Rolle. Im Berichtszeitraum wurden 376 Fortbildungsnachrichten produziert.

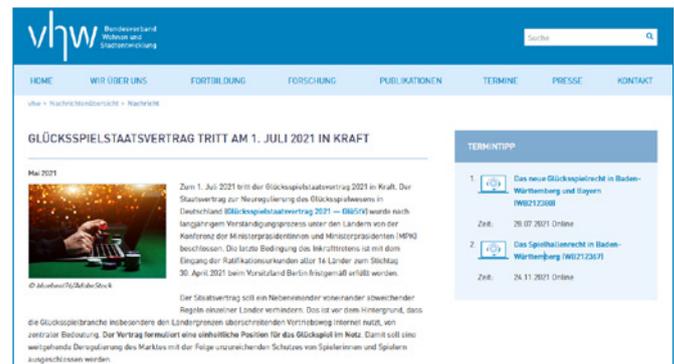


Abb. 51: Im Berichtszeitraum wurden 96 Prozent der Nachrichten mit thematisch passenden und aktuellen Fortbildungsveranstaltungen verknüpft.

Die Fortbildungsnachrichten greifen Aktuelles – passend zu den Themen der vhw-Fortbildung – auf. Dabei war in den letzten Jahren das Angebot an Nachrichten besonders groß für die Themenfelder:

- Umweltrecht und Klimaschutz,
- Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung,
- Verkehrsplanung und Straßenrecht,
- Städtebau-, Bauordnungsrecht, Raumordnung,
- Immobilienrecht, -management, -förderung,
- Wohngeld- und Sozialrecht sowie
- Digitale Verwaltung.

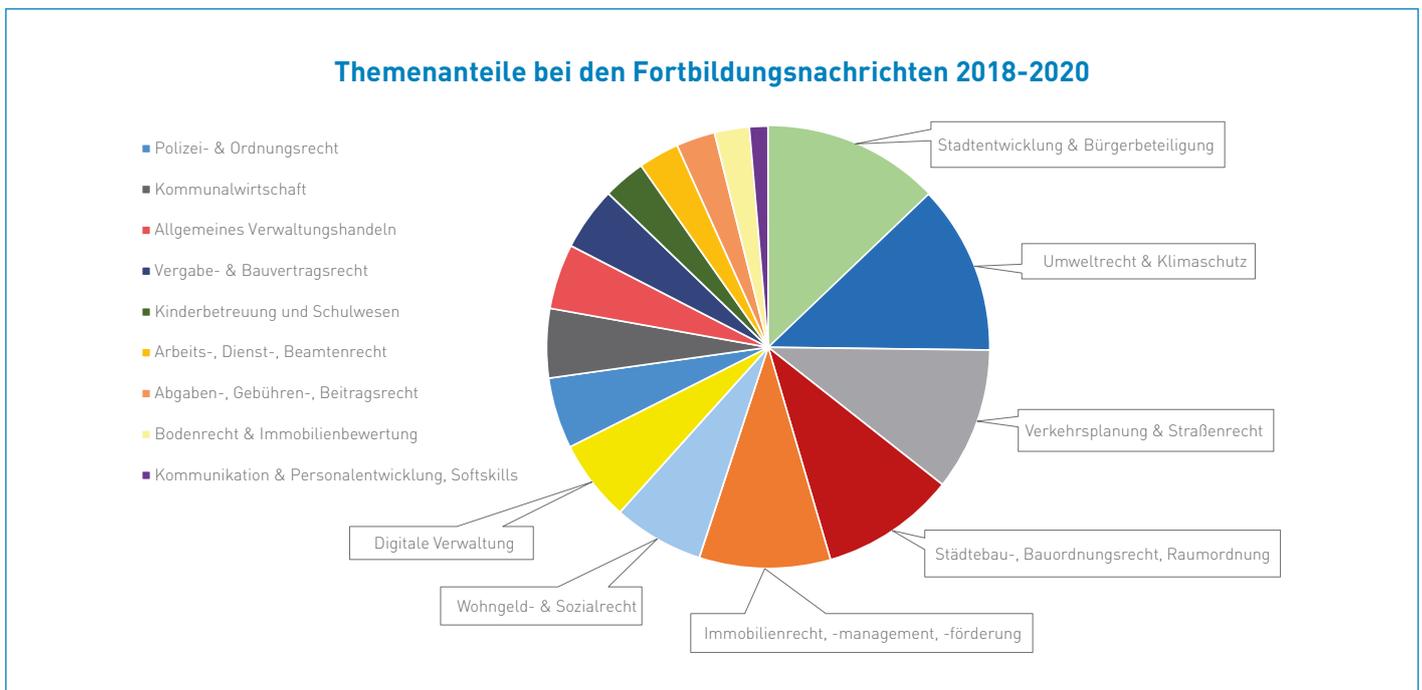


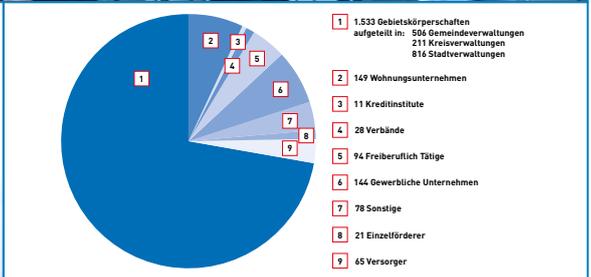
Abb. 52: Nachrichtenangebot der letzten drei Jahre (2018-2020) zu allen Themenfeldern der vhw-Fortbildung



HERZLICH WILLKOMMEN
zur 2. Betriebsversammlung
des vhw-Betriebsrates

18. Juni 2021

Welche Aspekte der Stadtentwicklung sollten sich in der Post-Corona-Stadt ändern?



Organisation

9 Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation

9.1 Rechtliche Verhältnisse

Der vhw – Bundesverband wurde als Deutsches Volksheimstättenwerk e.V. am 1. Dezember 1946 gegründet. Er war im Vereinsregister beim Amtsgericht Bielefeld unter der Vereinsregister-Nr. 415 und seit dem 4. März 1964 in Köln unter der Vereinsregister-Nr. 4924 eingetragen. Mit der Verlegung des Vereinssitzes nach Bonn erfolgte die Eintragung in das Vereinsregister des Amtsgerichts Bonn am 27. März 1986 unter der Vereinsregister-Nr. 5286. Seit dem 21. August 2001 mit der Verlegung des Vereinssitzes nach Berlin ist der vhw beim Amtsgericht Berlin Charlottenburg unter der Vereinsregister-Nr. 21002 B eingetragen.

Nach der Satzungsänderung in der Mitgliederversammlung vom 17. September 2008 erfolgte die Umbenennung in vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Der letzte Freistellungsbescheid erfasst den Veranlagungszeitraum bis 2018 und wurde am 16. Dezember 2019 unter der Steuernummer 205/5783/1805 vom Finanzamt Bonn ausgestellt.

9.2 Ehrenmitgliedschaften

Die Mitgliederversammlung kann nach § 13 der Verbandssatzung Persönlichkeiten, die sich um den Verband besonders verdient gemacht haben, zu

Ehrenvorsitzenden oder Ehrenmitgliedern berufen. Ehrenvorsitzende und Ehrenmitglieder haben das Recht, an den Sitzungen der Organe und Arbeitsgruppen des Verbandes beratend teilzunehmen, denen sie früher angehört haben.

Ehrenvorsitzende des vhw sind:

Reinhart Chr. Bartholomäi

Staatssekretär a. D.
Frankfurt am Main

Dr. Dieter Haack

Bundesminister a. D.
Erlangen

Ehrenmitglieder des vhw sind:

Peter Berberich

Ottendorf

Prof. Dr. Klaus Borchard

Regierungsbaumeister
Königswinter

Dr. Ottobert L. Brintzinger

Ministerialdirigent a. D.
Kiel

Werner Cholewa

Beigeordneter a. D.
Bonn

Prof. Dr. Hans-Joachim Driehaus

Vors. Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D.
Berlin

Volker Nordalm

Kamen

Peter Rohland

Düsseldorf

Prof.in Christiane Thalgott

Stadtbaurätin a. D.
München

9.3 Organe des Verbandes

Zur Erfüllung seiner Aufgaben als gemeinnütziger, der wissenschaftlichen Arbeit verpflichteter Verband handelt der vhw durch seine Organe und Einrichtungen.

9.3.1 Die Mitgliederversammlung (§§ 7-9 der Satzung)

Die Mitgliederversammlung hat in ihrer Sitzung am 9. Dezember 2020 in Berlin nach Aussprache

- den Bericht des Verbandsrats (§ 8 Abs. 1 Nr. 5) zustimmend entgegengenommen,
- den Bericht des Vorstandes (§ 8 Abs. 1 Nr. 6) zustimmend entgegengenommen,
- den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses (§ 8 Abs. 1 Nr. 7) zustimmend entgegengenommen,
- den vom Verbandsrat und Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2019 festgestellt (§ 8 Abs. 1 Nr. 8),
- dem Verbandsrat für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt (§ 8 Abs. 1 Nr. 9) und
- dem Vorstand für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt (§ 8 Abs. 1 Nr. 10).

9.3.2 Das Kuratorium (§ 10 der Satzung)

Nach § 10 Abs. 3 hat das Kuratorium insbesondere die Aufgabe, den Verbandsrat in Grundsatzfragen der Verbandspolitik zu beraten und die Arbeit der Arbeitsgruppen zu begleiten. Das Kuratorium kann Anträge zur Tagesordnung der Mitgliederversammlung stellen.

Dem Kuratorium gehören derzeit an:

Vorsitzende:

Prof.in Dr.in Heidi Sinning

Leiterin Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation (ISP)
Fachhochschule Erfurt

Stellvertretender Vorsitzender:

Prof. Klaus Wermker

Essen

Mitglieder:

Dr. Manfred Beck

Gelsenkirchen

Prof. Dr. Klaus J. Beckmann

KJB.KOM – Prof. Dr. Klaus J. Beckmann
Kommunalforschung, Beratung, Moderation und Kommunikation
Berlin

Dr.in Sonja Beeck

Architektin, Planerin
chezweitz GmbH
Berlin

Dennis Beyer

Geschäftsführender Vorstand
eid Evangelischer Immobilienverband Deutschland e.V.
Berlin

Frauke Burgdorff

Beigeordnete für Planen, Bauen und Mobilität,
Stadt Aachen

Alexander Carius

Geschäftsführer
adelphi research gemeinnützige GmbH
Berlin

em. Prof. Dr. Jens S. Dangschat

emeritierter Universitätsprofessor
Wien

Organisation

Prof. Dr. Rainer Danielzyk

Generalsekretär
ARL Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover

Prof. Dr. Matthias Drilling

Institutsleiter
Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und
Stadtentwicklung
Hochschule für Soziale Arbeit FHNW
Muttenz, Schweiz

Bernhard Faller

Consultant
Quaestio – Forschung & Beratung GmbH
Bonn

Monika Fontaine-Kretschmer

Mitglied der Geschäftsführung
Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte
Wohnstadt
Frankfurt am Main

Albert Geiger

Fachbereichsleiter im Bürgerbüro Bauen
Stadt Ludwigsburg

Karl-Heinz Goetz

Geschäftsführer
Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften
Berlin

Meike Heckenroth

Vorstand
empirica ag
Berlin

Christian Huttenloher

Generalsekretär und Vorstandsmitglied
Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau
und Raumordnung e. V.
Berlin

Prof. Dr. Otfried Jarren

Professor für Medien und Politik
Universität Zürich
IKMZ – Institut für Kommunikationswissenschaft und
Medienforschung
Schweiz

Folkert Kiepe

Beigeordneter a. D.
Rechtsanwalt
Partner of Counsel BBH Becker Büttner Held
Köln

Kerstin Kirsch

Geschäftsführerin
GEWOBA Wohnungsverwaltungsgesellschaft
Potsdam mbH
Potsdam

Dr. Ansgar Klein

Geschäftsführer
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Berlin

Dr. Stefan Köhler

Erster Bürgermeister
Stadt Friedrichshafen

Dr. Dieter Korczak

Leiter und Geschäftsführer
GP-Forschungsgruppe Institut für Grundlagen- und
Programmforschung
Bernau bei Berlin

Hans-Otto Kraus

München

Jan Kuhnert

Geschäftsführer
KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH
Hannover

Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation

Ute Kumpf

ehem. MdB, Vorstand
Stiftung Bürger für Bürger
Wildau

Dr. Jochen Lang

Abteilung III – Ressortkoordination
Senatskanzlei Berlin

Dr. Martin Lenz

Bürgermeister
Stadt Karlsruhe

Dr. Christian Lieberknecht

Geschäftsführer
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen e.V.
Berlin

Claudius Lieven

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung,
Stadtwerkstatt und Partizipationsverfahren
Freie und Hansestadt Hamburg

Prof.in Dr.in Edda Müller

Ministerin a. D.
Vorstandsvorsitzende (bis Juli 2019)
Transparency International Deutschland e.V.
Berlin

Rolf Müller

Gruppenleiter Wohnungs- und Immobilienwesen
(bis August 2019)
BBSR Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raum-
forschung im Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung
Bonn

Reiner Nagel

Vorstandsvorsitzender
Bundesstiftung Baukultur
Potsdam

Prof. Dr. Leo Penta

Leiter des Instituts für Community Organizing (DICO)
Katholische Hochschule für Sozialwesen
Berlin

Thomas Perry

Geschäftsführung
Q I Agentur für Forschung GmbH
Mannheim

Norbert Portz

Beigeordneter
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Bonn

Stefan Raetz

Bürgermeister
Stadt Rheinbach

Stephan Reiß-Schmidt

München

Prof. Dr. Frank Roost

Institut für urbane Entwicklungen
Universität Kassel

Prof. Dr. Roland Roth

Professor für Politikwissenschaft
Berlin

Prof. Dr. Gary S. Schaal

Professur für Politikwissenschaft
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Dr. Peter Schaffner

Geschäftsführer
Dakini Investments GmbH
Frankfurt am Main

Stephan Schmickler

Bergisch Gladbach

Birgit Schmidt

WohnBund-Beratung Dessau
Dessau-Roßlau

Organisation

Prof. Dr. Klaus Selle

NetzwerkStadt
Forschung Beratung Kommunikation GmbH
Schwerte

Gerwin Stöcken

Stadtrat für Soziales, Wohnen, Gesundheit und Sport
Landeshauptstadt Kiel

Dag Tvilde

Architekt und Stadtplaner
Oslo, Norwegen

Petra Uertz

Bundesgeschäftsführerin
Verband Wohneigentum e. V.
Bonn

Prof.in Dr.in Stefanie Wesselmann

Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Öffentliches Management
Hochschule Osnabrück

Prof. Dr. Erol Yildiz

Kulturwissenschaftler
Institut für Erziehungswissenschaft
Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Österreich

Prof. Martin zur Nedden

Beigeordneter a. D.
Leipzig

4. die Grundsätze der Rechnungslegung,
5. den Wirtschaftsplan und den Arbeitsplan,
6. die Verwendung von Jahresüberschüssen und Ergebnisrücklagen sowie die Deckung von wirtschaftlichen Unterschüssen und
7. über die Tagesordnung der Mitgliederversammlung.

Vorsitzender:

Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Stellvertretende Vorsitzende:

Charlotte Britz

(2004 bis 2019) Oberbürgermeisterin
der Landeshauptstadt Saarbrücken

Michael Sachs

Staatsrat a. D.
Hamburg (+ 26.07.2021)

Peter Stubbe

Vorstandsvorsitzender
GEWOBA Aktiengesellschaft Bauen und Wohnen
Bremen

Mitglieder:

Dr. Stephan Gatz

Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D.
Leipzig

Prof.in Dr.in Ilse Helbrecht

Direktorin
Geographisches Institut
Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Oliver Junk

Oberbürgermeister
Stadt Goslar

9.3.3 Der Verbandsrat (§ 11 der Satzung)

Dem Verbandsrat obliegen die Beratung und Aufsicht des Vorstandes sowie die in § 11 Abs. 6 der Satzung aufgeführten Beschlussfassungen über:

1. den Vorschlag der von der Mitgliederversammlung zu wählenden/abzuberufenden Mitglieder des Kuratoriums,
2. den Vorschlag des von der Mitgliederversammlung zu wählenden/abzuberufenden Vorstandes,
3. die Grundsätze der Verbandspolitik,

Hilmar von Lojewski

Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr
Deutscher Städtetag
Berlin

Michael von der Mühlen

Staatssekretär a. D.
Dortmund

Prof.in Elke Pahl-Weber

Institut für Stadt- und Regionalplanung
Technische Universität zu Berlin

Dr. Ulrik Schlenz

Mitglied des Vorstandes
Wankendorfer Baugenossenschaft für Schleswig-Holstein eG
Kiel

Prof. em. Dr. Gunnar Folke Schuppert

Emeritus des Center for Global Constitutionalism
WZB Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Berlin

Lukas Siebenkotten

Präsident
Deutscher Mieterbund e.V.
Berlin

Marietta Tzschoppe

Bürgermeisterin und Leiterin des Geschäftsbereiches
Stadtentwicklung und Bauen
Stadt Cottbus

Der Verbandsrat ist seit der Mitgliederversammlung am 21. November 2019 viermal zusammengetreten, nämlich am 10. Dezember 2019, am 25. März 2020, am 25. Juni 2020 und am 8. Oktober 2020. Er hat sich in seinen Sitzungen insbesondere mit der Vorbereitung der verbandspolitischen Entscheidungen, der Verbandsarbeit, der Vorbereitung der öffentlichen Veranstaltung sowie mit der wirtschaftlichen Situation des Verbandes auseinandergesetzt. Außerdem bereitete

er die Mitgliederversammlung am 9. Dezember 2020 vor.

9.3.4 Der Vorstand (§ 12 der Satzung)

Prof. Dr. Jürgen Aring wurde gemäß § 12 der Satzung in der Sitzung der Mitgliederversammlung am 12. November 2014 zum Vorstand gewählt und am 21. November 2019 bestätigt.

Laut § 12 Abs. 3 der Satzung führt der Vorstand die Geschäfte des Verbandes im Rahmen der Beschlüsse der Verbandsorgane. Er leitet die Geschäftsstelle und ist Dienstvorgesetzter der in ihr tätigen Dienstkräfte sowie der Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer der regionalen Geschäftsstellen.

Ihm obliegt insbesondere

1. die Verwaltung des Verbandsvermögens und die laufende Geschäftsführung des Verbandes im Rahmen der Richtlinien des Verbandsrats,
2. die Vorbereitung der Mitgliederversammlung,
3. die Vorbereitung der Beratungen und die Durchführung der Beschlüsse der Verbandsorgane und sonstigen Einrichtungen,
4. die Aufstellung des Jahresabschlusses gemeinsam mit dem Verbandsrat,
5. die Aufstellung des Wirtschaftsplans,
6. die Aufstellung des Arbeitsplans,
7. der Vorschlag für die Berufung eines wissenschaftlichen Beirats und der Arbeitsgruppen sowie die Betreuung dieser Einrichtung,
8. die Bestellung der Geschäftsführerinnen oder der Geschäftsführer der regionalen Geschäftsstellen,
9. die Beratung und Betreuung der regionalen Geschäftsstellen sowie
10. die Herausgabe oder Schriftleitung der Veröffentlichungen des Verbandes.

Organisation

9.3.5 Der Rechnungsprüfungsausschuss (§ 6 Abs. 3 der Satzung)

Der von der Mitgliederversammlung gewählte Rechnungsprüfungsausschuss prüft den Jahresabschluss. Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses sind kraft ihres Amtes geborene Mitglieder des Kuratoriums.

Dem Rechnungsprüfungsausschuss gehören derzeit an:

Karl-Heinz Goetz

Geschäftsführer Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften
Berlin

Michael Hampel

Mainz

Wolfgang D. Heckeler

Remseck

Herbert Jaspert

Bielefeld

Helmut Mäule

Ludwigsburg

9.4 Verbandsstruktur

Sitz des Verbandes ist Berlin. Die Verwaltungssitze des Verbandes sind Bonn und Berlin. Der Verband ist in regionale Geschäftsbereiche gegliedert.

9.4.1 Bundesgeschäftsstelle/ Hauptgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle in Berlin war zum 30. Juni 2021 mit dem Vorstand des vhw, der Bereichsleiterin für Controlling und Verwaltung, dem Bereichsleiter Fortbildung, dem Bereichsleiter Forschung, fünf Seniorwissenschaftlern, vier Wissenschaftlern, vier Forschungsassistenten, zwei Referentinnen für Öffentlichkeitsarbeit, einer Referentin für Marketing, vier Verwaltungsmitarbeitern, zwei IT-Administratoren sowie einer Sekretärin und zwei Sekretariatsmitarbeiterinnen besetzt.

Die Fortbildung war mit den Abteilungen Seminar- und Adressverwaltung sowie mit der Fortbildungsverwaltung mit 24 Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen besetzt.



9.4.2 Geschäftsstellen

Nach § 15 Abs. 1 und 2 der Satzung ist der Verband in regionale Geschäftsbereiche gegliedert. Die regionalen Geschäftsstellen werden durch Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer geleitet:

Baden-Württemberg:

Rainer Floren

Sindelfingen

Bayern:

Yves Müller

München

Region Nord:

Philipp Sachsinger

Niedersachsen/Bremen, Schleswig-Holstein/Hamburg
Hannover

Nordrhein-Westfalen:

Eva Isabel Spilker

Bonn

Region Ost:

Petra Lau

Berlin/Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,
Sachsen-Anhalt
Berlin

Katrin Weber-Bobe

Sachsen/Thüringen
Leipzig

Region Südwest:

Bernd Bauer

Hessen/Rheinland-Pfalz
Ingelheim

Saarland:

Detlef Loch

Saarbrücken

9.5 Mitgliederbewegung

Im Berichtszeitraum vom 1. Juli 2020 bis zum 30. Juni 2021 wurden 63 Mitglieder neu aufgenommen, 24 Mitglieder sind ausgeschieden. Dem Verband gehören somit zum 30. Juni 2021 2.123 Mitglieder an.

Der Mitgliederbestand weist folgende Struktur auf:

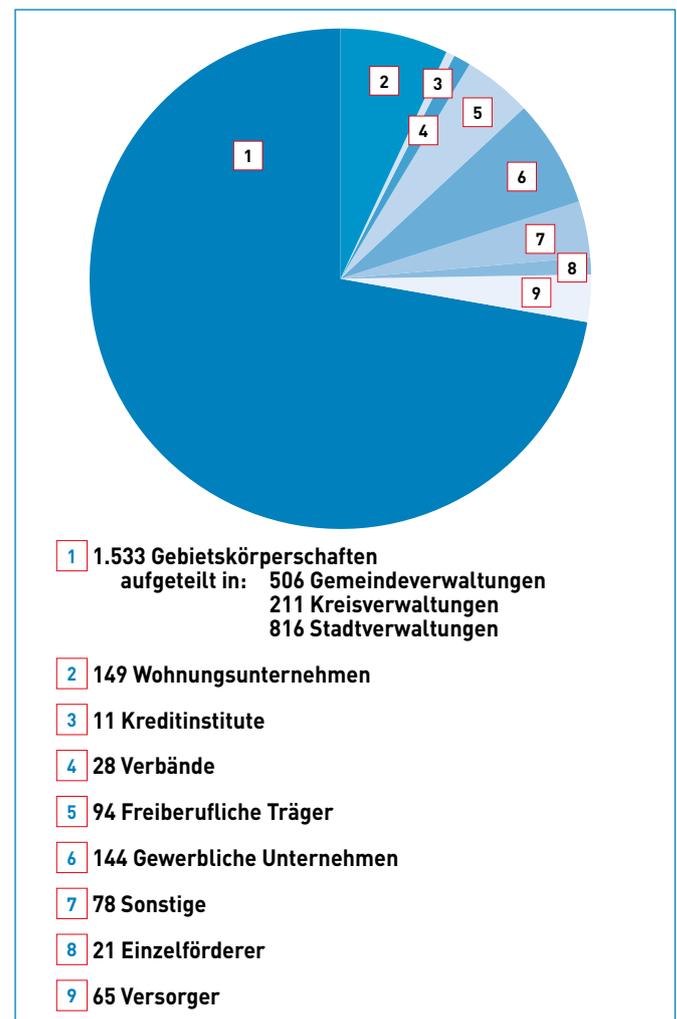


Abb. 53: Aktuelle Mitgliederverteilung

Grafik: vhw e. V.

Organisation

9.6 vhw-Dienstleistung GmbH

Das Verlagsgeschäft des vhw wird seit dem 1. Januar 1982 in der Rechtsform der vhw-Verlag Deutsches Volkshheimstättenwerk GmbH betrieben. Mit dem Eintrag ins Handelsregister B (HRB 397) des Amtsgerichts Bonn am 11. Oktober 2004 wurde der vhw-Verlag in vhw-Dienstleistung GmbH umfirmiert. Mit der Namensänderung wurde auch der Unternehmensgegenstand – bisher Herstellung, Verlegen und Vertrieb von Druckerzeugnissen – um die Geschäftsfelder Aus- und Fortbildung sowie Beratung Dritter erweitert (Screenshot www.vhw.de/verlag). Der Gesellschaftszweck sollte insbesondere auf den Gebieten der Stadtentwicklungs-, Umwelt-, Vermögens- und Wohnungspolitik sowie des Städtebau- und Wohnungsrechts umgesetzt werden. Alleingesellschafter ist der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin, mit einem Geschäftsanteil von 33.233,97 Euro.



Fachbücher Fortbildung

ist auf aktuelle Fragen in den Bereichen Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft gerichtet. Es umfasst aktuell ca. 25 Buchtitel und eine Loseblattsammlung. Die Titel werden jeweils in den Fachverlagsbereichen: Planungsrecht, Umweltrecht, Kommunalwirtschaft, Bodenordnung, Erschließungsrecht, Sozialrecht, Vergaberecht und Verwaltungsrecht vorgestellt. Kompetent und praxisnah aufbereitet, bieten sie einen übersichtlichen Einstieg in komplexe Sachgebiete und vermitteln Ihnen eine gute Orientierungshilfe für den beruflichen Alltag. Den aktuellen Flyer zum Verlagsprogramm können Sie links oder hier abrufen:

[vhw Verlagflyer 2021](#)

Die Gesellschafterversammlung

Die 39. Ordentliche Gesellschafterversammlung fand am 29. Oktober 2020 in Form einer Online-Sitzung statt.

Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aktivitäten der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2020/2021 in seiner Sitzung am 29. Oktober 2020 und die Vorbereitung für die 39. Gesellschafterversammlung veranlasst.

Dem Aufsichtsrat gehören im Berichtszeitraum an:

Vorsitzender:

Reinhart Chr. Bartholomäi
Ehrenvorsitzender des vhw

Mitglieder:

Dr. Stephan Gatz
Verbandsratsmitglied des vhw

Volker Nordalm

Ehrenmitglied des vhw

Peter Rohland

Ehrenmitglied des vhw

Die Geschäftsführung:

Dr.in Diana Coulmas

Geschäftsführerin der vhw-Dienstleistung GmbH

Das Verlagsgeschäft

Die vhw-Dienstleistung GmbH gibt Fachliteratur zu den rechtlichen Grundlagen des Planens und Bauens heraus. Die verlegten Fachbücher – darunter auch Textausgaben, Leitfäden und Rechtsprechungs-sammlungen – unterstützen die Tätigkeit des vhw e. V. im Rahmen der Aus- und Fortbildung. Das Fachbuchprogramm rundet damit das Dienstleistungsangebot des Verbandes ab. Der Vertrieb der Broschüren erfolgt durch gezieltes Direktmarketing und ist in weiten Teilen abgestimmt auf das bundesweite Aus- und Fortbildungsprogramm des vhw. Das Fachbuchprogramm des Verlags ist unter anderem auf aktuelle Fragen in den Bereichen Stadtentwicklung, Planungs-, Umwelt- und Vergaberecht sowie Sozialrecht gerichtet. Es umfasst zum ersten Halbjahr 2021 23 Buchtitel und eine Loseblattsammlung.

9.7 vhw Stiftung

Die vhw Stiftung wurde am 16. Dezember 2016 von der Bezirksregierung Köln in der Rechtsform der selbständigen Stiftung bürgerlichen Rechts als

Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation

rechtsfähig anerkannt. Der unmittelbar gemeinnützige Stiftungszweck ist die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Bildung. Zweck der Stiftung ist auch die Beschaffung von Mitteln zur Förderung der vorgenannten Zwecke durch eine andere Körperschaft oder juristische Person des öffentlichen Rechts. Das Stiftungskapital beläuft sich auf 3,7 Mio. Euro.

Stiftungskuratorium:

Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Michael Sachs

Hamburg († 26.07.2021)

Prof. em. Dr. Gunnar Folke Schuppert

Berlin

Vorstand:

Prof. Dr. Jürgen Aring

Vorstand vhw
Bonn/Berlin

**vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Berlin/Bonn**

- Bilanz zum 31. Dezember 2020
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020

Berlin, 1. Oktober 2021

gez. Dr. Peter Kurz
Vorsitzender des Verbandsrats

gez. Prof. Dr. Jürgen Aring
Vorstand

Bilanz zum 31. Dezember 2020

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

Aktiva

	31.12.2020		31.12.2019	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	14.310,00		17.832,00	
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	14.310,00	0,00	17.832,00
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		313.967,02		377.100,02
2. Geleistete Anzahlungen		0,00		0,00
III. Finanzanlagen				
Beteiligungen		33.233,97		33.233,97
		361.510,99		428.165,99
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Fertige Erzeugnisse und Waren		37.250,00		20336,68
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	152.401,36		96.926,61	
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	44.565,09		24.696,16	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	249.136,21	446.102,66	256.433,84	378.056,61
II. Wertpapiere				
Sonstige Wertpapiere		7.370.123,83		8167625,30
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		206.784,20		2.657.906,91
		8.060.260,69		11.223.925,50
C. Rechnungsabgrenzungsposten		72.249,28		81.882,52
		8.494.020,96		11.733.974,01

Passiva

	31.12.2020		31.12.2019	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Verbandsvermögen (Freie Eigenmittel)		616.135,31		616.135,31
II. Rücklagen				
1. Freie Rücklage	4.632.384,26		4.153.022,38	
2. Betriebsmittelrücklage	2.912.464,16		2.888.430,44	
3. Rücklage für projektbezogene Wissenschaftsarbeit	0,00		0,00	
4. Rücklage Zuwendung vhw Stiftung	0,00	7.544.848,42	0,00	7.041.452,82
III. Bilanzgewinn		-1.685.741,58		1.503.395,60
		6.475.242,15		9.160.983,73
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen	570.893,00		592.549,00	
2. Steuerrückstellungen	0,00		0,00	
3. Sonstige Rückstellungen	346.300,00	917.193,00	436.000,00	1.028.549,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Erhaltene Anzahlungen	63.391,92		591.495,28	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	432.925,37		803.237,12	
3. Sonstige Verbindlichkeiten	605.268,52	1.101.585,81	149.708,88	1.544.441,28
		8.494.020,96		11.733.974,01

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

1. **Mitgliederbeiträge, Spenden**
2. **Ergebnis aus Lehrgängen**
 - a) Erlöse
 - b) Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
3. **Ergebnis aus Fernlehrgängen**
 - a) Erlöse
 - b) Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
4. **Ergebnis Qualitätsmanagement Fortbildung**
 - a) Erlöse
 - b) Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
5. **Ergebnis aus Adressdatenbank**
 - a) Erlöse
 - b) Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
6. **Ergebnis aus Seminarverwaltung**
 - a) Erlöse
 - b) Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
7. **Ergebnis aus Modulsekretariat**
 - a) Erlöse
 - b) Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
8. **Ergebnis aus Forum Wohnen + Stadtentwicklung**
 - a) Erlöse
 - b) Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
9. **Ergebnis aus Wissenschaftsarbeit**
 - a) Erlöse
 - b) Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
10. **Ergebnis aus Veranstaltungen**
 - a) Erlöse
 - b) Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
11. **Sonstige Erträge**
12. **Personalaufwand mit Gemeinkostencharakter**
13. **Abschreibungen**
14. **Sächl. Verwaltungsk. mit Gemeinkostencharakter**
 - a) Sonstige sächliche Verwaltungskosten
 - Bundesgeschäftsstelle
 - Hauptgeschäftsstelle
 - b) Öffentlichkeitsarbeit
 - c) EDV-Kosten
 - d) Bau und Erneuerung
15. **Zinsen und ähnliche Erträge**
16. **Abschreibungen Wertpapiere des Umlaufvermögens**
17. **Zinsen und ähnliche Aufwendungen**
18. **Steuern vom Einkommen und Ertrag**
19. **Dotierung des Stiftungsvermögens der vhw Stiftung**
20. **Kaufmännischer Jahresüberschuss**
21. **Gewinnvortrag**
22. **Entnahme aus Rücklagen**
23. **Jahresüberschuss/Bilanzgewinn**
24. **Geplante Entnahme aus Rücklagen**
25. **Geplante Einstellung in Rücklagen**
26. **Bilanzgewinn nach gepl. Einstellung in Rücklagen**

2020		2019	
Euro		Euro	
	607.192,19		592.989,96
9.797.199,56		19.314.391,46	
<u>-9.953.094,39</u>	-155.894,83	<u>-15.196.051,85</u>	4.118.339,61
205.915,86		164.644,84	
<u>-91.392,24</u>	114.523,62	<u>-147.057,81</u>	17.587,03
710.000,00		602.000,00	
<u>-710.000,00</u>	0,00	<u>-602.000,00</u>	0,00
280.973,09		523.303,64	
<u>-454.500,00</u>	-173.526,91	<u>-715.000,00</u>	-191.696,36
384.000,00		435.000,00	
<u>-384.000,00</u>	0,00	<u>-435.000,00</u>	0,00
431.000,00		384.000,00	
<u>-431.000,00</u>	0,00	<u>-384.000,00</u>	0,00
7.583,70		7.894,47	
<u>-98.005,48</u>	-90.421,78	<u>-98.887,94</u>	-90.993,47
65.867,32		202.173,54	
<u>-2.037.670,50</u>	-1.971.803,18	<u>-3.193.498,99</u>	-2.991.325,45
0,00		0,00	
<u>0,00</u>	0,00	<u>-35.555,34</u>	-35.555,34
	431.806,81		349.767,23
	-559.116,15		-445.892,66
	-103.373,63		-138.504,16
-425.454,03		-478.501,57	
<u>-3.205,17</u>	-428.659,20	<u>-21.183,18</u>	-499.684,75
	-251.537,12		-255.852,63
	-133.599,55		-190.441,83
<u>0,00</u>	-813.795,87	<u>-89,40</u>	-946.068,61
	79.356,05		87.821,82
	-34.629,90		-2.235,00
	-16.058,00		-20.839,00
	0,00		0,00
	0,00		0,00
	-2.685.741,58		303.395,60
	0,00		0,00
	1.000.000,00		1.200.000,00
	-1.685.741,58		1.503.395,60
	1.685.741,58		0,00
	0,00		-1.503.395,60
	0,00		0,00

vhw-Geschäftsstellen

Bundesgeschäftsstelle

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-0
Fax: 030 390473-190
bund@vhw.de
www.vhw.de

Hauptgeschäftsstelle

Hinter Hoben 149
53129 Bonn
Tel.: 0228 72599-0
Fax: 0228 72599-19
bonn@vhw.de

vhw-Dienstleistung GmbH

Hinter Hoben 149
53129 Bonn
Tel.: 0228 72599-30
Fax: 0228 72599-19
verlag@vhw.de

Geschäftsstellen

Baden-Württemberg

Gartenstraße 13
71063 Sindelfingen
Tel.: 07031 866107-0
Fax: 07031 866107-9
gst-bw@vhw.de

Bayern

Josephsplatz 6
80798 München
Tel.: 089 291639-30
Fax: 089 291639-32
gst-by@vhw.de

Region Nord

Niedersachsen/Bremen Schleswig-Holstein/Hamburg

Sextrostraße 3 – 5
30169 Hannover
Tel.: 0511 984225-0
Fax: 0511 984225-19
gst-ns@vhw.de
gst-sh@vhw.de

Nordrhein-Westfalen

Hinter Hoben 149
53129 Bonn
Tel.: 0228 72599-45
Fax: 0228 72599-95
gst-nrw@vhw.de

Region Ost

Berlin/Brandenburg

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-320
Fax: 030 390473-390
gst-bb@vhw.de

Mecklenburg-Vorpommern

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-310
Fax: 030 390473-390
gst-mv@vhw.de

Sachsen

Grassstraße 12
04107 Leipzig
Tel.: 0341 98489-0
Fax: 0341 98489-11
gst-sn@vhw.de

Sachsen-Anhalt

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-310
Fax: 030 390473-390
gst-st@vhw.de

Thüringen

Grassstraße 12
04107 Leipzig
Tel.: 0341 98489-0
Fax: 0341 98489-11
gst-th@vhw.de

Region Südwest

Hessen/ Rheinland-Pfalz

Friedrich-Ebert-Straße 5
55218 Ingelheim
Tel.: 06132 71496-0
Fax: 06132 71496-9
gst-he@vhw.de
gst-rp@vhw.de

Saarland

Konrad-Zuse-Straße 5
66115 Saarbrücken
Tel.: 0681 92682-10
Fax: 0681 92682-26
gst-sl@vhw.de

Herausgeber: vhw – Bundesverband für Wohnen
und Stadtentwicklung e. V.

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin

Telefon: 030 390473-0
Fax: 030 390473-190

www.vhw.de

Die Verwendung einer Sprache frei von Diskriminierung einzelner Geschlechter ist dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung ein wichtiges Anliegen. Geschrieben wie gesprochen präferiert der vhw hierfür die Verwendung weiblicher und männlicher Schreibweisen sowie neutraler Ausdrucksformen.

Redaktion: Ruby Nähring/Ruth Twellmann

Gestaltung/
Druck: DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Collage/Cover,

Fotos/Grafiken: Titel- und Kapitelseite(n): vhw e. V., Screenshots von Medientiteln und aus dem Internet sind im Text oder am Bild gekennzeichnet. Sofern nicht vom vhw, stehen bei anderen Abbildungen die Quellenangaben am Bild oder im Text.
Fotomotive ab S. 72: FWS 3/2021: v.l.n.r.: ©Burkhard Horn; ©Cordelia Polinna;
©Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, FWS 2/2020: v.l.n.r.: ©Timo Muntzinger; ©Karl Jasper; Frank Jost, FWS 1/2021: ©Walter Wetzler, FWS 6/2020: v.l.n.r.: ©GEWOBA (2x); ©Adam Sevens/ProPotsdam;
HOWOGE/Dombrowski, FWS 5/2020: ©Frank Jost (3x); ©Martin Graffenberger (2. von links), FWS 4/2020: ©Frank Jost (links); Stadt Frankfurt (Oder) (rechts)
Themenbilder ab S. 90: ©K.-U. Häbler.fotolia, © MH.fotolia, ©Adrian.Hillman.fotolia, ©Sikov.AdobeStock, ©contrastwerkstatt.AdobeStock, ©Frank.Peters.fotolia, ©Minerva.Studio.fotolia, ©Woodapple.fotolia, ©T. A.McKay.iStock.GettyImages, ©Coko.AdobeStock, ©Birgit.Reitz-Hofmann.AdobeStock, ©Hurca!.AdobeStock, ©Maxim.Kazmin.fotolia ©Horst.Brandt.fotolia, ©dfd.fotolia, ©photocrew.fotolia, ©AGphotographer.fotolia
Bilder zu „ Fortbildung: Aus den Bundesländern“ ab S. 116: ©Manuel.Schoenfeld.fotolia, ©euregiocontent.fotolia, ©Sebastian.Grote, ©Daniel.fotolia, ©Ralfen.Byte.fotolia, ©photowahn.fotolia, ©travelpeter.fotolia, ©Rico.Büttner.fotolia, ©Henry.Czauderna.fotolia, ©Klaus.M.Jahn.fotolia, ©mojolo.fotolia, ©Baumgärtner, ©photodesign.Deluxe.fotolia

Oktober 2021

